

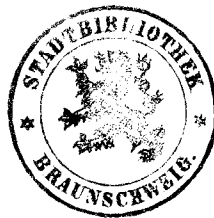
Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1875.

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.



Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 21.

Öeffentlich:

Seite

1. Mittheilung des Magistrats über die erfolgten Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung 1.
2. Wahl der Vorstehenden 2.
3. Mittheilung des Herrn Overbürgermeisters Caspari, den naturwissenschaftlichen Unterricht in der Präparandenanstalt betreffend 2.
4. Commissionswahlen 4.
5. Antrag Herrn Steinaus auf Abänderung des Bürgerreides 5.
6. Antrag Herrn Mantes auf Einführung des Picitationsverfahrens bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zu Behuf städtischer Bauten. 6.

Vertraulich:

7. Wahl der Beisitzer für die Einschätzungscommissionen 7.

Februar 18.

Öeffentlich:

8. Entscheidung einer Streitfrage in Betreff des Verfahrens bei Commissionswahlen 9.
9. Verlängerung des Miethvertrages über die Schulräume im Alexii-Pflegehaufe 10.
10. Vermietung des Kellers unter dem Schulhause im Prinzenwinkel 10.
11. Beschluß über eine Erweiterung der Beleuchtungsanlagen daselbst 10.
12. Genehmigung der Stadtkassenrechnungen vom Jahre 1873 10.
13. Beschluß über die Anstellung zweier Magistratschreiber 10.
14. Verlängerung des Pachtcontracts über die Rathssbleiche 11.
15. Verwilligungen zur Anschaffung von Lehrmitteln für die Schule im Prinzenwinkel 11.
16. Beschluß über die Chauffirung und Canalisirung der Hufarenstraße 14.
17. Beschluß wegen Abtretung des Grundstückes der Neustädter Wasserkunst 16.

18. Mittheilungen über die Schlußrevision der Rechnungen des Wasserwerks und der Gasanstalt	17.
19. Beschluß in Betreff der Anlage eines Schlachtehauses	17.
Vertraulich:	
20. Erledigung von Steuerreclamationen	20.

März 18.

Öeffentlich:

21. Wahl eines Magistratsdieners	22.
22. Neuwahl der Commission zur Abschätzung der Quartier-Leistungsfähigkeit der Gebäude	22.
23. Festsetzung der Stellegelder auf den Wochen- und Viehmärkten	23.
24. Verwilligung zu Behuf der innern Einrichtung des provisorischen Spritzen- und Steigerhauses	23.
25. Verwilligung eines Zuschusses für die katholische Schule	23.
26. Beschluß in Betreff der Canalisirung des Dkergrabens zwischen der ehemaligen Südmühle und der Hutfilternbrücke	27.
27. Genehmigung der Anlage drei neuer Klassen in der höhern Töchter Schule und des Verkaufs der Gebäude des Blindeninstituts	32.
28. Beschluß in Betreff einer Neuorganisation der städtischen Schulbehörden	32.
29. Bericht der Statutencommission über den Antrag Herrn M u n t e s auf Licitation der Lieferungen und Arbeiten für städtische Bauten	37.
30. Antrag Herrn R e u t e r s, die Canalisirung der Dkergräben betreffend	38.

Vertraulich:

31. Steuerfachen.	38.
---------------------------	-----

April 15.

Öeffentlich:

32. Beschluß über den Antrag Herrn M u n t e s auf Einführung des Licitationsverfahrens bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zu Behuf städtischer Bauten	40.
33. Desgl. über den Antrag Herrn S t e i n a u s auf Abänderung des Bürgerreides	45.
34. Desgl. über die Verschärfung einiger Strafbestimmungen in dem Reglement für die Consumenten des Wasserwerks	52.
35. Genehmigung der Voranschläge des Wasserwerks auf das Jahr 1875	52.
36. Desgl. der Voranschläge der Gasanstalt auf das Betriebsjahr 1874/75	54.
37. Verwilligung zum Ankauf einer Feuerspritze	54.

Vertraulich:

38. Steuerfachen.	56.
---------------------------	-----

April 22.

Öeffentlich:

39. Beschluß über gewisse Abänderungen und Ergänzungen der Bau- und Feuerordnung	59.
--	-----

April 29.

Seite

Deffentlich:

40. Neuwahl eines stellvertretenden Protocollführers	75.
41. Anfrage Herrn Schöttlers in Betreff der projectirten Harz-Wasserleitung	75.
42. Beschluß wegen Einrichtung vier neuer Klassen in der mittlern Bürgerschule	76.
43. Desgl. wegen des Baues der neuen Bürgerschule an der Campestraße	78.
44. Desgl. über den Plan und Kostenanschlag des Baues der neuen Realschule	79.
45. Genehmigung eines neuen Reglements über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der städtischen Lehrer	80.
46. Anfrage Herrn Krampes in Betreff der höhern Töcherschule	85.
47. Antrag desselben auf Beschränkung der Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke	85.

Mai 13.

Deffentlich:

48. Beschluß über das Gutachten und den Antrag des Magistrats, die Anlage einer Bahn von Hildesheim über Braunschweig nach Debitfeld bettr.	87.
49. Desgl. wegen einer Aenderung des Statuts über das Feuerlöschwesen	100.
50. Verwilligungen zu Behuf der Feuerwache im Steigerhause und der Thurmwache zu St. Andreas	100.
51. Erhöhung des Gehaltes der Schulwärterin in der höheren Töcherschule	101.
52. Beschluß über eine Aenderung der Statute die Herstellung und Erhaltung der Wege vor den Thoren und die Verwaltung der Weichbildsgemeinden und Feldmarksgemeinschaften betreffend	101.

Juni 3.

Deffentlich:

53. Beantwortung der von Herrn Krampe am 29. April gestellten Anfragen	103.
54. Verwilligung zur Canalisirung der Triebe auf dem Bruche	104.
55. Desgleichen zur Verbreiterung der Louisenstraße	104.
56. Desgleichen zur Canalisirung und Pflasterung der Straße hinter dem Bahnhofe	105.
57. Desgleichen zur Remunerirung von Industrielehrerinnen	106.
58. Desgleichen zu Behuf des Volkskindergartens im Hagen	106.
59. Beschluß über die neue Organisation der städtischen Schulbehörden	108.
60. Beschluß über die Vorschläge der Weichbildsgemeinde Altwiek wegen Ueberlassung ihrer Eigenthumsrechte an dem Marktplatz bei St. Leonhard an die Stadt	114.

Vertraulich:

61. Verwilligung einer Reiseunterstützung	116.
62. Verhandlung über die Reclamationen der Eisenbahngesellschaft und des Walzwerks gegen deren Veranlagung zur Communalsteuer	116.

Juli 8.

Seite

Deffentlich:

- | | |
|--|------|
| 63. Eingabe des Particulier Domeyer die Erwerbung eines Grundstücks betreffend | 117. |
| 64. Beschluß wegen Einrichtung von Wochenmärkten auf dem Negidienmarke | 117. |
| 65. Desgl. wegen Bestellung eines Standesamtes für hiesige Stadt | 119. |
| 66. Genehmigung eines Processus wegen der von den Erben eines hiesigen Einwohners verweigerten Abgabe zur Armen- und Wegebetterungskasse | 120. |
| 67. Beschlußfassung über den Bau einer fünften mittlern Bürgerschule im Pflegehausgarten | 121. |
| 68. Prolongirung eines Pachtcontracts über städtische Garten- und Feldländerei | 122. |
| 69. Beschlußfassung über den Antrag Herrn Krampes in Betreff der fernern Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke | 123. |

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Vertraulich:

- | | |
|-------------------------|------|
| 70. Steuerreclamationen | 131. |
|-------------------------|------|

August 26.

Deffentlich:

- | | |
|---|------|
| 71. Erklärung Herrn Kunzens zum Protocolle vom 15. Mai | 133. |
| 72. Eingabe der Außenwohner wegen Abfuhr des Hauskehrichts | 134. |
| 73. Interpellation Herrn Brackes, die verspätete Austheilung der Steuerzettel und die Erhebung von Executionsgebühren von den Restanten der ersten zwei Quartale dieses Jahres betreffend | 135. |
| 74. Desgleichen Herrn Stein aus wegen eines mit dem Protocolle N. 7 vertheilten politischen Flugblattes | 136. |
| 75. Verwilligung für den Hansischen Geschichtsverein | 137. |
| 76. Genehmigung einer von den Schülerinnen der höhern Töchter Schule zu erhebenden Aufnahme- und Verpflegungsgebühr | 137. |
| 77. Beschluß über die Einrichtung neuer fünf Klassen der untern und mittlern Bürgerschule | 138. |
| 78. Beschluß über eine Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an der höhern Töchter Schule | 139. |
| 79. Pensionirung einer Lehrerin | 140. |
| 80. Entscheidung in Betreff einer Wittwenpension | 140. |
| 81. Beschluß wegen Anstellung eines vierten städtischen Executors | 141. |
| 82. Verwilligung zu Behuf der Sedanfeier | 141. |

September 30.

Deffentlich:

- | | |
|--|------|
| 83. Wahlen zur Gewerbesteuer-Einschätzungscommission | 145. |
|--|------|

84. Verwilligung zu Behuf von Bauten in der höhern Töchter Schule	145.
85. Desgl. zur Vermehrung und Umlegung der Wasserhähne in der südlichen untern Bürgerschule	146.
86. Desgl. einer Gehaltsverhöhung für zwei Beamte des Wasserwerks und der Gasanstalt	146.
87. Genehmigung des Rechnungsabschlusses der Gasanstalt für das Jahr 1874	147.
88. Desgl. des Wasserwerks für das Betriebsjahr 1873/74	147.
89. Ermächtigung des Magistrats zur Anstellung bzw. Aufnahme verschiedener Proceffe	148.
90. Feststellung der Entschädigungen für Quartier- und Vorspannleistungen	149
Vertraulich:	
91. Steuerreclamationen	151.

October 7.

Öeffentlich:	
92. Beschluß über den Ankauf der Neustadtmühle	153.
Vertraulich:	
93. Steuerreclamationen	162.

November 4.

Öeffentlich:	
94. Beschluß über die Anlage eines Schlachthauses	163.
95. Wahl eines vierten städtischen Executors	164.
96. Genehmigung des Kreiscommunalfonds-Etats für 1876	164.
97. Verwilligung zu Behuf einer Pflasterung bei der Schule am Sandwege	165.
98. Desgl. für den Schulbau an der Campestraße	165.
99. Ermächtigung des Magistrats zur Aufnahme eines Proceffes	165.
100. Verkauf städtischen Areals an der Husarenstraße	167.
Vertraulich:	
101. Steuerreclamationen	168.

December 9.

Öeffentlich:	
102. Interpellation Herrn Brackes wegen der für den vereitelten Wahltermin am 8. October d. J. zugebilligten Entschädigungen	169.
103. Beschluß über den Etat des Standesamtes	170.
104. Desgleichen über ein neues Statut, das öffentliche Fuhrwesen betr.	170.
105. Genehmigung des Ankaufs zweier Bilder für die städtischen Sammlungen	170.
106. Beschluß in Betreff der Executionsgebühren für Steuerrückstände	171.
107. Ermächtigung des Magistrats zur Anstrengung zweier Proceffe auf Erstattung geleisteter Armenunterstützungen	171.

	Seite
108. Interpellation Herrn Krampes, die Vertheilung der Steuerzettel betreffend	172.
Vertraulich:	
109. Steuerreclamationen	172.

December 29.

Öeffentlich:

110. Wahl zweier Commissionen zur Auswahl und Abschätzung der bei Neubau- bilmachungen zu stellenden Pferde	173.
111. Feststellung des Stadthaushalts-Etats auf das Jahr 1876	174.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Öeffentlich:

112. Beschlussfassung in Betreff der eingegangenen Reclamationen gegen Er- höhung der Beiträge zu den Wegebaukosten	179.
--	------

Vertraulich:

113. Steuerreclamationen	180.
------------------------------------	------

B. Nach den Gegenständen.

Absuhr vor den Thoren f. Außenwohner.
Aegidienmarkt f. Marktwesen.
Alexii-Pflegehaus f. Schulen.
Altewiek f. St. Leonhard, Statute.
Anstellung
 eines vierten städtischen Executors 141;
 neuer Gemeindefchullehrer f. Schulen;
 zweier Magistratschreiber 10.
Anträge, selbständige der Herren
 Krampe auf Beschränkung der Abgabe
 von Wasser aus dem Wasserwerke
 85, 123;
 Munte auf Einführung des Licita-
 tionsverfahrens bei Vergebung von
 Arbeiten und Lieferungen zu Behuf
 städtischer Bauten 37, 40;
 Reuter auf Canalisirung der Oker-
 gräben 38;
 Steinau auf Abschaffung oder Aen-
 derung des Bürgereides 5, 45.
Armenunterstützung, Proceß wegen Erstat-
 tung solcher, 171.
Außenwohner, deren Eingabe wegen Absuhr
 des Hauskehrichts 134.
Bahnhofstraße, deren Canalisirung und Pfla-
 sterung 105.
Bauordnung f. Statute.
Beisitzer der Einschätzungscommissionen, deren
 Wahl 7.
Beleuchtungsanlage in der Schule im Prin-
 zenwinkel 10.
Blindeninstitut:
 Einrichtung seiner Gebäude zu Schul-
 räumen 12.
Verkauf derselben 32.

Bruch, die Triebe daselbst, f. Canalisirung.
Bürgereid f. Anträge.
Bürgerfschulen f. Schulen.

Canalisirung

der Straße hinter dem Bahnhofe 105;
 der Triebe auf dem Bruche 104;
 der Husarenstraße 14;
 des Okergrabens zwischen der ehemaligen
 Südmühle und der Hutfiltern-
 brücke 27;
 der Okergräben insgemein f. Anträge.
Chaussirung der Husarenstraße 14.

Commissionen

für die regelmäßigen Geschäfte der Ver-
 sammlung:
 deren Wahl 3;
 Entscheidung einer Streitfrage in
 Betreff des dabei zu beobach-
 tenden Verfahrens 4, 9;
 für die Einschätzungen zur Gewerbe-
 steuer, 145;
 für die Abschätzung der Quartierleistungs-
 fähigkeit hiesiger Gebäude 22;
 für Auswahl und Abschätzung der bei Mo-
 bilmachungen zu stellenden Pferde 173.

Communalsteuer:

Einschätzungscommission f. Commissionen.
Veranlagung
 der Eisenbahngesellschaft 56, 116.
 des Walzwerks 116.
Vertheilung der Steuerzettel 135, 172;
Reclamationen 20, 38, 56, 116, 131,
 151, 162, 168, 180;
Erhebung der Executionsgebühren 135,
 171.

Contracte wegen

Ankaufs der Neustadtmühle 153;
der Grundstücke der Neustädter Wasser-
kunst 16;

Benutzung des vormaligen Alerii-Pflege-
hauses für Schulzwecke 10;

Verkauf von städtischem Areal an der
Hufarenstraße 117, 167;

Vermiethung des Kellers unter der Schule
im Prinzenwinkel 10;

Verpachtung
städtischer Garten- und Feldländerei
am Giersberge 122;
der Rathsbliche 10.

Dienstwohnungen s. Schulininspectoren.

Einquartierung s. Quartierleistung.

Einschätzung

zur Gewerbesteuer s. Commissionen;
zur Communalsteuer s. Beisitzer.

Eisenbahn von Hildesheim über Braunschweig
nach Debsfelde 87.

Eisenbahngesellschaft s. Communalsteuer.

Etat

des Kreisfonds für 1876 164;
des Stadthaushalts für 1876 174;
der Gasanstalt für 1874/75, 54;
des Wasserwerks für 1875, 52.

Executiongebühren s. Communalsteuer.

Executor, vierter 141, 164.

Feldmarksinteressentenschaften s. Statute.

Feuerordnung, Feuerpriße, Feuerwache s. Lösch-
wesen.

Fuhrwesen s. Statute.

Gaswerk:

Schlussrevision der Rechnungen von
1872/3 17;

Rechnungsablage für 1873/74 147;

Voranschlag für 1874/75 54;

Gehaltserhöhung für den Buchhalter
und Kassirer 146;

Beleuchtungsanlagen in der Schule am
Prinzenwinkel 10.

Gemeindeschullehrer:

Reglement über deren Gehalts- und
Dienstverhältnisse 80;

Entscheidung in Betreff der Witwen-
pensionen 140;

Anstellung neuer Lehrer 12, 76.

Gewerbesteuer, Wahl der Einschätzungscom-
mission 145.

Gemeinschaftliche Sitzungen des Magistrats
und der Stadtverordneten 131, 179.

Giersberg, städtische Garten- und Feldländerei
dasselbst 122.

Hansischer Geschichtsverein, Verwilligung für
denselben 137.

Harzwasserleitung:

Anfrage Herrn Schöttlers über den
Stand dieser Angelegenheit 75;

Mittheilungen Herrn Reuters dar-
über 127.

Heilungskosten, Prozesse des Magistrats wegen
Erstattung solcher 148.

Hufarenstraße:

deren Canalisirung und Chauffirung 14;
Verkauf städtischen Areals an derselben
117, 167.

Industriellehrerinnen, Pensionirung des Frl.
Sandfuchs 140.

Industrieunterricht s. Schulen.

Interpellation des Magistrats

durch Herrn Bracke

wegen verspäteter Austheilung der
Steuerzettel und des Verfahrens
bei Erhebung von Executionen-
gebühren 135;

wegen der für den vereitelten Wahl-
termin am 8. October zugebil-
ligten Entschädigungen 169;

durch Herrn Krampe

wegen der Frequenzverhältnisse in
der höhern Töchter Schule 85, 103;

wegen der Vertheilung der Steuer-
zettel 172;

durch Herrn Schöttler
wegen der projectirten Harzwasser-
leitung 75;
durch Herrn Steinau
wegen Vertheilung eines politischen
Flugblattes 136.

Katholische Gemeinde, Zuschuß für deren
Schule 23.

Kaulig'sches Haus s. Schulen.

Keller unter dem Schulhause im Prinzen-
winkel, dessen Vermietung 10.

Kreiscommunalfond, dessen Etat für 1876, 164.

Lehrmittel, Anschaffung solcher für die Schule
im Prinzenwinkel 11

St. Leonhard: Vorschläge der Weichbildsge-
meinde Altwiek wegen Ueberlassung ihres
Eigentumsrechtes an dem Marktplatze
daselbst 114.

Licitationsverfahren bei Vergebung von Ar-
beiten und Lieferungen zu Behuf städti-
scher Bauten 6, 37, 40.

Löschwesen:

Abänderungen der Feuerordnung 100;

Anschaffung einer Feuerspritze 54;

Einrichtung von Feuer- und Thurm-
wachen 100;

innere Einrichtung des provisorischen
Spritzen- und Steigerhauses 23.

Louisenstraße, deren Verbreiterung 104.

Magistratsdiener, Wahl eines solchen 22.

Magistratschreiber, neu angestellte 10.

Marktwesen:

Wochenmarkt bei St. Regidien 117;

Stellegelder auf den Wochen- und Vieh-
märkten 23;

Eigentumsrechte an dem Marktplatze
bei St. Leonhard 114.

Museum, städtisches, Ankauf zweier Bilder 170.

Neustadtmühle, deren Ankauf 153.

Neustädter Wasserkunst, Erwerbung ihrer
Grundstücke 16.

Ofergräben, deren Canalisirung
insgemein 38;
auf der Strecke zwischen der vormaligen
Südmühle und der Hutfiltern-
brücke 27.

Pensionirung der Lehrerin Sandfuchs 140.
Pflasterung

der Straße hinter dem Bahnhofe 105;
bei der Schule am Sandwege 165.

Präparandenanstalt, der naturwissenschaftliche
Unterricht in derselben 2.

Proceffe:

Magistrat c. Vollmanns Erben wegen
verweigerter Abgaben zur Armen-
und Wegebetterungskasse 120;

Magistrat c. Evers und Pfeifer wegen
verweigerter Erstattung von Hei-
lungskosten 148;

Magistrat c. Bütge wegen verweiger-
ter Erstattung von Armenunter-
stützung 171;

Müller c. Magistrat auf Ersas für
Erwerbschädigung 148.

Rabe c. Magistrat wegen Besitzstö-
rung 165.

Protocol:

Stellvertretung des Protocolführers 75;
Erklärung Herrn Kunzens zum Protocol
vom 13. Mai 133.

Quartierleistung:

Entschädigungen dafür 149;

Veranlagung der Gebäude dazu 22.

Rathsbleiche, deren Verpachtung 11.

Realschule s. Schulen.

Rechnungsablagen

der Stadtkasse 10;

der Gasanstalt 17;

des Wasserwerks 17.

Reiseunterstützung für eine Lehrerin 116.

Schlachtehaus 17, 163.

Schulen:

Neuordnung der Directionen 32, 108.

Bürgerschulen, mittlere und untere:

Gehalts- und Dienstverhältnisse der
Gemeindeschullehrer 81;

Anstellung neuer Lehrer 12, 76.

allgemeiner Raummangel 11;

Neubauten:

an der Campestraße 78, 165;

im Pflegehausgarten 121;

Miethcontract wegen des vormaligen
Alexii-Pflegehauses 10;

Einrichtung neuer Klassen:

im vormaligen Alexii-Pflegehause 138;

im vormalig Kaulitzschen Hause 138;

in der Sch. am Prinzenwinkel 12, 76;

in der Schule am Sandwege 12, 76;

Vermehrung des Industrieunterrichts 106;

Anschaffung von Lehrmitteln für die
Schule im Prinzenwinkel 11;

Erweiterung der Beleuchtungsanlagen
dasselbst 10;

Pflasterung bei der Schule am Sand-
wege 165;

Vermehrung und Umlegung der Wasser-
hähne in der südl. untern Bürger-
schule 146;

Vermiethung des Kellers unter der Schule
im Prinzenwinkel 10;

Pensionirung der Lehrerin Sandfuchs 140.

Höhere Mädterschule:

Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Leh-
rerinnen 139;

Einführung einer Aufnahme- und Ver-
sehungsgeld 137;

Frequenzverhältnisse 85, 103;

Neubauten 145;

Einrichtung neuer Klassen 32;

Erhöhung des Gehaltes der Schulwär-
terin 101;

Reiseunterstützung einer Lehrerin 116.

Präparandenanstalt, naturwissenschaftlicher
Unterricht dasselbst 2;

Realschule zweiter Ordnung, deren Bau 79;
ihre Organisation;

Seminar, dessen Organisation 32, 108;
Katholische Schule, Zuschuß für die-
selbe 23.

Volksskindergarten im Hagen, Zuschuß
für denselben 106.

Schulinspektoren, deren Dienstwohnungen 13.

Sekundar 141.

Spritze, Spritzenhaus s. Löschwesen.

Stadtkassenrechnungen:

Abnahme derer vom J. 1873 10;

Voranschläge auf das J. 1876 174

Standsamt:

Einrichtung 119;

Erat 170.

Statute:

Abänderung und Ergänzung der Bau-
und Feuerordnung 59;

Änderung des St. über das Feuerlösch-
wesen 100;

Reglement über die Gehalts- und Dienst-
verhältnisse der städtischen Lehrer 80;

St. das öffentliche Fuhrwesen betr. 170;

Verschärfung einiger Strafbestimmungen
in dem Reglement für die Consu-
menten des Wasserwerkes 52;

Änderung des Statuts über die Her-
stellung und Erhaltung der Wege
vor den Thoren und die Verwal-
tung der Weichbildsgemeinden und
Feldmarkinteressentenschaften 101.

Steigerhaus s. Löschwesen.

Stellengelber s. Marktwesen.

Steuerzettel s. Communalsteuer.

Straßen:

Pflasterung der Straße hinter dem
Bahnhofs 105;

Canalisirung und Chauffirung der Hu-
sarenstraße 14;

Verkauf von städtischem Areal dasselbst,
117. 167;

Verbreiterung der Louisenstraße 104.

Thurmwahe s. Löschwesen.

Mädterschule s. Schulen

Trieb auf dem Bruche, deren Canalisir-
ung 104.

Veranlagungen f. Communalsteuer, Gewerbesteuer.

Verkauf, Vermietung, Verpachtung f. Contracte.

Volksskindergarten f. Schulen.

Voranschläge f. Etats.

Vorspannleistung, Festsetzung der Entschädigungen dafür 149.

Wahlen:

zur Stadtverordnetenversammlung 1;
der Vorstehenden derselben 2;
der Commissionen für deren regelmäßige Geschäfte 4;

eines stellvertretenden Protocollführers 75;
der Beisitzer in den Commissionen für die Einschätzungen zur Gewerbesteuer 145;

der Deputation für Einschätzungen zur Gewerbesteuer 145;

der Commission zur Abschätzung der Quartierleistungsfähigkeit der Gebäude 22;

der Commissionen zur Auswahl und Abschätzung der bei Mobilmachungen zu stellenden Pferde 173;

Wasservwerk:

Schlussrevision der Rechnung vom Jahre 1872/73 17;

Rechnungsablage für das J. 1873/74 147;

Voranschlag für das J. 1874/75 52;
Aenderungen im Reglement für die Consumumenten 52;

Antrag auf Beschränkung der Wasserabgabe 85, 123;

Gehaltserhöhung für den Buchhalter und Kassirer 146;

Anlagen in der südlichen untern Bürgerschule 146.

Wasserkunst, neustädter, Erwerbung ihrer Grundstücke 16.

Wegebau:

Abänderung des bezügl. Statuts 101;
Reclamationen gegen Erhöhung der Beiträge zu den Wegebaukosten 179.

Weichbildsgemeinde Altewiek f. St. Leonhard, Statute.

Witwenpension, Entscheidung über solche 140.

Wochenmärkte f. Marktwesen.

(Beilage zum 34. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 11. Stücke des 1875.
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. Januar 1875.

Öffentlich:

Wahl der Vorsitzenden.

Commissionswahlen.

Antrag Herrn Steinaus auf Abänderung des Bürgerreides.

Antrag Herrn Muntzes auf Einführung des Vicitationsverfahrens bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zu Behuf städtischer Bauten.

Vertraulich:

Wahl der Beisitzer für die Einschätzungscommissionen.

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Carstens, Ramdohr, Rittmeyer. Herr Oberbürgermeister Caspari, welcher bei Beginn der neuen Periode bis zur Neuwahl des Vorsitzenden dessen Platz einnimmt, bewillkommenet die Anwesenden, indem er die Zuversicht ausdrückt, daß den neu eingetretenen Mitgliedern wie den älteren als Ziel alles gemeinsamen Handelns einzig und allein das Wohl der Stadt vor-schweben und so die Wirksamkeit der Versammlung auch fernerhin eine wahrhaft segensreiche sein werde.

Wie ein Magistrats Schreiben vom heutigen Tage zur Kenntniß bringt, sind am Ende v. J.

die Herren v. Seckendorf, Haeußler, Solmiz, Kellner, Krone, Götte, Steinmann, Ehrenhard und Bräß ausgeschieden, durch die am 28., 29. und 30. v. M. erfolgten Neuwahlen aber die Mandate

der Herren v. Seckendorf und Solmiz

auf sechs Jahr erneuert, und für den gleichen Zeitraum an Stelle der übrigen die Herren

Maurermeister Bewig, Tischlermeister Bosse, Sattelfabrikant Ding, Hofbuchdrucker Krampe, Finanzrath a. D. Kunzen, Schulinspector Mühe, Oberlehrer Dr. phil. Steinacker

zu Stadtverordneten bestellt.

In einem zweiten Schreiben ergeht die Anzeige, daß an Stelle des zum unbesoldeten Magistratsmitgliede erwählten Herrn Haacke

Herr Advocat-Anwalt Heymann in die Versammlung berufen ist.

Mit Ausnahme Herrn Kunzens, welcher für heute durch seine Pflicht als Geschworener behindert ist, sind die neuen Mitglieder sämmtlich erschienen.

Der Tagesordnung gemäß

Schreitet die Versammlung zunächst zur Wahl ihres Vorsitzenden. Es werden 25 Stimmen abgegeben, von denen 20 auf Herrn Peters, 4 auf Herrn Schwarzenberg, 1 auf Herrn Lucius fallen.

Herr Peters übernimmt den Vorsitz mit dem Ausdruck seines Dankes für das wohlwollende Vertrauen, welches sich in seiner Berufung zu diesem Amte bezeuge. Er verkennet nicht, daß seine Aufgabe, zumal nach der ausgezeichneten Geschäftsführung seiner Vorgänger, keine leichte sein wird, will ihr indeß nach besten Kräften gerecht zu werden versuchen und insbesondere sich eine unparteiische Handhabung der Geschäftsordnung möglichst angelegen sein lassen. Die Versammlung bittet er, ihm bei solchem Streben die Nachsicht und Unterstützung angedeihen zu lassen, ohne welche der gewünschte Erfolg dennoch nicht erreicht werden könnte.

Bei der hierauf folgenden Wahl des zweiten Vorsitzenden fallen 16 Stimmen auf Herrn Lucius, 6 auf Herrn Schwarzenberg und 3 auf Herrn Grafen Görz-Brissberg.

Herr Lucius ist sonach gewählt und nimmt die Wahl ebenfalls dankend an.

Vor weiterer Fortgang der Tagesordnung

177
theilt Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß er, aus Anlaß des Tadels, welchen in voriger Sitzung Herr Bracke gegen den naturwissenschaftlichen Unterricht in der Präparandenanstalt ausgesprochen, über diesen Gegenstand versprochener Maßen Erkundigungen eingezo gen und durch ein Schreiben des Herrn Seminardirectors Friedrichs genauere Aufschlüsse erlangt hat, welche er, dessen ausdrücklichem Wunsche gemäß, der Versammlung nicht vorenthalten will. Der Herr Oberbürgermeister verliest dieses Schreiben wie folgt:

Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister!

Den Behauptungen des Stadtverordneten Bracke gegenüber erlaube ich mir, Ihnen gehorsamt mitzutheilen, wie es sich in Wahrheit mit dem naturwissenschaftlichen Unterrichte in unserer Präparanden-Anstalt verhält.

Die Zöglinge dieser Anstalt zerfallen in zwei Abtheilungen, in Schulamts-Aspiranten und Schulamts-Präparanden, welche in gesonderten Stunden unterrichtet werden. Die Aspiranten, d. h. Diejenigen, welche den Unter-

richtscursus einer mittleren Bürgerschule vollständig und mit gutem Erfolge benutzt haben, werden in einem zweijährigen Cursus derart unterwiesen, daß vorzugsweise auf eine Befestigung und thünlichste Erweiterung ihres bisherigen Schulcursus Bedacht genommen wird. Sie erhalten wöchentlich nur 24 Stunden Unterricht, weil sie während ihrer Vorbereitungszeit sich meistens noch besonders mit ihrer musikalischen Vorbildung beschäftigen müssen, da sie behufs ihrer Aufnahme unter die Zahl der Präparanden eine Prüfung im Klavierspielen zu bestehen haben, um ihre Fähigkeit zur Theilnahme an dem Orgelunterrichte nachzuweisen. In den Naturwissenschaften werden sie wöchentlich 2 Stunden, und zwar je eine Stunde in der Naturgeschichte und in der Physik, unterwiesen. Den Unterricht ertheilt der Waisenhauslehrer Fricke, ein auch in diesem Zweige sehr tüchtiger Lehrer.

Für die obere Abtheilung, die Schulamts-Präparanden, ist ein dreijähriger Cursus festgesetzt. Jeder Präparand erhält wöchentlich 26 Stunden, unter denen sich 3 naturwissenschaftliche Stunden befinden, nämlich in der Weise, daß im Sommersemester 2 Stunden Naturgeschichte und eine Stunde Physik, im Wintersemester 2 Stunden Physik und eine Stunde Naturgeschichte ertheilt werden. Den Unterricht ertheilt der für diesen Unterrichtszweig sehr gut befähigte Schulinspector Töpke.

Was schließlich noch die Behauptung des Herrn Bracke betrifft, daß zur Ertheilung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in der Präparanden-Anstalt keine genügenden Veranschaulichungsmittel vorhanden seien, so ist dies nur insofern wahr, als die Präparanden-Anstalt als solche keine derartige Veranschaulichungsmittel besitzt. Ich habe die Anschaffung derselben aber für überflüssig gehalten, weil der Unterricht in der Präparanden-Anstalt seit Gründung derselben stets in einem Locale der öffentlichen Bürgerschule ertheilt worden ist, und weil der betreffende Fachlehrer stets ein hiesiger Gemeindeschullehrer gewesen, dem die Benutzung der für die hiesigen mittleren Bürgerschulen angeschafften naturwissenschaftlichen Sammlungen und physicalischen Apparate stets unbedingt zu Gebote gestanden hat. Diese Sammlung und Apparate können im allgemeinen als ausreichend bezeichnet werden, wobei jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß auf eine fernere Completirung derselben Bedacht genommen werde, was bei der allseitig anerkannten Liberalität unserer städtischen Behörden gewiß auf keine Schwierigkeiten stoßen wird.

Ich kann demnach die Behauptungen des Herrn Bracke nur entschieden zurückweisen und ersuche Ew. Hochwohlgeboren hierdurch ganz gehorsamt, dieselben in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung zu berichtigen.

In vollkommener Hochachtung u. c.

Braunschweig,

den 26. Decbr. 1874.

Friedrich S.

Hierauf

geht die Versammlung zur Wahl ihrer Deputationen und Commissionen über und wird

1. in die Armendirection Herr Kloss abgeordnet.

Da bei dieser Gelegenheit u. a. zwei unbeschriebene Zettel abgegeben werden, weist der Herr Vorsitzende darauf hin, daß dies unstatthaft ist, da sich nach §. 57 der Städteordnung kein Mitglied der Abstimmung enthalten dürfe.

Herr Bracke zweifelt, ob die angezogene Bestimmung auch auf Wahlen wie die gegenwärtigen Anwendung finden könne, bei denen man sehr häufig in der Lage sei, im mindesten nicht zu wissen, Wer etwa für das zu besetzende Amt tauglich.

Der Herr Vorsitzende giebt zu, die Entscheidung in derartigen Fällen möge ihre Schwierigkeit haben, glaubt aber die Forderung aufrecht erhalten zu müssen, daß jeder Einzelne unter allen Umständen nach bestem Wissen und Gewissen seine Wahl treffe, da es formell doch keinen Unterschied mache, ob die Function der Abstimmung mündlich oder schriftlich vollzogen werde, und da überdies bei entgegengesetzter Auffassung die eine oder andere Wahl leicht gar nicht zu Stande kommen würde.

Dem Ersuchen Herrn Brackes, dann wenigstens vor jeder ferneren Wahl eine Anzahl geeigneter Personen zu bezeichnen,

erklärt der Herr Vorsitzende deshalb nicht stattgeben zu können, weil statutenmäßig diese Wahlen lediglich im Wege der Abstimmung zu erledigen seien, und sonach eine vorgängige Verständigung darüber nur außerhalb der Versammlung am Platze.

Es werden ferner gewählt

2. in den Schulvorstand Herr Redt;

3. in das Kirchen- und Stiftungskassen-Collegium Herr Kunzen;

4. in die Baucommission und das Stadtbauamt die Herren Flagge, Pini und Reuter.

Bei letzterer Wahl ergeben sich fünf Stimmzettel für die Herren Pini, Baumeister Müller und Professor Constantin Uhde. Da dieselbe nach Maßgabe der Stadtbauordnung auf Mitglieder der Versammlung zu beschränken ist, schließt der Herr Vorsitzende diese fünf Stimmen von der Entscheidung ganz aus,

wogegen nach Ansicht Herrn Steinaus sie Herrn Pini allerdings zuzuzählen wären.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, daß das Schlussergebnis dadurch keine Aenderung erleiden würde. Hinsichtlich des streitigen Princips enthält die Geschäftsordnung allerdings keine ausdrückliche Vorschrift; der Natur der Sache nach und nach Analogie des Verfahrens bei den Reichstagswahlen glaubt der Herr Vorsitzende bei seiner Auffassung beharren zu müssen; doch schlägt er vor, die Frage für jetzt auf sich beruhen zu lassen.

Herr Steinau ist damit einverstanden, sofern inzwischen die vorläufige Anordnung des Herrn Vorsitzenden nicht etwa auf ein Präjudiz für ähnliche Fälle hinauslaufe.

Die Herren Lucius und Schwarzenberg, welche in der Sache die Auffassung Herrn Steinaus theilen, wünschen mit Rücksicht auf die Möglichkeit gleicher Vorcommissee bei den noch heute vorzunehmenden Wahlen, daß der Streit sofort zum Austrag gebracht werde.

Herr Graf Görz-Brisberg hält dies formell und materiell für unthunlich: ersteres, weil der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung steht, letzteres, weil die Erörterung der Frage ohne Vorbericht der Statutencommission schwerlich zu einem befriedigenden Ergebniss gelangen könnte.

Herr Steinau ersucht demnach den Herrn Vorsitzenden, die Sache geeigneter Maßen bei der Statutencommission in Anregung zu bringen.

Hierauf werden gewählt

5. in die Statutencommission die Herren Bracke, Ding, Graf Görz-Brisberg, Heymann, Lucius, Peters, Schöttler;
6. in die Finanzcommission die Herren Bewig, Graf Görz-Brisberg, Jasper, Kunzen, v. Seckendorf, Solmiz, Steinau;
7. in die Schulcommission die Herren Bosse, Mühe, Reck, Schwarzenberg, Steinacker;
8. in die Commission für Wohnortsrechts- und Heimathsachen die Herren Kloss, Meyer, Munte;
9. in die Deputation für das Gas- und Wasserwerk die Herren Flagge, Krampe, Schöttler, Solmiz;
10. in die Pflegehausdeputation die Herren Flagge und Kloss;
11. in die Quartierbehörde die Herren Faillard und Meyer und zu deren Stellvertretern die Herren Bosse und Ding;
12. in den Gesundheitsrath die Herren Krampe, Reuter und Steinacker;
13. in die Commission zur Betreibung der Anlage von Anschlußbahnen die Herren Flagge, Kunzen, Reuter, v. Seckendorf, Steinau.

Von einer Neuwahl der Commission für Errichtung eines Schlachthauses, welche ihre Aufgabe bis auf die Berichterstattung erledigt hat, wird vorläufig Abstand genommen.

Die Steuereinschätzungscommissionen hat der Herr Vorsitzende dergestalt zusammenge setzt, daß die Veranlagungen

des August- und Steinhordistrictes

den Herren Bock, Bosse, Heymann, Krampe, Lucius, Munte, Peters, Schöttler, Steinau,

des Wenden- und Perithordistrictes

den Herren Bewig, Bracke, Ding, Flagge, Jasper, Meyer, Reck, Reuter, Schwarzenberg,

des Hohen- und Wilhelmthordistrictes

den Herren Faillard, Graf Görz-Brisberg, Kloss, Kunzen, Mühe, Pini, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker

zufallen, womit die Versammlung einverstanden ist.

Nachdem damit die Tagesordnung erledigt, auch das Protocoll vom 17. December v. J. genehmigt ist, wird Herrn Steinau zur Begründung folgenden Antrags das Wort ertheilt:

»Die Versammlung wolle den Magistrat auffordern:

die jetzige Form des Bürgereides abzuschaffen und an deren Stelle eine solche zu setzen, welche die Gewissen der Betreffenden und ihre Ueberzeugungen über diesen Gegenstand nicht verletzen kann,

falls aber eine solche Abänderung nicht ohne Genehmigung Herzoglicher Landesregierung geschehen kann, bei dieser das Nöthige zu beantragen.«

Herr Steinau hält es für eine der ernstesten Erscheinungen, daß die moderne Gesetzgebung überall noch den Eid aufrecht erhält, obschon über die Werthlosigkeit dieses Beweiz- und Nöthigungsmittels längst doch kaum mehr ein Zweifel bestehen könne. Ganz besonders klar aber liege für Jeden, welcher die Geschichte irgend kennt, namentlich die Thatsache vor Augen, daß politische Eide zu allen Zeiten von den Fürsten wie von den Völkern ebenso leicht gebrochen wie geleistet worden. Zu den politischen Eiden gehöre nun auch der Bürgereid, und wenn man vollends dessen Formulirung im hiesigen Lande in Betracht ziehe, so müsse fast unbegreiflich scheinen, wie es dabei bis auf den heutigen Tag habe belassen werden können. Etwas Ehrwürdiges vermag Redner in dieser Institution nicht zu entdecken, und ganz entschieden verwahrt er sich gegen die Behauptung, als sei dieselbe eine specifisch christliche; im Gegentheil: nach jener Stelle des Evangeliums habe Christus selbst seinen Bekennern jede andere Bethuerung als mit »Ja ja, Nein nein« ausdrücklich untersagt, wie demgemäß ja auch von mehreren christlichen Secten jede Eidesleistung entschieden verweigert werde. Auch die Unentbehrlichkeit des Eides werde man nicht vorschützen können: werde über öffentlichen Wahrheitsbruch dieselbe schwere Strafe verhängt wie über Meineid, so könne ein Handschlag, eine Versicherung auf Ehre, Pflicht und Gewissen, den Eid sehr wohl ersetzen. Redner weist endlich auf die neuerdings öfters vorgekommenen Fälle hin, daß Staatsangehörigen, welche aus der Kirche geschieden und demnach den vorgeschriebenen Eid mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbar gefunden, das Bürgerrecht hat versagt werden müssen. Erwäge man, daß es sicherlich nicht die Schlechtesten sind, welche dergestalt ihre Ueberzeugung höher halten als äußere Vortheile, so scheine es in der That hoch an der Zeit, in dieser Sache Wandel zu schaffen. Auf gänzliche Abschaffung des Bürgereides macht Redner sich einstweilen keine Hoffnung; er hat daher seinen Antrag auf das Unerläßlichste eingeschränkt, glaubt um so sicherer aber auf dessen Unterstützung in der Versammlung rechnen zu dürfen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Statutencommission zur Berichterstattung überwiesen.

Von Herrn Munte wird der Antrag eingebracht:

daß angesichts der in großer Anzahl bevorstehenden städtischen Bauten beschlossen werde, inskünftige alle dabei erforderlichen Lieferungen und Arbeiten von mehr als 300 Mark Werth, im Wege öffentlicher Submission zu vergeben, wie dies vieler anderer Orten bereits geschieht.

Der Antragsteller giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß dies Verfahren nicht auch hier schon längst angenommen ist; er weist darauf hin, daß es bei der bestehenden unbeschränkten Gewerbefreiheit nicht nur der Billigkeit entspreche, auch auf diesem Gebiete die Concurrenz zuzulassen, daß voraussichtlich auch nicht unbedeutende finanzielle Vortheile daraus erwachsen werden — Vortheile, gegen welche es nicht ins

Gewicht fallen könnte, falls das neue Verfahren etwa eine Vermehrung der Arbeitskräfte bei der städtischen Baubehörde nöthig machen sollte.

Nachdem auch dieser Antrag die ausreichende Unterstützung gefunden hat und der Finanzcommission überwiesen ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich werden von der Versammlung die aus der Bürgerschaft zuzuziehenden Beisitzer der Einschätzungscommissionen gewählt.

... und ...
...
...

...

...
...

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 34. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. Februar 1875.

Öffentlich:

Entscheidung einer Streitfrage in Betreff des Verfahrens bei Commissionswahlen.
Verlängerung des Miethvertrages über die Schulräume im Alexi-Pflegehause.
Vermiethung des Kellers unter dem Schulhause im Prinzenwinkel.
Beschluss über eine Erweiterung der Beleuchtungsanlagen daselbst.
Genehmigung der Stadtcassenrechnungen vom Jahre 1873.
Beschluss über die Anstellung zweier Magistratschreiber.
Verlängerung des Pachtcontracts über die Rathssbleiche.
Verwilligungen zur Anschaffung von Lehrmitteln für die Schule im Prinzenwinkel.
Beschluss über die Chauffirung und Canalisirung der Casernenstraße.
Desgleichen wegen Abtretung des Grundstückes der Neustädter Wasserkunst.
Mittheilungen über die Schlussrevision der Rechnungen des Wasserwerks und der Gasanstalt.
Beschluss in Betreff der Anlage eines Schlachthauses.

Vertraulich:

Erläuterung von Steuerreclamationen.

Abwesend und für entschuldigt gehalten Herr Boß. Am Magistratsstische Herr
Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens,
Götze, Haake.

Nach Genehmigung des Protocolls vom 21. Januar

I. zeigt der Herr Vorsitzende an, daß die in letzter Sitzung bei Gelegenheit der
Commissionswahlen eingetretene Frage, ob Wahlzettel, welche neben wählbaren Personen
auch nicht wählbare bezeichnen, für erstere mitzählen oder schlechtthin als ungünstig
betrachtet werden sollen, in der Statutencommission zu Gunsten der mildern Ansicht ent-
schieden ist, weil die gleichzeitige Stimmabgabe für sämtliche Mitglieder einer Com-
mission sich lediglich als eine zur Abkürzung des Wahlacts beliebte Combination von
Einzelwahlen darstellt, und hiernach denn auch jeder einzelne der so in Vorschlag
gebrachten Namen für sich allein in Betracht kommt.

Da kein Widerspruch laut wird, erklärt der Herr Vorsitzende diese Auffassung für genehmigt.

Der Tagesordnung gemäß

II. trägt namens der Finanzcommission Herr Kunze vor, daß nach einem Magistratschreiben vom 2. Janr. d. J. die Münzstraßengesellschaft zur Verlängerung des nächsten Ostern ablaufenden Miethvertrages über das vormalige Alerii-Pflegehaus nur bei Erhöhung des bisherigen Miethpreises um 100 Rthlr. jährlich geneigt ist. Da die fraglichen Localitäten bis zur Herstellung neuer Schulhäuser nicht wohl entbehrt werden können, empfehlen Magistrat und Commission auf diese Forderung einzugehen und sonach den Contract nochmals auf 3 Jahr abzuschließen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Ferner

III. wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Steinau berichtet, ein unterm 29. v. M. zur Vorlage gebrachter Contract genehmigt, laut dessen die Kellerräume unter der Schule im Prinzenwinkel für den jährlichen Miethpreis von 605 Mk. auf sechs Jahr vom 1. April d. J. ab dem Expeditur Lust überlassen werden.

IV. Zufolge eines Magistratschreibens vom 11. Januar ist in der Schule am Prinzenwinkel noch für ordnungsmäßige Beleuchtung der Dirigentenwohnung, des Treppenhauses, des Schulhofes, des Konferenzzimmers und des dem Inspector überwiesenen Arbeitszimmers zu sorgen. Dem Antrage des Magistrats, die erforderlichen Gasanlagen zu genehmigen und die zu c. 300 fl veranschlagten Kosten zu bewilligen,

wird auf den von Herrn Schwarzenberg erstatteten Bericht der Schulcommission seitens der Versammlung ohne weiteres entsprochen.

Wie hierauf

V. Herr v. Seckendorf berichtet, hat die Finanzcommission die Stadtkassenrechnungen des J. 1873 eingehend geprüft und keine irgend erheblichen Ueberschreitungen des genehmigten Voranschlags entdeckt, welche nicht durch besondere Beschlüsse der Versammlung gerechtfertigt wären. Sie giebt daher anheim, dem Magistrate die Erklärung zugehen zu lassen, daß die Versammlung Anstände gegen die vorliegenden Rechnungen nicht zu erheben habe und deren Abnahme daher genehmige.

Nachdem der Herr Referent zur Orientirung der neu eingetretenen Mitglieder eine Uebersicht des städtischen Activ- und Passivvermögens vorgetragen hat, tritt dem Antrage der Commission auch die Versammlung bei

Sodann

VI. erklärt in Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 15. Januar und auf Empfehlung Herrn Jaspers als Referenten der Finanzcommission die Versammlung sich einverstanden, daß die Magistratschreiber Lühr und Kuhlmann, welche fünf Jahr im Dienst sind und selbständige Geschäfte besorgen, nach Maßgabe der betreffenden Vorschrift in § 18 des Statuts über die Zusammensetzung des Magistrats und die

Dienstverhältnisse der städtischen Beamten, mit einem jährlichen Gehalte von 1500 Mk. vom 1. d. M. ab fest angestellt, und dem Schreiber Barth vom 1. Januar d. J. 180 Mk. Remunerationszulage gewährt werden, wie solche anderen Schreibern von gleichem Dienstalter schon durch den diesjährigen Etat zutheil geworden und für ihn bisher lediglich durch ein Versehen nicht in Ansatz gebracht sind.

VII. Namens der Finanzcommission trägt Herr Kunze Folgendes vor.

Auf den Fall, daß die Gebäude der Rathsbliche einstürzen oder unbewohnbar werden sollten, ist nach dem bestehenden Pachtcontracte die Stadt nicht zum Wiederaufbau verpflichtet, sondern der Contract dann als erloschen zu betrachten. Dieser Ausgang stände nunmehr bevor, da die fraglichen Gebäude wegen drohender Baufälligkeit haben geräumt werden müssen, und der Stadtbaumeister den baldigen Abbruch für unvermeidlich erklärt. Da der Pächter indeß den Contract bis zu dessen Ablauf, Ostern 1876, auch unter den gegenwärtigen Umständen innezuhalten und namentlich die volle Pacht mit 130 Mk. zu zahlen erbötig ist und allen Entschädigungsansprüchen dieserhalb enttagt hat, so wird vom Magistrate in einem Schreiben vom 30. Januar beantragt, daß die Versammlung diesem Abkommen ihre Zustimmung ertheile. Nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters müssen die Gebäude nunmehr auf Abbruch verkauft werden; das Grundstück beabsichtigt der Magistrat nach Ablauf der gegenwärtigen Pachtzeit, sofern sich inzwischen keine andere Verwendung darbieten sollte, abermals meißbietend zu verpachten. Die Commission empfiehlt sowohl diese Maßnahmen wie den ersten Antrag zur Genehmigung,

wonach denn auch die Versammlung sich in allen drei Puncten einverstanden erklärt.

Es folgt

VIII. durch Herrn Reck erstattet, Bericht der Schulcommission über ein Magistrats Schreiben vom 3. d. M., die Herstellung verschiedener neuer Klassen in den Bürgerschulen betreffend.

Um einmal nämlich die Organisation der Schule im Prinzenwinkel in ihrem vollen Umfange abzuschließen, muß dort Ostern noch eine erste Mädchenklasse eingerichtet werden. Das Local ist vorhanden, wegen Anstellung eines Lehrers hat der Schuldirektor seinen Bericht vorbehalten. Zunächst wird also nur zu Behuf der nöthigen Lehrmittel auf Verwilligung einer Summe bis zu 100 Mk. angetragen. Sodann ist bei der stetig zunehmenden Frequenz der mittlern Bürgerschule östlichen Bezirks zu Ostern auch dort eine zweite Elementarklasse für Knaben erforderlich, und soll der Raum dafür aus Theilen der vierten Mädchenklasse und des im zweiten Stockwerk hofseitig belegenen Corridors geschaffen werden. Die Kosten sind zu 1050 Mk. veranschlagt; zu Beschaffung von Unterrichtsmitteln werden 90 Mk. angefordert.

Im Einverständniß mit dem Magistrate empfiehlt die Commission, diese Vorschläge zu genehmigen und die entsprechenden Verwilligungen auszusprechen. Zugleich aber hält sie für angemessen, die Aufmerksamkeit der Versammlung nochmals auf die beklagenswerthe Ueberfüllung der hiesigen Schulen zu lenken. Obwohl das Bedürfniß schon durch den Beschluß vom 24. Juli 1873 als ein äußerst dringendes anerkannt worden, hat seitdem doch noch keine einzige neue Schule fertig gestellt werden können,

weil zunächst schon die Wahl der Heizvorrichtung nicht so rasch getroffen, und überdies dann der ausführende Ingenieur längere Zeit hindurch noch anderweitig in Anspruch genommen war. Inzwischen aber ist die Zahl der Kinder in den städtischen Schulen wieder um mehr als 200 gewachsen; und da Miethlocale in genügender Anzahl nicht zu haben, die vorhandenen provisorischen Klassen aber bereits mehr als genügend besetzt sind, so macht sich in allen Bürgerschulen der Raumangel immer drückender fühlbar. Nicht wenige Klassen haben 80—100 Schüler, in der westlichen z. B. zwei über 90, in der östlichen eine nahe an 100, viele über 80; und nicht anders ist es in den unteren Bürgerschulen.

Indem nun die Commission sich nach Aushülfsmitteln umgesehen hat, mittelst deren die Nachtheile dieser traurigen Zustände möglichst eingeschränkt werden könnten, ist ihr bekannt geworden, daß nicht nur zwei oder drei Räume im vormaligen Blindeninstitute sich allenfalls zu Schulklassen einrichten ließen, sondern auch in den vorhandenen Schulgebäuden selbst noch eine Anzahl geeigneter Zimmer zur Verfügung stehen. So namentlich zwei am Sandwege und zwei im Prinzenwinkel, wo das eine derselben zur Directorialwohnung vorbehalten ist, das andere zu den Lehrerconferenzen benutzt wird, weil das eigentliche Conferenzzimmer dem Inspector überwiesen ist, um das Inspectorenzimmer gleichfalls zu der Directorialwohnung ziehen zu können. Dispositionen, welche angesichts des herrschenden Nothstandes in keiner Weise gebilligt werden können, weswegen die Commission denn auch anheimgiebt, principiell darauf zu halten, daß irgend brauchbare Schulräume ihrem eigentlichen Zwecke nicht derart entzogen werden. Sind nun aber jene Wahrnehmungen der Commission richtig, so bietet sich die Möglichkeit dar, eine ganze Anzahl überfüllter Klassen, wenn auch nicht auf die Normalzahl von 50 Schülern, so doch auf einen Bestand von 60—70 zu bringen, womit immerhin schon viel gewonnen wäre. Demnach beantragt ihrerseits die Commission, daß der Magistrat dringend ersucht werde,

1. zu öftern die noch disponibeln Klassen der Schulen im Prinzenwinkel und am Sandwege in Benutzung nehmen zu lassen,
2. zu erwägen, ob nicht in dem vormaligen Blindeninstitute zwei bis drei provisorische Unterrichtsräume herzurichten wären, und falls dies möglich, Verfügung zu treffen, damit solche ebenfalls auf Öftern fertig gestellt werden.

Eine durchgreifende Besserung erwartet die Commission natürlich nur von der Herstellung einer genügenden Anzahl neuer Schulhäuser, und wünschte sie daher, daß mit den beschlossenen Neubauten in Zukunft rascher als bisher vorgegangen würde. Bei entsprechender Vermehrung der Arbeitskräfte dürfte ihrer Ansicht nach sehr wohl möglich sein, innerhalb zweier Jahre damit zu Ende zu kommen; gegenüber den von Seiten des Magistrats geltend gemachten Zweifeln, ob ebenso bald auch die nöthigen Lehrkräfte zu gewinnen wären, beruft sich der Herr Referent auf die Thatfache, daß die Stadt Chemnitz an einem Tage vierzig Lehrer verlangt und vierzig und mehr bekommen hat — ein Ergebnis, welches nach der bevorstehenden neuen Regulirung der Lehrergehälter auch hier nicht fehlen werde. In dieser Erwägung stellt die Commission ferner den Antrag, daß

3. der Magistrat um möglichste Beschleunigung der beschlossenen Schulbauten ersucht, und
4. die Anstellung der für die beantragten neuen Klassen erforderlichen Lehrer im voraus seitens der Versammlung genehmigt werde.

Herr Steinau findet sich durch den Commissionsbericht zunächst in seiner schon bei früherem Unlaß geäußerten Meinung bestärkt, daß die Einrichtung von Wohnräumen innerhalb der Schulgebäude, abgesehen von den großen Lasten, welche der Stadt damit aufgebürdet werden, noch mancherlei andere Unzuträglichkeiten nach sich zieht und demnach für die Folge ganz in Wegfall kommen sollte. Zugleich aber, einem Nothstande gegenüber, wie er soeben erwiesen, und bei der Schwierigkeit, selbst für die höchsten Miethpreise irgend passende Schulräume ausfindig zu machen, drängt sich ihm die Frage auf, ob zu diesem Behuf nicht mit Vortheil auch die einmal vorhandenen Inspectorenwohnungen heranzuziehen wären. Dies im Auge, giebt Redner die Commissionsanträge erweiternd anheim, zu veranlassen,

5. daß durch eine Revision der bisher den Schulinspectoren eingeräumten Dienstwohnungen ermittelt werde, inwieweit diese etwa für Schulzwecke benutzt werden könnten, und
6. daß, wo dies der Fall sein sollte, die derzeitigen Inhaber gegen angemessene Entschädigung zum Verzicht auf solche Wohnung bewogen, die von nun ab anzustellenden Inspectoren aber auf keine Dienstwohnung mehr angewiesen werden.

Herr Mühe vermag sich den Ausführungen des Vorredners in keiner Weise anzuschließen, nicht etwa weil er von den in Aussicht genommenen Maßregeln selbst betroffen werden könnte, sondern weil es seiner Ueberzeugung nach pädagogisch in hohem Grade unzweckmäßig wäre, wenn der Dirigent einer Schule nicht an Ort und Stelle wohnte. Daß die Stadt finanziell soviel besser fahren sollte, wenn man den Inspectoren statt ihrer Dienstwohnungen eine Miethentschädigung zubilligte, scheint ihm ebenfalls sehr zweifelhaft, da erstere ja doch nie etwa besondere Bauten, sondern immer nur eine verhältnismäßig nicht sehr kostspielige Vergrößerung der Schulhäuser erfordern. Redner hat daher den aus entgegengesetzten Anschauungen hervorgegangenen frühern Beschluß der Versammlung lebhaft beklagen müssen und wünscht dringend, daß es ihm gelingen möchte, dieselbe eines Undern zu überzeugen.

Herr Overbürgermeister Caspary erklärt sich außer Stande, auf die Vorschläge der Commission namens des Magistrates sofort einzugehen oder sonst eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben. Zu der beantragten Prüfung aber werde Magistrat und Schulvorstand sich ohne Zweifel für verpflichtet halten. Als positive Thatfachen theilt Redner vorläufig mit, daß der Bauplan für die neue Schule vor dem Augustthore dieser Tage eingegangen ist und der für die Schule beim Pflegehause in nächster Zeit folgen wird, daß ein Beschluß darüber, ob und welche Localitäten in der Schule am Prinzenwinkel demnachst dem zweiten Schuldirector überwiesen werden sollen, überhaupt noch nicht vorliegt, in diesem Punkte also den Vorschlägen der Commission nichts im Wege steht, daß hingegen aber das vormalige Blindeninstitut schwerlich noch in Betracht kommen kann, da der Magistrat dessen baldigen Abbruch ins Auge gefaßt hat, um Platz zu einer Erweiterung der höhern Töchter Schule zu gewinnen, deren jetzige Räumlichkeiten dem zunehmenden Andränge von Schülerinnen binnen kurzem nicht mehr genügen werden. Unter diesen Umständen kann der Herr Overbürgermeister Caspary nur anheimgeben, die vorliegenden Anträge ohne weitere Discussion anzunehmen und dem Magistrate mitzutheilen, welcher alsdann alles Erforderliche veranlassen werde, um das Material zur Erwägung des Gegenstandes herbeizuschaffen.

Namens der Schulcommission erklärt Herr Schwarzenberg diesen Vorschlag für sehr wohl annehmbar,

während Herr Graf Görz-Brisberg einen solchen Beschluß, solange der Magistrat noch nicht einmal in der Lage ist, Stellung dazu zu nehmen, für formell unzulässig hält und demnach empfiehlt, zunächst nur die Ueberweisung dieser Anträge an den Magistrat zu beschließen.

Herr Reck, in Erwägung, daß dergleichen formelle Bedenken bei anderer Gelegenheit, wo es sich ebenfalls um möglichste Beschleunigung einer Maßregel handelte, nicht erhoben sind, bittet, das gleiche Verfahren auch in diesem nicht weniger dringlichen Falle eintreten zu lassen.

Der Herr Vorsitzende hält den von Herrn Grafen Görz-Brisberg empfohlenen Weg für den einfachsten und glaubt, daß selbiger wesentlich auch den Wünschen der Commission entsprechen werde.

Herr Bracke ist gleichfalls geneigt, sich dabei, soweit die Beschaffung neuer Schulräume in Frage steht, zu begeben, zumal von Seiten der Commission selbst eine zustimmende Erklärung abgegeben sei. Andererseits aber bittet er, die Angelegenheit dann wenigstens nach Möglichkeit zu fördern, da offenbar doch die Absicht der Commission dahin gehe, daß den bezeichneten Uebelständen möglichst bald Wandel geschafft werde, und da die Commission ihre Anträge wahrscheinlich nicht so bestimmt formulirt haben würde, wenn sie der Sachlage nicht ziemlich sicher wäre. Und unter allen Umständen werde der Magistrat nicht umhin können, ohne Verzug Schritte zu thun, um auf den Fall daß die in Vorschlag gebrachten Localitäten sich als geeignet herausstellen sollten, bis Ostern noch die nöthigen Lehrkräfte zu gewinnen.

Nachdem die Commission sich einverstanden erklärt hat, daß Nr. 1—3 ihrer Anträge dem Magistrat zur Erwägung gestellt, dagegen die bei Nr. 4 beantragte Anstellung der für die neu einzurichtenden Klassen erforderlichen Lehrer im voraus genehmigt werde,

finden diese modificirten Anträge ebenso wie die des Magistrats und die beiden Zusatzanträge Herrn Steinaus die Genehmigung der Versammlung.

IX. Da der neben dem Grundstücke des Particulier Domeyer von der Kasernenstraße abzweigende Interessentenweg in seiner geringen Breite und schlechten Beschaffenheit den jetzigen Verkehrsverhältnissen nicht mehr genügt, so ist dessen Verbreiterung, Grabelegung, Kanalisierung und Chauffirung vom Magistrat in Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation der Altenwief in Aussicht genommen. Nach dem Stadterweiterungsplane wird das westliche Ende der neuen Straße zunächst die vormalig dem großen Waisenhaufe, jetzt der Stadt gehörigen Gärten durchschneiden und bei dem Grundstücke des Schenkwirths Winkel in den alten Interessentenweg einmünden. Um sie auch von dort ab auf die Breite von 3 Ruthen zu bringen, müßte an beiden Seiten je eine Ruthe von den angränzenden Ländereien zum Wege gezogen werden, was in Betreff der Südseite keine Schwierigkeit hat, weil hier das erforderliche Areal bereits Eigenthum der Stadt ist. Die nördlichen Privatanelieger dagegen, obwohl die Instandsetzung der Straße wesentlich in ihrem Interesse liegt und insbesondere auch den Werth ihrer Grundstücke namhaft erhöht, haben für jede Quadratruthe des abzutretenden Terrains 33 $\frac{1}{3}$ R gefordert und das Angebot von 12 $\frac{1}{2}$ R , um welchen Preis die Stadt ihre Feldländerei auf der andern Seite erworben hat,

abgewiesen. Unter diesen Umständen schlägt der Magistrat in einem Schreiben vom 5. v. M. vor, daß die fragliche Straße vorläufig nur auf der bezeichneten westlichen Strecke 3 Ruthen breit und mit Fußwegen auf beiden Seiten angelegt, ihr übriger Theil aber nur in einer Breite von 2 Ruthen chaussirt und mit einem Fußwege nur auf der Südseite versehen werde, wobei für den Fall eines spätern Einlenkens der Interessenten die Möglichkeit einer Verbreiterung an der Nordseite gewahrt ist. Wird die Regulirung des westlichen Endes der Straße in angegebener Weise vorgenommen, so bleibt außer der entsprechenden Strecke des aufgehobenen Interessentenweges ein Theil des städtischen Gartenlandes disponibel. Von diesem Terrain wünschen der Particulier Domeyer und der Maurer Hathensauer je das ihren Grundstücken angrenzende Stück zu erwerben, und zwar das Gartenland zu dem Preise von 3000 \mathcal{F} , das Vegeterrain zu dem Preise von 1500 \mathcal{F} für den Morgen. Der Gastwirth Rinkel, welcher von seinem Grundstücke $\frac{1}{2}$ Ruthe mehr zu der neuen Straße abzutreten hat, als ihm von der Fläche des jetzigen Interessentenweges überlassen werden kann, hat sich mit einer Vergütung nach dem Preise von $12\frac{1}{2}$ \mathcal{F} für die Quadratruthe einverstanden erklärt. Zu den Herstellungskosten der von den Husarenpferdeställen am östlichen Ende des Weges in den Hauptkanal unter der Kasernensstraße zu führenden Kanalisierung sowie des Fußweges an der Nordseite haben nach § 11 des Stadterweiterungsstatutes die Anwohner nach Verhältniß der Frontlänge ihrer Grundstücke beizutragen. Die Gesamtkosten der Anlage, mit Ausschluß der dem Gastwirth Rinkel zu zahlenden 18 Mk. 75 Pfg., sind auf 15,900 Mark veranschlagt. Die Versammlung wird demnach ersucht, sich mit der Herrichtung der Straße angegebener Maßen einverstanden zu erklären, den Austausch und Verkauf der in Frage stehenden Terraintheile zu genehmigen, die nach Abzug der eingehenden Kaufgelder und der von den Anliegern zu erwartenden Beiträge noch nöthigen Geldmittel aus der Wegebaukasse zu verwilligen und auf den Fall, daß die Eigenthümer der Grundstücke auf der Nordseite sich nachträglich, jedoch vor Ausführung der Chaussirungsarbeiten, zur Abtretung des erforderlichen Areals bereit finden lassen, den Magistrat zu gleichmäßiger Herstellung der ganzen Straße zu ermächtigen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Graf Görz-Brisberg berichtet, kann nur billigen, daß darauf verzichtet wird, die bis jetzt verweigerten Abtretungen durch ein Expropriationsverfahren zu erzwingen, weil einmal dessen Ausgang immer zweifelhaft ist, und sodann auch die Stadt in diesem Falle keinerlei Veranlassung hat, auf die ursprünglich beabsichtigte Verbreiterung der ganzen Straße zu bestehen, wenn die Anwohner, denen selbige in erster Linie zu Statten kommen würde, sich jedem Opfer versagen. Ebenso schließt sich die Commission den Erwägungen und Anträgen des Magistrates in allem Uebrigen an.

Herr Lucius, als Mitglied der Commission im wesentlichen gleichfalls einverstanden, hat nachträglich in dem vorgeschlagenen Terrainverkauf an den Particulier Domeyer insofern ein Bedenken gefunden, als das betreffende Stück die Ecke der neuen Straße bilden, einen völlig ausreichenden Bauplatz an bester Stelle bieten und sonach wahrscheinlich durch freiwilligen Verkauf bedeutend höher zu verwerthen sein wird als zu dem jetzt in Aussicht stehenden Preise.

Derselben Ansicht sind die Herren Munte und Reuter. Letzterer veranschlagt den Werth des fraglichen Bauplatzes auf 3000 \mathcal{F} , während dafür nach der Forderung des Magistrat nur etwa 857 \mathcal{F} einkommen würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari bezweifelt ebenfalls nicht, daß unter andern Umständen ein höherer Preis auszubringen wäre. Dem aber stehe in diesem Falle entgegen, daß das Domeyer'sche Grundstück eine Ausgangspforte auf den gegenwärtigen Interessentenweg hat, auf welche der Eigenthümer großen Werth legt: würde diese durch Vorlegung eines fremden Grundstückes geschlossen, so müßte man unsehlbar auf Entschädigungsansprüche gefaßt sein, welche möglicherweise den Mehrertrag aus einem anderweitigen Verkaufe des fraglichen Terrains aufwiegen könnten. Andererseits erachte der Magistrat das Interesse der Stadt hinlänglich gewahrt, wenn aus dem fraglichen Terrain der Einkaufspreis gelöst und daneben die Möglichkeit der gewünschten Straßenregulirung gewonnen werde.

Gleichwohl hält Herr Pini eine nochmalige Erwägung dieses Punctes für erforderlich. Denn gesetzt auch, jener Ausgang vom Domeyer'schen Grundstück könnte nicht ohne Weiteres beseitigt werden, so würde doch zu Behuf desselben ein entsprechendes Stück des jetzigen Interessentenweges liegen bleiben können, und der übrige Theil des Grundstückes auch dann noch 2—3000 R werth sein.

Herr Schöttler hat sich durch den Augenschein von der Möglichkeit eines solchen Arrangements und zugleich auch davon überzeugt, daß die damit verbundenen Unannehmlichkeiten Herrn Domeyer doch über kurz oder lang zum Ankauf dieses Wegereistes veranlassen würden. Er schlägt daher vor, den Preis für das fragliche Grundstück auf 2400 R festzusetzen.

Der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari zufolge würde dem Magistrat, falls die fragliche Abtretung so wie sie beantragt ist nicht genehmigt werden sollte, diese Fixirung des Kaufpreises zum Zwecke weiterer Verhandlungen sehr erwünscht sein.

Nachdem sich dem Schöttler'schen Vorschlage auch Herr Lucius angeschlossen hat,

erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, worauf die übrigen Puncte des Magistratsantrages unverändert zur Annahme gelangen.

X. Auf Grund eines Magistratschreibens vom 7. v. M. trägt namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brissberg ferner vor, daß mit der Neustädter Piepenbrüderschaft in Gemäßheit des Beschlusses vom 17. September v. J. nunmehr ein notarieller Contract wegen Aufhebung der Wasserkunstgerechtsame an der Neustadtmühle abgeschlossen ist, und die Zahlung der stipulirten Entschädigungssumme von 1500 R sowie die Abtretung des Grundeigenthums der Brüderschaft an die Stadtgemeinde erfolgen wird, sobald sämtliche Interessenten den Contract werden unterschrieben haben. Weiter stehen demnächst die Bedingungen zur Frage, unter denen diese Grundstücke und Gerechtsame von der Stadt an Herzogliche Baudirection abgetreten werden sollen. Seitens der letztern ist der Vorschlag gemacht, ihr die Mauern der ehemaligen Casematten und die Widerlagen der Gewölbe, auf denen das neue Kunstgebäude ruht, unentgeltlich, dessen Grundfläche, 0,273 Acre, zum Preise von 150 R und mit der Bestimmung zu überlassen, daß selbige zur Wallpromenade gelegt werde, wogegen dießseits die Verpflichtung zu übernehmen wäre, das Kunstgebäude längstens zwölf Wochen nach Verkauf der Neustadtmühle bis auf das Niveau der Promenade abbrechen zu lassen. Nach einem Berichte des Stadtbaumeisters ist dies Gebäude für städtische Zwecke nicht zu benutzen, der für die Area gebotene Preis an-

gemessen. Der Anrege, das Kunstgebäude, welches ohne große Kosten feuerficher hergestellt werden könnte, als Lagerraum für feuergefährliche Stoffe zu verwerthen, glaubt der Magistrat keine Folge geben zu sollen, und zwar einmal wegen des geringen Umfangs der so zu gewinnenden Niederlage, sodann aber, weil solche unmittelbar an einer belebten Promenade unstatthaft erscheint und sonach voraussichtlich auch von Herzoglicher Baudirection nicht geduldet werden würde.

Dem Antrage des Magistrats, die angegebenen Bedingungen zu genehmigen schließt sich die Commission durchaus an, da die fraglichen Casematten 1849 der Piepenbrüderschaft zwar eigenthümlich, doch mit der Beschränkung überlassen sind, daß sie ohne Zustimmung der Baudirection nicht dürfen abgebrochen werden, wonach denn dieser an sich ziemlich unbrauchbare Besitz der Stadt nur eine Unterhaltungspflicht aufbürden könnte.

Dem entsprechend beschließt denn auch die Versammlung.

Nachdem bei ausgefetzter Tagesordnung

XI. Herr Solmitz namens der Verwaltungsdeputation mitgetheilt hat, daß die Rechnungen der Gasanstalt über das Betriebsjahr 1872/73 sowie die des Wasserwerks vom J. 1873 mit den Büchern übereinstimmend befunden sind,

erstattet

XII. Herr Reck den Bericht der Commission für die Errichtung eines Schlachthauses.

Vorweg verweist der Herr Referent auf die Thatsache, daß Schlachthäuser in Frankreich durch einen Befehl Napoleons I bereits 1810 in Aufnahme gekommen sind und gegenwärtig dort in keiner größeren Stadt, ja in vielen kleineren Orten nicht mehr fehlen, dieses Beispiel dann aber neuerdings auch in England, Belgien Oesterreich und in einigen deutschen Staaten mehr und mehr Nachfolge gefunden hat. Schon hieraus werde man entnehmen dürfen, daß für eine derartige Einrichtung sehr gewichtige Gründe sprechen. Als solche führt Referent an zunächst die Belästigung des Verkehrs, die Gefahren für Leben und Gesundheit, die widerwärtigen Schauspiele, welche beim Eintreiben von Schlachtvieh in die engen Straßen einer Stadt durch keine noch so strenge polizeiliche Vorkehrung ganz zu vermeiden sind. Dazu kommt dann noch, daß die dem Schlachtereibetriebe dienenden Räumlichkeiten in Privathäusern nicht selten zweckwidrig eng, ihre Reinigung, die Ableitung des Schmutzwassers oft schwer oder gar nicht möglich, üble Gerüche also unausbleiblich sind, unter denen nicht nur die Bewohner der betreffenden Häuser, sondern die ganze Nachbarschaft zu leiden hat. Am schwersten aber fällt die Erwägung ins Gewicht, daß unter Verhältnissen, wie sie hier und an den meisten anderen Orten Deutschlands zur Zeit noch bestehen, jede Ueberwachung der Beschaffenheit des Schlachtviehes ein Ding der Unmöglichkeit ist. Und doch wäre diese Controle anerkanntermaßen in hohem Grade wünschenswerth. Bei der seit Jahren üblichen Stallfütterung kommen Erkrankungen der Rukthiere häufiger vor als in früheren Zeiten; gleichwohl ist der Fall fast unerhört, daß ein Stück Vieh dem Abdecker in die Hände fällt. Nach der Bauernregel: »der Städter ist Alles«, ist es eine allgemeine und ganz bekannte Gepflogenheit, erkrankte Thiere möglichst bald in die Stadt zur Schlachtbank zu treiben. Wenn nun auch der Genuß des Fleisches von solchen Thieren nicht immer üble Folgen nach sich zieht, so werden

die Consumenten jedenfalls mit Recht doch fordern dürfen, daß ihnen für ihr gutes Geld nicht betrüglicher Weise ungesundes Fleisch aufgehängt werde. Eine wirkliche Gefahr aber, und eine Gefahr von allerschwerster Art, droht in der Trichinenkrankheit der Schweine. Allerdings sind diese in unserem Lande der obligatorischen Fleischschau unterworfen, daß aber das Schutzgesetz überall und in jedem einzelnen Falle auch strikt befolgt wird, vermag selbst die allergrößte Wachsamkeit der Behörden nicht zu gewährleisten, und so wird denn Leben und Gesundheit der Consumenten bei der gegenwärtigen Einrichtung immer in beunruhigendem Grade von der größern oder geringern Gewissenhaftigkeit einzelner Mitbürger abhängig sein. Und offenbar ist die Trichinenkrankheit unter den Schweinen in Ausbreitung begriffen. Während 1866—67 von 10,000 in hiesiger Stadt geschlachteten Schweinen nur ein s damit behaftet war, wurden unter 15,000 1868 zwei, 1869 fünf, unter 19,000 1870—71 vier, 1872—73 nicht weniger als dreizehn solcher Fälle constatirt. Welches Unheil entstanden sein könnte, wenn davon auch nur einer unentdeckt geblieben wäre, liegt auf der Hand. Bisher nun findet das Fleischschutzes hier seine wirksamste Unterstützung darin, daß vermöge der Thoraccise kein Stück Vieh ohne Kenntniß der Behörden eingeführt werden kann. Wie aber wird sich die Sache gestalten, wenn demnächst diese Abgabe aufgehoben ist? In kleinern Orten mag die in ihr gegebene Controle durch gegenseitige Ueberswachung einigermaßen zu ersetzen sein; hier aber würden volle Sicherheit gegen die Gefahren der Trichinose alsdann nur zwei Mittel gewähren. Das eine wäre gänzliche Enthaltung vom Genuß rohen und halbgaren Schweinefleisches. Eine so eingewurzelte Gewohnheit aber wie der Gebrauch dieser Nahrungsmittel würde schwerlich ausgerottet werden, bevor ihre Verderblichkeit nicht durch traurige Erfahrungen in nächster Nähe eindrücklich gemacht sind. Gerade solche Erfahrungen aber muß man, wenn irgend möglich, abzuwenden suchen, nicht nur wegen ihrer schrecklichen Folgen für eine große Anzahl von Menschen, sondern auch deswegen, weil sie die hiesige Fleischwaarenindustrie, welche sich während der letzten Jahre eben in Folge der durch unsere obligatorische Fleischschau gegebenen Sicherheit zu hoher Blüte entwickelt hat, mit einem Schlage vernichten würden. So bleibt denn nur das zweite Mittel übrig: die Einrichtung eines öffentlichen Schlachthauses in Verbindung mit einem Gesetze, durch welches die Benutzung von Privatschlachtereien untersagt wird. Und zu diesem Mittel wird man, um den mit Aufhebung der Thoraccise eintretenden Zustand der Unsicherheit soviel als möglich abzufürzen, je eher je lieber greifen müssen. — Wo bisher Schlachthäuser eingerichtet sind, da haben sie sich immer zwar als kostspielige, aber auch als sehr rentable Anlagen ausgewiesen. In finanziellem Betracht also würde einer solchen Maßregel auch hier keine unüberwindliche Schwierigkeit entgegenstehen. Wohl aber entsteht die Frage, ob ein Schlachtzwang rechtlich ohne weiteres zulässig ist. Durch § 23 der Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund werden alle Gemeinden, in denen ein ausreichendes öffentliches Schlachthaus vorhanden ist, den Gebrauch bestehender und die Anlage neuer Privatschlachtereien unbedingt zu untersagen ermächtigt. In Preußen und mehreren anderen deutschen Staaten ist überdies ein Gesetz erlassen, kraft dessen die Gemeinden ohne weiteres öffentliche Schlachthäuser bauen und deren Benutzung obligatorisch machen dürfen. Im Herzogthum Braunschweig dagegen steht den Gemeinden keine solche Bestimmung zur Seite. Da die Commission nun der Ansicht ist, daß ein Schlachte-

haus ohne Schlachtzwang die gewünschte Wirkung nicht haben könnte, so formulirt Feihren Antrag zunächst dahin,

die Versammlung wolle anerkennen,

daß die Anlage eines ausschließlich zu benutzenden Schlachtehauses durchaus nothwendig und angesichts der Unmöglichkeit, die Untersuchung auf Erichinen nach Abschaffung der Thoraccise genügend zu controliren, sehr dringlich ist, daß vor allem aber der Stadt durch ein Landesgesetz die Befugniß beigelegt werden muß, eine Zwangspflicht zur Benutzung des öffentlichen Schlachtehauses auszusprechen,

und demnach den Magistrat ersuchen,

daß er auf baldigen Erlaß eines solchen Gesetzes von Seiten herzoglicher Landesregierung nach Kräften hinwirke.

Herr Oberbürgermeister Caspari ist diesem Antrage gegenüber zunächst nur in der Lage, seine eigene Meinung auszusprechen, welcher mit den Ansichten der Commission in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt. Namentlich mißt auch Redner der Finanzfrage in dieser Angelegenheit keine entscheidende Bedeutung bei, und ebenso wenig scheint ihm etwa der Antrag bei Herzoglicher Landesregierung irgend bedenklich. Nur mit der Forderung »baldiger« Auswirkung des betreffenden Gesetzes vermag er sich nicht einverstanden zu erklären, da über dieses der landständische Ausschuß nicht beschließen kann, die Landesversammlung aber erst gegen Ende des Jahres zusammentritt, eher also als im nächsten Jahre der gewünschte Erlaß auch beim besten Willen aller Factoren nicht zu erwarten steht. Damit nun dieser Verzug nicht etwa dem Magistrat könne Schuld gegeben werden, müsse derselbe Werth darauf legen, daß jener unbestimmte Ausdruck nicht angewandt, sondern dafür ein anderer, den Hinweis auf den nächsten Landtag enthaltender gesetzt werde.

Herr Reuter hält dem entgegen, daß es doch auch mancherlei Vorbereitung erfordert, ehe ein solcher Gesetzentwurf bei der Landesversammlung eingebracht werden könne: mit Rücksicht hierauf werde daß beanstandete Wort doch wohl unbedenklich, ja nöthig erscheinen müssen. Zur Sache selbst bemerkt Herr Reuter, daß er auf seinen amtlichen Reisen mehrfach Gelegenheit genommen, öffentliche Schlachthäuser anzusehen und daß seine so gesammelten Beobachtungen die Ueberzeugung von der hohen Nützlichkeit solcher Anlagen in ihm nur bestärkt haben. Wenn selbige hie und da auch, wo sie mit besonderm Luxus ausgestattet sind, sich bisher noch nicht als rentabel ausgewiesen, so sei an ihrer künftigen Rentabilität doch nicht zu zweifeln. Auch das Widerstreben der Fleischer werde zu überwinden sein, sobald erst die großen Vortheile der Vereinigung aller theilhaftigen Gewerbe an einem Orte einleuchtend geworden — Vortheile, welche vieler Orten die Gewerbetreibenden bewogen haben, den Bau eines gemeinsamen Schlachtehauses selbst an die Hand zu nehmen. Am allerwenigsten werde die Nutzungsgebühr als Last empfunden werden. Falls man daraus nicht etwa eine Einnahmequelle für die Stadt wolle zu machen suchen — und dies sei doch sicherlich nicht die Absicht — werde bei einem Fleischconsum wie er hier in Braunschweig stattfindet — im vorigen Jahre 9 Millionen Pfund — einer ungefähren Berechnung nach auf 3—5 Pfund ein Pfennig fallen.

Herr Reck macht nochmals geltend, daß die drohende Aufhebung der Thoraccise möglichste Beschleunigung der Angelegenheit gebietet. Am wünschenswerthesten wäre, mit jener Maßregel zu warten, bis das Schlachthaus im Gange: ob

dies freilich möglich und zulässig, müsse er dahin gestellt sein lassen. Von juristischen Sachverständigen hat er übrigens behaupten hören, daß auf Grund der Reichsgewerbeordnung ein Schlachtezwangsgesetz auch mit dem Ausschusse der Landesversammlung vereinbart werden könnte.

In Anbetracht der allseitig anerkannten Dringlichkeit der Sache und da das Gesetz mindestens noch ein Jahr auf sich warten lassen wird, stellt Herr Pini den Zusatzantrag,

daß der Magistrat ersucht werde, inzwischen die Vorbereitungen zum Bau eines Schlachtehauses so zu beschleunigen, daß dieser sofort nach Erlass des betreffenden Gesetzes könne in Angriff genommen werden.

Herr Lucius führt an, daß nach § 121 des Landesgrundgesetzes zwar nicht ganze Gesetzbücher, wohl aber einzelne das bürgerliche Recht betreffende Bestimmungen vom Ausschusse der Landesversammlung genehmigt werden können, wonach denn mit diesem wohl auch Verhandlungen über das hier in Frage kommende Gesetz möglich wären.

Herr Schöttler warnt vor Uebereilung: ein Gesetz, welches in dem Maße wie das in Aussicht genommene in so mannichfältige Privatinteressen eingreift, werde man jedenfalls gut thun durch die gesammte Landesversammlung berathen zu lassen; auch sei bis zu deren nächstem Zusammentritt keinesweges eine übermäßig lange Frist für die nothwendige Vorbereitung der demnächstigen Regierungsproposition.

Nach Abänderung des Wortes »baldigen« in »baldthunlichsten« wird der Commissionsantrag sammt dem von Herrn Pini vorgeschlagenen Zusatz genehmigt, und damit die öffentliche Verhandlung geschlossen, indem die noch übrigen zwei Gegenstände zur nächsten Tagesordnung verstellt werden.

Vertraulich wurden Steuerreclamationen und Einschätzungen erledigt.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 64. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. März 1875.

Öffentlich:

Wahl eines Magistratsdieners.

Neuwahl der Commission zur Abschätzung der Quartier-Leistungsfähigkeit der Gebäude.

Festsetzung der Stellengebühren auf den Wochen- und Viehmärkten.

Verwilligung zu Behuf der innern Einrichtung des provisorischen Spritzen- und Steigerhauses.

Verwilligung eines Zuschusses für die katholische Schule.

Beschluß in Betreff der Canalisirung des Ökergrabens zwischen der ehemaligen Südmühle und der Putzfilternbrücke.

Genehmigung der Anlage drei neuer Klassen in der höhern Töchter Schule und des Verkaufs der Gebäude des Blindeninstituts.

Beschluß in Betreff der Neuorganisation des städtischen Schulwesens.

Bericht der Statutencommission über den Antrag Herrn Muntzes auf Submission der Lieferungen und Arbeiten für städtische Bauten.

Vertraulich:

Steuersachen.

Abwesend und für entschuldigt erachtet die Herren Bock und Flagge. Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Götte, Haake, Ramdohr, Rittmeyer.

Das Protocoll vom 18. Februar bedarf an zwei Punkten einer Berichtigung, indem nämlich das vormalige Alexii-Pflegehaus z. B. nicht der Münzstraßengesellschaft, wie es S. 10 bei Nr. II erscheint, sondern einem von Herrn Dr. Senferth vertretenen andern Consortium gehört, und die S. 11 bei Nr. VII angegebene Pacht der Rathhsbleiche 130 Thaler beträgt. Im Uebrigen wird das Protocoll genehmigt.

Eine Eingabe der Weichbildsgemeinde Alterwik, in welcher die Versammlung ersucht wird, gewisse von Seiten des Magistrats abgelehnte Vorschläge wegen Erwerbung des

St. Leonhard-Platzes für die Stadt einer Prüfung zu unterziehen und diejenigen Punkte zu bezeichnen, welche im öffentlichen Interesse einer Abänderung bedürfen möchten, wird der Statutencommission überwiesen.

Die zur Beschlussfassung stehenden Ergänzungen und Abänderungen der Bauordnung sind von der Statutencommission noch nicht genügend vorberathen und müssen daher von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden. An ihrer Stelle beabsichtigt der Herr Vorsitzende die nachträglich eingegangenen Anträge des Magistrats in Betreff einer Neuorganisation des städtischen Schulwesens zur Verhandlung zu bringen.

Herr Lucius zweifelt, ob die Versammlung, gänzlich unvorbereitet wie sie ist, sich im Stande sehen werde, über diesen hochwichtigen Gegenstand zu befinden.

Der Herr Vorsitzende wird desfalls einen Antrag auf Zurückstellung der Vorlage abwarten, giebt indeß zu erwägen, daß die vorliegenden Anträge wesentlich auf dasjenige hinauslaufen, was eben durch frühere Beschlüsse der Versammlung bereits als wünschenswerth anerkannt ist, daß die Schulcommission ihnen ziemlich unbedingt zugestimmt hat, und daß überdies die Angelegenheit kaum noch einen Aufschub leidet.

Nachdem die Anträge auf Abschaffung des Bürgereides und auf Submission der Arbeiten und Lieferungen für städtische Bauten schon in voriger Sitzung unerledigt geblieben sind, sollten sie nach Ansicht Herrn Bewigs auf der heutigen Tagesordnung vorangestellt sein. Herr Bewig beantragt demnach, diese Gegenstände nunmehr an erster Stelle in Berathung zu ziehen.

Andersseits empfiehlt Herr Bosse, den Submissionsantrag auch heute noch beiseit zu lassen, da selbiger demnächst in der gewerblichen Schulkommunität und dem Augustthorbidistrictsvereine zur Sprache kommen und bei dieser Gelegenheit vielleicht der eine oder andere Gesichtspunct auftauchen werde, welcher zur Klärung der Ansichten beizutragen geeignet.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, den Aufschub zu beantragen wenn der Gegenstand an die Reihe kommt. Daß er diesen und den Steinau'schen Antrag ans Ende der heutigen Tagesordnung gesetzt habe, sei lediglich deswegen geschehen, weil die übrigen Vorlagen zu langer Discussion kaum Anlaß geben dürften, nachher aber die Erörterung jener beiden Anträge sich soviel freier werde ausbreiten können. Unter Wahrung seiner Befugniß, die Tagesordnung zunächst nach eigenem Ermessen festzustellen, fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung auf, zu entscheiden, ob nach dem Wunsche Herrn Bewigs verfahren werden soll.

Da dieser Wunsch keine Zustimmung findet, schreitet der Tagesordnung gemäß die Versammlung

I. zur Wahl eines Erbschmannes für den verstorbenen Magistratsdiener Schulte.

Von den aufgetretenen Bewerbern bringt der Magistrat in einem Schreiben vom 22. v. M. als gleich empfehlenswerth den Privatdiener A. Appuhn, den Magazin-arbeiter H. Schulz und den vormaligen Sergeanten C. Hillewerth in Vorschlag. Die Versammlung entscheidet sich zu Gunsten des Erstgenannten, welcher sonach vom 1. April d. J. an mit dem Minimalgehalte von 1050 Mk. in die erledigte Stelle eintreten wird.

Es folgt

II. auf Antrag des Magistrats vom 27. v. M. die Neuwahl der durch Austritt

der Herren Braeß, Ehrenhard und Quenstedt unvollzählig gewordenen Commission zur Abschätzung der Quartierleistungsfähigkeit der Gebäude. Der Wahlgang ergiebt die Berufung der Herren

Fasper, Kunze, Munte, Reuter, Solmig und Steinau.

Wie hierauf

III. namens der Finanzcommission Herr Steinau vorträgt, ist laut eines Magistratschreibens vom 3. v. M. bei den Verhandlungen wegen reichswährungsmäßiger Umrechnung der auf den Vieh- und Wochenmärkten zu erhebenden Stellengelder zur Sprache gekommen, daß eine mäßige Erhöhung dieser Abgabe um so gerechtfertigter sein dürfte, als die dafür zu beschaffenden Leistungen und insbesondere die Reinigung und Planirung der Marktplätze gegenwärtig ebenfalls nicht mehr mit dem frühern Aufwande bestritten werden kann. Der Magistrat schlägt demnach vor, daß in Zukunft

1) auf den Wochenmärkten

für jeden Stand 4 Mk. 50. Pf. jährlich nebst 1 Mk. Anweisungsgebühr
für den Marktmeister,

2) auf den Viehmärkten

von Budenständen

bei 4 ^m Front	als Stellgeld	1 Mk. — Pf.,	als Anweisungsgebühr	25 Pf.
» 4—8 ^m Fr.	» »	3 » — » »	»	50 »
» mehr als 8 ^m Fr.,	» »	6 » — » »	»	50 »

von Tischen

bei 2 ^m Front	» »	— » 25 » »	»	10 »
» 2—4 ^m Fr.	» »	— » 50 » »	»	10 »
» mehr als 4 ^m Fr.,	» »	1 » — » »	»	25 »

von Wagen

» »	» »	1 » — » »	»	10 »
-----	-----	-----------	---	------

von Carouffels und

Schießständen	» »	5 » — » »	»	10 »
---------------	-----	-----------	---	------

erhoben werde, der Satz unter 1 jedoch nach § 17 der Wochenmarktsordnung nur von solchen Verkäufern, welche den Markt regelmäßig beziehen.

Die Commission hegt kein Bedenken, diese neuen Sätze zur Genehmigung zu empfehlen,

welche denn ohne weiteres auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Ferner

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr Dewig, daß laut eines Magistratschreibens vom 26. v. M. der Commandeur der Gesamtfeuerwehr um Bewilligung von 1920 Mk. zur Einrichtung des Wachtlocales in dem provisorischen Steigerhause am Ruhfäutchenplatze gebeten hat. Der Magistrat glaubt indes, daß eine Anzahl der erforderlichen Gegenstände aus den schon vorhandenen Vorräthen geliefert werden kann; den Ankauf der übrigen giebt er anheim, zu genehmigen, womit die Commission und demnächst auch die Versammlung sich einverstanden erklären.

V. Einem schon seit einer Reihe von Jahren fühlbar gewordenen Bedürfnis abzuhelpfen, ist vom Vorstand der katholischen Schule unterm 8. Febr. an Herzogliches

Staatsministerium ein Gesuch um Verwilligung der zur Erbauung zweier neuen Klassen und zur Anstellung zweier Lehrer erforderlichen Mittel gerichtet. Der Magistrat, zum Berichte aufgefordert, hat die Förderung einer derartigen sehr zeitgemäßen Verbesserung des Unterrichts dringend befürwortet, zugleich aber die Nothwendigkeit betont, die katholische Schule unter Oberaufsicht der staatlichen und städtischen Behörden zu stellen, worauf von Herzoglichem Staatsministerium unterm 20. August v. J. ein Rescript ergangen ist, in welchem zu Behuf des beabsichtigten Baues die Summe von 1500 Rthlr., zum Gehalte der beiden Lehrer bis auf weiteres ein jährlicher Zuschuß von 250 Rthlr. aus der Staatskasse verwilligt und die unmittelbare Leitung der katholischen Schule dem ersten katholischen Geistlichen, die Aufsicht über dieselbe aber dem Magistrat unter Mitwirkung des Directors der Bürgerschulen übertragen wird, während Herzogliches Staatsministerium sich die Bestätigung der vom Magistrat zu beedigenden Lehrer sowie die letzte Entscheidung in wichtigeren Zweifelsfällen vorbehält. Herr Dechant Becker hat sich mit diesen Bestimmungen in allen Punkten einverstanden erklärt, die zum Bau verwilligten Gelder auch für ausreichend erachtet, dagegen in einer Eingabe vom 22. December ausgeführt, daß die Mittel der katholischen Gemeinde zur Besoldung der beiden Lehrer selbst mit jenem Zuschusse aus Staatsmitteln nicht ausreichen würden, und demnach beim Magistrat um eine fernere Unterstützung von 200 Rthlr. aus städtischen Mitteln nachgesucht. Ein gleicher Betrag wird seitens der Stadt zur Unterhaltung der katholischen Schule bereits beigesteuert; gleichwohl jedoch glaubt der Magistrat sich auch gegen dieses neue Gesuch nicht ablehnend verhalten zu sollen. Wie die Bevölkerung unserer Stadt, so ist auch die Frequenz der katholischen Schule in stetiger Zunahme begriffen, und schon jetzt können deren 94 Schüler und 100 Schülerinnen bei dem Mangel ausreichender Räumlichkeiten nur in zwei Klassen, und zwar beide Geschlechter mit einander, unterrichtet werden. Welche Nachtheile für den Unterricht aber und welche sittlichen Gefahren dies mit sich bringt, liegt auf der Hand. Nach der beabsichtigten neuen Organisation sollen die Kinder beiderlei Geschlechts gemeinschaftlich bis zum vollendeten achten Lebensjahre in einer Unter- und bis zum elften in einer Mittelklasse, gesondert aber in je einer Oberklasse die älteren Schüler und Schülerinnen unterrichtet werden — eine Einrichtung, welche immerhin noch manches zu wünschen übrig läßt, auf alle Fälle aber als ein Fortschritt zu bezeichnen ist. Kann nun auch bei der exceptionellen Stellung der katholischen Schule deren Gleichberechtigung mit den städtischen Schulen nicht in Anspruch genommen werden, so scheint die Billigkeit doch eine gewisse Förderung des Unterrichts jener ca. 200 Kinder um so eher zu fordern, als deren Uebernahme in die Bürgerschulen die für diese erforderlichen Aufwendungen nicht unerheblich vermehren würde. Unter diesen Umständen beantragt in einem Schreiben vom 3. v. M. der Magistrat die Genehmigung des erbetenen Zuschusses.

Den Voracten entnimmt Herr Mühe als Referent der Schulcommission, wie vermöge der dem Magistrat als selbständiger Aufsichtsbehörde eingeräumten Befugnisse die Stellung der katholischen Schule des genauern geregelt ist. Demnach können auch in dieser Schule ohne Genehmigung des Magistrats keinerlei wesentliche Einrichtungen getroffen, wohl aber Aenderungen, welche zur Abstellung irgendwelcher Uebelstände erforderlich scheinen, auch ohne Antrag des unmittelbaren Vorstandes vom Magistrat verfügt werden. Zu dem Ende hat sich der Magistrat über den Zustand der Schule und über die Art und Weise wie seine Anordnungen bei derselben ausgeführt werden, fortwährend in Kennt-

niß zu erhalten, der Schuldirector die Schule, so oft es für nöthig gehalten wird, zu inspiciren, der Geistliche jede in diesem Betreff verlangte Auskunft zu ertheilen. Auf den Fall, daß der confessionelle Charakter der Schule als Vorwand gebraucht würde, den für nöthig erachteten Einrichtungen zu widerstreben, behält sich Herzogliches Staatsministerium alle dienlichen Maßregeln vor. Der Genehmigung des Magistrates bedarf auch die Wahl der Lehrbücher, mit Ausnahme derer für den Religions- und den Geschichtsunterricht, welche jedoch vor ihrer Einführung ebenfalls vorzulegen sind.

Diese Bestimmungen scheinen der Commission im ganzen auszureichen, um den gebührenden Einfluß der Staats- und der Communalbehörden auf das Schulwesen der katholischen Gemeinde sicher zu stellen. Wenn einzelne Punkte und namentlich der Verzicht auf eine Mitwirkung bei Auswahl der geschichtlichen Lehrbücher immerhin zu Bedenken Anlaß geben können, so glaubt doch die Commission darüber wegsehen und den Antrag des Magistrates zur Genehmigung empfehlen zu müssen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt jedoch, daß die Zahlung des Zuschusses ohne weiteres aufhöre, sobald etwa die von Herzoglichem Staatsministerium formulirten und seitens des katholischen Schulvorstandes als bindend anerkannten Bedingungen nach Ansicht des Magistrates nicht stricte erfüllt werden sollten.

Herr Steinau findet einigermaßen befremdlich, daß der Magistrat zu einer Verbesserung der katholischen Lehrer bereitwilligst die Hand bietet, während der Antrag auf Gehaltserhöhungen für die Gemeindeschullehrer dem Vernehmen nach wieder zurückgezogen ist. Ferner wünscht Herr Steinau über die Erwägungen aufgeklärt zu werden, welche das angedeutete Bedenken der Commission so leicht haben beseitigen können. Zwar hält er die in den Volksschulen benutzten Geschichtsbücher namentlich ihrer Dürftigkeit wegen insgesammt für ziemlich gleich werthlos; daneben aber gebe es doch auch solche, die durch die einseitige Schroffheit ihres confessionellen oder politischen Standpunktes geradezu schädlich wirken müßten, und davor unsere Jugend zu bewahren, sei ohne allen Zweifel das Recht und die Pflicht der städtischen Behörden.

Herr Mühe wiederholt, daß auch die Geschichtslehrbücher der katholischen Schule vor ihrer Einführung dem Magistrate zur Kenntnißnahme vorgelegt werden sollen, wonach denn, wie die Commission vertraut, äußersten Falles immer Mittel und Wege zu finden sein würden, um jener von Herrn Steinau bezeichneten Pflicht zu genügen.

Wie weiter die Herren Reck und Schwarzenberg anführen, hat sich die Commission andererseits nicht verhehlt, daß die Färbung des Geschichtsunterrichts von den zu Grunde gelegten Lehrbüchern schließlich in keiner Weise abhängig ist, hier vielmehr mit jedem beliebigen Buche jeder beliebige Grundsatz verbreitet werden kann. Auch habe man sich, und gewiß mit Recht, sagen müssen, daß es den städtischen Behörden nicht anstehen würde, sich protestantischer zu geberden als Herzogliches Consistorium, welches jene Vorbehalte genügend befunden hat. Den Ausschlag aber habe die Erwägung geben müssen, daß die katholischen Autoritäten eher auf den erbetenen Zuschuß verzichteten als in diesem Punkte ein weitergehendes Zugeständniß machen würden, damit aber der ganze, auch vom Standpunkte des communalen Interesses höchst wünschenswerthe Verbesserungsplan in Frage gestellt wäre.

Herr Bracke mißt dem Mehr oder Weniger dieser Art Garantien nur sehr un-

tergeordneten Werth bei. Hauptsache sei die Erkenntniß, daß die Katholiken geschichtliche Dinge eben anders ansehen als wir und nicht gezwungen werden können, unsere Anschauungen zu theilen. Denn gerade an diesem Punkte trete ein verhängnißvoller Uebelstand zu Tage, an welchem das ganze städtische Schulwesen franke. In derselben Lage wie die Katholiken befinden sich gegenüber den herrschenden officiellen Auffassungen auch andere Kreise. Wenn in den Volksschulen nun aber die Kinder von Freigemeindlern und Anderen die keiner Confession mehr angehören, gleichwohl immer noch zu einem confessionellen Religions- und Geschichtsunterrichte herangezogen werden, während die Juden schon längst ihre eigene Religionschule haben und jetzt auch den Katholiken in ihrem Religions- und Geschichtsunterrichte volle Freiheit der Bewegung zugestanden wird, so findet Herr Bracke sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß darin eine Ungerechtigkeit liegt, auf deren Beseitigung man je eher je lieber Bedacht nehmen sollte. Und das werde in keiner andern Weise geschehen können, als indem man der Volksschule nur das allgemein gültige Wissen vorbehalte, Alles aber was mit dem individuellen Glauben zusammenhängt und die Gemüther zu trennen geeignet ist, auf besondere Anstalten verweise.

Auf diese zur Zeit fernliegende Frage einzugehen, lehnt Herr Overbürgermeister Caspari ab. Dagegen stellt er die Berechtigung der von andrer Seite erhobenen Bedenken an sich nicht in Abrede: auch dem Magistrate wäre ein entscheidender Einfluß auf den Geschichtsunterricht der katholischen Jugend sehr erwünscht. Allein unfehlbar würde an dieser Forderung, wie schon gesagt, der ganze Reorganisationsplan scheitern und dann eine namhafte Anzahl unserer künftigen Mitbürger zu ungenügender Schulbildung verurtheilt bleiben — ein Mißverhältniß, dessen Folgen natürlich auch das Gemeinwesen treffen müßten. Unter diesen Umständen zieht der Magistrat vor, sich an dem solchermaßen beschränkten Aufsichtsrechte genügen zu lassen, dessen sonstige Consequenzen sowohl der Herr Bischof von Hildesheim wie der katholische Schulvorstand mit erfreulicher Bereitwilligkeit anerkannt haben. Sollte übrigens je ein Geschichtsbuch von offenbar schädlicher Tendenz zur Wahl gestellt werden, so dürfte dagegen doch wohl in der einen oder andern Weise einzuschreiten sein, und im Hinblick auf diese Eventualität scheint es in der That nicht ganz bedeutungslos, daß auch diese Lehrbücher dem Magistrate zur Kenntnißnahme vorgelegt werden müssen. Nach dem allen empfiehlt Redner den Antrag des Magistrates nochmals dringend zur Annahme; auch der Zusatzantrag der Commission, gegen welchen seitens des Magistrates nichts zu erheuern, werde den Wünschen der katholischen Gemeinde nur entsprechen, sofern darin die Verwilligung gewissermaßen als eine dauernde gewährleistet sei.

Herr Steinau gesteht zu, daß der Fortbestand und eine zeitgemäße Hebung der katholischen Schule in mancher Hinsicht auch der Stadt zu gute kommt, giebt andererseits aber zu bedenken, ob es diese Vortheile nicht aufwiege, wenn durch confessionelle Sonderschulen die Gemüther von Jugend auf getrennt werden. Gleichwohl wird Redner so wenig wie Herr Bracke gegen die Vorlage stimmen: ihre Absicht gehe eben lediglich dahin, auf die Schäden und Gefahren unseres confessionellen Schulwesens hinzuweisen und eine Prüfung der Frage anzuregen, ob es nicht gut sein würde, wenigstens den Religionsunterricht aus der Volksschule zu verbannen und den kirchlichen Gemeinschaften zu überweisen.

Für confessionellose Schulen spricht sich im Princip auch Herr Lucius aus. Wie einstweilen indessen die Sachen liegen, hält er die gegenwärtige Vorlage immerhin

für annehmbar und empfehlenswerth, indem namentlich der von der Commission empfohlene Zusatz durchaus geeignet erscheine, gegen bedenkliche Richtungen im Unterrichte der katholischen Schule eine wirksame Repression auszuüben.

Die Versammlung beschließt hierauf den Anträgen des Magistrates und der Commission gemäß.

Ferner

VI. trägt namens der Statutencommission Herr Peters vor: Die Okerkanäle des hiesigen Stadtgebiets sind als Theile eines öffentlichen Flusses weder Eigenthum der Stadt noch freies Staats Eigenthum, vielmehr dem gemeinschaftlichen Gebrauche Aller dienende und deshalb dem gemeinen Verkehr entzogene Gegenstände. Erst wenn sie mittels eines gesetzlich normirten Verfahrens aus dringenden Gründen der Zweckmäßigkeit und namentlich zur Förderung der öffentlichen Wohlfahrt jenem Gebrauche entzogen, die Eigenschaft eines öffentlichen Flusses verloren haben, ist der Erwerb eines Eigenthums mit freier Dispositionsbefugniß des Eigenthümers, an denselben möglich. Diese Rechtsgrundsätze, welche in mehreren über die Okerkanäle in neuerer Zeit entstandenen Processen vom obersten Gerichtshofe unseres Landes ausgesprochen sind, finden auch auf den Okergraben zwischen der vormaligen Südmühle und der Hutfilternbrücke Anwendung. Vor einiger Zeit hat nun ein großer Theil der Anlieger dieses Okerkanals bei Herzoglicher Baudirection beantragt, ihnen das hinter ihren Grundstücken befindliche Grabenterrain gegen die Verpflichtung, den Okergraben auf ihre, der Anlieger, Kosten gehörig zu canalisiren, unentgeltlich zu überlassen, worauf denn Herzogl. Baudirection den Stadtmagistrat ersucht hat, sich darüber zu erklären, welche Stellung die städtischen Behörden zu diesem Antrage einnehmen. Diese Anfrage gründet sich auf frühere Verhandlungen zwischen der Herzogl. Landesregierung und den städtischen Behörden über die Okergräben und speciell über den in Rede stehenden Tract, indem, abgesehen von einer Bestimmung der städtischen Bauordnung, nach welcher über alle beabsichtigten Aenderungen an den Okergräben zuvor das Stadtbauamt gutachtlich gehört werden muß, im Jahre 1871 vom Herzogl. Staatsministerium der Stadt die Zusicherung ertheilt ist, allen berechtigten Wünschen der städtischen Behörden rücksichtlich der künftigen Benützung des durch die Beseitigung oder Regulirung der Kanäle gewonnenen Terrains, namentlich zur Anlage neuer Straßen, geeignete Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen. In der That ist nun auch die Stadt im Jahre 1873 in der Lage gewesen, eben bezüglich des fraglichen Okergrabens einen solchen Wunsch bei Herzoglicher Landesregierung vorzubringen.

Die hier bestehende Baugesellschaft nämlich, welche zu Behuf einer Straßenanlage in der Richtung vom Bahnhofe bis zur Hofapotheke in der Schuhstraße das fragliche Grabenterrain zu erwerben wünschte, hatte den Magistrat ersucht, zur Ermöglichung dieses Projectes ihr das Expropriationsrecht der zum Straßentractus erforderlichen Grundstücke bei Herzoglicher Landesregierung zu erwirken. Da Magistrat und Stadtverordnete damals der Ansicht waren, daß diese Straßenanlage an sich und namentlich zur Entlastung der Schuhstraße von einem unverhältnißmäßig starken Verkehr sehr wünschenswerth sei, so wurde magistratsseitig an Herzogl. Staatsministerium in diesem Sinne berichtet. Bevor jedoch eine Verfügung darauf erfolgt war, zeigte die Baugesellschaft an, daß sie in Folge der inzwischen eingetretenen ungünstigen Zeitverhältnisse von jenem Projecte vorläufig Abstand nehmen müsse, bat indessen, ihr die

Möglichkeit der Ausführung für die Zukunft zu erhalten. In Folge davon stellte der Stadtmagistrat bei Herzoglichem Staatsministerium den Antrag, vorläufig in dieser Sache nicht verfügen, wohl aber Herzogliche Baudirection anweisen zu wollen, daß sie über den fraglichen Dferkanal ohne Wissen und Willen des Magistrats keine Disposition treffe, durch welche die Ausführung des erwähnten Straßenprojectes unmöglich gemacht würde. Dies wurde indessen von Herzoglichem Staatsministerium mit dem Bemerkten abgelehnt, daß in dieser Beziehung keine Zusicherungen ertheilt werden könnten, welche über die obenerwähnte allgemeine Zusicherung vom Jahre 1871 und die gedachte Bestimmung der städtischen Bauordnung hinausgingen. Da nun aber dem Magistrat die Förderung einer Straßenanlage vom Bahnhofe in den Mittelpunkt der Stadt durch die hiesigen Verkehrsverhältnisse noch immer dringend geboten zu sein scheint, so erwiederte er auf die Anfrage Herzoglicher Baudirection, daß, wenn gleich man seitens der städtischen Behörden allen derartigen Kanalisierungsanträgen gern zustimmen werde, insofern man das Dferterrain nicht zu städtischen Zwecken zu verwenden beabsichtige und die Bedingungen der Ueberlassung desselben an Dritte für angemessen halte, dennoch im vorliegenden Falle die Möglichkeit der Ausführung obigen Projectes, welches noch keineswegs als aufgegeben anzusehen, offen zu halten sei und demgemäß wünschenswerth erscheine, daß die Adjacenten die Verpflichtung übernehmen, das ihnen überwiesene Dferterrain, falls die Straßenanlage noch durchgeführt und dazu die Expropriationsbefugniß ertheilt werden sollte, gegen Erstattung der darauf verwendeten Kosten, jedoch mit Ausschluß von etwaigen Baukosten, zurückzugeben. Diese Verpflichtung sind jedoch die Anlieger, wie Herzogliche Baudirection dem Magistrat fernerweit mitgetheilt hat, zu übernehmen nicht geneigt. Gleichwohl wünscht Herzogliche Baudirection dem Wunsche der Anlieger willfahren zu können, weil denselben durch die Ausbünstungen des Grabens eine große Belästigung erwächst und seine Beseitigung im öffentlichen Interesse sehr wünschenswerth erscheint. Der Magistrat ist nun auch in Anbetracht dieses Umstandes nach nochmaliger sorgfältiger Erwägung der Sachlage geneigt, die obigen Bedingungen fallen zu lassen, zumal die Anlage einer neuen Straße vom Bahnhofe in den Mittelpunkt der Stadt unter den dormaligen Verhältnissen weit eher über den Dferkanal östlich vom Alexii-Pflegehause und Johannesshose zu ermöglichen sein würde; doch wünscht er darüber zuvor die Ansicht der Stadtverordneten zu hören.

Nach Ansicht der Commission kann es sich nur um die Fragen handeln, ob die Canalisation im allgemeinen Interesse wünschenswerth ist, ob die Stadt solche selbst ausführen will, und ob eventuell Bedenken gegen deren Vornahme durch die Anlieger unter den von ihnen gestellten Bedingungen zu erheben sind. Alle diese Fragen dürften aber zu verneinen sein. Denn wie einerseits die Dringlichkeit einer Abhülfe der hervorgehobenen Uebelstände nicht zu verkennen ist, so hat die Stadt andererseits kein Interesse daran, die Canalisation selbst vorzunehmen, lediglich um das Terrain für sich zu erwerben. Sollte, was nicht wahrscheinlich, das Project der qu. Straßenanlage etwa wieder aufgenommen werden, so würde die Ausübung des Expropriationsrechts den Unternehmern durch die inzwischen von den Anliegern gemachten Verwendungen zwar erschwert, indessen nicht unmöglich gemacht sein, da, insofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden, das Grabenterrain auch als Eigenthum der Anlieger wird expropriirt werden können. Die Geltendmachung der städtischen Interessen hinsichtlich einer correcten Ausführung der Canalisation u. s. w. wird aber erst

auf die erste

in dem demnächstigen gesetzlichen Verfahren an die Staatsbehörden geschehen können, in welchem überhaupt über alle etwaigen Rechte Dritter specieller zu verhandeln ist, so daß es sich jetzt in der That nur um eine gutachtliche Aeußerung über die Zweckmäßigkeit des beabsichtigten Unternehmens handelt.

Demnach giebt die Commission anheim, dem Magistrate zu erwidern, daß die Stadtverordnetenversammlung gegen die Ueberweisung des fraglichen Grabenterrains an die Anlieger zum Eigenthume, unter der Bedingung gehöriger Canalisirung des Grabens, an und für sich nichts zu erinnern finde, solche vielmehr dem öffentlichen Interesse entsprechend erachte.

Herr Faillard kann dem nicht zustimmen, weil er überzeugt ist, daß bei der Enge der Schuhstraße das Bedürfniß einer directen Verbindung zwischen Bahnhof und Saß sich über kurz oder lang doch geltend machen wird. Habe die Stadt dann ihr Eigenthumsrecht an diesem Dfergraben aufgegeben, so werde die Anlage natürlich auf soviel größere Schwierigkeiten stoßen. Redner stellt zur Erwägung, ob nicht grade jetzt, bei dem Darniederliegen der Privatspeculation, die geeignetste Zeit wäre, das Project mit städtischen Mitteln zur Ausführung zu bringen.

Herr Munte glaubt nicht, daß dazu ein so großes Bedürfniß vorliegt. Andre Orten sei ein noch lebhafterer Verkehr auf gleich enge und noch engere Wege angewiesen, ohne daß davon viel Aufhebens geschehe. Wenn ein Fuhrmann wirklich fahren könne, werde er unter allen Umständen auch in der Schuhstraße durchzukommen wissen.

Der Herr Vorsitzende berichtigt die Auffassung Herrn Faillards dahin, daß der Stadt ein Eigenthumsrecht an den Dfergräben nicht zusteht, die commissionsseitig empfohlene Erklärung also nur dann eine nachtheilige Bedeutung gewinnen könnte, wenn in Zukunft etwa die Stadt selbst als Bewerberin um das Eigenthum des in Frage stehenden Tractus auftreten wollte. Diese Eventualität aber werde man unbedenklich außer Rechnung lassen dürfen, da ein öffentliches Interesse an der bezeugten Straßenanlage nicht mehr bestehe, seitdem eine zweckmäßigere Verbindung zwischen dem Bahnhofe und der innern Stadt mittels der Münzstraße und deren südwestlicher Fortsetzung im Werke sei. Und gesetzt auch, jenes andre Project würde demnächst von einer oder der andern Seite wieder aufgenommen: gegen das inzwischen erworbene Eigenthumsrecht der Anlieger könnte nichtsdestoweniger doch mit Expropriation verfahren werden.

Von Herrn Heymann wird dies in Zweifel gezogen, indem er einer Erklärung, wie die Commission sie vorschlägt, vielmehr die rechtliche Tragweite beizumessen geneigt ist, daß damit seitens der Stadt für alle Zeiten auf die fragliche Straßenanlage verzichtet wäre.

Zur Hebung dieses Bedenkens giebt der Herr Vorsitzende anheim, die Erklärung etwa in der Form abzugeben, daß die städtischen Behörden auf den bewußten Dfergraben vorläufig keinen Anspruch erheben wollen.

Abgesehen davon, daß das fragliche Project keinerlei Aussicht auf Verwirklichung zu haben scheint, hält Herr Oberbürgermeister Caspari das Rechtsbedenken Herrn Heymanns für unbegründet. Gegen die von dem Herrn Vorsitzenden vorgeschlagene Fassung wendet er ein, daß bei der obwaltenden Sachlage von einem Ansprüche der

Stadt nicht wohl die Rede sein könne. Richtiger dürfte die Willensmeinung der städtischen Behörden dahin auszudrücken sein, daß gegen die beabsichtigte Verfügung über diesen Wasserlauf dießseits kein Widerspruch solle erhoben werden.

Auch die Herren Lucius und Schwarzenberg glauben nicht, daß sich die Anwohner auf die heutige Entscheidung demnächst etwa in dem von Herrn Heymann vorausgesetzten Sinne berufen könnten, da ihnen durch eine seitens der Stadt bei der staatlichen Verwaltungsbehörde abgegebene Erklärung offenbar doch keinerlei Privateigenthum könne zugesprochen werden.

Auf ein Bedenken anderer Art weist Herr Steinau hin. Würde nämlich die Canalsation nur zwischen Südmühle und Hutfilternbrücke durchgeführt, so müßten sich alle Plagen dieses wasserarmen und stark verunreinigten Grabens auf dessen offen bleibender Strecke hinter dem Damme und der Schuhstraße begreiflicherweise in sehr erheblichem Maße steigern. Dem vorzubeugen, beantragt Herr Steinau, daß der Magistrat ersucht werde, die Anlieger zu ebenmäßiger Vereinbarung wegen einer Canalsation jener nördlichen Strecke des Grabens aufzufordern, falls aber selbige sich dazu nicht verstehen sollten, dies Werk auf Kosten der Stadt auszuführen und dagegen das Eigenthum des so gewonnenen Terrains zu erwerben.

Herr Schöttler schließt sich dem namentlich auch mit Rücksicht auf die höhere Töchterschule an, welche den Ausdünstungen dieses Wasserlaufes erster Hand preisgegeben ist. Einer Straßenanlage vom Bahnhof zum Saak vermag er kein gutes Prognosticon zu stellen, da solche zwar die Engen der Schuhstraße, nicht aber die gleich unbequemen Ausgänge des Saakes nach dem Wendenhofe zu umgehen würde. Sollte sich trotzdem aber diese Straße als nothwendig herausstellen, so werde doch einmal keinesfalls die Stadt sie bauen, eine Gesellschaft dann aber immerhin noch das Expropriationsrecht erwerben können und schlimmsten Falls für einiges Terrain höhere Preise zu zahlen haben, was bei der vorausgesetzten Rentabilität des Unternehmens nicht von Bedeutung wäre.

Herr Vini tritt diesen Ausführungen bei und hält demnach den Verzicht auf das Erwerbsrecht der Stadt an diesem Graben für völlig unbedenklich, empfiehlt aber, solches unter allen Umständen vorzubehalten, falls etwa ähnliche Anträge behufs einer Canalsation des Flußarmes zwischen dem Johannischofe und der Bruchstraße gestellt würden, weil dessen Terrain demnächst zu der projectirten Fortsetzung der Münzstraße nach dem Bahnhofe erforderlich sein wird.

Herr Oberbürgermeister Caspary erinnert, daß letzterer Wasserzug zum größten Theil ohne Anlieger, rücksichtlich seiner also kein solcher Antrag zu erwarten ist.

Herr Reuter, über die Nothwendigkeit der Canalsation des ganzen Grabens zwischen Südmühle und Burg gleicher Meinung wie Herr Steinau, hält dessen Antrag in der vorliegenden Form deshalb für präjudicial, weil damit die Bereitwilligkeit der Stadt zu einer Leistung ausgesprochen wäre, welche der Landesregierung zukommt. Denn die Landesregierung sei, wenn auch nicht Eigenthümerin der Flußläufe des Stadtgebiets, so doch zu deren Unterhaltung durch Verträge mit der Stadt verpflichtet, wie ihr denn auch die Mittel dazu von der Landesversammlung verwilligt werden. Wenn daher die städtischen Behörden sich den Kopf zerbrechen, wie den schreiendsten Unzuträglichkeiten des gegenwärtigen Zustandes der Okerfanäle abgeholfen werden könne, statt einfach bei der Regierung auf die geeigneten Maßnahmen zu dringen,

so entspreche dies der rechtlichen Sachlage keineswegs, und könnten daraus möglicherweise Konsequenzen unbequemster Art gezogen werden. Und dazu komme dann noch, daß auf diesem Wege immer nur Stückwerk zu Stande gebracht werde, während wirklich zweckmäßig die Canalisation nach einem umfassenden Plane in eins erledigt werden müßte und — die jetzigen Unterhaltungskosten capitalisirt — hier ebenso wohl auch erledigt werden könnte, wie in den kleineren Städten des Landes Manches der Art bereits geschehen. Einen Antrag in dieser Richtung hat Herr Reuter nicht vorbereitet, auch hält er nicht für zweckmäßig, von der zunächst vorliegenden Frage abzuschweifen. Sehr wünschenswerth aber erscheint ihm, daß demnächst etwa die Statutencommission Anlaß nehme, dem Gegenstande näher zu treten.

Den Antrag, eine Canalisirung des Grabens nördlich von der Hutfilternbrücke eventuell auf Kosten der Stadt vornehmen zu lassen, erklärt Herr Overbürgermeister Caspari für durchaus unannehmbar, weil damit eine Aussicht eröffnet wäre, welche die Anlieger jeder Nothigung überheben würde, selbst irgend etwas für die Sache zu thun.

In Anbetracht der nach Herrn Reuters Anregung unzweifelhaft bevorstehenden gründlichen Erörterung des Gegenstandes, giebt der Herr Vorsitzende Herrn Steinau anheim, seinen Antrag zurückzuziehen.

Herr Steinau besorgt, auf dem von Herrn Reuter empfohlenen Wege, mit dem Bestreben, zu gleicher Zeit Alles zu erreichen, werde vorläufig wenigstens gar nichts erreicht werden. Maßregeln zur Abwendung der Belästigungen und Schädlichkeiten, welche die beabsichtigte Canalisirung jener einen kurzen Strecke unfehlbar nach sich ziehen würde, scheinen ihm demnach keinesfalls überflüssig zu sein; doch ist er einverstanden, daß sein Antrag zunächst der Statutencommission überwiesen oder auch das Ersuchen an den Magistrat dahin formulirt werde: »auf eine Canalisation der übrigen Strecke des fraglichen Okergrabens in geeigneter Weise hinwirken zu wollen«.

Herr Schöttler erinnert an die bei Canalisirung des Mauerngrabens und des Flußarmes hinter der Münzstraße offenbar gewordene Unsicherheit der betreffenden Rechtsverhältnisse: ehe der Regierung nicht durch ein Landesgesetz freie Verfügung über die Okerkanäle der Stadt eingeräumt worden, sei an eine regelrechte Canalisirung nicht zu denken. In der That aber müsse schon aus wirthschaftlichen Rücksichten sobald als möglich angestrebt werden, da es augenscheinlich eine Vergeudung der öffentlichen Mittel sei, wenn man bald hier bald da eine Canalisation vornehme, welche demnächst möglicher Weise dem Gesamtplane nicht einmal entspreche. Diese Erwägungen bei Herzoglichem Staatsministerium zur Geltung zu bringen, sei allerdings Sache des Magistrats; doch werde es keines besondern Antrags bedürfen, um ihn zu den erforderlichen Schritten zu veranlassen, dazu vielmehr die soeben erfolgte Anregung genügen.

Herr Pini ist der Ansicht, daß es am ehesten zum Ziele führen dürfte, wenn die Versammlung den vorliegenden Antrag genehmigt, zugleich aber den Magistrat ersucht, bei Herzoglicher Baudirection veranlassen zu wollen, daß die Canalisirung der Strecke zwischen Südmühle und Hutfilternbrücke nicht gestattet werde, bevor die Canalisirung der nördlichen Strecke nicht ebenfalls gesichert ist.

Dies hält Herr Overbürgermeister Caspari für unthunlich, weil die Anlieger jenes nördlichen Tracts voraussichtlich sobald nicht geneigt sein würden, dem Beispiel

ihrer Nachbarn jenseits der Brücke zu folgen, und diese dann sehr unbilliger Weise mit ihrem Canalisirungsprojecte hintangehalten wären.

Nachdem hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist, beschließt die Versammlung nach Maßgabe des Commissionsvotums und des Stein au'schen Zusatzantrages in seiner letzten allgemeineren Fassung.

Herr Reuter behält sich vor, wegen der anzustrebenden umfassenden Canalisirung einen Antrag zu formuliren und einzubringen.

VII. Bei dem wachsenden Zubrang zur höhern Töchter Schule ist in dieser die Einrichtung von drei neuen Klassen, und zwar schon auf Ostern, unumgänglich erforderlich. Raum dazu wird nach Wegnahme einiger Zwischenwände das bisher von dem Schuldirector Friedrichs bewohnte Stockwerk bieten. Der Magistrat hat letztern daher bewogen, sofort in die ursprünglich für den Inspector der Bürgerschule im Prinzenwinkel bestimmte Wohnung umzuziehen; in einem Schreiben vom 27. v. M. ersucht er nunmehr die Versammlung, diese Veranstaltung zu genehmigen und die Kosten der erforderlichen baulichen Veränderungen aus der Stadtkasse zu verwilligen. Dem herrschenden Nothstande wird damit freilich nur für die allernächste Zeit Abhilfe geschaffen: auf Grund gewisser Verhältnisse läßt sich voraussehen, daß die Zahl der Schülerinnen in der höhern Töchter Schule sich nach einigen Jahren verdoppelt haben wird. In dieser Voraussicht giebt der Magistrat ferner anheim, zu genehmigen, daß sofort nach Uebernahme der vormaligen Blindenanstalt, deren Baulichkeiten zum Abbruch auf Meißgebot verkauft werden und der Stadtbaurath beauftragt werde, nach Programm der Schulbehörden den Plan zu einem neuen Schulgebäude nebst generellem Kostenanschlag aufzustellen.

Die Schulcommission, für welche Herr Jasper berichtet, hat sich von der Nothwendigkeit beider Anträge überzeugt und empfiehlt daher selbige zu unbedingter Genehmigung. Zugleich, um den Magistrat in die Lage zu setzen, unverzüglich auch die innere Organisation der neuen Schule in Angriff zu nehmen, giebt die Commission anheim, die Anstellung der erforderlichen Lehrkräfte im Voraus zu genehmigen.

Die Versammlung erklärt sich in allen Puncten einverstanden.

Weiter

VIII. berichtet namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg auf Grund eines Magistratschreibens vom 28. v. M. wie folgt.

Unter möglichster Berücksichtigung der in den Sitzungen vom 6. October und 20. November 1873 zur Geltung gelangten Wünsche und Ansichten der Versammlung hat der Magistrat folgende Grundsätze der beabsichtigten Neuordnung des städtischen Schulwesens mit dem Schulvorstande vereinbart.

1. Die Direction der höhern Töchter Schule und des Lehrerinnenseminars soll einem besondern Director übertragen werden, welcher unabhängig von dem Director der übrigen städtischen Schulen, nach § 17 bzw. § 10 des Gesetzes vom 8. December 1851 Mitglied des städtischen Schulvorstandes ist.

2. Alle mittleren und unteren Bürgerschulen sollen unter der Oberaufsicht und Leitung des Schul- und Seminardirectors stehen. Zugleich wird jede derselben un-

mittelbar einem Inspector unterstellt, dessen Befugnisse und Pflichten durch eine Instruction festzustellen sind.

3. Die Waisenhaus- und die Garnisonsschule bleiben einstweilen ebenfalls unter der Oberaufsicht des Schul- und Seminardirectors und unter der speciellen Leitung je eines Inspectors.

Der Waisenhausinspector hat neben der ihm bereits obliegenden Aufsicht über die Seminaristen erster Klasse auch die denselben bisher gemeinschaftlich mit den Seminaristen zweiter Klasse von dem Director Friedrichs ertheilten zwei wöchentlichen Unterrichtsstunden sowie die Specialaufsicht über die gesammte Präparandenanstalt und die in dieser bisher vom Director Friedrichs ertheilte eine wöchentliche Unterrichtsstunde gegen eine Remuneration von 600 Mk. jährlich zu übernehmen.

Der Inspector der Garnisonsschule übernimmt neben der ihm bereits obliegenden Specialaufsicht über die Seminaristen zweiter Klasse die diesen bisher vom Director Friedrichs ertheilten vier Unterrichtsstunden gegen eine gleiche Remuneration.

Anträge in Betreff dieser Lehranstalten haben die Inspectoren an den Schuldirektor gelangen zu lassen, welcher darüber mit den Oberbehörden communicirt.

Bei der voraussichtlichen Erweiterung der Bürgerschulen soll indeß demnächst auf Anstellung eines eigenen Seminardirectors Bedacht genommen werden, welcher die Leitung des Seminars erster und zweiter Klasse und der Präparandenanstalt sowie die Oberaufsicht der Waisenhaus- und der Garnisonsschule zu übernehmen hat.

4. Der Schul- und Seminardirector Friedrichs soll fortan von allen eigenen Unterrichtsstunden befreit sein und diese angegebener Maßen dem Director der höhern Töcherschule, den Inspectoren der Waisenhaus- und der Garnisonsschule oder besonderen Lehrern übertragen werden.

Laut eines Consistorialrescripts vom 8. v. M. ist dieser Organisationsplan höhern Orts mit der einen Modification genehmigt, daß der Schuldirektor den Seminaristen erster und zweiter Klasse gemeinsam in zwei Stunden wöchentlich Anleitung zu methodischer Behandlung der einzelnen Unterrichtsgegenstände ertheile, um über die Leistungen der Seminaristen jederzeit genau orientirt zu sein; womit Director Friedrichs einverstanden ist.

In Erwägung nun, daß die weitergehenden Forderungen der Versammlung theils den bestehenden Gesetzen nicht entsprechen, theils unter den obwaltenden Verhältnissen unausführbar sind, beantragt der Magistrat, daß die Versammlung sich mit den angeordneten Bestimmungen einverstanden erkläre.

Nächstes Erforderniß würde demnach die Anstellung eines Directors der höhern Töcherschule sein. Der Magistrat hat für diese Stelle den Dr. D. Zinken-Sommer aussersehen, welcher seinerseits auch zu deren Uebernahme bereit ist. Seinen Gehalt schlägt hiernach der Magistrat vor von 1100 auf 1300 ₰ zu erhöhen, außerdem ihm aber, da eine Dienstwohnung bei der höhern Töcherschule nicht mehr vorhanden ist, eine jährliche Miethsentschädigung von 250 ₰ zu verwilligen.

Laut Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums ist den Inspectoren Brancalio und Winneke für ihre Dienste an den städtischen Schulanstalten bis zu einer anderweitigen Organisation des hiesigen Seminarwesens eine Remuneration von je 200 ₰ jährlich zu zahlen. Da ebensolange die Regierung und das große Waisenhaus die doppelte Summe zu dem Gehalte des Schuldirectors beitragen, die Stadt

also bei diesem Arrangement keinesfalls zu Schaden kommt, giebt der Magistrat anheim, den geforderten Zuschuß aus der Gemeindeschulkasse zu verwilligen.

Ob demnächst auch noch die Anstellung eines Lehrers an der höhern Töcherschule erforderlich sein wird, läßt sich vorläufig noch nicht bestimmen; doch sind die Mittel dazu durch das in den Schulkassenetat aufgenommene Extraordinarium auf alle Fälle gesichert.

Die Schulcommission sieht in den Vorschlägen des Magistrats eine erhebliche Verbesserung des städtischen Schulwesens angebahnt und empfiehlt selbige daher zur Genehmigung. Zugleich aber, in Anbetracht der in mancher Hinsicht mangelhaften Beschaffenheit des hiesigen Lehrerseminars, beantragt sie, daß dem Magistrate anheimgegeben werde, baldthunlichst die Anstellung eines besondern Seminardirectors ins Auge zu fassen, eventuell in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Vereinigung der hiesigen Lehrerbildungsanstalten mit den ähnlichen Landesanstalten zu einem gemeinschaftlichen Landesseminar sich als zweckmäßig herausstellen dürfte.

In längerer Ausführung wird das Votum der Commission von Herrn Red. erläutert und motivirt. Zunächst in seinem Verhältniß zu den in der Sitzung vom 20. November 1873 erhobenen Forderungen. Unter diesen ging über die gegenwärtigen Vorschläge wesentlich die hinaus, daß das gesammte städtische Schulwesen unter die einheitliche Leitung eines Oberschuldirectors gestellt werde. Die Commission hat hierauf nicht weiter bestehen zu müssen geglaubt, weil es einerseits mannichfachen von anderswo verlautenden Erfahrungen zufolge äußerst schwierig ist, für eine so umfangreiche Aufgabe einen allseitig geeigneten Mann zu finden, andererseits aber auch im Schulvorstande eine Behörde gegeben ist, welche die einheitliche Leitung der verschiedenartigen Anstalten genugsam gewährleistet. Großes Gewicht hingegen legt die Commission darauf, daß die jetzige Organisation der Lehrerseminare ausdrücklich als eine nur provisorisch angesehen werde. Denn allerdings ist deren gegenwärtiger Zustand mit nichten der Art, daß sie sich mit ähnlichen Instituten irgend messen können. Im Alter von vierzehn Jahren, mit der Vorbildung, welche auf einer Bürgerschule zu erlangen ist, treten die künftigen Lehrer zunächst in die Aspirantenanstalt ein, von wo sie nach einem zweijährigen Kursus in die Präparandenanstalt übergehen sollten, deren Lehrgang nominell auf drei Jahr berechnet ist. Bei dem seit Jahren herrschenden Lehrermangel aber wird diese Zeit nur in den seltensten Fällen innegehalten: häufig genug kommt es vor, daß ein junger Mann jeder Anstalt nur ein Jahr angehört, nach nur zweijähriger Ausbildung also in dem Seminar zweiter Klasse Aufnahme findet, wo er sofort als Klassenlehrer verwandt wird. Auch bei völliger Ausnutzung aber dürfte der Unterricht dieser Anstalten kaum ausreichen, um dasjenige Maß von Kenntnissen zu vermitteln, welches bei angehenden Lehrern billig vorausgesetzt werden muß. Die Aspiranten haben wöchentlich nicht 24, die Präparanden nicht 26 Stunden, wie bei Gelegenheit wohl behauptet ist, sondern jene nur 22, diese nur 24, indem an dem vierstündigen Zeichnenunterrichte jede Abtheilung mit zwei Stunden participirt. Von diesen 22 bezw. 24 Stunden fallen auf deutsche Sprache für die Aspiranten zwei, für die Präparanden drei: bei der Schwierigkeit des Gegenstandes offenbar viel zu wenig. Geographie und Geschichte scheint bei den Aspiranten gar nicht gelehrt zu werden; bei den Präparanden ist dafür je eine Stunde angesetzt. Der Religionsunterricht wird Aspiranten und Präparanden unge-

achtet ihrer verschiedenen Bildungsstufe gemeinschaftlich ertheilt. In der Präparandenanstalt sind dann drei Stunden wöchentlich während der ersten Hälfte des dreijährigen Kurses der Mathematik, während der andern Hälfte desselben der Physik und Naturbeschreibung gewidmet, so daß anderthalb Jahr lang die Mathematik und ebensolange die Naturwissenschaften überhaupt nicht zum Vortrag kommen, diejenigen Präparanden also, welche schon nach einem oder nach anderthalb Jahr in das Seminar aufgenommen werden, möglicher Weise in dem einen oder andern Fache gar keinen Unterricht empfangen haben. Der praktischen Anleitung zum Unterrichten sollen hier dann je eine Stunde »freie Vorträge« und »Bibelkunde« dienen. Dabei können allerdings denn wohl Fälle vorkommen wie der, welchen Redner aus dem Munde eines jungen Lehrers hat, der selbst noch buchstabirend lesen gelernt und nun als Lehrer vor eine Klasse gestellt, kaum wußte, wie er nach der Lautirmethode unterrichten sollte. Wie nothwendig aber grade praktische Vorübungen sind, beweist schon die Thatsache, daß in Wolfenbüttel auf Anordnung des Seminardirectors Matthias sechs Stunden wöchentlich angesetzt sind, in denen die Präparanden in Gegenwart eines geübten Elementarlehrers unterrichten müssen. Und zu all diesen Mängeln des Lehrganges kommen dann noch Mängel der äußern Organisation. Sämmtliche Lehrer, die sieben an der Präparandenanstalt sowohl wie die acht an der Aspirantenanstalt, sind auch anderweit stark in Anspruch genommen; die Folge davon ist, daß die Lehrstunden über den ganzen Tag hin verzettelt sind, einzelne nicht selten ausfallen, außerhalb der Unterrichtszeit aber die jungen Leute ohne Rath und Anweisung sich selbst überlassen bleiben, während doch auch mit Rücksicht auf ihre Charakterbildung nichts wünschenswerther wäre als die stete Einwirkung eines tüchtigen Leiters. — Das in der That sind Zustände, in denen sobald als irgend möglich Wandel geschafft werden muß, und als bestes Mittel dazu hat sich eben auch der Commission die Anstellung eines besondern Seminardirectors dargestellt. Freilich wird solcher nicht leicht und sicherlich nicht ohne erhebliche finanzielle Opfer zu finden sein. Falls man sich aber zu diesen etwa nicht verstehen wollte, würde es nach Meinung Herrn Dr. Reck's besser sein, auf eigene Lehrerbildungsanstalten ganz zu verzichten und die Lehrer zu nehmen wo man sie findet. Allerdings würde die Regierung vielleicht dann auch die Garnisonsschule eingehen lassen, deren Bestand hauptsächlich auf der Verwendung der billigen Lehrkräfte basiert, welche jene Anstalten zur Verfügung stellte. Auch die damit für die Stadt erwachsenden neuen Lasten aber dürften, wie Redner die Sache ansieht, eher zu ertragen sein, als der Uebelstand, daß der Jugendunterricht hier zu einem Theile in die Hand von Lehrern mit mangelhafter Vorbildung gegeben ist.

Herr Lucius sieht sich nicht in der Lage, die Tragweite der vorliegenden Anträge zu ermessen. Er bedauert, daß eine Vorlage von so überaus hoher Wichtigkeit so plötzlich und ohne jede Ankündigung eingebracht ist, und stellt den reglementarischen Antrag, die Verhandlung darüber zu vertagen und den Magistrat zu ersuchen, daß er inzwischen seine Anträge sammt dem Commissionsberichte drucken und an alle Mitglieder der Versammlung vertheilen lasse.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß es von vorn herein allerdings nicht seine Absicht gewesen, den Gegenstand auf die heutige Tagesordnung zu bringen. Daß dies dennoch geschehen, erkläre sich aus dem dringlichen Wunsche des Magistrats, welchem die Commission mit der Erklärung zugestimmt habe, daß die in Betracht

kommanden Fragen durch jene früheren Verhandlungen hinlänglich geklärt seien, und demnach eine Einigung darüber ohne große Schwierigkeit zu erreichen sein werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist unter Darlegung des ordnungsmäßigen Geschäftsganges nach, daß den Magistrat wegen der verspäteten Mittheilung seiner Anträge kein Vorwurf treffen kann. Seiner persönlichen Ansicht nach dürfte es unbedenklich sein, dieselben ohne weiteres zu genehmigen, da sie in allem Wesentlichen den früher geäußerten Wünschen der Versammlung entsprechen. Doch hat der Magistrat gegen den gewünschten Aufschub alles Uebrigen nichts einzuwenden, falls nur sogleich wegen Anstellung des Directors der höhern Töcherschule Beschluß gefaßt wird, was vollends unbedenklich erscheint, weil es sich dabei lediglich um eine Geldbewilligung handelt.

Während Herr Schwarzenberg sich für sofortige Erledigung der ganzen Vorlage ausspricht,

die Herren Heymann und Bracke hingegen, mit Rücksicht namentlich darauf, daß den neugetretenen Mitgliedern der Gegenstand bisher noch völlig fremd ist, den Vertagungsantrag des Herrn Lucius unterstützen,

wird seitens der Herren Mühe, Reck, v. Seckendorf und Steinacker dargelegt, welche Schwierigkeiten und Nachtheile entstehen müßten, wenn die Frage wegen des Directoriums der höheren Töcherschule über den Beginn des neuen Schuljahrs hinaus verschleppt würde. Dem hierauf sich gründenden Vorschlage, wenigstens über diesen einen Punkt unverzüglich Entscheidung zu treffen,

tritt auch Herr Lucius bei, indem er seinen Antrag dahin modificirt, daß zunächst nur in Betreff der höhern Töcherschule Beschluß gefaßt, der übrige Organisationsplan aber in einer baldigst anzuberaumenden andern Sitzung erledigt werde.

Damit ist dann die Versammlung einverstanden.

Auf eine Anfrage Herrn Brackes,

erläutert Herr Oberbürgermeister Caspari das bestehende Rechtsverhältniß dahin, daß nach dem Gesetze vom Jahre 1851 bei organisatorischen Anordnungen, und folgeweise denn auch bei der Entscheidung über die Frage, ob ein Director der höhern Töcherschule und Wer als solcher angestellt werden soll, eine Mitwirkung des Magistrates und der Stadtverordneten nicht erforderlich, die Vertretung der städtischen Interessen vielmehr in diesen Dingen lediglich dem Schulvorstande anheimgestellt ist, und daher die städtischen Behörden eventuell nur in der Lage sind, die zu solchen Anordnungen erforderlichen Geldmittel zu verweigern.

Herrn Solmiz, welcher um Aufklärung bittet, warum dem Director der höhern Töcherschule allein unter allen städtischen Beamten eine Miethentschädigung zugebilligt werden solle?

erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß der frühere Director eine Dienstwohnung in der höhern Töcherschule genossen habe, und demnach es unbillig erscheinen müßte, wenn man dessen Nachfolger für dieses nach dem heutigen Beschlusse der Versammlung wegfallende Emolument nicht angemessen entschädigen wollte.

Eine Interpellation Herrn Mühes: warum bisher noch nie diejenige Bestimmung in § 10 des Gesetzes vom Jahre 1851 zur Anwendung gebracht sei, kraft deren zu den Verhandlungen des Schulvorstandes über innere Angelegenheiten der einzelnen Schulen auch die ersten Lehrer derselben heranzuziehen sind?

wird als irrelevant für die augenblicklich zur Berathung stehende Frage nicht zugelassen.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der Anstellung des Dr. D. Zinken-Sommer als Directors der höhern Töcherschule einverstanden und verwilligt für denselben einen Gehalt von 1300 fl nebst 250 fl Miethentschädigung.

Sodann

IX. berichtet namens der Statutencommission Herr v. Seckendorff über den Antrag Herrn Muntz:

zu beschließen, daß inskünftige alle bei den städtischen Bauten erforderlichen Lieferungen und Arbeiten von mehr als 300 Mk. Werth im Wege öffentlicher Submission zu vergeben seien.

Nach den Eröffnungen des Stadtbauraths wird z. B. das Verfahren befolgt, daß vor Beginn eines Neubaus mehr Handwerksmeister von bewährter Zuverlässigkeit eingeladen werden, Plan und Anschläge einzusehen und ihre Gebote abzugeben, nach denen der Stadtbaurath dann seine Wahl trifft. Die in den städtischen Gebäuden fernerweit vorkommenden Arbeiten bleiben je einem bestimmten Meister übertragen, so lange er keine Veranlassung zur Klage giebt — eine Praxis, welche sich bisher im ganzen sehr bewährt und namentlich den großen Vortheil hat, daß auch kleinere Reparaturen immer sofort zur Ausführung gelangen. Andererseits hat die Commission die Nachtheile des Submissionsverfahrens nicht verkennen können: werden dadurch billigere Preise erzielt, so kann diese in den meisten Fällen der Unternehmer nur dadurch innehalten, daß er entweder seine Arbeiter drückt oder schlechte Arbeit liefert, vor der auch die sorgsamste Controle keine Sicherheit gewährt. Auf Grund solcher Erfahrungen ist man andrer Orten hie und da bereits dahin gelangt, das Submissionsverfahren nach längerer oder kürzerer Anwendung wieder aufzugeben. Nun ist auch der Herr Antragsteller einverstanden, daß bei städtischen Bauten Ersparnisse auf Kosten der Solidität der Ausführung nicht Platz greifen dürfen, und auf die Formen der Submission wird er selbst nicht bestehen, falls ein anderes Mittel ausfindig gemacht wird, jüngern strebsamen Kräften einen billigen Antheil an den öffentlichen Arbeiten zu sichern. Hierzu die Hand zu bieten ist seinerseits auch der Stadtbaurath bereit, wennschon er sein Urtheil über die Leistungsfähigkeit jedes auftretenden Bewerbers selbstverständlich vorbehalten muß. Demnach giebt die Commission anheim, den Muntz'schen Antrag in seiner vorliegenden Form abzulehnen, den Magistrat aber zu ersuchen, daß durch öffentliche Bekanntmachung auf bevorstehende Neubauten hingewiesen und so eine Concurrenz von Bewerbern um die dazu erforderlichen Arbeiten und Lieferungen angeregt werde.

Herr Boffe erneuert seinen Antrag, die Beschlußfassung über diesen Gegenstand für heute auszusetzen,

wozu Herr Lucius ebenfalls dringend rath, weil es in der That sachgemäß sein dürfte, zuvor die Ansichten der verschiedenen gewerbetreibenden Kreise zum Ausdruck kommen zu lassen.

Die Herren Bracke und Steinau lassen zwar diesen Grund nicht gelten, weil es bei der vorliegenden Frage weniger auf die Meinungen der interessirten Kreise als auf die individuellen Ueberzeugungen der städtischen Behörden ankomme. Mit Rücksicht aber auf die vorgerückte Stunde und in der Voraussetzung, daß dieser Gegen-

stand sowie auch der Steinau'sche Antrag in einer nahen Sitzung an erster Stelle zur Erledigung gelangen werden, sind sie mit der Absehung beider einverstanden. Dafür entscheidet sich auch die Versammlung.

Nachdem der nunmehr formulirte Antrag Herrn Reuters:
daß der Magistrat ersucht werde, bei Herzoglicher Landesregierung geeignete Schritte zu thun, damit die noch offenen Okergräben innerhalb der Stadt baldthunlichst durch unterirdische Canäle ersetzt werden,
der Statutencommission überwiesen ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich erledigt die Versammlung die Steuerveranlagung einiger gewerblich n Etablissements.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 87. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. April 1875.

Öffentlich:

Antrag Herrn Munte's auf Einführung des Picitationsverfahrens bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zu Behuf städtischer Bauten.

Antrag Herrn Steinaus auf Abänderung des Bürgerreides.

Verschärfung einiger Strafbestimmungen in dem Reglement für die Consumenten des Wasserwerks.

Voranschlag des Wasserwerks auf das Jahr 1875.

Desgleichen der Gasanstalt auf das Betriebsjahr 1874/75.

Ankauf einer Feuerspritze.

Vertraulich:

Steuerfachen.

Entschuldigt die Herren Bock und Steinacker. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Götte und Haake.

Zu dem Protocolle vom 18. März

bemerkt Herr Mühe, daß S. 24 Z. 19 v. o. als früherer Beitrag der Stadt zu den Unterhaltungskosten der katholischen Schule irrthümlich 200 statt 300 Rthlr. angegeben sind.

Herr Bracke wünscht festgestellt zu sehen, daß er sich an der S. 26 Z. 7 v. o. wiedergegebenen Stelle nicht des Ausdrucks »Freigemeindler«, sondern der üblichen und einer Mißdeutung weniger ausgesetzten Bezeichnung »Dissidenten« bedient hat.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß S. 28 Z. 11 v. u. hinter »Fragen« einzuschalten ist: »bis auf die erste«.

Nach diesen Einbesserungen wird das Protocoll als richtig anerkannt.

Der Tagesordnung gemäß kommt zur Berathung

I. der Antrag Herr Munte:

zu beschließen, daß inskünftige alle bei städtischen Bauten erforderlichen Lieferungen und Arbeiten von mehr als 300 Mk. Werth im Wege der Submission vergeben werden sollen.

Dem gegenüber hat in voriger Sitzung die Finanzcommission ihr Gutachten dahin abgegeben:

den Munte'schen Antrag in seiner vorliegenden Form zwar abzulehnen, den Magistrat aber zu ersuchen, daß durch öffentliche Bekanntmachung auf bevorstehende Neubauten hingewiesen und so eine Concurrenz von Bewerbern um die dazu erforderlichen Lieferungen und Arbeiten angeregt werde.

Inzwischen ist der Versammlung seitens der Gewerblichen Schutzgemeinschaft eine in deren Generalversammlung am 13. d. M. angenommene Resolution zugegangen, welche folgendes Verfahren in Vorschlag bringt:

»Bei städtischen Arbeiten oder Lieferungen, welche den Werth von 300 Mk. übersteigen, sind alle qualificirten einheimischen Lieferanten oder Bewerber (wenn durchaus nöthig, auch auswärtige) zuzuziehen.«

»Eine Commission von etwa fünf Personen, unter denen mindestens ein Sachverständiger sein muß, hat darüber Entscheidung zu treffen, welcher Offerte der Zuschlag ertheilt werden soll.«

»Es darf hierbei nicht etwa stets die billigste Offerte maßgebend sein, vielmehr ist vorzugsweise auf die Qualification des Bewerbers Rücksicht zu nehmen.«

»Die sogenannte General-Entreprise ist gänzlich auszuschließen; dagegen können Lieferungen von Rohmaterialien im Wege der unbeschränkten Submission vergeben werden.«

Die Discussion eröffnend,

anerkennt Herr Munte, daß seiner Absicht nicht nur jener Vorschlag der Commission einigermaßen entgegengekommen, sondern diesem entsprechend schon auch ein Schreiben des Stadtbauraths ergangen ist, durch welches die hiesigen Bauhandwerker zur Bewerbung um die Arbeiten beim Bau der städtischen Realschule eingeladen werden. Nichtsdestoweniger glaubt Redner bei seinem Antrage beharren zu müssen. Was er zu dessen Motivirung an naheliegenden Gründen der Gerechtigkeit und der finanziellen Zweckmäßigkeit geltend gemacht, findet er durch den Commissionsbericht keinesweges widerlegt: beschränke dieser sich wesentlich doch auf eine Darlegung einzelner Schattenseiten des Submissionsverfahrens, wie solche unzweifelhaft bei jedem andern Verfahren ebenfalls in den Kauf zu nehmen. Noch einen Grund mehr aber für seinen Antrag nimmt Herr Munte von der Gewißheit her, daß das Submissionsverfahren eine bessere Bauleitung ermöglichen und insbesondere das Experiment überflüssig machen würde, welches beim Bau der Schule im Prinzenwinkel vorgekommen, wo bekanntlich kein Werkmeister zugelassen, alle Arbeiten vielmehr unter unmittelbarer Leitung der städtischen Baubeamten ausgeführt sind — eine Auskunft, die für letztere vielleicht in mancher Hinsicht bequem, keinesfalls jedoch heutigen Tages noch an der Zeit sei. Scheint demnach ein beschränktes Submissionsverfahren Herrn Munte die größtmöglichen Vortheile in Aussicht zu stellen, so verwahrt er sich doch gegen die Meinung, als

wünsche er dasselbe in allen Stücken auf die von Seiten der Gewerblichen Schutzgemeinschaft empfohlene Art und Weise angeordnet zu sehen. Für unzuweckmäßig hält er namentlich die Zuziehung einer Commission, wenn es sich um die Auswahl unter den auftretenden Bewerbern handelt: in diesem Stadium werde die Entscheidung sachgemäß vielmehr nur dem obersten Baubeamten der Stadt zufallen können und müssen.

Herr **Bewig** wünscht die Versammlung darüber aufzuklären, wie es bis jetzt hier bei Vergebung der städtischen Bauarbeiten hergegangen. Thatsächlich werde mit Aufträgen Keiner bedacht, der sich nicht mit den Unterbeamten zu verständigen wisse; wem dies aber gelinge, mit dem komme man ohne Schwierigkeit dann auch wegen der Preise überein. Angesichts solcher Mißbräuche hält Redner allerdings für höchst wünschenswerth, daß der Zuschlag möglichst in die Hand einer Commission gelegt werde. Dann auch die Führung des Schulbaus im Prinzenwinkel einer mißbilligenden Kritik unterziehend, spricht er die Ueberzeugung aus, daß in Deutschland schwerlich noch eine zweite Stadt zu finden sei, wo dergleichen vorkomme.

Herr **Steinau** hebt als wesentliche Absicht der Commission hervor, den Kreis der Bewerber um städtische Aufträge möglichst zu erweitern. Hauptsache sei daher, daß auf bevorstehende Bauten der Stadt durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen werde und demnächst die Bedingungen der Behörde beim Stadtbauamt einzusehen oder auch abschriftlich gegen die übliche Gebühr zu erlangen seien. Welcher unter den eingehenden Offerten dann aber der Vorzug gebühre, das glaubt die Commission in jedem Falle lediglich dem Ermessen des Stadtbauraths anheim geben zu müssen und nur etwa den Wunsch aussprechen zu können, daß dabei nicht allein auf die schon bekannteren Werkmeister, sondern namentlich bei kleinern Arbeiten auch auf jüngere Kräfte Rücksicht genommen und diesen somit Gelegenheit gegeben werde, sich zu bewähren. Wenn nun Herr **Bewig** behauptete, bisher habe die Wahl des einen oder andern Bewerbers immer nur von einer Verständigung mit den Baubeamten abgehungen, so sei zunächst zu erinnern, daß gegen der Art Durchstechereien auch das Submissionsverfahren keineswegs sichere, falls die Beamten das in sie gesetzte Vertrauen täuschen. Herr Stadtbaurath **Lappe** aber mache auf Jeden der mit ihm verkehre, den Eindruck eines so durch und durch rechtschaffenen Mannes, daß man ihm die fragliche Entscheidung ohne das allermindeste Bedenken überlassen könne. Daher würde es den Geschäftsgang ohne Noth erschweren heißen, wenn man ihm etwa eine Commission an die Seite setzen wollte, für die am Ende natürlich doch seine Ansicht die maßgebende bleiben müßte. Dagegen empfiehlt Herr **Steinau**, daß der Stadtbaurath seine Entscheidung in einem öffentlichen Termine abgebe und zu diesem alle Concurrenten einlade, damit die Unterlegenen sich überzeugen, daß ihnen kein Unrecht geschehen ist. Könne ein gesundes Communalleben sich überall nur bei möglichst unbeschränkter Oeffentlichkeit entwickeln, so werde solche in diesem Falle der Stadtbaurath sicherlich am wenigsten zu scheuen, vielmehr das beste Mittel gegen unbegründete Verdächtigungen darin zu erkennen haben.

Gegenüber der Meinung, als seien außerhalb Braunschweigs directe Vereinbarungen zwischen Baubehörden und Lohnarbeitern noch nirgend versucht, verweist Herr **Bracke** auf die Thatsache, daß Hofbaurath **Demmler** in Schwerin sich dieses Verfahrens seit längerer Zeit schon und mit bestem Erfolge bedient. Die Anwendung desselben bei den städtischen Bauten vermag Redner so ohne weiteres freilich nicht zu empfehlen, da ihm unbekannt ist, wiefern es hier sich bewährt hat, und Voraussetzung

des Gelingens jedenfalls ein sehr lebhafter persönlicher Antheil des Bauleiters ist. Verwahrung aber muß er gegen die Behauptung einlegen, als sei der Versuch von vornherein aussichtslos und unzulässig. In Betreff der nächstvorliegenden Frage gehe die Meinung wohl ziemlich ungetheilt dahin, daß die Vergabung von Aufträgen der städtischen Bauleitung möglichst öffentlich erfolgen müsse, weil sonst dabei trotz der ganz unzweifelhaften Rechtsschaffenheit des Stadtbauraths Tappe selbst immerhin doch Menschlichkeiten der bezeichneten Art nicht unmöglich. Andererseits möchte Redner zur Nachahmung empfehlen was neuerdings in der Städteordnung für Rheinland und Westfalen zur Geltung gebracht ist, indem selbige die Mitglieder städtischer Collegien nicht nur von allen Lieferungen und Arbeiten für die Stadt ausschließt, sondern zugleich auch zur Vermeidung jedes Cliquenwesens bestimmt, daß in derselben Stadtvertretung nicht gleichzeitig zwei Brüder Sitz haben dürfen. Denn möge das private Geschäftsinteresse in vielen Fällen auch mit den Pflichten des öffentlichen Amtes nicht in Collision gerathen, so habe man hinwiderum auch Beispiele genug, daß dies zum Schaden des Gemeinwesens doch vorkommt, und ganz abzuweisen sei solcher Verdacht niemals.

Herr Solmitz. Solange Stadtbaurath Tappe an der Spitze des städtischen Bauwesens steht, werde man Unrechtfertigkeiten irgend welcher Art nicht zu fürchten haben. Unter allen Umständen aber seien indirecte Angriffe unstatthaft, wie deren soeben Herr Bewig vorgebracht.

Herr Oberbürgermeister Caspari will sich nicht in den Meinungsaustausch der Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des Submissionsverfahrens einmischen. Mit aller Entschiedenheit aber muß er den Unterstellungen des Herrn Bewig entgegentreten. Allerdings sind derartige Anklagen gelegentlich auch bei ihm vorgebracht; nie aber, so oft er darauf auch gedrungen, hat man ihm irgend einen bestimmten Fall nachgewiesen. Ebenso wenig hat solchen trotz aller angewandten Mühe der Stadtbaurath Tappe ermitteln können, und mit aller Bestimmtheit stellt dieser überdies in Abrede, daß seine Unterbeamten jemals einen Einfluß auf die Ertheilung von Lieferungs- oder Arbeitsaufträgen ausgeübt oder auszuüben auch nur versucht hätten. Auf das Wort eines Mannes aber, dessen unbestechliche Redlichkeit sich in langjährigem Dienste fort und fort bewährt hat und von allen Seiten — Redner beruft sich speciell auf das Zeugniß Herrn Mantes — unbedingt anerkannt wird, legt Herr Oberbürgermeister Caspari höhern Werth als auf derlei vage Verdächtigungen, und so findet er sich denn zu der Annahme berechtigt, Herr Bewig sei durch müßige Klatschereien getäuscht, wie sie wohl von Leuten ausgehen mögen, die über irgend welche vermeintliche Zurücksetzung mißvergnügt sind. Sollte aber je auch nur die mindeste Unrechtfertigkeit eines städtischen Baubeamten zur Evidenz gebracht werden, so würde der Schuldige sofort seines Dienstes entlassen werden. Wenn Herr Bewig ferner die beim Schulbau im Prinzenwinkel angewandte Verdingungsweise mißbilligt, so übersehe er, daß der Stadtbaumeister dazu durch Preisforderungen der Werkmeister gebrängt sei, welche er im Interesse der Stadt nicht verwilligen durfte. Das Recht dazu könne nach der Reichsgewerbeordnung in keiner Weise bestritten werden, und bei der damaligen Sachlage werde man nicht umhin können, jenen Versuch als einen durchaus gerechtfertigten anzuerkennen, obschon natürlich die volle Verantwortung für den Ausgang Niemand übernehmen konnte. Nach dem allen kann Herr Oberbürgermeister Caspari nur der Ansicht Herrn Steinaus bei-

stimmen, daß die Prüfung der eingehenden Offerten und die Entscheidung über den Zuschlag zweckmäßiger Weise auch in Zukunft dem Stadtbaurath allein zustehen müsse.

Herr Munte räumt ein, daß auch der Schloßbau von 1830 direct an die verschiedenen Arbeiter verbungen ist und daß dergleichen bei Luxusanlagen wie jener und etwa dem neuen Hagenmarktsbrunnen ohne Nachtheil durchzuführen. Nicht aber in Fällen, wo es sich um Fertigstellung in einer gegebenen kurzen Frist handelt, und eben deswegen hätten die Arbeiten beim Schulbau im Prinzenwinkel verantwortlichen Werkmeistern sollen übertragen werden. Bei ernstlichem Willen wären solche ohne Zweifel auch zu finden gewesen; in Wahrheit aber habe der Stadtbaumeister das Mal gar keine Unterhandlungen in dieser Richtung angeknüpft. Die Integrität des Stadtbauraths Tappe zweifelt Herr Munte allerdings im mindesten nicht an, weswegen er denn auch lieber gesehen hätte, daß dessen Person hier ganz aus dem Spiel geblieben wäre. Mit Herrn Braßes Vorschlag, jeden Stadtverordneten von der Mitbewerbung um städtische Lieferungen und Arbeiten auszuschließen, ist Redner seinerseits vollkommen einverstanden.

Auch Herr Bewig drückt seine Bereitwilligkeit aus, auf Privatgeschäfte mit dem Stadtbauamte, so lange er der Versammlung angehört, zu verzichten.

Herr Overbürgermeister Caspari hofft, die Versammlung werde es als notwendige Consequenz der Auslassungen Herrn Bewigs anerkennen, wenn er vorhin auf Persönlichkeiten eingegangen ist.

Herr Pini nimmt mit Genugthuung wahr, daß das unbeschränkte Submissionsverfahren sowohl in der Versammlung wie außerhalb derselben im ganzen wenig Anklang findet. Denn in der That könne die billigste Leistung nie zugleich die beste sein; auch werde man billiger Weise dem Leiter des städtischen Bauwesens nicht zumuthen dürfen, sich mit jedem beliebigen Mindestfordernden einzulassen, da ja auch bei den strengsten Stipulationen schlechte Arbeit geliefert werden könne, ohne daß sie sich als contractwidrig nachweisen lasse, ein gewisses Vertrauen also die unerlässliche Bedingung alles derartigen Verkehrs sei. Bedenken hegt Herr Pini dann aber auch gegen den Vorschlag Herrn Steinaus, die nach Maßgabe des Commissionsantrages getroffene Wahl in einem öffentlichen Termine zu verkündigen: natürlich müßte, sobald nicht eben die billigste Offerte angenommen sei, bei jedem der übergangenen Bewerber die Frage entstehen, warum nicht ihm der Zuschlag ertheilt worden, und dies leicht wiederum zu all den Mißdeutungen Anlaß geben, welche man abzuschneiden wünsche. Demnach empfiehlt Herr Pini, daß nach Antrag der Commission zwar eine Bewerbung um die Aufträge der Stadt öffentlich angeregt, die betreffende Entscheidung jedoch in der bisherigen Weise dem Stadtbaurath überlassen werde.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß der Commissionsantrag ganz allgemein gehalten ist und den einzelnen Modalitäten des demnächst festzustellenden Geschäftsganges in keiner Weise vorgreift.

Herr Steinau kann sich nicht mit der aus dem Vortrage Herrn Pini's hervorblickenden Tendenz befreunden, bei den fraglichen Vergabungen in erster Linie immer die bekannteren Werkmeister zu berücksichtigen. Im Interesse der Stadt scheint ihm vielmehr wünschenswerth, daß man nach Möglichkeit auch jüngere Handwerker heranziehe. Wenn ferner Herr Pini daran erinnere, wie Contracten der in Rede stehenden Art sehr oft nur eben ganz nothdürftig genügt werde, so räth solchen Erfahrungen

gegenüber Herr Steinau zu allergrößter Strenge, an der es bisher leider wohl hie und da gefehlt habe. Redner erinnert an den Fall des Unternehmers der Husarenstallbauten, dessen Gesuch um eine nachträgliche Vergütung vom Stadtbaumeister zur Berücksichtigung empfohlen wurde, obgleich nach dem eigenen Berichte desselben die Arbeiten in mehreren Stücken der contractmäßigen Anforderung nicht entsprachen.

Herr Ding hält die Einsetzung einer Commission, wie sie seitens der Gewerblichen Schuttgemeinschaft und ähnlich auch vom Bürgervereine befürwortet ist, für das geeignetste Mittel gegen alle verdrießliche Nachrede.

Herr Boffe führt ein Gutachten des »Ortsvereins für Tischler und Fachgenossen« an, welches jede Submission als Schädigung insbesondere des Tischlergewerbes, und weil durch die von den gedrückten Preisen bedingte schlechtere Ausführung nothwendig der Werth und die Dauerhaftigkeit der Arbeiten beeinträchtigt werden müßte, unbedingt verwirft.

Herr Schwarzenberg hält den Antrag der Commission für durchaus geeignet, allen billigen Forderungen gerecht zu werden. Daß eine unbeschränkte Submission nicht grade immer die billigsten Preise ergebe, habe sich u. a. bei Gelegenheit des Brückenbaues in Wenden gezeigt, der bereits zu einer geringern Taxe übernommen war als hinterher in einem Submissionstermine erzielt wurde. Dem Bedenken Herrn Pinis gegen öffentliche Zuschlagsertheilungen schließt Redner sich an; eine Commission damit zu beauftragen, scheint ihm, je nachdem diese nur berathend oder entscheidend mitstimmen sollte und demnach den Ansichten des Stadtbaumeisters sich schließlich doch fügen müßte oder gegen dessen Votum beschließen könnte, entweder überflüssig oder gradezu schädlich.

In gleichem Sinne spricht sich Herr Schöttler aus, indem er betont, daß man dem sachverständigen Leiter des städtischen Bauwesens, einerlei wer er sei, consequenter Maßen entweder unbedingtes Vertrauen schenken oder aber ihn aus seinem Amte entfernen müsse, daß zu einem Mißtrauen gegenüber einem Beamten von der fleckenlosen Ehrenhaftigkeit des jetzigen Stadtbauraths auch nicht der leiseste Grund vorliegt, um so weniger also grade dieser Mann sich einer derartigen Einrichtung unterwerfen könnte, und daß selbige endlich die Verantwortlichkeit wohl von der einen Person auf mehrere andere abwälzen, keineswegs aber der üblichen Verleumdung ihren Boden entziehen würde.

Herr Solmig, auf die Aeußerungen Herrn Munte zurückgreifend, bestätigt, daß der Stadtbaurath für den Schulbau im Prinzenwinkel allerdings verschiedentlich Werkmeister zu gewinnen versucht hat. Unter denen, welche zur Betheiligung eingeladen wurden, sei dem Vernehmen nach auch Herr Munte gewesen.

Nachdem hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist, wird das Wort noch Herrn Munte als Antragsteller ertheilt, welcher zunächst Herrn Solmig Angabe dahin richtig stellt, daß ihm derzeit zwar eine ganz allgemein lautende Aufforderung zugegangen sei, daß es dabei jedoch sein Bewenden gehabt, eine ernstliche Verhandlung, soviel Redner weiß, nach keiner Seite hin stattgefunden habe. In der Sache selbst ist Herr Munte bereit, dem Commissionsantrage beizutreten, wenn darin statt »Concurrenz von Bewerbern« gesetzt werde »beschränkte Submission«.

Während auf Grund der Geschäftsordnung Herr Graf Görz-Wrisberg Aenderungs-vorschläge nach Schluß der Debatte nicht mehr für statthaft hält,

gibt Herr Overbürgermeister Caspari zu bedenken, daß hinsichtlich der Ausführung des jetzigen Beschlusses specielle Vorschläge des Magistrats zu gewärtigen sind, bei deren Discussion die etwa erwünschten Modificationen angeregt werden können.

Demgemäß zieht Herr Munte seinen Antrag zurück.

Nachdem schließlich Herr v. Seckendorff als Berichterstatter die Annahme des Commissionsantrages namentlich aus den von Herrn Overbürgermeister Caspari geltend gemachten Gründen nochmals empfohlen hat, beschließt in diesem Sinne auch die Versammlung.

Hierauf

II. berichtet namens der Statutencommission Herr Heymann über den am 21. Januar d. J. eingebrachten Steinau'schen Antrag:

Die Versammlung wolle den Magistrat auffordern,

die jetzige Form des Bürgereides abzusuchen und an deren Stelle eine solche zu setzen, welche die Gewissen der Betreffenden und ihre Uezeugung über diesen Gegenstand nicht verletzen kann,

falls aber solche Abänderung nicht ohne Genehmigung Herzoglicher Landesregierung geschehen kann, bei dieser das Nöthige zu beantragen.

Zur Klärung der Frage dient zunächst Folgendes. Nach § 21 der Allgemeinen Städteordnung vom 4. Juni 1834 hatte jeder Bürger einen Bürgereid in der Form zu leisten: »Ich schwöre, meine Pflichten als Bürger, wie sie mir durch die Städteordnung vorgeschrieben sind, nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen«. Die neue revidirte St.-O. vom 19. März 1850 enthält Nichts der Art, so daß von einem »Bürgereide« zur Zeit überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Dagegen heißt es § 26 des Landesgrundgesetzes: »Alle männlichen Landeseinwohner sind nach zurückgelegtem einundzwanzigsten Lebensjahre verpflichtet, den Erbhuldigungseid zu leisten. Dieser soll also lauten: 'Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Durchlauchtigsten Landesfürsten und dessen Nachfolgern an der Landesregierung aus dem Durchlauchtigsten Hause Braunschweig, sowie Gehorsam den Gesezen.'« Nach einem Ministerialrescripte vom 15. Februar 1860 soll dieser Eid, sofern er nicht bereits bei Erfüllung der Militairpflicht oder bei Erlangung einer Anstellung im Staats- und Gemeinbedienste geleistet worden, allen Denjenigen — und zwar in den Städten je von dem Magistrat — abgenommen werden, welche entweder das Bürgerrecht erwerben, oder zu einem selbstständigen Gewerbebetriebe zugelassen werden, oder behufs ihrer Verheirathung einen Trauschein erhalten. Danach wird, soweit nicht jene Bestimmungen durch spätere Geseze modificirt sind, seitdem denn auch hier verfahren, und nur auf diesen Erbhuldigungseid kann daher der vorliegende Antrag zielen.

Lautet nun dieser Antrag an sich ganz allgemein, so ist aus den entwickelten Motiven doch zu ersehen, daß es Herrn Steinau auf eine Aenderung sowohl der Form als auch des Inhalts des jetzigen Eides ankommt. Ersteres, sofern dessen specifisch religiöse Färbung bei Einem oder dem Andern Anstoß erregen könnte; letzteres in der Richtung, daß statt des bisher geforderten politischen Gelübdes inskünftige, nach Art etwa jenes ältern Bürgereides, einfach eine Zusage auf gewissenhafte Erfüllung der Bürgerpflichten zu leisten wäre. Die Form anlangend, ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Worte: »Solches gelobe ich zu erfüllen und treulich zu halten,

so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort«, zwar in dem bei hiesigem Magistrat zur Anwendung kommenden Formulare, nicht aber durch § 26 des Landesgrundgesetzes vorgeschrieben sind, diesem also wenigstens nicht buchstäblich entsprechen und sonach vielleicht durch Beschluß der städtischen Behörden abgeändert werden könnten. Anders verhält es sich wegen des Inhalts: dieser sowie auch die Verfügung, nach der er den zum Bürgerrecht der Städte Zuzulassenden abgenommen wird, beruht unzweifelhaft auf landesgesetzlichen Bestimmungen; zu seiner Abänderung also bedürfte es nach §§ 98 und 141 des Landesgrundgesetzes der Zustimmung des Landtages, und zwar mit einer Majorität von mindestens zwei Dritteln aller Abgeordneten.

Gegenüber der Frage dann, ob die Versammlung sich veranlaßt finden könne, einen derartigen Ausspruch der Landesvertretung anzuregen, hat eine Uebereinstimmung innerhalb der Commission nicht erzielt werden können, indem von vornherein die Ansichten schon darüber auseinander gegangen sind, ob die Versammlung zu solchem Antrage überhaupt competent sei oder nicht. Maßgebend sind in dieser Beziehung §§ 45, 50 und 52 der rev. St.-D. Ersterer spricht ganz allgemein das Recht der Stadtverordneten aus, bei Leitung und Verwaltung der städtischen Angelegenheiten mitzuwirken. § 50 legt ihnen insbesondere die Befugniß bei, Eingaben über alle das Gemeindegewesen der Stadt angehende Gegenstände, Vorschläge zur Abstellung wahrgenommener Mängel und Anträge auf Verbesserungen anzunehmen. Nach § 52 sind die Stadtverordneten gleich dem Magistrat befugt, zur Förderung der Wohlfahrt der Gemeinde und der Gemeindegengenossen Anträge zu stellen, insbesondere um 1. die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern und ergiebiger zu machen, 2. die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich zu machen, zu vermehren und zu verbessern, 3. die Sittlichkeit zu fördern und 4. die Auswanderung erwerbsloser oder gemeinschädlicher Einwohner zu fördern oder zu leiten. Angesichts zumal dieser näheren Bestimmungen tragen drei von den sechs Mitgliedern der Commission Bedenken, den Begriff »Gemeindeangelegenheit« soweit auszudehnen, daß darunter auch der Gegenstand des vorliegenden Antrags fiele. Eine Gemeindeangelegenheit scheint ihnen nämlich nur da vorzuliegen, wo es sich um ein Interesse der Gemeinde als solcher handelt; der Erbhuldigungsseid aber wird von den neueintretenden Bürgern in ihrer Eigenschaft nicht als Gemeindegengenossen, sondern als Landeseingewessene abgeleistet, wie er denn auch nicht durch die Städteordnung sondern durch das Landesgrundgesetz und zwar allen Einwohnern des Herzogthums gleichmäßig auferlegt ist. Die drei übrigen Mitglieder der Commission sehen keinen Grund und halten für präjudicierlich, die Competenz der Versammlung so eng zu fassen, indem sie geltend machen, daß Anträge ganz analoger Art von der Versammlung bereits ausgegangen sind, daß das städtische Interesse unstreitig auf das directeste davon berührt werde, wenn gewisse Personen sich durch einen bestehenden Eid gehindert sehen, das Bürgerrecht zu erwerben, und daß demnach zur Legitimation des vorliegenden Antrags § 50 der rev. St.-D. unzweifelhaft ausreiche, daß aber, falls man letzteres etwa nicht anerkennen wollte, jedenfalls doch der Satz in § 52 Maß greifen würde, welcher die Stadtverordneten ausdrücklich autorisirt, Anträge zur Förderung der öffentlichen Sittlichkeit einzubringen.

Dergestalt gehen die Meinungen hinsichtlich der Vorfrage auseinander. In eine Berathung über den Gegenstand selbst einzutreten, ist unter diesen Umständen die Commission nicht in der Lage gewesen.

Auf die Competenzfrage richtet sich demgemäß auch die Discussion in der Versammlung.

Herr Steinau sucht die Zuständigkeit der Versammlung aus § 50 in Verbindung mit § 15 der rev. St.-D. zu erweisen. Kraft des letzteren sind zum Erwerbe des Bürgerrechts alle männlichen Gemeindegensossen, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, nicht nur befähigt sondern auch verpflichtet. Wenn ihnen gleichzeitig nun aber ein Eid auferlegt ist, welchen Viele nicht billigen können und von dem Alle wissen, daß in gewissen Fällen weder sie im Stande sein werden ihn zu halten, noch die Obrigkeit sie in der Ausübung dieser Pflicht zu schützen: so scheint Herrn Steinau hierin in der That ein so offenkundiger Mangel der communalen Einrichtungen vorzuliegen, daß eben nach § 50 der St.-D. kein Zweifel an dem Rechte der Versammlung obwalten könne, Vorschläge zur Abstellung desselben anzunehmen. Allerdings, die Abschaffung des Eides zu beschließen, steht der Versammlung nicht zu; ausgesprochener Maßen ist denn auch der Zweck des vorliegenden Antrags kein anderer, als den Gegenstand den Landesbehörden zur Erwägung anzupfehlen, und bis diese ihn genehmigt haben, bleibt er eben nur ein Antrag. Redner ist indessen überzeugt, daß ein Eid von so evidenten Nichtigkeit, ein Eid, dessen Verweigerung sich einem gewissenhaften Manne als sittliche Pflicht darstellen müsse, auch für die Landesregierung keinerlei Werth haben kann, und daß eine Regierung, welche ihn abschafft, in der allgemeinen Achtung nur steigen wird.

Herr Bracke. Daß die städtischen Behörden competent sind, Alles was irgend- wie Interessen der Gemeinde berührt, ihrer Beschlußfassung zu unterziehen, ganz einerlei, ob Eins oder das Andere der Art in den bezüglichen Paragraphen der Städteordnung ausdrücklich namhaft gemacht ist oder nicht — daran zweifle im Grunde wohl Niemand. Die Frage könne also nur sein, ob der Steinausche Antrag in Wirklichkeit ein communales Interesse berühre oder nicht, und diese Frage werde man um so unbedenklicher bejahen dürfen, nachdem hier am Orte zu wiederholten Malen schon als Gemeindeangelegenheit Gegenstände behandelt worden, an denen das entscheidende Merkmal viel weniger kenntlich war. Denn die durch kaiserliche Verordnung decretirten Steuerfreiheiten der Militärpersonen, deren Abschaffung die städtischen Behörden beim Reichstage betrieben haben, die Eisenbahn dann von hier nach Gifhorn und Debisfelde, zu deren Förderung eine besondere Commission eingesetzt ist: daß diese Angelegenheiten für die Wohlfahrt unseres Gemeinwesens von höherer Bedeutung seien als die gegenwärtig in Frage stehende, werde sich schwerlich behaupten lassen. In jenen Fällen kam das eine Mal die Verkehrslage, das andre Mal ein allerdings erhebliches Finanzinteresse der Stadt in Betracht; diesmal aber handele es sich um dasjenige, wovon alles übrige Gedeihen abhänge, um den Mitgliederstand der Gemeinde, welcher durch ein unzumuthbares Gesetz gefährdet und in Frage gestellt erscheine. Und auch im Uebrigen liege der heutige Fall ganz so wie einer der beiden vorausgegangenen: damals galt es eine Einwirkung auf das Reichsmilitärgesetz, heut erheische den gleichen Versuch ein Landesgesetz. — Wenn trotzdem jetzt Einwände gegen die Competenz der Versammlung hervorgebracht werden, so handle es sich dabei wohl nur um ein Mittel, einer Erörterung aus dem Wege zu gehen, welche aus naheliegenden Gründen vielleicht unliebsam. Das aber sei jedenfalls ein gefährliches Beginnen. Nur zu viel schon sehen die städtischen Behörden einer gebehlichen Entfaltung ihrer Wirksamkeit gesetzliche Schranken gesetzt; schiebe heut aber, bei einem vielleicht für

unwichtig gehaltenen Anlaß, die Versammlung sich selbst einen Riegel vor, so lasse sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß man diesen morgen oder übermorgen, wenn einmal Dinge von allgemein anerkannter Wichtigkeit auf dem Spiele stehen, sehr schmerzlich empfinden werde. Dann möge man sich gegen die Consequenz des heutigen Vorgangs zu wehren suchen; Redner selbst aber werde alsdann nicht umhin können, zur Unterwerfung unter diese Consequenz zu mahnen.

Herr Oberbürgermeister Caspari setzt voraus, die Versammlung werde einverstanden sein, daß hier nicht ein Bürgereid, sondern der Erbhuldigungsseid in Frage komme. Auf diesen aber einzuwirken, sei es auch nur durch einen Antrag, hält er die städtischen Behörden für unzuständig. Denn deren Wirksamkeit ist, wie schon der Commissionsbericht hervorgehoben, auf die städtischen Angelegenheiten beschränkt; betrachte man nun aber Wesen und Bedeutung des Erbhuldigungsseides. Er beruht auf der Landesverfassung, er ordnet das Verhältniß jedes Unterthanen zum Landesherrn: wie der Landesherr durch die Reversalen dem Lande gegenüber gebunden ist, so verpflichtet der Huldigungsseid die Landeseinwohner zur Treue gegen den Landesherrn. Merkmale genug, um den Erbhuldigungsseid von dem Umfange der Gemeindeangelegenheiten auszuschließen, der Beschlußfassung einer Gemeindevertretung zu entziehen. Man sagt: was für die Versammlung in Anspruch genommen wird, ist eben nur das Recht, bei der Landesregierung einen Antrag auf Abänderung des Erbhuldigungsseides einzubringen. Auch das aber entspricht der Städteordnung nicht, da nach dieser die Versammlung sich nur mit städtischen Angelegenheiten zu befassen hat. Herr Steinau weist mit Hilfe von § 15 der rev. St.-O. nach, daß wenigstens indirect das Interesse einer Stadt geschädigt wird, wenn sich engere oder weitere Kreise durch die Beschaffenheit jenes Seides behindert finden das Bürgerrecht zu erwerben. Das ist richtig. Allein einerseits giebt es noch viele andere gesetzliche Bestimmungen, welche in gleicher Weise hinderlich sind, ohne daß Jemand der Stadtvertretung die Befugniß zuschreiben wird, auf ihre Abschaffung hinzuwirken. Und andererseits: Voraussetzung des Bürgerwerdens ist die Eigenschaft als Landeseinwohner, und schon als solcher sollte gesetzlich Jeder den Erbhuldigungsseid geleistet haben; wohnen aber kann in unserer Stadt Jedermann, und wenn Einer aus Gewissensbedenken gegen einen Eid darauf verzichtet, das Bürgerrecht zu gewinnen, so werden dadurch seine communalen Rechte und Pflichten in keinem wesentlichen Stücke alterirt. Die von Herr Braßke herangezogenen Analogieen scheinen dem Herrn Oberbürgermeister kaum einer Widerlegung zu bedürfen. Die Eisenbahn nach Gifhorn und Debsitzelbe ist eine Angelegenheit, von der die communale Wohlfahrt augenscheinlich doch noch in ganz anderem Maße betroffen wird als von einer gesetzlichen Einrichtung, welche einzelne Angehörige der Stadt mehr oder weniger als Hemmniß empfinden, ganz abgesehen davon, daß zu Anträgen auf Erweiterung der bürgerlichen Erwerbsquellen die Versammlung nach § 52 der Städteordnung ausdrücklich befugt ist. Bei jener Demonstration sodann gegen die Steuerfreiheiten der Militärpersonen lag die Sache wiederum ganz anders als in dem gegenwärtigen Falle. Gegenüber einer einseitigen Verfügung des Kaisers galt es, dem berechtigten Anliegen der Stadt Berücksichtigung bei der bevorstehenden reichsgesetzlichen Regelung des Verhältnisses zu verschaffen: wäre dasselbe schon damals auf ein Reichsgesetz begründet gewesen, so würden die städtischen Behörden nie darauf verfallen sein, eine Aenderung darin anzustreben. Und ähnliche Verschiedenheiten würden sich an allen anderen Vor-

gängen nachweisen lassen, welche man etwa versuchen möchte als Analogieen geltend zu machen. Greift aber, wie Herr Oberbürgermeister Caspari nach dem allen überzeugt ist, der vorliegende Antrag über die Befugnisse der Versammlung hinaus, so würde, falls er zur Annahme gelangte, dem Magistrate sein Verhalten durch § 104 der rev. St.-O. vorgeschrieben sein, der ihn verpflichtet, gesetzwidrige Beschlüsse der Versammlung nicht zur Ausführung zu bringen. Demzufolge kann Redner nur anheimgeben, daß die Versammlung ihre Incompetenz in dieser Sache anerkenne und den Herrn Antragsteller und die Mitvertreter seiner Ansicht auf den Weg der Privatpetition verweise. Auf eine sachliche Erörterung des Antrags einzugehen, würde der Magistrat keinesfalls in der Lage sein.

Im Interesse einer unbefangenen Prüfung der vorliegenden Frage hätte Herr Lucius gewünscht, daß der Versammlung nicht gleich die in § 104 drohende Rüge gezeigt wäre. Denn wenn er dem Steinauschen Antrage an sich auch keine große Bedeutung beilegt, so scheint ihm doch von höchster Wichtigkeit, daß ein Beschluß über die Formalfrage verhütet werde, welcher ein sehr werthvolles Recht der Gemeindevertretung zu schädigen geeignet. Redner hält die Versammlung in der That für competent, jenen Antrag aufzunehmen. Zwar die Berufung auf § 50 der Städteordnung sei keine sehr glückliche: offenbar nämlich fasse dieser nur den Fall ins Auge, daß bei der Versammlung eine Petition von außen eingebracht wird. Vom Petitionsrechte der Versammlung selbst dagegen handle § 52. Wenn man hier nun aber als eigentlichen Endzweck dieses Rechtes die Wohlfahrt der Gemeinde an die Spitze gestellt sehe, so laute die Frage einfach dahin, ob bei dem vorliegenden Antrage die communale Wohlfahrt in irgend einer Weise theilhaftig, und die Antwort hierauf könne nicht zweifelhaft sein. § 13 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund bestimmt, daß Jeder der drei Jahr lang in der Gemeinde ein Gewerbe betrieben hat, Bürger zu werden verpflichtet und dazu vom Magistrate anzuhalten ist. Dieses Recht des Magistrates sieht Redner durch die Bestimmung illusorisch gemacht, vermöge deren bei jener Gelegenheit der Erbhuldigungseid abgenommen werden soll, da promissorische Eide bekanntlich von Niemand erzwungen werden können. Immerhin also möge der Erbhuldigungseid ursprünglich eine landesrechtliche Angelegenheit sein: Gemeindeangelegenheit werde sie eben dadurch, daß dem Magistrate auferlegt ist, die Gemeindegenossen zu jener Eidesleistung heranzuziehen. Herr Lucius möchte erwogen sehen, ob der Magistrat sich dieser Auflage nicht entledigen könnte. Auf welche gesetzliche Vorschrift sie sich gründet, deutet das erwähnte Ministerialrescript selbst nicht an, und wenn § 77 der Städteordnung den Magistrat allerdings verpflichtet, allen von den Landesverwaltungsbehörden innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit erlassenen Verfügungen Genüge zu leisten, so erscheint eben fraglich, ob die in Rede stehende Verfügung nicht über diese Grenzen hinausgreift. Doch will Redner dies dahin gestellt sein lassen, weil es vorläufig nur darauf ankommt, ob die Versammlung zu dem beregten Antrage competent, und dies seiner festen Ueberzeugung nach im mindesten nicht zweifelhaft ist.

Herr Schwarzenberg legt dar, daß der vorliegende Antrag in keine der durch § 52 der St.-O. aufgestellten Kategorieen fällt. Positiv kennzeichnet sich ihm die Frage als eine Landesangelegenheit schon durch den Umstand, daß der Magistrat jenen Eid lediglich im Auftrage der Landesregierung und kraft landesgesetzlicher Bestimmungen abnimmt. Den einzig richtigen Weg zur Verfolgung des von Herrn Steinau

vertretenen Anliegen vermag daher auch Redner nur in dem der Privatpetition zu erkennen.

Herr Overbürgermeister Caspari verwahrt sich gegen die Auffassung des Herrn Lucius, als habe er mit der Berufung auf § 104 der Städteordnung irgendwie drohen wollen. Seine Absicht sei vielmehr gewesen, zu rechtfertigen, daß der Magistrat die sachliche Erwägung des Antrags von vornherein ablehnt. Die Befugniß der Landesregierung zu der in jenem Rescripte vom 15. Februar 1860 getroffenen Verfügung weist der Herr Overbürgermeister aus § 94 der Städteordnung nach, vermöge dessen der Magistrat in Landesangelegenheiten die ihm gesetzlich überwiesenen Geschäfte zu besorgen und ferner einzelne Aufträge zu vollziehen hat, die ihm im Bezirke der Stadt von der Staatsbehörde ertheilt werden.

Die Thatsache, daß der Erbhuldigungseid unter gegebenen Verhältnissen und in gewissem Grade das communale Interesse berührt, kann Herr Graf Görz-Wrisberg nicht als ausreichend anerkennen, um den Antrag Herrn Steinaus in die Competenz der Versammlung zu rücken. In ähnlicher Weise wirken auf das Gemeinwesen noch unzählige andere Verhältnisse ein, welche deswegen doch kein vernünftiger Mensch dem Einfluß der städtischen Behörden würde zugänglich zu machen suchen. Jeder politischen, kirchlichen und socialen Corporation seien eben durch die Gesetze und die Natur der Verhältnisse gewisse Schranken gesetzt, über welche sie nicht hinauskönnen: mit gleichem Fuge wie die Versammlung auf Abänderung oder Abschaffung des Bürgerreides, könnte die Landessynode etwa auf Aenderungen der Bauordnung oder des Wechselrechts dringen. Unverständlich ist Herrn Grafen Görz-Wrisberg die Sorge der Herren Bracke und Lucius um die Consequenzen einer Anerkennung der Incompetenz in diesem einen Falle. Daß damit kein principieller Verzicht auf das Petitionsrecht der Stadtverordneten ausgesprochen wäre, liege doch klar auf der Hand: ob die Versammlung zu einem derartigen Antrage competent oder nicht, sei eben in jedem einzelnen Falle besonders zu untersuchen und je nachdem zu entscheiden. Da in vorliegendem Falle aber Redner sie eben für incompetent hält, so beantragte er, daß die Versammlung in Discussion über den Steinauschen Antrag selbst einzutreten ablehne.

Herr Steinau macht dem Herrn Overbürgermeister Caspari bemerklich, daß die Bestimmung, vermöge deren jeder Unterthan nach vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre den Erbhuldigungseid leisten sollte, in sehr vielen Fällen schon deswegen nicht zur Ausführung kommt, weil bei weitem nicht alle Landeseinwohner zum Kriegsdienst herangezogen werden: wie sich denn eben hieraus das Verfahren entwickelt habe, dessen Druck nun Diejenigen empfinden, welche Bürger werden müssen. Gegenüber den Competenzbedenken erinnert Redner daran, daß vor einigen Jahren ein Antrag auf Abänderung des Landeswahlgesetzes ohne Widerspruch in der Versammlung debattirt und damit deren Befugniß zu derartigen Verhandlungen anerkannt ist. Daß in der Sache selbst dann der Landesversammlung die Entscheidung zusteht, werde von keiner Seite bestritten. Die hypothetischen Beispiele, welche Herr Graf Görz-Wrisberg herbeigezogen, um das Eingehen auf den vorliegenden Antrag als einen Uebergriß der Versammlung zu kennzeichnen, hält Herr Steinau für wenig glücklich gewählt, indem er füglich zweifeln muß, daß bei der Landessynode jemals das Bedürfniß eintreten werde, sich mit Bau- oder Wechselrecht zu beschäftigen. Ein Verbot der behaupteten Art enthalte die Städteordnung nicht; Beschränkungen aber künstlich erst noch hinein zu

interpretiren, sei auf keinen Fall weise. Wenn endlich Herr Oberbürgermeister Caspari mit § 104 der Städteordnung abwinke, so könne auch das für die Versammlung kein Grund sein innezuhalten, da die ablehnende Haltung des Magistrates demnächst jedenfalls doch den Nutzen haben würde, zu zeigen, daß der Magistrat unter Umständen nicht geneigt ist, Hand in Hand mit der Versammlung die Rechte der städtischen Behörden bis zur äußersten Grenze aufrecht zu erhalten. Und ebenso würde schließlich auch der sachliche Mißerfolg des Antrags bei den Landesbehörden insofern keineswegs ohne Bedeutung sein, als dadurch ersichtlich würde, wie letztere über eine von der ganzen öffentlichen Meinung als gänzlich gehalt- und werthlos verurtheilte Eidesformel denken.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist die von Herrn Steinau in Aussicht gestellte Deutung zurück, als wäre der Magistrat weniger denn die Versammlung auf Wahrung der städtischen Rechte bedacht. Wirkliche Rechte der Stadt werde der Magistrat unter allen Umständen und nach besten Kräften aufrecht erhalten. Wie aber innerhalb der Versammlung selbst in diesem Augenblicke streitig, was Rechtens ist, so könne darüber natürlich auch zwischen Magistrat und Stadtverordneten eine Meinungsverschiedenheit entstehen, und müsse desfalls der Magistrat sich seine Entscheidung nach Maßgabe der gesetzlichen Normen vorbehalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt,

da Herr Bracke bittet, ihm die Entwicklung einiger immerhin noch erheblichen Gesichtspunkte nicht abzuschneiden. Redner führt aus, wiefern die von dem Herrn Oberbürgermeister geltend gemachte Verschiedenheit zwischen dem vorliegenden Falle und der Remonstranz gegen die Steuerfreiheit der Militärpersonen für die Kompetenzfrage nicht von Belang sei. Ob man nämlich einem bereits bestehenden Gesetze gegenüberstehe oder einem erst werdenden, sei offenbar doch gleichgiltig; nur darauf komme es an, ob dieses Gesetz das Gemeinwohl anlangt, und das sei hier wie dort in eminentem Sinne der Fall. Daß bei solcher Sachlage aber die Versammlung wirklich den beabsichtigten Versuch unternehmen darf, sieht Herr Bracke in § 52 mit klaren Worten ausgesprochen. Denn daß das Petitionsrecht der Versammlung auf die dort namhaft gemachten vier Anlässe nicht sowohl eingeschränkt als durch diese vielmehr nur exemplificirt werden soll, gehe schon aus dem anknüpfenden »insbesondere« zur Genüge hervor. Möge man daher dem Magistrate überlassen, die Incompetenz der städtischen Behörden auszusprechen. Wenn ihm damit aber im Hinblick auf seine auf Grund von § 104 vorausverkündete Haltung die Versammlung entgegenkommen wollte, so würde das grade sein, wie wenn Jemand, um einer in Aussicht stehenden Ohrfeige zu entgehen, sich schleunigst selber eine versetzte.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Herr Steinau, welcher als Antragsteller noch zum Wort zu lassen wäre, verzichtet darauf.

Nachdem

Herr Heymann als Referent die Gründe der von ihm persönlich getheilten Ansicht, daß die Versammlung sich incompetent zu erklären habe, nochmals zusammengefaßt,

der Herr Vorsitzende auch, unter eingehender Motivirung, sich zu dem nämlichen Standpunkte bekannt hat,

tritt,
auf Herrn Steinaus Verlangen in namentlicher Abstimmung,
die Versammlung mit fünfzehn gegen neun Stimmen dem Antrage des Herrn
Grafen Görz-Brissberg bei, indem sie ihre Incompetenz anerkennend, in weitere
Verhandlung über den Steinauschen Antrag einzutreten ablehnt.

Es stimmen in diesem Sinne

die Herren Boffe, Flagge, Graf Görz-Brissberg, Heymann,
Jasper, Kloss, Kunze, Mühe, Munte, Pini, Reuter,
Schöttler, Schwarzenberg, v. Seedenborff, Solmiz;

für die Competenz der Versammlung

die Herren Bewig, Bracke, Ding, Faillard, Krampe, Lucius,
Meyer, Reck und Steinau.

Herr Bracke rügt die ausführliche Meinungsäußerung des Herrn Vorsitzenden
nach Schluß der Debatte als einigermaßen wider die Geschäftsordnung verstoßend,
worauf der Herr Vorsitzende die Berechtigung dieses Vorhalts einräumt und ent-
schuldigend hinzufügt, daß er von vornherein nur kurz sein eigenes Votum habe aus-
sprechen wollen und dabei wider Willen durch die Lebhaftigkeit seines Interesses an
der Controverse zu weit geführt sei.

Sodann

III. erstattet namens der Finanzcommission Herr Kunze Bericht über ein
Magistratschreiben vom 25. v. M., durch welches mehrere bei Gelegenheit der reichs-
währungsmäßigen Umrechnung des Wassergeldtarifs vom 20. März 1872 verschärfte
Strafbestimmungen des angehängten Regulativs zur Genehmigung vorstellt werden.

War bisher nämlich Verschwendung und Veruntreuung von Wasser seitens
eines Consumenten der Wasserleitung das erste Mal mit einer Strafe von 1 bis 2 Rthlr.,
im Wiederholungsfalle mit 2 bis 4 Rthlr. belegt, so sollen hinfort dafür die Sätze von
bezw. 5 bis 10 und 10 bis 20 M. eintreten. Während ferner einem Contravenienten
bis jetzt erst nach dreimaliger Straffälligkeit die Leitung abgeschnitten werden konnte,
soll der Direction diese Befugniß in Zukunft schon dann zustehen, wenn nach zwei-
maliger Bestrafung eine dritte Contravention vorkommt. Seitens der Verwaltungs-
deputation wird für diese Verschärfungen angeführt, daß dergleichen Uebertretungen
sehr häufig und, weil im Innern der Häuser begangen, nur schwer zu entdecken sind,
ihre Verhütung aber im Interesse nicht nur des Wasserwerks sondern auch der übrigen
Consumenten dringend zu wünschen.

Magistrat und Commission können diese Erwägungen nur als durchaus begründet
anerkennen und geben daher anheim, jene Vorschläge zu genehmigen,
was seitens der Versammlung ohne weiteres auch geschieht.

VI. Mit einem Magistratschreiben vom 16. März ist der Versammlung der Voran-
schlag für den diesjährigen Betrieb des Wasserwerks zugegangen. Die Finanzcom-
mission, für welche Herr Bewig berichtet, empfiehlt denselben anstandslos zur Ge-
nehmigung, findet sich aber veranlaßt, auf die namentlich in letzterer Zeit zu beklag-
ende schlechte Beschaffenheit des gelieferten Wassers hinzuweisen und der Direction
des Werkes geeignete Maßnahmen gegen diesen Uebelstand dringend ans Herz zu
legen.

Zur Entschuldigung der beregten Thatsachen führt Herr Reuter an, daß das Wasserwerk von vornherein nicht auf seinen jetzigen umfänglicheren Wirkungskreis und für den ursprünglich in Aussicht genommenen nicht einmal vollständig eingerichtet ist, sofern es insbesondere nur über einen Filter verfügt. Dazu kommt, daß im Winter in Folge geringer Benutzung der Hydranten die Röhren leicht verunreinigen: seit den bei Eintritt milderer Witterung sofort angeordneten Spülungen ist das Wasser schon befriedigender. Erweiterungspläne, deren Verwirklichung alle berechtigten Klagen abstellen würde, liegen längst vor und würden längst auch zur Ausführung gediehen sein, wenn inzwischen nicht das Project einer Hochwasserleitung aufgetaucht wäre. Dieses ist gegenwärtig seiner Verwirklichung näher gerückt; mittlerweile freilich, auf den Zeitraum also von etwa zwei Jahren, wird man genöthigt sein, die Thatsache zu nehmen wie sie liegt und sich das weniger gute Wasser gefallen zu lassen.

Herr Pini bringt ferner zur Sprache, daß während des letztverflossenen Sommers zahlreichen Consumenten ein ganz ungenügendes Wasserquantum zugeführt ist, und zu Zeiten die Leitung ganz versagt hat. Angesichts solcher Calamitäten hegt er gerechte Bedenken gegen die Höhe des auch in dem diesjährigen Voranschlage figurirenden Erweiterungsconto und möchte er die Frage anregen, ob nicht die fernere Einrichtung von Privatleitungen entsprechend einzuschränken sein dürfte.

Wie Herr Reuter mittheilt, hat die Verwaltungsdeputation, deren Zustimmung in jedem einzelnen Falle erforderlich ist, bereits den Beschluß gefaßt, daß vor den Thoren, wo der erwähnte Mangel sich fühlbar gemacht hat, Erweiterungen des Röhrennetzes nicht mehr vorgenommen werden sollen. Ein Conto dafür gebe es im Etat übrigens nicht, vielmehr werde jede Anlage dieser Art auf besondern Anschlag genehmigt. Die Zustände vor dem Augustthore, welche vorzugsweise Anlaß zu der von Herrn Pini vertretenen Klage gegeben, seien die Folge gänzlicher Unzulänglichkeit der Hauptzuleitung, Abhilfe aber durch einige von der Auguststraße abzweigende Hilfsröhren schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Herr Pini macht bemerklieh, daß sein Bedenken sich in diesem Falle nicht sowohl gegen die Ausdehnung des Röhrennetzes als gegen neue Privatleitungen innerhalb des bestehenden richten.

Herr Reuter erwidert, daß auch dafür in den Voranschlag nichts aufgenommen sei, Consumenten jedoch an den schon mit Röhren versehenen Straßen nach dem Regulativ nicht zurückgewiesen werden können.

Herr Faillard, welcher das Project eines Reservoirs auf der Höhe bei Neurichmond als das beste Mittel, die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks erheblich zu steigern, in Erinnerung bringt,

entgegnet Herr Reuter, daß das Terrain allerdings schon vor zwei Jahren in Augenschein genommen ist, jene Anlage aber, auch wenn sie schon hergestellt wäre, augenblicklich doch nicht den gewünschten Erfolg haben würde, da die Ursache der in Rede stehenden Uebelstände nicht etwa die Ungenüge der mittels des Werkes zu beschaffenden Wassermenge, sondern, wie schon bemerkt, die Unzulänglichkeit der Zuleitungsröhren sei.

Herr Munte, die von Herrn Pini angeregte Frage wieder aufnehmend, weist darauf hin, daß in dem Voranschlage ein Reingewinn von 15,000 Mk. aus dem Privateinrichtungsconto in Aussicht genommen ist, wonach der Zugang neuer Consu-

menten offenbar doch in einer Steigerung begriffen sei, welche gegenüber eben der schon jetzt eingetretenen Verkürzung des von dem einzelnen Abnehmer mit Recht zu beanspruchenden Wasserquantums allerdings um so bedenklicher erscheine, als die tarifmäßigen Preise immer noch ziemlich hoch seien.

Herr v. Seckendorff bezeichnet jenen Gewinnansatz als einen lediglich fictiven und hält die Zurückweisung neuer Abnehmer schon deswegen für unthunlich, weil danach der Mißbrauch unentgeltlicher Mitbenutzung fremder Wasserhähne unfehlbar noch weiter um sich greifen würde.

Herr Schöttler stimmt Herrn Reuter in der Ansicht bei, daß den Anwohnern der mit Zuleitungen einmal belegten Straßen der Anschluß füglich nicht versagt werden kann. Von der gegenwärtigen Discussion hofft er, sie werde den einzelnen Abnehmern die Pflicht einer vernünftigen Sparsamkeit im Verbräuche ihres Leitungswassers nahe legen und damit insbesondere auf Abstellung gewisser Mißbräuche hinwirken, durch die dasselbe, oft in widerlichster Weise, zum Schaden des Gemeinwohls vergeudet werde. Wenn alle Die in sich gingen, welche jetzt noch Klosets und Gossen seine ganze Tage oder Nächte hindurch mit Leitungswasser spülen, dann würde das Wasserwerk auch in seiner jetzigen Beschaffenheit noch für viele neue Consumenten ausreichen.

Herr Reuter. Ein allgemeiner Beschluß in der von Herrn Munte und Herrn Pini gewiesenen Richtung würde sicherlich nicht zu rechtfertigen sein: in vielen Gegenden der Stadt könne man neue Anschlüsse ganz unbedenklich zulassen, da wie schon bemerkt, der Fehler an anderen Stellen, wo die Verhältnisse sich ähnlich wie vor dem Augustthore anlassen, nicht etwa in einem Mangel an Wasser oder an Maschinenkraft, sondern nur in der Unzulänglichkeit des Röhrennetzes liege. Jenem von Herrn Munte herangezogenen Ansatz mit 15000 Mk. stehe der vorjährige mit 12000 Thaler gegenüber: Beweis, daß größere Erweiterungen nicht ins Auge gefaßt seien. Herr Munte klage über die hohen Wasserpreise; Thatsache aber sei, daß sie nirgend in ganz Deutschland billiger normirt. Fände nicht jene massenhafte Wasservergeudung statt, dann freilich würden die Preise leicht noch weiter herabzusetzen und mit unserm Wasserwerk noch eine zweite Stadt von der Größe Braunschweigs zu versorgen sein. Und dazu könnte leicht Rath werden, wenn man nach dem Vorgange Breslaus, wo kein Wasser à discretion mehr abgegeben werde, zu allgemeiner Einführung der Wassermesser schritte. Wenn man nun aber erwäge, daß das Wasserwerk, zuerst mit 600 Abnehmern in Betrieb gesetzt, zur Zeit ihrer 2400 versorgt und daß gleichzeitig sein Röhrennetz von 5 auf 8 Meilen Länge zugenommen hat, so werde man den durchaus provisorischen Zustand der Anlage begreiflich finden und sagen müssen, daß Alles noch weit über billiges Erwarten gut gehe.

Der Voranschlag wird hierauf beantragter Maßen genehmigt.

Ebenso

V. auf den von Herrn Jasper vorgetragenen Bericht der Finanzcommission der Voranschlag des Gaswerks auf das Betriebsjahr 1874/75;

worauf

VI. namens der Finanzcommission Herr Steinau vorträgt, daß laut eines Magistratschreibens vom 23. v. M. der Spritzenfabrikant Kurz zu Stuttgart hiesiger

Stadt eine im vorigen Jahre zu der Ausstellung von Feuerlöschgeräthen hergesandte neue, zum Abproben eingerichtete, leicht zu bedienende und von den Kennern sehr beifällig aufgenommene Spritze zu dem Preise von 750 \mathfrak{M} zum Kauf angetragen hat — nicht unerheblich billiger, als wenn solche auf Bestellung bezogen würde. Da überdies Herr Branddirector Reuter eine Spritze solcher Construction einmal behufs seiner Versuche und demnächst dann als Ersatz einer bald abgängigen Abprobspritze der Turnerfeuerwehr zur Verfügung zu behalten wünscht, wird seitens des Magistrats die Verwilligung der angegebenen Kaufsumme mit dem Bemerken nachgesucht, daß die Zahlung von den in dem diesjährigen Etat für das Feuerlöschwesen ausgeworfenen 21000 \mathfrak{M} . geschehen kann.

Gleichwohl vermag die Commission diesem Antrage nicht beizutreten, indem sie mit Rücksicht auf die einigermaßen schwierige Finanzlage der Stadt jede nicht unumgänglich nothwendige Ausgabe für unzulässig, auch den geforderten Preis nicht für besonders billig hält. Sie giebt demnach anheim, unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Verwilligung auf den Fall, daß künftig eine neue Spritze nothwendig werden sollte, den Magistratsantrag vorläufig abzulehnen.

Herr Reuter kann nicht anders denken, als daß bei dem Gutachten der Commission ein Mißverständniß untergelaufen, da der Magistratsantrag nur die nothwendige Folge des frühern Beschlusses sei, die freiwillige Nachwache der Feuerwehr durch eine ständige Tag- und Nachtwache zu ersetzen, zu deren Unterhaltung seit vorigem Jahre schon das Erforderliche verwilligt ist und für die inzwischen am Ruhfäutenplaze ein Local hergerichtet worden. Auch auf die unentbehrliche Spritze nebst Transportwagen war bereits beim Voranschlage Rücksicht genommen. In der Kurtschen Abprobspritze ist nun beides in sehr zweckmäßiger Weise vereinigt und schon dadurch eine erhebliche Ersparniß gegen den Voranschlag ermöglicht; außerdem aber hat der Fabrikant mit Rücksicht darauf, daß er durch Braunschweig zuerst Eingang in Norddeutschland gefunden, eine ausnahmsweise billige Preisforderung gestellt. Unter diesen Umständen hielt Redner den Ankauf für eine ausgemachte Sache; den jetzt dazwischen tretenden Widerspruch vermag er nur damit zu erklären, daß die Sachlage in den seit jenen grundlegenden Beschlüssen verflossenen drei Jahren in Vergessenheit gerathen ist.

Von den anwesenden Mitgliedern der Finanzcommission sind die Herren Jasper und Graf Börsch-Weisberg bereit, ihr Votum entsprechend der Darlegung Herrn Reuters zu modificiren, wenigleich das Magistratsschreiben auf den angeführten Zusammenhang in der That nirgend Bezug nimmt.

Herr Steinau indeß äußert einigen Zweifel, ob die Feuerwache, welche vordem eine eigene Spritze nicht besaßen, deren allenfalls nicht auch fernerhin noch entbehren könnte. Handelte es sich etwa nur um einen Wunsch des Commandeurs der Feuerwehr, so würde er diesen in Anbetracht der der Stadt zur Zeit obliegenden schweren Ausgabenlast für verpflichtet halten, auf diese an sich immerhin wünschenswerthe Vermehrung seines Materials einstweilen zu verzichten. Außerdem wünschte Redner, daß bei derart Ankäufen thunlichst die einheimische Industrie begünstigt würde.

Herr Munte fragt an, ob für das städtische Feuerlöschwesen Zuschüsse aus der Landesbrandkasse geleistet werden, welche dem in Folge unserer vorgeschrittenen Löschanstalten ausnehmend günstigen Verhältniß der aus hiesiger Stadt eingezogenen Ver-

sicherungsprämien zu den hier fällig werdenden Brandentschädigungen einigermaßen entsprechen.

Herr Reuter bestätigt, daß das Versicherungsgeschäft hier seit zwanzig Jahren constant ein sehr vortheilhaftes gewesen ist, erinnert indeß dem gegenüber an den noch neuerdings aus Landesmitteln verwilligten Beitrag von 14,000 Rthlr. zum Bau eines neuen Spritzenhauses. Gegen die Ausführungen Herrn Steinaus wendet er ein, daß, solange die Wache von der Feuerwehr selbst gestellt wurde, vorkommenden Falls auch deren Spritzen zur Verfügung standen, jetzt aber, da ein besonderes Wachtcorps errichtet worden, dieses seine eigene Spritze haben muß und auf eine der anderweit vorhandenen schon deswegen nicht angewiesen werden kann, weil jede Abtheilung der Feuerwehr für ihr Geräth verantwortlich ist. Den finanziellen Bedenken Herrn Steinaus hält Redner den im Verhältniß sehr mäßigen Etat des Löschwesens und insbesondere die Thatsache entgegen, daß die Erneuerung des gesammten Materials mit 3000 Rthlr. beschafft ist. Einer geflüchtlichen Hintansetzung der einheimischen Industrie endlich fühlt er sich um so weniger schuldig, als er seit Jahren sein Möglichstes gethan hat, um selbstige zu Betriebserweiterungen zu veranlassen — leider ohne rechten Erfolg, wie denn in diesem Augenblicke bei inländischen Fabrikanten thatsächlich keine für den beregten Zweck brauchbare Spritze zu haben sein würde.

Herr Steinau wirft ferner die Fragen auf, einmal, ob der geforderte Preis dem wirklichen Werthe der fraglichen Spritze entspreche; sodann, ob es nicht vortheilhafter sein würde, für die Feuerwehr eine Spritze von größerer Leistungsfähigkeit anzuschaffen.

Letzteres wird von Herrn Schöttler mit einem Hinweis auf die Erfahrung verneint, daß es bei entstehendem Feuer weniger auf große Wassermassen als auf rasche Hilfe ankommt, so daß in Berlin z. B. 50 % aller aufkommenden Brände mittels einfacher Handspritzen gelöscht werden.

Weiter führt Herr Reuter an, daß jene Kurz'sche Spritze keineswegs klein, sondern von der Größe derjenigen der Turnerfeuerwehr ist und von acht Mann bedient, 100 Liter Wasser, bei doppelter Mannschaft 300 Liter in der Minute auswirft. Die Turnerspritze nun hat 640 fl. gekostet, diese neue sammt dem Vorwagen, im Preisencourant zu 800 fl. angesetzt, soll 750 fl. kosten und ist außerdem in Cassel abgenommen, von wo sie als Ausstellungsgegenstand frei hieher befördert wurde, während der Transport von Stuttgart noch 45 fl. Unkosten verursacht hätte. Nach dem allen hält Redner die Preiswürdigkeit dieser Erwerbung für zweifellos.

Die Finanzcommission zieht ihren ursprünglichen Antrag nunmehr zurück und giebt die Genehmigung der Vorlage anheim.

Dem entsprechend beschließt dann auch die Versammlung.

Die noch übrigen Gegenstände der Tagesordnung bleiben wegen der vorgerückten Tageszeit für das Mal unerledigt. Die nächste Sitzung kündigt der Herr Vorsitzende auf heut über acht Tage an.

Vertraulich wird noch wegen der Veranlagung der Eisenbahngesellschaft Beschluß gefaßt.

• Berichtigungen

zum Protocolle vom 18. März.

- ©. 26 3. 12 v. u. statt »erneuern« l. »erinnern«.
 - ©. 34 3. 20 u. 21 v. u. statt »ein nur provisorischer« l. »eine nur provisorische.«
 - ©. 35 3. 14 v. u. statt »stellte« l. »stellen.«
-

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 110. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. April 1875.

Öffentlich:

Abänderungen und Ergänzungen der Bau- und Feuerordnung.

Abwesend und als entschuldigt anerkannt die Herren Bock, Reuter und Schöttler. Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Götte, Haake, Ramdohr, Rittmeyer.

Der Tagesordnung gemäß steht zur Berathung

I. der Entwurf eines Statuts, verschiedene Abänderungen und Ergänzungen der revidirten Feuerordnung für hiesige Stadt vom 1. Juli 1855 und der hiesigen Bauordnung vom 12. März 1863 betreffend.

Den Bericht der Statutencommission einleitend, giebt Herr Lucius zuvörderst einen Ueberblick der bisherigen Verhandlungen über diese Angelegenheit.

Im Mai 1871 ging beim Magistrate ein Gesuch des Bürgervereins um Modification verschiedener Vorschriften der Bauordnung ein. Aufgefordert, sich über die darin gestellten Anträge gutachtlich zu äußern und zugleich das ganze Statut einer Revision zu unterziehen, erklärte der Stadtbaumeister eine vorgängige Entscheidung über die Fragen für erforderlich, ob inskünftige 1. für die Hauptgebäude an den Straßen und Plätzen der Stadt im allgemeinen der Massivbau vorgeschrieben werden und 2. die Baupolizei ihr Absehen auch auf die Wahrung ästhetischer Anforderungen richten solle. Die Versammlung, welche hierüber am 4. Juni 1872 berieth, gelangte zu der Einsicht, daß zu sicherer Beantwortung der ersten dieser Fragen das zwischen dem Massivbau und dem Fachwerkbau obwaltende Preisverhältniß festzustellen sei, und richtete demnach an den Magistrat das Ersuchen, sachverständige Ermittlungen über diesen Punkt zu veranlassen und deren Ergebnisse mitzutheilen; zu welchem Ende sich der Magistrat dann an Herzogliche Baudirection und an die architektonische Abtheilung des Kunstclubs wandte. Die Baudirection gab ihr Gutachten dahin ab, daß der Massivbau bei straßenseitigen Facadenflächen 7%, bei hofseitigen 28%, im ganzen von

vornherein durchschnittlich um c. 17%, in Anbetracht seiner größern Dauerbarkeit aber nur um etwa 10% theurer als der Fachwerkbau, während die Architekten des Kunstclubs den Kostenunterschied für Reihenhäuser nur zu 1,8%, für freistehende Häuser nur zu 3,7% berechneten und, alles Uebrige erwogen, sich sogar der Annahme zu neigten, der Massivbau stelle sich fast noch billiger als der Holzbau. Nachdem sich hierauf am 21. August 1873 auch die Versammlung im Principe für den Massivbau ausgesprochen hatte, ward zur Abfassung einer umfänglichen neuen Bauordnung geschritten, in welcher als §§ 58 und 59 die entsprechenden Vorschriften Aufnahme fanden. Inzwischen aber hatte Herzogliche Landesregierung den Beschluß gefaßt, der nächsten Landesversammlung eine Bauordnung für das ganze Land vorzulegen, und da hiernach nicht mehr zu erwarten stand, daß sie zur Prüfung und Bestätigung eines besondern Baustatuts für die Stadt geneigt sein würde, so behielt es vorläufig bei der revidirten Feuerordnung von 1855 und der Bauordnung von 1863 sein Bestehen. Andererseits jedoch drängte sich die Wahrnehmung auf, daß die Zahl der gänzlich unzulänglichen und die öffentliche Sicherheit erheblich gefährdenden Neubauten sich nicht nur nicht vermindert, sondern von Jahr zu Jahr zunimmt. Dem nunmehr bis zum Erlaß einer Landesbauordnung zu begegnen, hat der Magistrat das vorliegende Statut entworfen, welches die bisherigen Bestimmungen rücksichtlich des Massivbaues in angemessener Weise abändert und ergänzt und in einem Schreiben vom 22. Februar d. J. zur Annahme empfohlen wird.

Behufs allseitiger Erwägung dieser Vorlage hat die Commission geglaubt, folgende drei Fragen aufwerfen zu müssen:

1. Sind die städtischen Behörden berechtigt, die Baufreiheit in der angegebenen Richtung statutarisch zu beschränken?
2. Kann und muß der obligatorische Massivbau für zweckmäßig erachtet werden?
3. Ist der gegenwärtige Augenblick geeignet, Bestimmungen dieser Art zu treffen?

1. Bei der Rechtsfrage kommen in Betracht § 32 des Landesgrundgesetzes und § 2 der revidirten Städteordnung. Ersterer gewährleistet jedem Landeseinwohner Sicherheit der Person, des Eigenthums und der übrigen Rechte unter Ausschluß jeder Nicht auf Recht und Befehlen beruhenden Beschränkung. Letzterer legt den Städten die Befugniß bei, ihre Gemeindeangelegenheiten sowie auch Gegenstände der Ortspolizei durch Statute zu ordnen, sieht ausdrücklich aber vor, daß diese nichts dem Landesgrundgesetze oder anderen Befehlen Widersprechendes enthalten dürfen. Darüber nun, daß die Privatbauten hiesiger Einwohner an sich keine Gemeindeangelegenheiten sind, war die Commission allerseits einverstanden. Ebenso einhellig indeß wurde für die städtischen Behörden auf Grund von § 2 der rev. St.-O. andererseits das Recht in Anspruch genommen, die Privatbauten polizeilich auf ihre Standfestigkeit, ihre Feuersicherheit und ihre Gefundheitsmäßigkeit zu überwachen, und falls einzelne derselben oder eine bestimmte Bauweise in einer dieser Beziehungen nicht genügen, dagegen einzuschreiten und insbesondere auch mittels statutarischer Erlasse Vorkehrung zu treffen. Weiter hingegen die Frage anlangend, ob der Fachwerkbau als solcher eine Handhabe bietet, einen derartigen Eingriff der städtischen Behörden zu rechtfertigen, gingen die Meinungen auseinander. Die Majorität der Commission, indem sie dahin gestellt sein ließ, wiefern diese Bauart den gerechten Anforderungen der öffent-

lichen Gesundheitspflege entspreche, hob um so nachdrücklicher deren technische Unzulänglichkeit hervor, wie solche namentlich in sehr zahlreichen Neubauten vor den Thoren hiesiger Stadt auf das schlagendste ins Auge falle, und machte überdies geltend, wie der Fachwerksbau, wenn auch an sich nicht gerade als feuersgefährlich zu bezeichnen, jedenfalls doch und trotz aller Brandgiebel die Ausbreitung einmal ausgebrochener Schadenfeuer erheblich befördere. Seitens der Minorität wurde eingewandt, daß jene Vorwürfe in technischem Betracht nicht den Fachwerksbau als solchen sondern nur Ausnahmefälle treffen, welche durch strengere Aufsicht über die Bauführung Privater verhütet oder doch bedeutend eingeschränkt werden können, daß grade nach den mehrhundertjährigen Erfahrungen unserer Stadt den Holzhäusern größere Feuersgefährlichkeit ebensowenig nachzusagen sei wie besondere Gesundheitswidrigkeit, daß aber, wenn etwa die Frage entscheiden sollte, welches Material dem Feuer am besten Widerstand leiste, mit dem nämlichen Rechte wie der Massivbau auch die ausschließliche Anwendung von Eisen für alle bisher aus Holz hergestellten Bautheile vorzuschreiben wäre. Ferner wies die Minorität auf das bedenkliche Consequenz hin, welches die principielle Ausschließung des Fachwerksbaues auf Grund jener Ausstellungen nach sich ziehen würde. Wäre selbiger nämlich in Wahrheit so unsolide und feuersgefährlich wie die Majorität annimmt, so müßte nothwendig auch die Stadt selber sich veranlaßt finden, eine Anzahl ihrer eigenen, zum Theil erst neuerdings unter Zustimmung ihrer Vertreter aufgeführten Gebäude zweckentsprechend umzubauen. Positiv endlich wurde von dieser Seite zu Gunsten des Fachwerksbaues noch angeführt, daß er übereinstimmend sowohl von dem Stadtbaumeister als auch von allen übrigen zu Rathe gezogenen Sachverständigen als eine Bauweise bezeichnet wird, welche hier sich unter besonderen Gegebenheiten in origineller Eigenart herausgebildet hat und daher historisch wie technisch vollberechtigt ist. Nach dem allen vermochte die Minorität der Commission die von der Majorität zur Begründung eines Eingriffsrechtes der Gemeinde herangezogenen Erwägungen als ausreichend nicht anzuerkennen.

2. Gleiche Meinungsverschiedenheit hat sich in Betreff der Zweckmäßigkeit des vorliegenden Statuts herausgestellt. Die Majorität nimmt an, daß der Massivbau keineswegs theurer, vielleicht selbst billiger sei als der Fachwerksbau; auch andernfalls aber scheint ihr die Rücksicht auf Einzelne, die sich wegen des Preisunterschiedes etwa für letzteren unterscheiden möchten, gegen die sonstigen gemeinnützlichen Vortheile des Massivbaues nicht so schwer ins Gewicht zu fallen, daß darum auf die vorgeschlagene Maßregel verzichtet werden dürfte. Die Minorität hingegen ist der Meinung, daß der Massivbau alles in allem etwa um ein Drittel theurer zu stehen kommt als der Fachwerksbau; sie zieht ferner in Betracht, daß ersterer hier an vielen Stellen wegen des schlechten Baugrundes überhaupt unmöglich, an noch mehrern aber, wo der Raum des einzelnen Hauses in Folge des seit Jahrhunderten vorherrschenden Fachwerksbaues äußerst schmal bemessen ist, nur bei Zusammenlegung mehrerer Baustellen durchzuführen wäre; solchen Zwang aber, der unter Umständen und namentlich den weniger bemittelten Einwohnern sehr drückend werden müßte, glaubt sie aus Rücksichten der Billigkeit nicht verantworten zu können.

3. Die Opportunitätsfrage anlangend, verweist die Minorität auf den nahe bevorstehenden Erlaß einer Landesbauordnung. Diese würde die Befugnisse der städtischen Behörden völlig klarstellen, während ein einseitig communales Statut immer

in Gefahr ist, mit den Landesgesetzen in Widerspruch zu gerathen; zu einer vorgreiflichen Entscheidung aber sei um so weniger Grund, als die Baulust dermalen ziemlich darniederliege und die in diesem Jahr angefangenen Fachwerksbauten doch nicht mehr verhindert werden könnten. Dem entgegen macht die Majorität geltend, daß bis zur landesgesetzlichen Regelung der Angelegenheit immerhin noch längere Zeit verfließen könne, daß die Wahrscheinlichkeit einer Collision des vorliegenden Statuts mit den Landesgesetzen nicht eben groß sei und schlimmsten Falls der Schaden nicht so erheblich wäre, wenn einzelne Vorschriften desselben hinterher abgeändert werden müßten, daß andererseits aber auch, wenn die Stadt in bestimmter Richtung vorangehe, damit ein Bedürfniß constatirt wäre, welches demnächst die Landesvertretung nicht unberücksichtigt lassen könnte.

In Anbetracht dieser widerstreitenden Erwägungen wünscht die Minorität zunächst eine Entscheidung über die Formalfrage herbeizuführen, indem sie ihrerseits beantragt, die Versammlung wolle die Berathung und Beschlußfassung über das vorliegende Statut bis nach Erlaß des von Herzoglicher Landesregierung in Aussicht gestellten Landesbaugesetzes vertagen.

Nach der Ansicht des Herrn Vorsitzenden würde besser gleich auf die Sache selbst einzugehen sein, weil dabei sich deren Natur am ehesten herausstellen und dies voraussichtlich dann auch zur Klärung jener formellen Bedenken dienen werde.

Herr Steinau dagegen ist der Meinung, daß in diesem Falle, gegenüber einem das Landesgrundgesetz berührenden Statut, ebensowohl wie leßthin bei Gelegenheit seines Antrags auf Abänderung des Huldigungsseides in erster Linie die Competenz der Versammlung zur Frage gestellt werden müsse.

Herr Graf Görz-Wrisberg, welcher dem beistimmt, möchte zu weiterer Aufklärung wenigstens erst den Commissionsbericht zu Ende geführt sehen.

Demnach trägt Herr Lucius als Referent ferner vor, daß die Commission bei Berathung des Statutes selbst in dem gedruckten Entwurfe den rechten logischen Aufbau vermißt hat, indem das Grundprincip § 2 ausgesprochen, Ausnahmen davon § 3 aufgestellt, letztere dann aber § 1 wiederum eingeschränkt sind. Durch sachgemäße Umstellung dieser Paragraphen und leichte Aenderungen an einigen anderen Stellen ist ein neuer Entwurf entstanden, welchen der Herr Referent verliest und auf den Fall, daß die Versammlung sich den formellen Anschauungen der Commissionsmajorität anschließen sollte, namens dieser zur Genehmigung empfiehlt.

Die Discussion bewegt sich zunächst um die geschäftliche Behandlung der Vorlage.

Nach Maßgabe des erwähnten Präcedenzfalles kann Herr Steinau nicht von der Forderung abgehen, daß vor allem formell erst die Competenz der Versammlung festgestellt werde, an der er seines theils freilich auch diesmal nicht zweifelt.

Herr Vini dagegen sieht keinen Grund, nicht sofort in die Berathung des Statutes selbst einzutreten, da hier, wo es sich nur um Ergänzung bereits anerkannter Vorschriften handelt, die Sachlage unzweifelhaft eine andere als in dem von dem Herrn Vorredner angezogenen Falle. Zum Massivbau überzugehen, scheint Herrn Vini der gegenwärtige Augenblick grade deshalb sehr geeignet, weil im Ganzen jetzt wenig gebaut wird und die Materialpreise erheblich zurückgegangen sind. Daß die Regierung diese Maßregel bestätigen und demnächst auch die Landesversammlung keine

widersprechende Bestimmungen in die allgemeine Bauordnung aufnehmen wird, ist er von vornherein überzeugt.

Die rechtlichen Bedenken gegen das vorliegende Statut führt Herr Oberbürgermeister Caspari auf eine irrige Auffassung von § 33 des Landesgrundgesetzes zurück. Wenn dort nämlich der Grundsatz ausgesprochen wird: Privateigenthum und Privatgerechtsame können für wesentliche Zwecke des Staates oder einer Gemeinde nur gegen volle Entschädigung in Anspruch genommen werden, so ist dies nicht etwa so zu verstehen, als müsse Entschädigung auch da geleistet werden, wo Regierung, Landesvertretung oder Gemeindebehörden innerhalb der ihnen zuständigen Befugniß durch Gesetz oder Statut eine Verfügung treffen, welche alle Betheiligten gleichmäßig drückt. In solchen Fällen muß sich vielmehr Jeder ohne Entschädigung darein fügen. Anders allerdings, wenn angegebener Maßen ein Einzelner in seinen Privatrechtsverhältnissen beeinträchtigt wird: dann würde es in der That unbillig sein, diesen allein ohne Entschädigung einer derartigen Beschränkung zu unterwerfen. Unter diesen Gesichtspunct aber kann die Vorschrift, um die es sich dermalen handelt, nicht gebracht werden; hier vielmehr hat man es ganz unzweifelhaft mit einer von denjenigen allgemein polizeilichen Anordnungen zu thun, zu denen kraft § 2 der rev. St.-D. die Gemeindebehörden ausdrücklich befugt sind. Beschränkungen des Privatrechts enthält auch die bisher gültige Bauordnung in Menge; dennoch hat die Landesregierung kein Bedenken getragen, dieselbe zu bestätigen; und daß wegen der daraus etwa erwachsenden Belästigungen und Nachtheile keinerlei Abfindung verlangt werden kann, ist zum Ueberfluß noch in neuester Zeit auch durch Erkenntnisse des Obergerichts außer allen Zweifel gestellt. Demnach dürfte die Competenzfrage einer weiteren Prüfung kaum noch bedürfen, vielmehr ohne weiteres auf die Sache selbst einzugehen sein. — Ebenso unbedingt glaubt der Herr Oberbürgermeister die Opportunitätsfrage bejahen zu müssen, da ohne Bestimmungen der vorgeschlagenen Art die städtischen Behörden außer Stande, gegen anerkannt gemeinschädliche Bauten, wie sie hier seit mehreren Jahren im Schwange sind, wirksam einzuschreiten. Ob eine Landesbauordnung, welche natürlich noch unendlich viel größere Schwierigkeiten bietet als jedes locale Statut, überhaupt zu Stande kommen wird, ist noch keinesweges gewiß; immer aber wird solche bei der großen Mannichfaltigkeit der dabei in Betracht kommenden localen Verhältnisse nur ganz allgemeine Grundsätze aufstellen können und den einzelnen Gemeinden die Befugniß lassen müssen, je nach ihrem besondern Bedürfniß bestimmtere und strengere Anordnungen zu treffen. Den Massivbau z. B. für das ganze Land vorzuschreiben, würde offenbar ein Ding der Unmöglichkeit und sonach hier ein Statut wie das vorliegende keinesfalls überflüssig oder auch nur zu umgehen sein. Solches aber noch auf ungewisse Zeit zu vertagen, kann bei der Dringlichkeit des Bedürfnisses unmöglich rathsam erscheinen, und am wenigsten in Rücksicht auf die etwa entgegenstehenden Privatinteressen. Denn große Nachtheile wird durch dieses Statut Niemand erleiden, ja selbst unbequem kann es eigentlich nur Solchen werden, die nicht verständig genug sind, sich aus eigenem Antriebe für das Richtige und im Grunde auch Vortheilhafteste zu entscheiden. — Gegen die vorgetragene neue Redaction des Statuts findet Herr Oberbürgermeister Caspari nichts zu erinnern.

Die formelle Befugniß der Versammlung, über das vorliegende Statut zu beschließen, weist der Herr Vorsitzende aus § 46 der rev. St.-D. nach, wo Alin. 1 die Einführung, Aufhebung und Abänderung statutarischer Bestimmungen und polizei-

licher Reglements ausdrücklich unter die Zustimmung der Stadtverordneten gestellt wird. Demnach scheint der gegenwärtige Fall ein ganz anderer wie der, welchen Herr Steinau im Auge hat: dort gab es eben keine zweifellose gesetzliche Bestimmung, aus der die Competenz der Versammlung hergeleitet werden konnte. Eine andere Frage ist dann freilich die nach der materiellen Begründung des Statutes selbst, und nur diese wurde bisher in Frage gestellt. Redner kann aber bestätigen, daß das Obergericht noch bei Gelegenheit des Markworthschen Processus § 19 der Bauordnung als rechtsbeständig anerkannt und den städtischen Behörden die Befugniß zugesprochen hat, Privatgerechtsame der hiesigen Einwohner gewissen baupolizeilichen Einschränkungen zu unterwerfen. — In Betreff der Opportunität des Statutes schließt sich der Herr Vorsitzende den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters an, indem er auch darauf noch hinweist, wie in Sachen der Baupolizei neben den Landesgesetzen auch statutarische Anordnungen von vornherein schon in § 95 Min. 12 der rev. St.-D. ins Auge gefaßt sind.

Uebereinstimmend sprechen sich hinsichtlich der Competenzfrage die Herren Heymann und Graf Görz-Brisberg aus.

Der Berufung auf das Recht der städtischen Behörden, allgemeine polizeiliche Vorschriften zu erlassen, stellt Herr Lucius die Forderung entgegen, daß jeder Erlass solcher Art eben darauf angesehen werde, ob er wirklich auch durch ein polizeiliches Interesse geboten ist oder nicht. Das könnte nun vorliegenden Falles nur dann bejaht werden, wenn der Fachwerksbau als feuergefährlich anerkannt wäre; so aber lautet keins der eingeholten Gutachten: was man in diesem Sinne anführt, läuft, wie schon gesagt, nur darauf hinaus, daß der Massivbau dem Feuer mehr Widerstand leistet als der Fachwerksbau — eine Thatsache, die, wenn man von allen persönlichen Wünschen einmal ganz absieht, doch nicht ausreicht, um die Einführung des obligatorischen Massivbaues zu einem polizeilichen Bedürfnis zu stempeln. So lange daher die Gemeinde nicht ausdrücklich durch ein Landesgesetz zu dieser Maßregel ermächtigt ist, würde sie damit, wenn nicht ihre formelle, so doch ihre materielle Competenz überschreiten. Und davor glaubt Herr Lucius nicht genug warnen zu können, da nach solchem Eingriff der Gemeinde kaum abzusehen wäre, welchen anderen das Eigenthumsrecht der Bürger nicht preisgegeben wäre: mit mindestens gleichem Fuge wie diese Vorschrift würde z. B. auch die zu erlassen sein, bei Neubauten hinfort nur noch Treppen von Mahagoniholz anzulegen. Nach dem allen bittet Redner nochmals um Annahme des Votums der Commissionsminderheit.

Herr Steinau erhebt Einspruch gegen die Meinung, welche er durch den Herrn Oberbürgermeister angedeutet glaubt, als könne eine Abstimmung über die Competenzfrage überhaupt noch umgangen werden. Seiner Ansicht nach ist die Versammlung vielmehr verpflichtet, jeden einmal zur Discussion gelangten Gegenstand durch Beschlußfassung zu erledigen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt jene Voraussetzung Herrn Steinhaus für eine irrige: wenn eine Abstimmung über die Competenzfrage nöthig erachtet werde, so liege ihm, dem Redner, nichts ferner als sie hintertreiben zu wollen. Herr Lucius freilich habe wiederum nur darzulegen versucht, daß die städtischen Behörden mit Erlass des vorliegenden Statuts über die Sphäre ihrer Wirksamkeit materiell hinausgreifen würden, nicht aber, daß sie formell incompetent, dasselbe in Erwägung zu ziehen. Aber dies beiseit: stark übertrieben, ja gänzlich unbegründet sei die Be-

sorgniß vor der Eingriffstendenz der städtischen Behörden. Denn daß diese bei Ausübung ihrer statutarischen Befugniß je von anderen Rücksichten als denen des Gemeinwohls geleitet werden könnten, dürfte von vornherein doch nicht wohl anzunehmen sein. Und sollten sie ja einmal in Versuchung gerathen, Privatgerechtfame in unverständiger Weise zu beschränken, so etwa wie Herr Lucius dies beispielsweise als möglich setze, zuverlässig würde dann doch Herzogliche Landesregierung dazwischen treten und solchen Beschlüssen ihre Zustimmung verweigern. Die Möglichkeit eines Mißbrauchs jener Befugniß zum Nachtheil der hiesigen Einwohnerschaft erscheine demnach ziemlich ausgeschlossen. Als unbegründet bezeichnet der Herr Oberbürgermeister auch die Annahme, als hätten bei der hier in Frage stehenden Maßregel persönliche Wünsche mitgewirkt: ihm selbst wenigstens thue es persönlich leid, den so charakteristischen und in seiner frühern Anwendung gewiß vollberechtigten Fachwerksbau aufzugeben. Was den Magistrat zur Vorlage dieses Statutes bewogen habe, sei lediglich die Ueberzeugung von den überwiegenden Vortheilen des Massivbaues und insbesondere die Erwägung, daß dieser so leichtsinnige und betrüglische Bauten, wie sie in letzter Zeit hier vielfältig vorgekommen sind, gradezu unmöglich mache.

Auch Herr Bracke, wie sehr er sonst jeder Beschränkung der persönlichen Freiheit abgeneigt ist, bekennt sich nichtsdestoweniger zu der Ueberzeugung, daß das Gemeinwohl Eingriffe wie den zur Zeit in Aussicht genommenen durchaus rechtfertige. Wenn Herr Lucius dessen Nothwendigkeit bestreite, indem er die Feuersgefährlichkeit des Fachwerksbaues »als solches« in Abrede stelle, so schwebe ihm offenbar der alte Fachwerksbau vor. Dieser indes sei unter den heutigen Verhältnissen unmöglich geworden, seine Ausartung aber, wie sie sich in zahlreichen Neubauten hiesiger Stadt vor Augen stelle, in der That der Art, daß man nur wünschen könne, sie selbst bei Strafe verboten zu sehen. — Beiläufig regt Herr Bracke die reglementarische Frage an, ob es zulässig, daß sich der Herr Vorsitzende an der Debatte in so ausgedehntem Maße theilnähme, wie dies soeben geschehen.

Gegen den in dieser Frage zum Vorschein kommenden Standpunct verwahrt sich der Herr Vorsitzende. Den Vorsitz führen zu sollen ohne die Befugniß, bei Gelegenheit auch selber an den Verhandlungen theilzunehmen, würde er nur als ein Curiosum ansehen können, und wie gern er immer schätzbare Winke in Betreff seiner Geschäftsführung berücksichtigen wird, ebenso dringend glaubt er sich in diesem Falle die Bitte gestatten zu dürfen, ihm sein Amt nicht durch unbegründete Ausstellungen zu erschweren.

Auf die sachlichen Ausführungen Herrn Brackes entgegnet Herr Lucius: Der Satz, daß irgend welches allgemeine Interesse die Gemeinde zum Eingriff in die Privatrechte ihrer Angehörigen befuge, öffnet jeder Willkühr Thür und Thor und giebt eins der wichtigsten Fundamente der bestehenden Rechtsordnung preis. Das aber scheint um so bedenklicher, je stärker grade in unseren Tagen das Eigenthumsrecht auch durch socialistische Theoreme angefeindet wird. Nur wenn der Fachwerksbau Gesundheit und Sicherheit gefährdete, würde ein gerechter Grund vorliegen, ihn zwangsweise zu untersagen; daß jener aber ohne dergleichen Gefahren heutiges Tages nicht mehr möglich wäre, dies zu beweisen, reichen die vorgekommenen Mißgeburten dieser Bauart keinesfalls aus; vielmehr wird es die Aufgabe der Gesetzgebung sein, zunächst gegen solche fehlerhafte Bauten Vorkehrung zu treffen. Dem Herrn Oberbürgermeister giebt Redner zu bedenken, ob es correct wäre, wenn die städtischen Behörden,

auf den Verlaß hin, daß Ausschreitungen schließlich doch von der Landesregierung verhindert werden würden, in Zweifelsfällen diese oder jene Befugniß unbefehens für sich in Anspruch nehmen wollten.

Herr Oberbürgermeister Caspari fürchtet sich falsch ausgedrückt zu haben oder mißverstanden zu sein. Weit entfernt, der Rectification von oben anheimzustellen was in erster Linie allerdings der eigenen Vorsicht obliegt, erwartet er vielmehr bei Entschliessungen wie deren jetzt eine zu fassen ist, von jedem Betheiligten die gewissenhafteste Ueberlegung. Nur um der von Herrn Lucius geäußerten Besorgniß zu begegnen, hat er darauf hingewiesen, daß falls dennoch einmal eine unverständige oder unberechtigte Anordnung von den städtischen Behörden getroffen werden sollte, zuverlässig doch Herzogliche Landesregierung dieselbe für nichtig erklären würde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Competenzfrage wird angenommen, und hierauf, in mündlicher Abstimmung

von den Herren Bewig, Basse, Bracke, Faillard, Flagge, Graf
Görz-Brissberg, Heymann, Jasper, Kloss, Krampe, Kunken,
Meyer, Mühe, Munte, Pini, Reck, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Steinau,

gegenüber den Herren Ding und Lucius

der Antrag der Commissionsminorität abgelehnt.

Demnach tritt nunmehr die Versammlung in Berathung über das Statut selbst ein, und zwar auf Grund des von der Commission umgestalteten und in seiner jetzigen Form auch vom Magistrat genehmigten Entwurfes.

Der Eingang, welcher die neuen Anordnungen mit der Unzulänglichkeit des durch die ältere Feuer- und Bauordnung gewährleisteten feuer- und baupolizeilichen Schutzes kurz motivirt.

gibt Herrn Reck Veranlassung, auf den Mangel an logischer Concludenz in der Folgerung hinzuweisen, welche das Statut weiterhin auf diese motivirende Thatsache baut. Daraus nämlich, daß der Fachwerkbau, wie er sich zur Zeit bei uns darstellt, den Ansprüchen der Feuer- und Baupolizei nicht genüge, ergebe sich doch nur die Nothwendigkeit, eine bessere Ausführung desselben durch geeignete Bestimmungen zu sichern, nicht aber ihn schlechthin zu verbieten.

Nachdem indeß der Herr Vorsitzende dargethan hat, wie diesem Bedenken durch Annahme des Eingangs in keiner Weise präjudicirt wird,

läßt Herr Reck sich bereit finden, seine Einwendungen zum Austrage im Zusammenhange mit dem ausgesprochenen Verbote selbst vorzubehalten, worauf der Eingang ohne weitere Discussion genehmigt wird.

§ 1 des Entwurfes verfügt, daß bei Neubauten und allen denjenigen Umbauten und Reparaturen, welche in Gemäßheit des Statuts vom 24. Januar 1859 einem Neubau gleich zu achten sind, sämtliche Umfangsmauern massiv von Steinen oder anderm unverbrennlichen Material und in einer für die einzelnen Fälle festgesetzten Stärke und Höhe aufzuführen sind.

Herr Bracke hält für bedenklich, den Massivbau dergestalt in voller Ausschließlichkeit als obligatorisch hinzustellen, während unter Umständen, wie da z. B. wo es sich um Erweiterung eines in Straßenfront liegenden Fachwerkhause handelt, der Fachwerkbau unfehlbar immer noch geduldet werden müsse. Zur Beseitigung dieses

Anstandes schlägt er vor, aus der Magistratsvorlage in diesen Paragraph zunächst die einschränkenden Worte »im allgemeinen« herüberzunehmen, und Fälle wie den ange-deuteten weiterhin unter die zu statuierenden Ausnahmen zu setzen.

Herr Steinau vermag diese Vorschrift überhaupt nicht zu billigen. Wenn es nach dem Urtheil der Sachverständigen feststehe, daß der Massivbau effectiv um 10 % theurer als der Fachwerksbau, so werde damit ganz unzweifelhaft ein Eingriff in das Eigenthumsrecht ausgeübt, welchen alle sonstigen Vortheile des Massivbaues nun und nimmermehr rechtfertigen können. Denn ob ein Haus zwanzig, fünfzig oder hundert Jahr früher oder später abgängig wird, sei dem welcher zum Bau schreitet, meistens ziemlich gleichgültig, nicht aber, wieviel er zunächst aus seinen Mitteln daran wenden muß. Dazu komme dann noch, daß die höheren Anlagekosten keine entsprechend höhere Rente geben, da es erfahrungsmäßig auf die Wohnungsmiethen kaum von Einfluß, ob ein Haus massiv gebaut ist oder nicht. Berufe man sich dann auf die notorisch unzulängliche Beschaffenheit der meisten Fachwerksbauten, so werde vergessen, daß massive Häuser genau ebenso schlecht ausgeführt werden können und hier wirklich auch vielfach ausgeführt sind. Daß diese dann aber dem Einsturz viel leichter unterliegen als jene, haben erst neuerdings noch wiederholte Erfahrungen an Berliner Neubauten gezeigt. Der Feuergefahr glaubt Redner auch bei Fachwerkhäusern durch Weibehaltung der Brandgiebel hinlänglich vorgebaut, da Fälle, in denen ein Feuer sich queer über die Straße hin ausgebreitet hätte, kaum erhört seien, und falls dergleichen doch einmal drohen sollte, dieser Gefahr bei der Trefflichkeit unserer jetzigen Löschanstalten zeitig genug und mit Erfolg entgegengewirkt werden könnte. Eine Bestätigung dieser Ansicht sieht er in der Thatsache, daß — abgesehen vom Schloßbrande — größere Schadenfeuer in hiesiger Stadt trotz des vorherrschenden Fachwerksbaues seit Jahrhunderten nicht vorgekommen sind. Erwäge man dem gegenüber, daß das abgebrannte Schloß so massiv war wie nur irgend möglich, und daß dessen Schicksal vor einigen Jahren auch das Alexandrathotel in London ereilt hat, einen Bau, welcher bekanntlich zur Vergung von Kostbarkeiten bestimmt und dem entsprechend mit besonderer Sorgfalt aufgeführt war, so werde der Schluß kaum abzuleiten sein, daß der Vorzug größerer Feuersicherheit für den Massivbau unbedingt keinesweges kann in Anspruch genommen werden. Nach dem allen vermag Herr Steinau nur der Meinung Herrn Reds beizutreten, daß kein Grund vorliege, den Fachwerksbau schlechthin auszuschließen, daß den Interessen der communalen Wohlfahrt vielmehr durch Verfügungen genügt sein werde, welche dessen solidere Ausführung sichern.

Herr Munte glaubt Manches zwar, was gegen die Fachwerksbauten vielfach eingewandt wird, als Vorurtheil bezeichnen zu können, wie denn Beispiels halber der Schwamm nicht, wie die durchgängige Annahme ist, in diesen, sondern im Gegentheil gerade in massiven Häusern vorwiegend aufzutreten pflege. Gleichwohl kann er nur rathen, die Vorschrift in § 1 uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Seine Gründe will Redner an dieser Stelle nicht weiter darlegen; nur darauf muß er hinweisen, daß für die unbestreitbare Ausartung des Fachwerksbaues in den meisten Fällen nicht sowohl die Werkmeister als die Bauherren verantwortlich zu machen sind.

Herrn v. Seckendorff steht die Feuergefährlichkeit des Fachwerksbaues, zumal in einer Stadt wie der unsern, außer Frage. Daß dies bis jetzt noch durch kein großes Brandunglück vor Augen getreten ist, kann seiner Ansicht nach nicht zum Gegenbeweis dienen, da glücklicher Weise größere Ortsbrände überhaupt nur selten vor-

kommen. Und ebenso wenig Beweiskraft mißt Redner andrerseits den Vorkommnissen bei, an welche Herr Steinau erinnert. Wenn hie und da nämlich große Feuersbrünste in massiven Speichern oder anderen solchen Gebäuden von ähnlicher Bestimmung wüthten, so komme dabei einmal eben die Anhäufung großer Massen leicht brennbarer Gegenstände in Betracht; sodann aber werde Niemand bestreiten, daß in den angezogenen Fällen das Verderben unfehlbar noch viel weiter um sich gegriffen hätte, wenn jene Gebäude aus Fachwerk wären aufgeführt gewesen. Thatsache sei endlich, daß überall nach derartigen Erfahrungen der Massivbau, wenn dies bis dahin noch nicht der Fall war, sofort obligatorisch gemacht wurde. Jedenfalls also werde man gut thun, durch die gleiche Maßregel der Gefahr hier bei Zeiten vorzubauen. Würde diese Erwägung nun aber die fragliche Bestimmung zunächst allerdings nur für die innere Stadt rechtfertigen, so liefere hinsichtlich der Außenstadt ein ebenso dringendes Motiv die durch und durch unsolide Ausführung der allermeisten Fachwerksbauten. Diesem Unwesen ein Ende zu machen, hält Herr v. Seckendorff, ganz abgesehen von den Gefahren für Leben und Gesundheit der Bewohner solcher schlecht gebauten Häuser, schon im Hinblick auf die zahlreichen Opfer der betrüglichen Speculationen, denen dasselbe dient, für eine unabweißliche Pflicht der städtischen Behörden.

Herr Faillard giebt dem Massivbau im allgemeinen ebenfalls den Vorzug, wennschon derselbe grade im Punkte der Feuersgefährlichkeit Nachtheile mit sich bringt, denen der Fachwerksbau entgeht. Redner berichtet über ein vor mehreren Jahren in Magdeburg vorgefallenes Brandunglück, bei welchem die Rettung mehrer Menschenleben grade durch die massive Festigkeit der Umfangsmauern unmöglich war, indem es nicht gelang, ihnen rechtzeitig mittels Durchbruchs in die Nachbarhäuser einen Ausgang zu schaffen.

Herr Bracke bedauert, daß Herr Munte die Gründe verschwiegen hat, welche ihn bestimmen, sich so ausschließlich für den Massivbau auszusprechen. Seinestheils bekennet er sich zu einem mittleren Standpuncte. Da nämlich nach den Erfahrungen seiner frühern Thätigkeit als Feuerwehrmann Wohnhäuser unter gewöhnlichen Verhältnissen eigentlich feuersgefährlich nur im Dachstuhl sind, so scheint ihm nicht von Belang, ob die Umfangsmauern massiv oder in Fachwerk ausgeführt werden. Daß ferner ein Fachwerkshaus von außen in Brand gerathe, glaubt Redner fast als Unmöglichkeit bezeichnen zu können, abgesehen von den Fällen, wo die Flamme etwa durch Fenster oder Thüren eindringt — eine Eventualität, gegen die natürlich der Massivbau ebenfalls keinen Schutz bietet. Andrerseits verkennt Herr Bracke nicht, daß eine Feuersbrunst da wo ihr kein Brandgiebel Schranken setzt, leicht eine Kraft gewinnt, gegen die auch die besten Löschanstalten nichts vermögen. So spottete der Schloßbrand aller Anstrengung, seiner Herr zu werden; schließlich aber erlosch er ohne alle Gefährdung der Nachbarschaft in sich selbst. War also ein so starker Massivbau innerhalb seines eigenen Umfangs der Feuersgefahr ebenso sehr unterworfen wie jedes beliebige andre Haus, so ermisst sich zugleich doch auch leicht, wie es nur eben dieser Beschaffenheit des Schlosses zu danken war, daß das Unheil nicht noch weiter um sich gegriffen hat. Nach dem allen sieht Herr Bracke zwar keine Nothigung, den Massivbau zwangsweise und unter allen Umständen durchzusetzen; wohl aber hält er für wünschenswerth, daß ausreichende Sicherungsmaßregeln einmal gegen die rasche und überwältigende Ausbreitung von Schadenfeuern und sodann auch gegen die mit Recht gerügten Entartungen des Fachwerksbaues getroffen werden.

Wenn in hiesiger Stadt trotz vieler in nächster Nähe erschlossener Thonlager immer doch noch der Fachwerkbau vorherrscht, so glaubt Herr Bewig diese Thatsache nur aus Verhältnissen sehr zwingender Art erklären zu können. Als solche bezeichnet er die durchgängig schlechte Beschaffenheit des Baugrundes und die Enge zahlreicher Grundstücke hiesiger Stadt: Umstände, die, wie er darzuthun versucht, den Massivbau in der Mehrzahl aller Fälle gradezu unmöglich machen, wie denn schon die Verpflichtung zur Anlage von Brandgiebeln für sehr viele Hausbesitzer in hohem Grade drückend sei. Redner empfiehlt daher, Brandgiebel in Zukunft nicht mehr für jedes einzelne Haus, sondern nur je auf Strecken von 40--50' vorzuschreiben. Auf die Gefahr hin, daß man darin wiederum nur einen Nachhall müßiger Klatscherei erkenne, kann er ferner nicht umhin, das Verfahren des Stadtbauamts gegenüber den eingehenden Gesuchen um Dispensation von gedachter Verpflichtung zu rügen. Während nämlich einigen solcher Anträge ohne großes Bedenken willfahrtet werde, stoßen andere, denen die Sachlage ebensoviel wenn nicht mehr Anspruch auf Nachsicht gewähre, auf beharrlichen Widerspruch. Und sehe man genauer zu, so finde sich, daß den Ausschlag in der Regel die größere oder geringere Gefügigkeit des Unternehmens gegen die sonstigen Anordnungen des Stadtbaumeisters gebe, dessen Integrität Redner zwar in keiner Weise antasten will, der augenscheinlich aber doch mehr als billig unter dem Einfluß gewisser baulicher Liebhabereien stehe. Greifen nun jene vorerwähnten beiden Schwierigkeiten zunächst allerdings nur für die innere Stadt Platz, so scheint eine dritte Erwägung an sich allein schwer genug ins Gewicht zu fallen, um den obligatorischen Massivbau überall und so auch vor den Thoren unnrätlich erscheinen zu lassen. Herr Bewig selbst hat seit einer Reihe von Jahren wiederholt auf eigene Rechnung massive Häuser gebaut, nie aber eine höhere Rente als 3% dabei erzielt, und so werde sich das Verhältniß der Baukosten und der Miethpreise für Jeden stellen, welcher wie er, wenn auch ohne Luxus, doch mit der wünschenswerthen Solidität baue. Da sich aber zu einer so unergiebigen Capitalsanlage immer nur die Wenigsten verstehen werden, so würde die beabsichtigte Vorschrift lediglich auf eine gewaltsame Unterdrückung der Baulust hinauslaufen können. Und wenn trotz dieser unbestreitbaren Thatsache auch Herr Munte für den ausschließlichen Massivbau eintrete, so rechne er als Eigenthümer mehrerer Häuser muthmaßlich auf ein Steigen der Miethpreise, welches allerdings eine unausbleibliche Folge dieser Maßregel sein werde, und zwar nicht für die massiven allein sondern auch für die Fachwerkhäuser.

Herr Pini weist den gegen das Stadtbauamt erhobenen Vorwurf zurück, indem er versichert, daß so wie Herr Bewig es darstellt niemals verfahren ist, bei Beurtheilung eines Dispensgesuches vielmehr in erster Linie immer erwogen wird, ob die beschränkte Frontlänge des in Betracht kommenden Hauses die Aufführung eines Brandgiebels gestattet oder nicht. Werde gelegentlich dann auch ohne solche Nöthigung ein Giebel erlassen, so geschehe dies da, wo bereits das Nachbarhaus damit versehen ist, und das entspreche eben der billigen Rücksicht, welche Herr Bewig selbst fordere. Zur Sache führt Herr Pini aus, daß, wenngleich für Massivbauten, soweit sie nicht ganz aus unverbrennlichen Stoffen hergestellt sind, absolute Feuersicherheit allerdings nicht in Anspruch genommen werden kann, jedenfalls doch, wie schon Herr Bracke dargethan, massive Umfangswände ein Feuer besser auf seinen Heerd beschränken als Brandgiebel; daß Reihenhäuser, bei denen außer ihrer Vorder- und Rückwand auch die Brandgiebel in Anschlag zu bringen sind, massiv schon jetzt kaum theurer zu

stehen kommen als im Fachwerksbau, daß das Preisverhältniß aber entschieden zu Ungunsten des letztern sich gestalten müßte, wenn man auf eine Ausführung bestehen wollte, wie die alten Holzhäuser unserer Stadt sie aufweisen, zumal da das Holz von Jahr zu Jahr seltener und theurer, das Massivbaumaterial in immer reichlicheren Massen hergestellt wird. Wenn dann bei Einführung des obligatorischen Massivbaues im Innern der Stadt hie und da zunächst Häuser von unbequemer Enge entstehen, so gehöre das zu den Uebelständen, wie sie bei jedem Uebergange von einer alten Weise zu einer neuen mit in den Kauf zu nehmen sind. Als besondern Nachtheil des Fachwerksbaues gerade bei Reihenhäusern macht Herr P i n i schließlich geltend, daß die massiven Brandgiebel sich in der Regel zum Schaden der Solidität des Baues stärker senken als die leichteren Umfangswände.

Herr Overbürgermeister Caspari, welcher dem Stadtbauamt angehört seitdem es besteht, kann ebenfalls nur die bestimmteste Erklärung abgeben, daß nie ein Fall der von Herrn Bewig charakterisirten Art vorgekommen ist. Möglicherweise könnten dergleichen Verhandlungen allerdings hinter den Coulissen, ehe die Sache officiell zum Vortrag gekommen, stattgefunden haben; bei der Rechtsschaffenheit des Stadtbau-meisters aber, der ja auch Herrn Bewig alle Anerkennung wiederfahren lasse, stellt diese Annahme sich als durchaus unwahrscheinlich dar. Das vorliegende Statut anlangend, will der Herr Overbürgermeister nicht in Abrede stellen, daß gegen den obligatorischen Massivbau von Anfang an namentlich mit Rücksicht auf die kleineren Häuser große Bedenken obgewaltet haben. Nachdem die Maßregel aber von den Technikern einmal als nothwendig anerkannt war, um die hiesigen Privatbauten wieder auf einen gesunden Weg zu bringen, durfte damit nicht länger gezögert werden. Daß übrigens die Uebelstände des obligatorischen Massivbaues in Wahrheit auch nicht so gar groß sein können, ergiebt sich, wenn man erwägt, wie derselbe allenthalben wo in neuerer Zeit Bauordnungen erlassen sind, Geltung erlangt hat. Wenn er in hiesiger Stadt sich so theurer stellt, wie Herr Bewig angiebt, so muß das besondere Gründe haben, die der Herr Overbürgermeister nicht kennt; am nächsten scheint die Annahme zu liegen, daß das Bauhandwerk hier in seinen Leistungen gegen andere Städte zurückgeblieben ist. Möge künftig dann auch nicht Jeder mehr bauen können der da vielleicht möchte: soweit ein wirkliches Bedürfniß vorliegt, werden neue Häuser immer doch beschafft und event. durch angemessene Erhöhung der Miethpreise rentabel gemacht werden; den Wegfall der Speculationsbauten aber, wie sie bisher leider so vielfach vorgekommen sind, ist dasjenige was der Herr Overbürgermeister für das kleinste Unglück halten würde.

In gleichem Sinne spricht sich Herr Graf G ö r t z - W r i s s b e r g aus, indem er namentlich dem übereinstimmenden Gutachten der Techniker ein entscheidendes Gewicht beilegt.

Herr L u c i u s vermag den Vorgang der neuen Bauordnungen anderer Städte für die hier zu treffende Entscheidung als maßgebend deshalb nicht anzuerkennen, weil jene den obligatorischen Massivbau sämmtlich auf Grund gesetzlicher Bestimmungen vorschreiben konnten, während in unserm Falle rein statutarisch damit vorgegangen werden soll. Einigermassen widerspruchsvoll erscheint ihm, daß Herr S t e i n a u, welcher das vorliegende Statut ebenfalls nicht billigt, gleichwohl gegen den formellen Vertagungsantrag gestimmt hat, durch dessen Annahme factisch erreicht wäre, was auch Herr S t e i n a u für wünschenswerth hält.

Herr Steinau begegnet diesem Vorhalt mit der Erklärung, daß in allen Fällen wo gegen die Competenz der Versammlung seiner Einsicht nach unberechtigte Zweifel erhoben werden, er von dem materiellen Inhalt der jeweils vorliegenden Frage zunächst gänzlich glaube absehen und vor allem jeder formellen Schmälierung der communalen Befugnisse entgegenzutreten zu müssen. Logischer Weise aber könne diese Haltung ihn in dem gegenwärtigen Falle nicht hindern, die Einführung des obligatorischen Massivbaues als einen hochbedenklichen Eingriff in Privatrechte an seinem Theil abzulehnen, weil aus dem Gutachten der Sachverständigen eine größere Feuergefährlichkeit des Fachwerkbauwes nicht hervorgehe und gegen diesen sonach nur etwa die Möglichkeit größerer Unsolidität geltend gemacht werden könne, ein Nachtheil, welchem sich ohne Zweifel auch auf eine minder radicale Weise beikommen ließe. Am wenigsten giebt Herr Steinau auf das von dem Herrn Oberbürgermeister mit ersichtlichem Nachdruck hervorgehobene Beispiel andrer Städte. Denn wenn einigen derselben allerdings gelungen, sich mit Hilfe neuer Bauordnungen baulich von Grund aus zu verjüngen, so gehe dergleichen über unsere Mittel eben hinaus, und sei daher vorauszu-
sehen, daß Braunschweig seinen gegenwärtigen Charakter noch Jahrhunderte lang bewahren werde.

Herr Munte weist die Unterstellung zurück, mit der Herr Bewig gegen ihn hervorgetreten. Wenn ihn eigennützige Beweggründe leiteten, würde er als Zimmermeister vielmehr für Beibehaltung des Fachwerkbauwes stimmen müssen. Dem Antrage Herrn Brackes — daß vor den Worten »aus feuerlichem Material« ein die strenge Ausschließlichkeit der Vorschrift milderndes »im allgemeinen« eingeschaltet werde — vermag er nicht beizutreten, da die berechtigten Ausnahmen genügend in §. 2 festgestellt seien.

In Anbetracht, daß die bei Massivbauten vorkommende Zimmerarbeit erfahrungsmäßig schlechteres Material und schlechtere Ausführung zulasse, bezweifelt Herr Bewig, daß an Fachwerkbauten mehr als an jenen zu verdienen sei. Der hohen Werthschätzung, deren sich das Gutachten der Techniker bei dem Herrn Oberbürgermeister und Herrn Grafen Görz-Brisberg erfreut, setzt Redner die Erwägung entgegen, daß einmal jene Herren über anderer Leute Taschen verfügen, und sodann daß das neue Statut von dem Stadtbaumeister ausgegangen: wenn diesem seine Kollegen im Kunstclub und in der Baudirection nicht abfallen mochten, so sei das sehr begreiflich aber von geringer Beweiskraft.

Herr Oberbürgermeister Caspari bedauert, daß Herr Bewig mit Vorliebe einen Ton anschlügt, der in der Versammlung bisher nicht üblich gewesen. Wie er sachlichen Meinungsverschiedenheiten sofort eine persönliche Wendung zu geben liebe, habe heut schon Herr Munte erfahren müssen und beweise nun abermals die völlig grundlose Verdächtigung der Männer, welche den städtischen Behörden erbetener Maßen ihren technischen Beirath gewährt haben — grundlos um so mehr, als die Voraussetzung Herrn Bewig's, nach welcher das neue Statut den Stadtbaumeister zum Urheber hätte, nachweislich falsch sei, indem nicht dieser, sondern Herr Reuter den ersten Anstoß dazu gegeben, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Feuergefährlichkeit des Fachwerkbauwes. — An Herrn Steinau richtet der Herr Oberbürgermeister die Bemerkung, daß er sehr wohl wisse, wie jede Stadt sich nach ihren Mitteln richten muß. Wenn demnach aber Braunschweig nicht anstreben könne was etwa in Wien oder in Berlin gelungen ist, so brauche unsere Stadt sich doch auch nicht auf den Stand-

punkt völliger Resignation zu stellen und alles einfach beim Alten zu lassen, zumal Beispiele genug vorliegen, daß das um was es sich hier handelt, in Städten von keineswegs größerer Bedeutung ohne erhebliche Schwierigkeit durchgesetzt ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, und hierauf nach Ablehnung des Bracke'schen Amendements und unter Vorbehalt einer von Herrn Graf Görz-Wrisberg angeregten redactionellen Aenderung,

§ 1 des vorliegenden Entwurfes angenommen.

Herr Bewig drückt sein Bedauern aus, daß er sich zu Äußerungen habe hinreißen lassen, die er selbst als unstatthaft anerkennen müsse. Er bittet, dies durch seine Unerfahrenheit in den Formen parlamentarischer Verhandlung entschuldigt halten und glauben zu wollen, daß jede Absicht, das gute Einvernehmen in der Versammlung zu stören, ihm fern liege, und daß er bemüht sein werde, dergleichen künftig zu vermeiden.

In § 2, welcher von den statthaften Ausnahmen der vorausgegangenen Grundregel handelt,

möchten die Herren Bracke und Schwarzenberg insbesondere auch die Fälle vorgesehen wissen, in denen ein Massivbau wegen Beschränktheit der Baustelle nicht wohl ausführbar ist.

Da Herr Oberbürgermeister Caspari sowie die Herren Pini und Graf Görz-Wrisberg mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Sache an sich und der Verhandlung mit den Interessenten für bedenklich halten, die Entscheidung über dergleichen Dispensationsgesuche lediglich dem Stadtbauamte anheimgeben,

vereinigen sich die Herren Antragsteller über folgende Fassung ihres Zusages:

»Werden andere Gründe gegen die Ausführung des Massivbaues geltend gemacht, so können Dispensationen nur durch Beschluß des Magistrates und der Stadtverordneten erteilt werden.«

Herr Steinau besorgt, es werde in solcher Bestimmung ein Mißtrauensvotum gegen das Stadtbauamt oder doch ein Zugeständniß an die unliebsamen Urtheile gesehen werden, welchen dessen Wirksamkeit bekanntlich vielfach ausgesetzt sei. Er schlägt demnach vor, dem Stadtbauamt auch die bergegenen Fälle zu unterstellen und höchstens einen Recurs an das Plenum der städtischen Körperschaften zuzulassen.

Dem schließt sich Herr Lucius an, indem er zu bedenken giebt, ob nicht der vorgeschlagene Geschäftsgang die Arbeiten der städtischen Behörden übermäßig vermehren und dabei zum Schaden des bauenden Publicums die anstehenden Bescheide zu lange verzögern würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari beruft sich auf das Beispiel Kölns, wo ein gleiches Verfahren für gewisse bauliche Dispense ohne alle Unzuträglichkeit geübt wird. Werde darüber die eine oder andere Entscheidung etwas hinausgerückt, so habe das den Vortheil, daß sie schließlich auch soviel reiflicher erwogen sei.

Eine Ueberlastung der städtischen Behörden glaubt Herr von Seckendorff schon deshalb nicht befürchten zu dürfen, weil man diese im Hinblick auf die öffentliche Erörterung jedes einzelnen Falles voraussichtlich mit manchem Dispensationsgesuch verschonen werde, welche man beim Stadtbauamte immerhin erst einmal durchzubringen versucht sein könnte;

wie denn in der Öffentlichkeit dieser Verhandlungen Herr Schwarzenberg

ferner ein willkommenes Mittel sieht, die öffentliche Meinung über die Gründe jeder Entscheidung aufzuklären und damit jedem schiefen Urtheil vorzubeugen.

Daß man aus der vorgeschlagenen Einrichtung einen Mangel an Vertrauen zum Stadtbauamte herausdeuten könnte, hält Herr Graf G ö r g - W r i s b e r g vollends für unmöglich: liege doch klar vor Augen, wie mittels derselben im Gegentheil das öffentliche Vertrauen zum Stadtbauamte thunlichst gehoben werden solle.

Hiermit übereinstimmend, versichert denn auch Herr P i n i, daß die Annahme des fraglichen Zusatzes lediglich einem Wunsche des Stadtbauamts selbst entgegenkommen würde, welches als einzige Deputation, die mit dem Publicum unmittelbar in Berührung tritt, seine Verantwortlichkeit nicht selten schwer empfindet und gern längst schon mit seinen Committenten getheilt hätte.

Dem Andränge unbefugter Dispensationsgesuche zu steuern, empfiehlt Herr M u n t e, daß der Massivbau bei 6 Meter Frontlänge unter allen Umständen als obligatorisch hingestellt werde.

Herr Oberbürgermeister C a s p a r i widerräth dem, da solcher Zudrang wahrscheinlich nur während einer längeren oder kürzeren Uebergangszeit zu befürchten sei und Fälle denkbar, wo ein Dispens auch über jenes specielle Maß hinaus bewilligt werden könne und müsse.

Nachdem hierauf Herr M u n t e sein Amendement zurückgezogen hat,

wird § 2 des Entwurfes sowie der von den Herren B r a c k e und S c h w a r z e n b e r g beantragte Zusatz genehmigt, indem späterer redactioneller Erwägung vorbehalten bleibt, ob letzterer als Bestandtheil dieses Paragraphen oder als selbständiger Paragraph an anderer Stelle einzufügen ist.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung § 3 des Entwurfes.

Desgleichen § 4,

nachdem auf Anregung Herrn S c h w a r z e n b e r g s als Entfernung, auf welche bei langen und ausgedehnten Gebäuden die Aufführung innerer Brandgiebel angeordnet werden kann, statt »etwa 28,5 Meter« gesetzt ist: »etwa 28 Meter.«

Unverändert gelangt schließlich auch § 5 zur Annahme.

Die Schlußabstimmung über das ganze Statut bleibt bis nach Abschluß der dactionellen Uebearbeitung ausgesetzt.

Auf den Fall, daß in Zukunft größere Vorlagen durch die Commissionen wieder eingreifend abgeändert würden, spricht Herr S t e i n a u den Wunsch aus, daß der neue Entwurf dann ebenfalls vervielfältigt und der Versammlung rechtzeitig mitgetheilt werde.

Damit wird bei vorgerückter Stunde die Sitzung geschlossen, indem die übrigen Gegenstände der Tagesordnung vorläufig ausgesetzt bleiben.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 126. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. April 1875.

Öffentlich:

Neuwahl eines Stellvertretenden Protocollführers.

Anfrage Herrn Schöttlers in Betreff der projectirten Harz-Wasserleitung.

Einrichtung vier neuer Klassen in der mittlern Bürgerschule.

Bau der neuen Bürgerschule an der Campestraße.

Plan und Kostenanschlag des Baues der neuen Realschule.

Reglement über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der städtischen Lehrer.

Anfrage Herrn Krampes in Betreff der höhern Töchterschule.

Antrag desselben auf Beschränkung der Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke.

Mit Entschuldigung abwesend die Herren Bock, Bracke, Kloss, Reuter. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Haake, Rittmeyer.

In einem Schreiben vom 23. d. M. bringt die Verwaltungsdeputation der Weichbildsgemeinde Altwiek in Erinnerung, daß auf ihre unterm 12/18. März ergangenen Vorschläge wegen Abtretung des St. Leonhardsplatzes noch kein Bescheid erfolgt ist.

Nach Erklärung des Herrn Vorsitzenden ist die Statutencommission bisher durch andere dringende Vorlagen behindert gewesen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, deren Erledigung nunmehr aber in naher Aussicht steht.

Von Herrn Stadtrichter Tunic a ist die Anzeige eingegangen, daß er die gelegentliche Stellvertretung des Protocollführers mit seinen Amtsgeschäften hinfort nicht mehr wird vereinigen können. Demnach steht zur Erwägung, ob mit dieser Obliegenheit wieder wie früher ein Mitglied der Versammlung beauftragt oder ein Ersatz etwa aus dem Kreise der jüngeren Juristen hiesiger Stadt gewonnen werden soll.

Für Ersteres spricht sich Herr Steinau aus, worauf von mehren Seiten Herr Heymann um Uebernahme des erledigten Amtes ersucht wird.

Herr Heymann erklärt sich dazu bereit, was die Versammlung dankend acceptirt.

Sodann

erbittet Herr Schöttler das Wort zu einer Anfrage über den Stand des Projectes einer Hochwasserleitung vom Harz her.

Redner verkennet keinesweges, daß die Vorarbeiten eines Werkes von solcher Größe und Bedeutung geraume Zeit in Anspruch nehmen, hält sich gleichwohl aber verpflichtet, auf ein Moment hinzuweisen, welches zu möglichster Beschleunigung antreiben muß. Vor drittehalb Jahren kostete der Centner Rotheisen 88 \mathcal{R} ; heut ist der Preis auf 41 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} , also um mehr als 100 % zurückgegangen und sind demnach die Wasserröhren bei 26" Durchmesser auf den Meter Baulänge 7 $\frac{1}{2}$ Rthlr. billiger als 1872, was für die ganze Strecke der projectirten Leitung, 28 Kilometer, am Rotheisen allein eine Ersparniß von 285,000 Rthlr. ergibt. Wenn aber, wie es dem Vernehmen nach Absicht ist, noch etwas weitere Röhren verwandt werden sollten, so würde der Unterschied mit rund 300,000 Rthlr. nicht zu hoch veranschlagt sein. Und ein ähnlicher Rückgang ist inzwischen bekanntlich in den Arbeits- und in verschiedenen anderen Preisen eingetreten. Ist nun auch nicht anzunehmen, daß dieselben ebenso rasch und rapide wieder steigen werden, so wird keinesfalls doch ihr gegenwärtiger Tiefstand von Dauer sein, und darf die Möglichkeit, sie über kurz oder lang wieder auf der frühern Höhe zu finden, für das fragliche Project um so weniger außer Acht gelassen werden, als bis zu dessen Vollendung auf alle Fälle noch mehrere Jahre vergehen werden. Um aber die gegenwärtige Coniunctur, welche eine Ermäßigung der zu 1 $\frac{1}{4}$ Million veranschlagten Gesamtkosten um fast ein Viertel in Aussicht stellt, thunlichst auszubenten, scheint es dringend geboten, in kürzester Frist wenigstens mit den Eisengießereien abzuschließen. In dieser Erwägung findet Herr Schöttler sich zu der Frage gedrungen:

Kann der Magistrat Mittheilung machen, wie weit das bewußte Project gediehen, und ob überhaupt Aussicht ist, dasselbe, und wann, verwirklicht zu sehen?

Herr Oberbürgermeister Caspari antwortet mit der Erklärung, daß dem Magistrat von der fraglichen Angelegenheit durchaus nichts bekannt ist.

Der Tagesordnung gemäß

I. trägt namens der Schulcommission Herr Rect vor, daß laut eines Magistratsschreibens vom 30. v. M. vier neue Klassen zur Aufnahme der auf Ostern in den mittleren Bürgerschulen angemeldeten schulpflichtigen Kinder erforderlich sind. Raum ist für eine derselben in der Schule am Sandwege, für drei in der im Prinzenwinkel vorhanden. Letztere sind indeß noch nicht mit Subsellien versehen, und für sämtliche vier Klassen müssen Unterrichtsmittel beschafft und die nöthigen Lehrkräfte gewonnen werden. Ob nur Lehrer oder Lehrerinnen und wieviel derselben, läßt sich noch nicht absehen, da dies von der Besetzung der einzelnen Klassen und von der Befähigung der Persönlichkeiten abhängt, welche sich melden werden. Um jeder Verzögerung vorzubeugen, giebt der Magistrat anheim, daß der Schuldirector ermächtigt werde, vier Lehrer oder Lehrerinnen mit dem untersten Gehaltsfaze ohne weiteres anzustellen. Ferner beantragt er, die Anfertigung der fehlenden Subsellien auf Kosten der Stadtkasse zu genehmigen und den Schuldirector mit Anschaffung der erwähnten sonstigen Erfordernisse zu beauftragen.

Die Schulcommission kann sich mit diesen Anordnungen nur einverstanden erklären, hat sich gleichzeitig aber nicht verhehlen können, daß damit wiederum nur dem allernächsten Bedürfnis wird abgeholfen sein. Seit 1868 ist die Zahl der Geburten in fast ununterbrochener Steigerung begriffen: von 1698 in jenem Jahre ist sie 1869 auf 1789, 1870 auf 1993 und nachdem sie 1871 in natürlicher Nachwirkung des Krieges auf 814 hinabgegangen war, 1874 abermals auf 2213, 1873 auf 2443 angewachsen. Menschlicher Voraussicht nach wird also der Zuwachs schulpflichtiger Kinder den Abgang noch durch eine längere Reihe von Jahren übersteigen. Von der

Thatsache ausgehend, daß die Schülerzahl der Bürgerschulen von 1871 bis 1874 um 824 zugenommen hat, darf man auf Grund vorstehender Geburtsstatistik den muthmaßlichen Nachwuchs für die nächsten vier Jahre auf 960 Schüler und Schülerinnen veranschlagen. Da in demselben Maße nun von Jahr zu Jahr auch die Beschaffung provisorischer Schullocale schwieriger zu werden droht, und sonach im höchsten Grade wünschenswerth erscheint, daß möglichst bald neue Schulen fertig gestellt werden, möchte die Commission bei dieser Gelegenheit die äußerste Beschleunigung der in Aussicht genommenen Bauten dem Magistrate nochmals dringlichst ans Herz gelegt sehen.

Herr Pini erkennt in dem langamen Fortgange dieser Bauten eine Bestätigung der wiederholt auch von ihm vertretenen Meinung, daß dem Stadtbaurath keine ausreichenden Hilfskräfte zur Verfügung stehen und daß namentlich der jüngst angestellte untergeordnete Hilfsbeamte das vorhandene Bedürfniß noch nicht deckt. Indem Redner darauf hinweist, wie schon der grade jetzt verhältnißmäßig niedrige Stand der Materials- und Arbeitspreise zu thunlichster Beschleunigung aller ausstehenden Bauten antreiben muß, giebt er anheim, dem Stadtbaurath zur Specialaufsicht über jeden Schulbau einen Techniker von höherer Ausbildung beizugeben.

Daß der langsame Fortgang dieser Bauten vornehmlich den von Herrn Pini bezeichneten Grund hat, kann Herr Reck nach der eigenen Erklärung des Stadtbauraths lediglich bestätigen.

Die Anfrage Herrn Solmiz', ob dem beklagenswerthen Raummangel nicht durch eine Theilung des Unterrichts wenigstens in den unteren Klassen abzuhelpen wäre?

beantwortet Herr Reck dahin, daß dies thatsächlich bereits geschieht, indem ja die verschiedenen Abtheilungen jener Klassen nach einander unterrichtet werden.

Herr Mühe legt an den Verhältnissen der unteren Bürgerschulen die Uebelstände solcher Combinationen dar, welche überdies einer Ueberfüllung der Klassen nicht einmal wirklich steuern. In der unter seiner Leitung stehenden Schule war eine normale Frequenz der einzelnen Klassen beinahe erreicht; nachdem dort aber zu Anfang des Semesters diejenigen Schüler und Schülerinnen aufgenommen werden mußten, welche in den beiden anderen unteren Bürgerschulen keine Unterkunft fanden, sieht auch er wiederum sich Zuständen gegenüber, welche einer Abhilfe dringend bedürfen.

Herr Schöttler erinnert ferner daran, daß der Miethcontract wegen der Localitäten des vormaligen Alexii-Pflegehauses neuerdings nur auf drei Jahr verlängert ist, während die neuen Schulbauten nach der bisherigen Annahme erst in vier Jahren vollendet sein werden. Um so mehr freut es ihn, wenn der Stadtbaurath nunmehr geneigt ist, sich eine Theilung seiner Arbeiten gefallen zu lassen, wie dies aus der Mittheilung Herrn Recks hervorgeht. Denn die Unzulänglichkeit der zur Bauleitung verwandten Arbeitskräfte beseitigt, zweifelt Redner nicht, daß eine erhebliche Beschleunigung der Schulbauten ohne Schaden für deren Solidität sehr wohl möglich sein wird, da er selbst ungleich größere und schwierigere Bauten in viel kürzerer Zeit hat ausführen lassen.

Herr Krampe, mit dieser Auffassung der Sachlage einverstanden, spricht die Erwartung aus, daß die neue Schule an der Campestraße spätestens am 1. October 1876 werde in Benutzung genommen werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt den Magistrat in diesem Falle jeder Verantwortung entlasten zu können. Wie derselbe jederzeit bemüht gewesen, die nöthigen provisorischen Schulräume zu beschaffen, so habe er auch mit dem Ankauf von Grundstücken zur Ausführung neuer Schulen nie gezögert und ebensmäßig deren Bau nach Kräften betrieben. Liege nun auch zur Zeit erst ein Bauplan vor,

so seien die Verhandlungen wegen des zweiten sowohl mit der Pflegehausverwaltung wie mit dem Stadtbaurath längst eröffnet und stehe deren Abschluß nahe bevor. Auch eine Vermehrung des dem Stadtbaurath beigegebenen Hilfspersonales habe der Magistrat ohne alle Weiterung beantragt, und wenn zu dem Ende vorläufig nur ein Nichttechniker mehr angestellt worden, so habe der Magistrat hierin der Ansicht des Stadtbauraths um so eher geglaubt Folge geben zu können, als die Arbeiten, welche jenem neuen Beamten zu übertragen waren, für einen Mann von voller technischer Ausbildung in der That nicht gepaßt hätten. Wenn dann der Stadtbaurath gegen Herrn K e d ein Bedürfnis nach dieser Art Hilfsarbeitern zugestanden, so dürfe daraus nicht geschlossen werden, daß der Magistrat ihm solche je verweigert hätte: im Gegentheil, für bestimmte Aufgaben habe der Stadtbaurath auch besondere Techniker immer zu seiner Verfügung gehabt, und so oft er es wünsche, werde der Magistrat dazu fernerhin gleichfalls gern die Hand bieten und namentlich an dem Kostenpuncte keinerlei Anstoß nehmen. Mit dem allen aber werde der hier in Frage kommenden Schwierigkeit kaum zu begegnen sein. Sei ein Bauplan einmal genehmigt, so könne bei der Ausführung ein Anderer den Stadtbaurath allerdings vertreten; die Verhandlungen über den Plan jedoch und dessen Ausarbeitung müsse der Stadtbaurath billigerweise sich selbst vorbehalten, und wenn diese Vorbereitungen nicht so schnell von Statten gehen wie man wohl wünschen dürfe, so seien daran eben die vielen anderweitigen Arbeiten des Stadtbauraths und die mannichfachen Schwierigkeiten der Sache Schuld. Auf alle Fälle werde der Magistrat die Frage nochmals mit dem Stadtbaurath in Erwägung ziehen; doch bezweifelt der Herr Oberbürgermeister, daß die angeregte Abhilfe sich als ausführbar herausstellen werde.

Herr v. Seckendorff, welcher dies gleichwohl für möglich hält, läßt dem Eifer und der Tüchtigkeit des Stadtbauraths alle Gerechtigkeit widerfahren; falls aber dessen Bedenken gegen eine Theilung seiner Verantwortlichkeit nicht anders zu überwinden wären, würde im allgemeinen Interesse geboten erscheinen, die Schulbauten auch gegen seinen Willen einfach durch Beschluß der städtischen Behörden einem besondern Techniker zu übertragen.

Herr Schöttler. Dem Magistrate werde Niemand einen Vorwurf machen wollen; irgendwo aber sei unfehlbar doch eine Hemmung vorhanden, und diese müsse ermittelt und wenn irgend möglich beseitigt werden. Liege sie, wie es allerdings den Anschein habe, darin, daß der Stadtbaurath aus an sich gewiß höchst achtbarer, ebenso gewiß aber übertriebener Gewissenhaftigkeit Alles allein machen will, so könne man sich der Erwägung nicht verschließen, daß dies der Gediegenheit der Baupläne vielleicht zu statten komme, jedenfalls aber andere und höher berechnigte Interessen schädige; und eine Aenderung hierin werde um so unbedenklicher sein, als die Schulbauten, nachdem die Heizungsfrage nunmehr erledigt, nicht so complicirter Natur seien, daß sie nicht einem andern Techniker zu selbständiger Ausführung übertragen werden könnten. Könne das den Stadtbaurath augenblicklich vielleicht unangenehm berühren, so dürfe man in seinen Charakter doch das Vertrauen setzen, daß er sich von der Zweckmäßigkeit dieser Maßregel hinterher selbst überzeugen werde.

Die Versammlung genehmigt hierauf die vorliegenden Anträge, indem sie der von. Seiten der Commission ergangenen Anregung gemäß den Magistrat um möglichste Beschleunigung der Schulbauten zu ersuchen beschließt.

II. Mit einem Magistratschreiben vom 8. v. M. find der Versammlung die Pläne des Schulbaues an der Campestraße zugegangen.

Nach dem ursprünglichen Plane sollte die Schule an eine Straße zu liegen kommen, welche in gerader Linie von der Campestraße durch den Tiemannschen Garten zu dem Durchgange von der Augustthorpromenade auf den Platz vor der ehemaligen Artilleriekaserne geführt hätte. Diesen Plan hat der Magistrat jedoch aus mehrfachen Gründen geglaubt ablehnen und dafür ein anderes, allerdings um 16500 Mark höher veranschlagtes Project empfehlen zu sollen, welches eine mehr nordwestliche Richtung der Straße und für eine fernere Zukunft deren unmittelbaren Eintritt in den westöstlichen Theil der Auguststraße in Aussicht nimmt. Die Schulcommission tritt den Erwägungen des Magistrates bei und giebt demnach, gleichfalls in Uebereinstimmung mit diesem, anheim, daß

1. mit den Erben des Dr. Schmidt wegen Ueberlassung der zur Ausführung des Bauprojects erforderlichen Theile von dessen angrenzenden Grundstücken in Verhandlung getreten und unter Vorbehalt weiterer Genehmigung ein Kaufvertrag abgeschlossen,
2. der Bau nach dem mit A bezeichneten Plane des Stadtbauraths genehmigt,
3. die neue Schule mit Luftheizung versehen und
4. dem Stadtbaurath zum Ankauf der Materialien und zu Behuf der sonstigen Vorbereitungen ein Vorschuß bis zu 10,000 Rthlr. aus der Stadtkasse bewilligt, dabei aber die Vorlage eines vollständigen Bauplans sammt speciellem Kostenanschlag vor Beginn des Baues ausbedungen werde.

Herr Stein au vermißt in dem Magistratschreiben eine Auskunft darüber, ob und mit welchem Erfolge der Magistrat Schritte gethan hat, um die zur Herstellung der projectirten Straße erforderliche Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums zu erlangen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß zu Verhandlungen dieserhalb noch kein Anlaß, weil vorerst der Plan zur Ueberbrückung des Umfluthgrabens am Monumentsplatz fertig zu stellen ist, deren Beschaffenheit wiederum von der künftigen Entwicklung der Eisenbahnetablissemments bei St. Leonhard abhängt. Dem nächsten Bedürfniß ist inzwischen in der Weise vorgekehrt, daß der Geh. Finanzrath Gravenhorst als Vertreter der Schmidtschen Erben sich bereit erklärt hat, die provisorische Brücke, welche von den Grundstücken des verstorbenen Dr. Schmidt zum Monumentsplatz führt, bis auf weiteres vor den Zugang zu der neuen Schule verlegen zu lassen.

Die Anträge des Magistrats und der Commission werden hierauf genehmigt.

III. Mit einem Magistratschreiben vom 25. März sind der Versammlung die Zeichnungen für den Bau der neuen städtischen Realschule hinter den Brüdern zugegangen. Nach dem beigelegten Kostenanschlage wird dazu, abgesehen von der innern Einrichtung, die Summe von 182500 Mk., mit den im ersten generellen Anschlage vorgesehenen Nebenausgaben aber ein Aufwand von 250000 Mk. erforderlich sein: 20500 Mk. mehr als ursprünglich in Ansatz gebracht war, wovon jedoch 1500 Mk. für verkaufte Materialien abgehen. Dieser Mehrbedarf erklärt sich hauptsächlich aus den höheren Kosten der Centralheizung; eine Verminderung desselben wird auch nach Ansicht der Baucommission nicht möglich sein, da die Größe des Schulgebäudes nur dem genehmigten Programme entspricht, ohne Schaden für die Sache also nicht verkleinert werden könnte, ebensowenig aber die projectirte Ausführung in rothem Backstein mit Ziegelbedeckung und ohne jeden kostspieligen architektonischen Schmuck eine Ersparniß zuläßt. Bei dieser Sachlage giebt der Magistrat anheim,

1. die Erbauung des neuen Realschulgebäudes nach den angeschlossenen Plänen zu genehmigen,
2. für den Bau selbst unter Absatz jener für die Materialien der abgebrochenen Baulichkeiten gelösten 1500 Mark die Summe von 181,000 Mark aus der Stadtkasse zu verwilligen,
3. für die bezeichneten Nebenausgaben, vorbehaltlich specieller Nachweisung über die Verwendung der einzelnen Posten, den Betrag von 67500 Mark zur Verfügung zu stellen.

Die Schulcommission, für welche Herr Reck berichtet, empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung. Zugleich aber hält sie sich verpflichtet, die Fürsorge der Versammlung für einen Gegenstand von hoher Wichtigkeit für das Wohl der Jugend in Anspruch zu nehmen. Weit verbreitete körperliche Uebel, insbesondere gewisse Fehler des Wuchses und hochgradige Kurzsichtigkeit, sind unstreitig auf die unzweckmäßige Einrichtung der Sitze und Tische in den Schulen zurückzuführen; in den oberen Klassen der Gymnasien leidet erfahrungsmäßig mehr als die Hälfte aller Schüler an Gesichtsschwächen, über welche in vielen Fällen selbst die Brille nicht mehr hinaushilft. Angesichts dieser Thatsachen hat man seit Jahren auf angemessene Verbesserung der Subsellien Bedacht genommen; doch sind die dahin abzielenden Versuche noch nicht zum Abschluß geblieben, wie denn auch unsere Gymnasien in diesem Punkte noch mancherlei zu wünschen übrig lassen. Demnach beantragt die Commission, daß beregte Frage noch einer besondern Prüfung unterzogen und zu dem Ende der Magistrat ersucht werde, vor Anfertigung der Subsellien über deren wünschenswerthe Beschaffenheit das Gutachten des Gesundheitsrathes zu hören.

Herr Steinacker möchte das Interesse, welches die Versammlung für möglichst rasche Vermehrung der Volksschulen einsetzt, auch zu Gunsten der Realschule anbieten, da die Ueberfüllung des Realgymnasiums ebenfalls schon Uebelstände der schlimmsten Art nach sich gezogen hat, welche sich Oftern kommenden Jahres voraussichtlich ins Unerträgliche steigern werden. Diesen bei Zeiten entgegen zu wirken, bittet er beim Magistrat die Frage anzuregen, ob nicht Wege zu finden seien, den Bau der städtischen Realschule mehr als bisher zu beschleunigen.

Wie Herr v. Seckendorff hinzufügt, hat die Schulcommission, indem sie die möglichste Beschleunigung der Schulbauten befürwortet, auch diesen Bau im Auge gehabt.

Die Anträge des Magistrats und der Commission genehmigend, beschließt die Versammlung, sich gegen den Magistrat zugleich im Sinne Herrn Steinackers auszusprechen.

VI. Gegen ein der Versammlung unterm 24. Januar d. J. im Entwurfe mitgetheiltes neues Reglement, die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Gemeindefschullehrer betreffend, sind von vielen Seiten Vorstellungen erhoben, welche der Magistrat wenigstens theilweis als begründet anerkennen mußte. Um jede Härte zu vermeiden, ohne doch das allgemein als richtiger anerkannte neue Princip aufzugeben, hat der Magistrat unter Zuziehung einiger Betheiligten und in Gemeinschaft mit dem Schulvorstande die Bestimmungen des Reglements nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und auf Grund der so gewonnenen Ergebnisse einen zweiten Entwurf aufgestellt, welcher in einem Schreiben vom 10. April mit dem Anheingeben zur Genehmigung empfohlen wird,

die danach zu leistenden Zahlungen vom 1. Januar d. J. ab zu verwilligen.

Da die Finanz- und die Schulcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, zu principiellen Ausstellungen keinen Anlaß finden, beschließt die Versammlung, sofort in die Berathung über das Reglement selbst einzutreten.

In § 1, nach welchem die Gehalte der Dirigenten an den mittleren und unteren Bürgerschulen bei freier Dienstwohnung oder einer baaren Miethsentschädigung mit 2400 Mark eintreten und durch Zulagen von 300 Mark je nach vier Jahren zu dem Maximum von 3300 Mark ansteigen sollen, vermissen die Commissionen billige Rücksichtnahme auf den Fall, daß zu dieser Art Stellen Lehrer aus einer Altersklasse berufen würden, deren Gehaltsfuß nach der in § 2 enthaltenen Norm jenen Anfangsgehalt von 2400 Mark übersteigt. Sie beantragt demnach, hier eine Bestimmung des Inhalts einzuschalten, daß die solchermaßen entstehenden Ungleichheiten bis zum Aufrücken der Betheiligten in die nächsthöhere Gehaltsklasse durch extraordinäre Zulagen auszugleichen sind.

Herr Oberbürgermeister Caspari ist mit der Absicht dieses Zusatzes im wesentlichen einverstanden, da unter Umständen solche Ausgleichung in der That kann geboten erscheinen. Andererseits aber, in Erwägung, daß die Schuldirigenten überhaupt in ganz anderen und natürlich günstigeren Gehaltsverhältnissen stehen als die übrigen Lehrer, nicht immer also von einer »Ungleichheit« die Rede sein kann, wenn Einzelne beim Uebertritt aus dem einen Dienst in den andern zunächst und nominell in ihrem Gehalte etwa zurückgehen — möchte der Herr Oberbürgermeister eine Fassung vermieden sehen, welche die Vergleichung der beiderseitigen Gehaltsätze statuiren und den Magistrat zu der beregten Zulage unbedingt verpflichten würde. Genehmer wäre es, wenn die Versammlung den Magistrat ermächtigen wollte, den neu angestellten Schuldirigenten, falls solches nach Lage der Verhältnisse für angemessen zu erachten, bis zum Aufrücken in die entsprechende Gehaltsklasse ein Extraordinarium zu bewilligen.

Mit dem in diesem Sinne amendirten Zusatz der Commissionen wird hierauf § 1 genehmigt.

Nach § 2 des Entwurfs sollen sämtliche ordentliche Lehrer der mittleren und unteren Bürgerschulen mit einem jährlichen Gehalte von 1200 Mk. angestellt und dieser dann fünfmal je nach drei, dreimal je nach vier Dienstjahren durch Zulagen von zweimal 300, 200, 150 und 100 Mark erhöht werden, nach siebenundzwanzig Dienstjahren also den Höchstbetrag von 2700 erreichen.

Den somit aufgestellten acht Gehaltsklassen empfehlen die Commissionen noch eine neunte mit dem nach dreißig Dienstjahren eintretenden Satz von 2800 Mk. hinzuzufügen.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt anheim, diesen Antrag fallen zu lassen, da jede Aenderung der mühsam ermittelten Scala in einigen Kreisen der Interessirten vielleicht Beifall finden, gewiß aber das Mißvergnügen anderer erregen würde. Würde sonach der Segen des vorgeschlagenen Zusatzes ein sehr zweifelhafter sein, so halte sich andererseits der Magistrat auch zu der Hoffnung berechtigt, daß die Lehrer mit dem zufrieden sein werden, was der Entwurf wie er vorliegt, ihnen zugetheilt.

Nachdem zur Unterstützung des Commissionsantrages Herr Schwarzenberg darauf hingewiesen hat, daß in dem ursprünglichen Entwurfe ein höherer Maximalgehalt in Aussicht gestellt war,

wird § 2 mit dem beantragten Zusatz genehmigt.

Mit §§ 3, 4 und 5 erklärt die Versammlung sich ohne weiteres einverstanden.

§ 6 vorbehält dem Magistrat die Befugniß, auf Antrag des Schulvorstandes

und nach Verwilligung der erforderlichen Geldmittel seitens der Stadtverordneten Lehrer von vornherein mit dem Gehaltsfakt einer höheren Klasse zu berufen, und bestimmt auf solchen Fall, daß die derart angestellten ebenfalls »je nach vier Jahren« im Gehalte weiter aufrücken sollen.

Letzteres stimmt, wie die Commissionen erinnern, nicht ganz mit den Vorschriften in § 2. Sie geben daher anheim, den Magistrat zu der entsprechenden redactionellen Aenderung zu ermächtigen,

für welche Herr Mühe die Form vorschlägt, daß anstatt der hervorgehobenen Worte gesetzt werde: »je nach den Bestimmungen des § 2«, womit die Versammlung bei Annahme von § 6 sich einverstanden erklärt.

§ 7 macht die Befugniß der Lehrer zur Uebernahme von Nebenämtern und Privatunterricht von der Genehmigung des Schuldirectors abhängig und bezeichnet als Regel, daß die erbetene Erlaubniß nicht ertheilt werden soll, wenn ein Lehrer sich übermäßig mit Privatstunden belastet und dadurch seine Wirksamkeit in der Schule beeinträchtigt.

Die Commissionen empfehlen, durch eine entsprechende Einschaltung auch den Fall vorzusehen, daß die bereits ertheilte Erlaubniß beschränkt oder zurückgezogen werden müßte.

Die Versammlung ist einverstanden und gelangt demnach § 7 mit der entsprechenden Modification zur Annahme.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung § 8.

§ 9 des Entwurfes lautet folgendermaßen:

»Jeder Lehrer ist verpflichtet, wöchentlich 26 Lehrstunden zu ertheilen, muß auch ohne weitere Vergütung über jene Stundenzahl hinaus für einen andern Lehrer eintreten, wenn derselbe durch Krankheit verhindert, er selbst aber frei ist.«

»Wenn indeß der Schuldirector bei den Visitationen der Schulklassen die Ueberzeugung gewinnt, daß die Schüler einer Klasse sämmtlich oder zum Theil, im Ganzen oder in einzelnen Unterrichtszweigen zurückbleiben, so daß dieselben innerhalb des Schuljahrs das Unterrichtsziel muthmaßlich nicht erreichen werden, so ist der Klassenlehrer verpflichtet, auf Anordnung des Schuldirectors der ganzen Klasse oder den zurückgebliebenen Schülern wöchentlich noch 2 bis 4 Unterrichtsstunden außer der Schulzeit zu ertheilen, ohne dafür eine besondere Vergütung beanspruchen zu können.«

In Anbetracht, daß dieser zweite Absatz möglicher Weise als eine Art von Strafbestimmung könnte aufgefaßt werden, beantragen die Commissionen, denselben zu streichen und zum Ersatz im ersten Theile des Paragraphen statt »26 Lehrstunden« zu setzen »bis zu 30 Lehrstunden«.

Herr Schwarzenberg unterstützt diesen Vorschlag, empfiehlt aber, damit der Umfang der eigentlichen Normalleistung nicht verwischt werde, »regelmäßig 26 und sofern es wünschenswerth erscheint bis zu 30 Lehrstunden« vorzusehen.

Herr Reck versichert, daß dem Schulvorstande bei Conception jener Alinea jede Absicht der angedeuteten Art fern gelegen und einzig und allein ein unabwiesliches Unterrichtsbedürfniß vorgeschwebt hat. Denn immer, auch unter normalen Verhältnissen, drängt sich die Erfahrung auf, daß eine Anzahl von Schülern ohne besondere Nachhilfe hinter den übrigen zurückbleibt; bei einer Ueberfüllung aber, wie solche zur Zeit

in unseren Schulen die Regel bildet, gestaltet sich dieses Mißverhältniß nothwendig noch ungünstiger, da vielfach, um nur Raum zu schaffen, auch unreife Schüler versetzt werden müssen, sodaß gegenwärtig fast in jeder Klasse dreierlei Dualität vertreten ist. Wohlhabende Eltern lassen unter diesen Umständen durch Privatunterricht nachhelfen; da solcher indeß nicht allen Kindern zu Gebote steht, hat man geglaubt, in vorgeschlagener Weise seitens der Schule selbst Rath schaffen zu müssen. Und diese Einrichtung ist durchaus nichts Neues. Vieler Orten — u. a. auch in Düsseldorf, wo der Anstoß dazu von dem Director Ostendorf ausgegangen ist — findet man in den Gymnasien Privatstunden angeordnet, welche besonders zu honoriren sind, deren Benutzung aber officiell anempfohlen wird: hier soll nun eben, wo es noththut, etwas Aehnliches obligatorisch und folgeweise unentgeltlich dargeboten werden. Da die Commissionen übrigens in der Sache selbst keinen Widerspruch erheben, die vorgeschlagene formelle Aenderung des Paragraphen der obwaltenden Absicht auch nichts in den Weg legt, erklärt Herr Reck sich damit einverstanden.

Herr Mühe, die veränderte Fassung des Paragraphen mit Freuden begrüßend, empfiehlt als Maximalleistung 28 Stunden anzusehen, indem er überzeugt ist, daß damit alles irgend Wünschenswerthe zu erreichen steht, 30 Stunden dagegen doch niemals zur Anwendung kommen werden: in den unteren Klassen nicht, weil dort soviel überhaupt nicht erforderlich, in den oberen nicht, weil deren Lehrer bei den Correcturen und Vorbereitungen, welche ihnen außerhalb der Schulzeit obliegen, für diese so hoch nicht wohl angespannt werden können.

Herr Overbürgermeister Caspari, obwohl er die Darlegung Herrn Recks lediglich bekräftigen kann, wünscht zur Vermeidung jedes Mißverständnisses jenen zweiten Absatz doch gestrichen sehen. Um dabei aber dessen Intentionen ohne Eintrag zu wahren, hält er die Anforderung »bis zu 30 Stunden« für erforderlich, zumal schon nach der neuen Schulorganisation für manche Unterrichtsgegenstände mehr Stunden als bisher angelegt werden sollen, die wöchentliche Schulzeit also überhaupt auszudehnen ist. Eine Ueberlastung der Lehrer wird daraus seines Erachtens nicht entstehen: angenommen auch, die amtlichen Nebenarbeiten derselben wären wirklich so umfangreich wie Herr Mühe es darstellt, so würde hierauf in den einzelnen Fällen immer doch Rücksicht zu nehmen sein, und keinesfalls jeder von ihnen nach jenem höchsten Maße herangezogen werden, welches Redner demzufolge für ebenso unbedenklich wie nothwendig hält.

Herr Mühe könnte sich hiermit einverstanden erklären, wenn er nicht den Satz möchte beibehalten wissen, kraft dessen eventuell jeder Lehrer auch über die Normalstundenzahl hinaus für andere eintreten soll, was Redner nur dann für möglich hält, wenn die höchste Anforderung nicht über 28 Stunden wöchentlich hinausgeht.

Während die Herren Solmiz und Reck dem entgegenhalten, ersterer daß anderwärts, z. B. in den thüringischen Staaten, 32 Stunden wöchentlich als Maximalleistung angenommen sind, letzterer daß die meisten Lehrer sich freiwillig, durch Uebernahme von Privatunterricht, eine noch weit größere Stundenzahl auferlegen,

empfiehlt Herr Schwarzenberg mit Rücksicht auf die Bedenken Herrn Mühe's nochmals sein Amendement,

welches Herrn Steinau hinwider deshalb unannehmbar erscheint, weil einer dergestalt auf Schrauben gestellten Anforderung gegenüber unter den Betheiligten leicht die Furcht vor ungleichmäßiger und willkürlicher Behandlung Platz greifen könnte. Den Commissionsantrag kann Herr Steinau nach den durch Herrn Reck dargelegten

Motiven nur als durchaus berechtigt ansehen. Wenn Herr M^ühe dagegen die Pflicht der Lehrer geltend mache, einander in Krankheitsfällen zu vertreten, so zeuge das von geringem Vertrauen zu den leitenden Stellen, welche dafür zu sorgen haben, daß der Einzelne nicht überbürdet werde. Bei einigermaßen kräftigem Selbstvertrauen der Lehrer könne bei diesen selber ein Bedenken gegen die Maximalleistung von 30 Stunden kaum entstehen; sei dann mit wenigeren auszukommen, so werde natürlich Niemand darauf bestehen, daß immer grade diese Zahl auch abgeleistet werde.

Ganz entschieden spricht sich gegen das Schwarzenberg'sche Amendement auch Herr Oberbürgermeister Caspari aus. Nachdem nämlich eine Berathung des Schuldirectors und der dirigirenden Lehrer zu dem Ergebniss geführt, daß die für gewisse Unterrichtsgegenstände angesetzte Stundenzahl zu erhöhen ist, und zu dem Ende, wenn nicht auch das Lehrpersonal vermehrt werden soll, jeder Lehrer 28 Stunden wöchentlich übernehmen muß, liegt die Besorgniß nahe, daß eine Fassung des Sazes wie Herr Schwarzenberg sie vorschlägt, alsbald die Handhabe zu allerlei Remunérationsansprüchen abgeben würde. Erklärt Herr M^ühe alles in allem 28 Stunden für ausreichend, so giebt der Herr Oberbürgermeister zu erwägen, ob mit solcher Fixirung angesichts des vorerwähnten Bedarfs dem Director und den dirigirenden Lehrern die Hände nicht doch allzu sehr würden gebunden sein. Alle Ansichten zu vereinbaren ist hier wie bei anderen Fragen eben ein Ding der Unmöglichkeit. Da aber dem Antrage, zu welchem beide Commissionen übereingekommen sind, nun auch der Magistrat beitrifft, werde die Versammlung kaum noch einen gerechten Anlaß finden, denselben abzuändern.

Nach diesen Erläuterungen zieht Herr Schwarzenberg sein Amendement zurück.

Herr Steinacker beantragt, in dem Saze: »Jeder Lehrer ist verpflichtet wöchentlich bis zu 30 Lehrstunden zu erteilen, muß aber ohne weitere Vergütung auch über jene Stundenzahl hinaus für einen andern Lehrer eintreten, wenn« ic. die hervorgehobenen vier Worte zu tilgen.

Mit dieser Modification wird unter Ablehnung des M^ühe'schen Amendements § 9 in der commissionsseitig beantragten Fassung genehmigt.

Unverändert nimmt die Versammlung §§ 10, 11, 12, 13, 14 und 15 des Entwurfes und damit das ganze Reglement an,

worauf sie schließlich auch sich einverstanden erklärt, daß die hiernach eingetretenen Gehaltsverwilligungen vom 1. Januar d. J. ab berechnet werden.

Nachträglich bringt Herr Heymann eine Divergenz zur Sprache, welche zum Vorschein kommen muß, so oft nach § 6 ein Lehrer von vornherein mit mehr als 1200 Mark angestellt wird. Einerseits nämlich dürfte ein solcher nach § 2 innerhalb seiner ersten neun Dienstjahre Gehaltszulagen von dreimal 300 Mark beanspruchen, während er andererseits doch, falls ihm etwa sogleich 2000 Mark zugebilligt würden, von diesem Saze, ebenfalls laut § 2, nach drei Jahren erst zu 2200, nach abermals drei Jahren zu 2350, dann nach vier Jahren zu 2500 Mark aufrücken könnte.

Herr Oberbürgermeister Caspari hegt dieserhalb keine Sorge, da bei Berufung eines Lehrers unter dergestalt abweichenden Bedingungen mit diesen eben auch die Modalitäten der Gehaltszunahme durch besondere Vereinbarung sich feststellen lassen.

Herr Lucius fragt an, ob ein ähnliches Reglement wie das soeben erledigte nicht auch für die entsprechenden Verhältnisse der höhern Töchter Schule in Aussicht genommen?

Herr Oberbürgermeister Caspari bejaht dies mit dem Bemerken, daß der Ent-

wurf eines solchen Reglements sofort soll berathen werden; nachdem Dr. Sommer als Director der höhern Töcherschule höchsten Orts wird bestätigt sein.

Auf die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob die Commission zur Betreibung der gewünschten Anschlußbahnen nunmehr etwa in der Lage sei, ihren Bericht zu erstatten?

ertheilt Herr Oberbürgermeister Caspari die Auskunft, daß die Commission auf künftigen Montag zusammenberufen ist, um den vorliegenden Bericht mit dem Magistrate nochmals durchzugehen. Da hiermit ihre Arbeiten zum Abschluß werden gebieten sein, ersucht Redner den Herrn Vorsitzenden, für diese Angelegenheit alsdann eine besondere Sitzung anzuberaumen.

Eventuell die Unterstützung der Versammlung in Anspruch nehmend, richtet Herr Krampe an den Magistrat das Ersuchen,

durch officielle Erhebungen feststellen zu lassen, in welcher Anzahl sich Töchter

a. activer, also von der Communalsteuer befreiter Officiere,

b. nicht in hiesiger Stadt domicilirter und sonach ebenfalls zu den Communallasten nicht beitragender Eltern

die städtische höhere Töcherschule besuchen.

Zur Motivirung weist Herr Krampe auf die notorische Thatsache hin, daß die Aufnahme neuer Schülerinnen bei gedachter Anstalt schon seit Jahren fort und fort auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt — Schwierigkeiten, welche zunächst voraussichtlich sich noch erheblich steigern müssen, da gutem Vernehmen nach Director Sommer streng darauf hält, daß in den einzelnen Klassen, welche bisher zum Theil bis zu 60 Schülerinnen fassen mußten, künftig nie mehr als 30 untergebracht werden. Diesem Uebelstande wird mit der Zeit ohne Zweifel abgeholfen werden; vorläufig aber drängt sich angesichts der Wahrnehmung, daß Kinder hiesiger Einwohner oft zwei- und dreimal zurückgewiesen sind, die Frage auf, ob Diejenigen, welche für den Bestand der Schule einstehen müssen, nicht einigermassen mehr Recht auf besondere Rücksichtnahme haben als die von den communalen Leistungen Eximirten. Ohne Zweifel ist es in manchem Betracht wünschenswerth, daß Auswärtige ihre Kinder hier in die Schulen schicken; falls sich aber herausstellen sollte, daß der Zudrang fremder Schüler und Schülerinnen den einheimischen hinderlich wäre, so müßte jedenfalls doch auf Mittel gedacht werden, dem ein Ende zu machen. Von dem Ausfall der gewünschten Erhebungen also wird es abhängen, ob Herr Krampe in der angedeuteten Richtung mit fernern Anträgen hervortritt, die er in eventum sich vorbehält.

Da nach Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari der Magistrat kein Bedenken tragen wird, dem Ersuchen Herrn Krampe's Folge zu geben, ist eine weitere Verhandlung über diesen Gegenstand zunächst nicht erforderlich.

Ferner bringt Herr Krampe, unterstützt von den Herren Bosse, Lucius, Pini, Reck und Schöttler, nachfolgenden Antrag ein:

In Anbetracht der von Herrn Reuter in voriger Sitzung zugestandenen Thatsache, daß das städtische Wasserwerk lediglich als ein Provisorium oder Interimisticum angesehen werden kann,

in Anbetracht ferner, daß laut der heutigen Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters dem Magistrate von der projectirten Harz-Wasserleitung überall nichts bekannt ist,

in Anbetracht endlich, daß hiernach die am 22. April von Herrn Reuter

in Aussicht gestellte Abhilfe der Beschwerden über die unzulänglichen Leistungen des Werkes offenbar noch in weitem Felde liegt:

wolle die Versammlung beschließen,

daß dem Directorium des städtischen Wasserwerkes aufgegeben werde, von jeder Erweiterung des Röhrennetzes abzusehen, auch neue Anträge auf Abgabe von Wasser so lange zurückzuweisen, bis die, wie Herr Reuter selbst zugestanden hat, vielfach mangelhafte Versorgung der gegenwärtigen Consumenten beseitigt und ein Leistungsüberschuß des Werkes nachgewiesen sein wird.

Herr Krampe glaubt sich keiner Unbilligkeit schuldig zu machen, wenn er das Wasserwerk in seiner dermaligen Beschaffenheit als einen Besitz von höchst zweifelhaftem Werthe bezeichnet. Denn um den gerechten Anforderungen der Privatconsumenten, insbesondere aber der öffentlichen Gesundheitspflege zu genügen, müßte es anerkannter Maßen Wasser in Ueberschuß liefern; wie weit aber seine Leistung hinter diesen Anforderungen zurückbleibt, zeigt die tägliche Erfahrung. Um so freudiger hatte Redner jene Mittheilungen Herrn Reuters begrüßt, nach denen das Project einer Harz-Wasserleitung seiner Verwirklichung erheblich näher gerückt wäre und damit das Ende aller Noth in nicht allzu ferner Zeit bevorstände. Nachdem nun aber diese Hoffnung durch den heutigen Ausspruch des Herrn Oberbürgermeisters abgeschnitten ist, drängt sich gebieterisch die Nothwendigkeit heran, den herrschenden Uebelständen mit anderen Mitteln entgegenzuwirken. Herr Krampe wünscht nicht zu Denen gezählt zu werden, welche die Verdienste Herrn Reuters bei jeder Gelegenheit zu verkleinern suchen; vielmehr zollt er dessen organisatorischem Talent aufrichtige Anerkennung, und namentlich ist er sich auch des Strebens bewußt, stets die Person streng von der Sache zu trennen. Eben rein sachlich aber bietet die Leitung des Wasserwerkes, wie ihm scheint, mehr Angriffspuncte dar als er wünschen möchte. Aus der Anlage neuer Zuleitungen wird nach dem diesjährigen Etat des Wasserwerks auf einen Gewinn von 5000 Rthlr. gerechnet; nimmt aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Privatconsum immer noch in solchem Maße zu, so muß es unfehlbar demnächst dahin kommen, daß Keiner mehr Wasser erhält, und dieser Eventualität mit klarem Bewußtsein entgegenzutreiben, widerstreitet unzweifelhaft doch den einfachsten Grundsätzen reeller Geschäftsführung. Wenn den Klagen dann, zu denen die ungenügende Wasserlieferung schon jetzt nur zu gegründeten Anlaß giebt, einfach der ominöse § 7 des Reglements entgegengehalten wird, so heißt das nichts anderes als für das Wasserwerk die Befugniß in Anspruch nehmen, die Rechte seiner Abnehmer constant und wissentlich zu schmälern. Das aber ist doch keinesfalls der Sinn jenes Paragraphen, welcher sich unzweifelhaft vielmehr lediglich gegen gewohnheitsmäßige Querulanten richtet, und vollends unverträglich ist solche Anwendung desselben mit den Ansprüchen, welche man mit Recht zumal an eine communale Geschäftsführung stellen darf. Denn wenn es schon einem privaten Geschäftsmanne verdacht wird, wenn er versprochenen Leistungen nicht in vollem Maße nachkommt und dies gar noch mit Hilfe künstlicher Ausdeutungen zu rechtfertigen versucht, so hat eine Behörde doppelten Grund, sich vor solcher Gebahrung zu hüten. All diesen Unzuträglichkeiten zu entgehen, giebt es nach Ansicht Herrn Krampe's und seiner Mitantragsteller, wie die Dinge zur Zeit einmal liegen, keinen andern Weg als den in ihrem Antrag gewiesenen.

Derselbe wird der Statutencommission überwiesen,

und damit die Sitzung geschlossen.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 148. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Mai 1875.

Öffentlich:

Gutachten und Antrag, die Anlage einer Bahn von Hildesheim über Braunschweig nach
Debitzfelde.

Änderung des Statuts über das Feuerlöschwesen.

Verwilligungen zu Behuf der Feuerwache im Steigerhause und der Thurmwache zu St. Andreas.
Erhöhung des Gehaltes der Schulküsterin in der höhern Töcherschule.

Änderungen der Statute die Herstellung und Erhaltung der Wege vor den Thoren und
die Verwaltung der Weichbildsgemeinden und Feldmarksinteressenschaften betreffend.

Entschuldigt die Herren Bock, Jasper, Kunzen, Schöttler. Am Magistratsrathlichen Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Haake, Ramdohr, Rittmeyer.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Anzeige, daß das Schreiben der Altenwiker Verwaltungsdeputation, die Ueberlassung des Marktplatzes bei St. Leonhard an die Stadt betreffend, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden muß, weil die Vorberathungen der Commission noch zu keinem Abschluß gekommen sind.

Demnach nimmt die Versammlung

I. den Bericht der am 17. September v. J. eingesetzten Commission zur Betreibung des Baues einer directen Eisenbahn von Hildesheim über Braunschweig zur Verbindung mit der Linie Berlin-Lehrte entgegen.

Herr Reuter als Referent ergänzt die früheren Mittheilungen über den Stand dieser Angelegenheit dahin, daß das von Herrn Geh.-Rath Zimmermann in Aussicht gestellte Gutachten des Herzoglichen Eisenbahncommissariats im Februar d. J. dem Magistratsrath zugegangen und hierauf von letzterem in Gemeinschaft mit der Commission vielfachen Berathungen unterzogen ist, deren Ergebnisse der Magistrat in einem von Herrn Stadtrath Rittmeyer abgefaßten Schreiben bei Herzoglichem Staatsministerium vorzutragen beabsichtigt. Mit dem Inhalte dieses Schreibens sind sämtliche Mit-

glieder der Commission in jeder Hinsicht einverstanden. Denn wenn Herr Kunze auch, im Hinblick auf die bekannte Finanzlage der Eisenbahngesellschaft an dem gewünschten Erfolge zweifelt, so hat dies ihn doch nicht abgehalten, die Sachlage so wie der Magistrat sie auffaßt, als durchaus begründet, die darauf gestützten Anträge als vollberechtigt anzuerkennen. Unter diesen Umständen kann die Commission nur anheimgeben, daß die Versammlung den Magistrat ermächtige, gedachte Vorstellung zugleich in ihrem Namen ergehen zu lassen.

Das Schreiben des Magistrats, welches Herr Stadtrath Rittmeyer zur Verlesung bringt, geht von der Thatfache aus, daß die Stadt Braunschweig aus der überaus günstigen Situation, welche sie durch eine längere Reihe von Jahren im deutschen Eisenbahnneze einnahm, hinweggedrängt ist, von dem durchgehenden Personen- und Güterverkehr mehr und mehr umgangen wird. Als Mittel, wenn nicht zur Abhilfe so doch zur Milderung dieses für den Handel und Verkehr des Herzogthums wie der Stadt höchst empfindlichen Uebelstandes werden sodann zwei Projecte in Betracht gezogen, welche beide darauf abzielen, die wichtigsten Eisenbahnverkehrsstraßen von Westen nach Osten und von Süden nach Norden wiederum über unsere Stadt zu lenken. Das eine nimmt eine Verbindungsbahn von Braunschweig nach Gifhorn, das andere eine solche von Hildesheim über Braunschweig nach Debsfelde in Aussicht. Da voraussichtlich indeß beide zugleich nicht werden ins Leben zu rufen sein, und demnach entweder auf jene oder auf diese verzichtet werden muß, wird letzterer entschieden der Vorzug gegeben.

Es spricht dafür zunächst die allgemeine Erwägung, daß die Handelsbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden Europas ungleich geringer sind als die der östlichen Länder zu den hochproductiven westlichen, und daß demnach auch der inländische Verkehr in dieser Richtung den in jener weit überwiegt. Dazu kommt dann aber noch, daß eine Bahn von hier nach Gifhorn auch jenen schwächern Verkehr schwerlich in dem gewünschten Maße über Braunschweig hereinziehen vermöchte. Vor allem nämlich würde sie zu dem Ende auf Uelzen fortgeführt werden müssen, hierauf aber scheint — entgegen allerdings den Ansichten Herzoglichen Eisenbahncommissariats — deswegen wenig Hoffnung zu sein, weil eine Linie von Hamburg über Uelzen, Gifhorn und Braunschweig nach dem Süden den Harz auf Umwegen umgehen müßte, mit den theils schon vorhandenen, theils in nächster Zeit zur Ausführung kommenden, in fast grader Richtung nach dem Süden und Südosten führenden Linien Harburg-Walsrode-Hannover-Kreiensen-Kassel und Harburg-Uelzen-Debsfelde-Magdeburg also nicht würde concurriren können. Unter diesen Umständen wäre einer Bahn von hier nach Gifhorn nur der untergeordnete Werth einer Localbahn beizumessen. Denn daß ein Anschluß an die Berlin-Lehrter Bahn an dieser Stelle zur Vermittelung des Verkehrs zwischen dem Westen und dem Osten nicht geeignet ist, wird auch von Herzoglichem Eisenbahncommissariat zugestanden, und ebenso wenig wäre davon etwa eine höhere Nugharmachung der Torfindustrie Gifhorns für hiesige Stadt zu erwarten, da ein so geringhaltiges und so billiges Brennmaterial wie der Torf die Kosten des Transportes p. Achse aus den Mooren nach dem Bahnhofe Gifhorn, auf der Eisenbahn von dort hierher und wieder p. Achse von dem hiesigen Bahnhof in die Stadt nicht verträgt, die Torfzufuhr also auch nach Erbauung jener Bahnstrecke in hergebrachter Weise beschafft werden müßte. Wenn zu Gunsten jener Anlage Herzogliches Eisenbahncommissariat ferner anführt, daß sie zugleich die Herstellung

einer Haltestelle an der Nord- oder Nordostseite der Stadt erleichtern würde, wie solche allerdings längst gewünscht wird, so ist dagegen einzuwenden, daß dieser Vortheil ebenso leicht mit einer Bahnanlage nach Debitfelde zu erlangen sein dürfte. Gleich schwach fällt die Behauptung ins Gewicht, Gifhorn würde »wahrscheinlich« Knotenpunct für eine Eisenbahn von Bremen über Celle nach Magdeburg werden. Was aber vor allem der Linie Braunschweig-Gifhorn entgegensteht ist dies. In dem zwischen den Regierungen Braunschweig und Preußen am 23. August 1870 abgeschlossenen Staatsvertrage ist eine Verbindungsbahn zwischen der Stadt Braunschweig und der Linie Berlin-Lehrte dergestalt verabredet, daß der Anschluß auf der Strecke zwischen Debitfelde und Fallerleben erfolgen soll. Statt dieser in nordöstlicher Richtung projectirten Bahn jene rein nördlich führende nach Gifhorn genehmigt zu sehen, ist nach den eigenen Ausführungen Herzoglichen Eisenbahncommissariats wenig Aussicht, ja nach Lage der Sache kann Herzogliches Staatsministerium ohne vorgängige Genehmigung der Landesversammlung bei der Preussischen Regierung nicht einmal einen dahin zielenden Antrag stellen.

Kann sonach die Linie Braunschweig-Gifhorn weder für zweckmäßig noch auch für ausführbar gelten, so scheint im Gegentheil die Linie Debitfelde-Braunschweig Hildesheim nach jeder Seite hin die allerbesten Aussichten zu bieten.

Demnächst über Hameln verlängert, würde sie mit der Luftlinie zwischen Berlin und Dortmund fast zusammenfallen und unfehlbar einen nicht unerheblichen Theil des Verkehrs der industriereichsten Gegenden Westfalens mit dem Osten Deutschlands an sich ziehen, somit aber auch Braunschweig als größte, verkehrreichste und zwischen Berlin und Dortmund fast genau mitteninne belegene Stadt dem Handel und Verkehr unzweifelhaft wieder in erhöhtem Maße zugänglich machen. Wenn Herzogliches Eisenbahncommissariat den Bau einer Bahn von Hameln auf Dortmund wegen der entgegenstehenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten für aufgegeben erklärt, so erledigt sich dieser Einwand durch die Thatsache, daß die deutsche Eisenbahn-Baugesellschaft in Berlin die Concession zu jener Anlage bereits erworben und die Ausführung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage zwar hinausgesetzt, keineswegs aber definitiv aufgegeben hat, wie schon die sorgfältigen Vorarbeiten beweisen, welche sie anstellen läßt, um für die Beurtheilung der Baukosten wie für den Bau selbst eine sichere Grundlage zu gewinnen. Aber gesetzt auch, das Project bliebe unausgeführt: daß die Linie Debitfelde-Braunschweig-Hildesheim für unsere Stadt auch dann immer noch von hoher Bedeutung sein würde, dafür liefern den schlagendsten Beweis eben jene Verträge zwischen Herzoglicher Landesregierung und der Krone Preußen, welche die Herstellung grade dieser Bahn ohne Rücksicht auf die Linie Hameln-Dortmund im Auge haben. Der Einwand Herzoglichen Eisenbahncommissariats: dem wohlverstandenen Interesse der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft entspreche es nicht, die von Osten her nach Debitfelde geschafften Transporte hier an eine andere Linie abzugeben, weil dieselben, auf Lehrte weitergeführt, eine längere Strecke auf der eigenen Bahn der Gesellschaft bleiben würden — dieser Einwand kann als begründet nicht anerkannt werden. Büßt allerdings nämlich die Gesellschaft auf der Strecke von Debitfelde über Braunschweig bis zur Landesgränze einige Meilen am Transporte ein, so kann sie dafür die so geführten Personen und Güter, statt selbige, wie in Lehrte, an die hannoversche Staatsbahn abgeben zu müssen, hier schließ-

lich auf 15 Meilen der Altenbeker Bahn zuwenden, an deren Rentabilität sie durch zahlreiche Actienantheile und die übernommene Zinsgarantie lebhaft interessirt ist.

Eins nur könnte das Vertrauen auf die Lebensfähigkeit und den Werth der Linie Debisfelde-Braunschweig-Hildesheim erschüttern: das von Herzoglichem Eisenbahncommissariate empfohlene Vorhaben, die Verbindung zwischen Braunschweig und Debisfelde unter Benützung der schon vorhandenen Strecke Braunschweig-Schandelah herzustellen. Denn als Concurrenzbahn hat die Linie Hildesheim-Braunschweig-Debisfelde nur dann Sinn und Bedeutung, wenn sie den kürzesten Weg nimmt. Während nun aber eine directe Verbindungsbahn zwischen Braunschweig und Debisfelde von hier ab sogleich nordöstlich zu ziehen wäre, läuft die Bahn bis Schandelah 14 Kilometer in rein östlicher Richtung und müßte sie von dort sich nord-nord-östlich wenden, was einen Umweg von 7,3 Kilometer, also fast einer Meile, bedeuten würde. Ferner müßte sie zunächst 11 Kilometer durch den Lehrer Wald ziehen, sodann aber, um Glentorf, Heiligendorf, Hattorf, Heligen und Belpke zu berühren, erheblich von der Luftlinie abweichen. Direct hingegen von hier nach Debisfelde geführt, würde die Bahn dicht an zwölf wohlhabenden und verhältnißmäßig stark bevölkerten Ortschaften vorüberführen, zur Herstellung zweckmäßiger Haltestellen also fast gar keine Abweichung von der Luftlinie erforderlich sein. Hieron aber ganz abgesehen, stehen der Benützung der Strecke Braunschweig-Schandelah auch die Bestimmungen jenes Staatsvertrages zwischen Braunschweig und Preußen und § 18 des Eisenbahnverkaufcontractes entgegen. Wenn dort nämlich die Herstellung einer Verbindungsbahn von hiesiger Stadt zur Berlin-Lehrter Bahn vorgesehen wird, so kann dabei dem Wortlaut wie dem Sinne nach — was bei Besprechung einer Bahn nach Fallersleben auch von Herzoglichem Eisenbahncommissariat eingeräumt wird — eben nur an die kürzeste Linie gedacht sein: würde andernfalls doch, da die Linie Braunschweig-Schandelah bereits vorhanden war, die Strecke Schandelah-Debisfelde unfehlbar ausdrücklich namhaft gemacht, nicht aber zur Einmündung ein noch unbestimmter Punkt auf der Strecke zwischen Fallersleben und Debisfelde ins Auge gefaßt sein.

Ein nicht minder großes Gewicht legt das Schreiben darauf, daß die Bahn von Hildesheim nach Braunschweig mit der von hier nach Debisfelde auf dem thunlich kürzesten Wege in Verbindung gesetzt werde. Ist nun auch aus jenem Staatsvertrage kein Einwand gegen den Anschluß ersterer bei Gleidingen abzuleiten, so würde doch eine Benützung der Strecke von dort ab südlich um die Stadt herum bis zu einem Punkte im Norden oder Nordosten derselben wiederum einen erheblichen Umweg bedingen, während eine Bahn von Hildesheim über Kl. Lafferde, Denkorf und Lehn-dorf auf Quernum, eventuell selbst eine solche von Gr. Gleidingen über Zimmerlahe, namhaft kürzer wäre. Einerlei aber, für welche dieser Linien die Eisenbahngesellschaft sich entscheidet: jedenfalls wird sich die Herrichtung eines Bahnhofes im Norden oder Nordosten der Stadt als sehr wünschenswerth, ja fast als unerläßlich herausstellen. Nicht sowohl, wie Herzogliches Eisenbahncommissariat voraussetzt, weil in Folge davon die Grundstücke in dieser Gegend des Stadtgebiets im Werthe steigen würden — worauf dießseits bei Beurtheilung der Frage keinerlei Rücksicht genommen ist — als weil dadurch einerseits für die dort belegenen gewerblichen und Handels-Etablissements eine wesentliche Erleichterung, andererseits eine hochnothige Entlastung des jetzigen Bahnhofes erzielt werden würde. Denn mag die Centralisation der Verwaltung, der Locomotiv- und Wagenschuppen, der Werkstätten u. s. w. für die Eisenbahngesellschaft

ihre Vortheile haben: das handel- und gewerbetreibende Publicum hat darunter unzweifelhaft zu leiden. Wenn aber mit Rücksicht hierauf anderwärts, wo größere Centralbahnhöfe erst geschaffen sind, die Anlage von Nebenbahnhöfen und Haltestellen für die entlegeneren Stadttheile sich hinterher als Nothwendigkeit herausgestellt hat, so erscheint dergleichen für unsere Stadt um so dringlicher, als diese an Ausdehnung unverhältnißmäßig zugenommen hat, der gegenwärtige Bahnhof aber theils wegen seiner Eigenschaft als Kopfstation, theils wegen seiner eingeengten, jede Möglichkeit einer Vergrößerung ausschließenden Lage notorisch durchaus unzulänglich ist: That- sachen, welche Herr Oberbaurath Scheffler in seiner Brochüre vom 29. October 1869 klar ausgesprochen und die Eisenbahngesellschaft durch die bereits unternommenen Vor- arbeiten zum Bau eines zweiten Bahnhofes selber anerkannt hat. Muß sonach aber das Princip der Centralisation doch aufgegeben werden, und kann es sich also nur noch darum handeln, wie jenes Vorhaben der Eisenbahngesellschaft sich mit den Wün- schen hiesiger Stadt möglichst in Einklang bringen läßt, so scheint dies ohne über- große Schwierigkeiten eben dadurch zu erreichen, daß statt des projectirten Bahnhofes bei St. Leonhard eine Haltestelle im Norden oder Nordosten der Stadt angelegt wird.

Ein Bahnhof bei St. Leonhard entspricht ebenso wenig den Interessen der Stadt- gemeinde wie denen des Publicums. Während der jetzige Bahnhof vom Centrum der Stadt nur 1200 M. entfernt ist, läge jener 2800 M. ab. Für c. 56000 der hiesigen Einwohner würde ersterer näher liegen, etwa 6000 könnten beide mit gleicher Bequemlich- keit benutzen, nur für etwa 3000 würde der bei St. Leonhard besser belegen sein. Ferner würde letzterer die Stadtgemeinde in die Nothwendigkeit versetzen, einen sehr schwer durchzuführenden und äußerst kostspieligen Zugang über die Promenade am Monumentsplaze nach der Auguststraße zu schaffen, einen nicht minder kostspieligen Brückenbau in der Nähe des Windmühlenberges zu unternehmen und jenseits der Oker eine neue Chaussee zu erbauen; die Abwässer vom Bahnhofe und von den in der Umgebung entstehenden gewerblichen Etablissements würden nur in den äußern Umslutgraben zwischen August- und Steinthor zu leiten sein, dadurch aber zum aller- größten Nachtheil für die öffentlichen Gesundheitszustände die Verunreinigung dieses Grabens bedeutend zunehmen. Dagegen würde eine Haltestelle im Norden oder Nordosten der Stadt für die Hälfte der Einwohner und für alle in den nördlichen und östlichen Stadttheilen belegenen gewerblichen Etablissements leichter zu erreichen sein als der alte Bahnhof; drei schon vorhandene Brücken: an der neuen Promenade, am Wenden- und am Fallersleberthore, directe Zugänge zur Stadt mittelst der Wen- den- und der Fallersleberstraße, gute Chausseen und Communalwege vor jenen Thoren würden die Stadt jeder größern Aufwendung überheben; die erforderlichen Abzugs- canäle könnten verhältnißmäßig leicht in die Oker unterhalb der Stadt geleitet werden. Würde endlich diese Haltestelle durch eine ebenfalls von Herrn Baurath Scheffler empfohlene und auch bei Ausführung einer Bahn von hier auf Gifhorn unerläßliche Ringbahn mit dem jetzigen Bahnhofe in Verbindung gesetzt, so wäre zu gleicher Zeit dessen Entlastung bewirkt und den diesseitigen Wünschen bestens entsprochen.

Schließlich hebt das Schreiben noch einige allgemeinere Gesichtspuncte hervor. In Betreff des Projectes Debitfeld-Braunschweig-Hildesheim gehen die Inter- essen der Herzoglichen Landesregierung und der Eisenbahngesellschaft offenbar wesent- lich auseinander. Letztere, oder richtiger deren Actionäre, die Potsdam-Magdeburger und die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft, unter dem Drucke ihrer augenblick-

lichen Finanzlage und in Besorgniß vor der Beeinträchtigung, welche ihnen aus jener Linie erwachsen kann, gehen an deren Bau nur mit Widerstreben; für den Fall aber, daß sie sich ihrer Verpflichtung nicht entziehen können, sind sie nicht vorwiegend darauf bedacht, diese Linie auf dem kürzesten Wege zur Ausführung zu bringen und somit möglichst concurrenzfähig zu machen. Herzogliche Landesregierung dagegen hat in Erwägung aller vorhin dargestellten Verhältnisse nicht nur an der Herstellung der Bahn selbst, sondern auch an der Wahl der kürzesten Linie ein unverkennbares Interesse. Daß die Eisenbahngesellschaft durch die Ertraglosigkeit dieser Strecke in die Nothlage versetzt werden könnte, Herzoglicher Landesregierung die vertragsmäßigen Annuitäten nicht abzutragen, ist wenig wahrscheinlich, weil die neue Linie, rationell gebaut, die Zinsen des Anlagecapitals sehr wohl aufbringen, die Gesellschaft aber in ihrem eigenen Interesse stets alle Mittel aufbieten wird, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Und auch auf jenen schlimmsten Fall würde es für Herzogliche Landesregierung von höchster Bedeutung sein, daß die neue Bahn so zur Ausführung kommt, wie es die richtige Erwägung aller Verhältnisse erheischt, da bei einer Sequestration und vollends bei einem Rückfall der braunschweigischen Bahnen jeder Fehler in ihrer Anlage ein Nachtheil für das Land sein würde.

Nach dem allen erscheint die Bitte gerechtfertigt,

Herzogliche Landesregierung wolle die Eisenbahngesellschaft zu baldigster Ausführung der Linie Debissfelde-Braunschweig-Hildesheim, und zwar in Gemäßheit der eingegangenen Verträge zur Ausführung auf kürzester Strecke, anhalten, falls dazu aber die hiesige Eisenbahngesellschaft innerhalb der vertragsmäßigen Frist sich nicht entschließen sollte, einer andern Gesellschaft zum Bau und Betriebe gedachter Bahn Concession ertheilen.

Hierüber sofort in eine Debatte einzutreten, hält bei dem Umfange der vernommenen Darlegung und bei der verwickelten Natur des Gegenstandes Herr Graf Görz-Wrisberg für eine Unmöglichkeit. Falls gleichwohl dazu schon heut geschritten würde, müßte er seinemtheils von vornherein auf jedes Wort verzichten.

Herr Lucius erachtet die Versammlung auch ohne Debatte zur Beschlußnahme befähigt, da die Angelegenheit in der Presse, in öffentlichen Versammlungen und in Privatreisen satfam erörtert sei. Dem vorliegenden Antrage freilich vermag Redner nicht zuzustimmen: wenngleich den bezüglichen Artikeln durchaus fremd, theilt er in jedem Betracht doch den vor einiger Zeit durch die »Br. Morgenzeitung« vertretenen Standpunkt.

Herr Steinau bekennt sich darin vollkommen mit der Commission einverstanden, daß eine Bahn von Braunschweig nach Gifhorn ohne directe Fortsetzung auf Hamburg und Bremen ein Unding wäre, und daß dadurch auch die Torfzufuhr von Gifhorn sich im mindesten nicht vergrößern würde. Einen Widerspruch aber muß er der Auffassung entgegensetzen, als sei für Braunschweig die Verbindung mit dem Norden und dem Süden überhaupt von geringerer Bedeutung als die nach Westen und Osten. Denn allerdings geht in Deutschland unter gewöhnlichen Verhältnissen von Osten nach Westen der Zug des größten Productionsartikels, des Getreides; allein ein großer Theil der östlichen Producenten führt selbiges wohlfeiler zur See über die hannoverschen und holländischen Häfen als ausschließlich per Bahn aus, wie denn der Bezug von dorthier sehr häufig selbst für unsere Gegenden billiger ist als der directe. Würden

sonach aber für den Kornhandel unserer Stadt ostwärts nur etwa die bis Berlin oder höchstens bis Stettin belegenen Plätze eine Bedeutung gewinnen, so käme von Westen her nur der vergleichsweise unerhebliche Transit von Kohlen und Manufacturwaaren in Betracht. Ganz anders die Aussichten, wenn über Braunschweig eine directe Verkehrslinie zwischen dem Norden und dem Süden hergestellt würde. Wie von jeher, so hat Braunschweig noch heutiges Tages einen natürlichen Beruf, die Verbindung der drei Hansastädte mit dem Süden zu vermitteln; Colonialwaaren, Baumwolle, Petroleum, russische, englische, französische, italienische Bodenerzeugnisse und Manufacturen würden die Gegenstände eines lebhaften Zwischenhandels abgeben, während zugleich unsere eigenen Producte: Getreide, Zucker und Spiritus, vorzugsweise ebenfalls auf den Absatz nach Süden und Norden angewiesen sind. Dazu ferner der Umstand, daß Braunschweig nach Osten über Dirschleben, Helmstedt, Wienenburg, nach Westen über Hannover und Holzminden bereits gute Verbindungen hat, nach Norden dagegen nur eine einzige, und diese auf dem Umwege über Lehrte: ein Mangel, welcher über kurz oder lang gebieterisch Abhilfe fordern wird. Bei alledem kann Herr Stein au nicht umhin, anzuerkennen, daß man sich für den Augenblick mit der Bahn nach Debisfelde wird begnügen müssen, und daß ein Widerspruch dagegen nur auf die Gefahr hin erhoben werden könnte, schließlich gar nichts zu erlangen. Unter diesen Umständen, und da jede neue Bahn immerhin doch gewisse, wenn auch geringfügige Vortheile für die Stadt hereinführen wird, ist Redner entschlossen, für den Commissionsantrag zu stimmen, wenschon er sich nicht verhehlen kann, daß das Project ein gutes Geschäft für die Unternehmer nicht in Aussicht stellt. Mit Rücksicht übrigens auf diejenigen Herren, welche die Vorlage erst noch in weitere Ueberlegung ziehen möchten, schließt er sich zunächst dem Wunsche an, daß die Beschlussfassung vertagt und inzwischen das Magistratschreiben in autographirten Abdrücken an die Mitglieder der Versammlung vertheilt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß Herzogliches Staatsministerium den Magistrat schon zu wiederholten Malen an die Erledigung des geforderten Gutachtens gemahnt hat: falls also die Versammlung sich für einen weiteren Aufschub entscheiden sollte, würde der Magistrat den Bericht seinerseits allein abgehen lassen und der Versammlung anheimstellen müssen, ihre Meinung hinterher in einer besondern Eingabe vorzutragen. Nöthig aber erscheint solcher Aufschub in der That nicht. Zwischen Magistrat und Commission herrscht hinsichtlich der vorliegenden Frage völliges Einverständnis; die gestellten Forderungen gehen wesentlich nur auf Erfüllung einer von Seiten der Eisenbahngesellschaft vertragsmäßig übernommenen Pflicht; daß möglicher Weise aber die geforderten Bahnanlagen unrentabel sind, darf den städtischen Behörden füglich gleichgültig sein, und auch Herzogliches Staatsministerium wird darauf kaum Rücksicht nehmen können, nachdem es der Landesversammlung gegenüber zu Gunsten des Verkaufs der Eisenbahnen mit besonderm Nachdruck geltend gemacht hat, daß man, sobald erst an deren Erträge die Staatsfinanzen nicht mehr unmittelbar theilhaftig wären, völlig freie Hand haben würde, auf Herstellung derjenigen Anschlüsse zu bestehen, welche den wirthschaftlichen Interessen des Landes am besten entsprechen. Diesem Anspruch hat sich die Eisenbahngesellschaft zum größten Theil der Stadt und des Landes nur zu lange schon entzogen: in zwei Monaten wird die in § 2 des Eisenbahnkaufvertrages ausbedungene Frist verstrichen sein, ohne daß auch nur festgestellt wäre, was geschehen soll; und diese Verzögerung droht um so

verhängnißvoller zu werden, als die Anlagecapitalien, welche sich vor zwei Jahren noch im Ueberflusse dargeboten hätten, unter den jetzigen Zeitverhältnissen vielleicht gar nicht oder doch nur mit großen Schwierigkeiten zu beschaffen sind. Unter keiner Bedingung darf die Angelegenheit so noch weiter verschleppt werden. Um hiefür seinerseits keinen Vorwand zu bieten, hält der Magistrat den unverzüglichen Abgang seines Berichts für dringend geboten, und ersucht demnach Herr Oberbürgermeister Caspari auch die Versammlung, noch heute ebenfalls ihren Beschluß zu fassen.

Nachdem hierauf die Vertagung der Debatte abgelehnt ist, spricht Herr Reuter den Wunsch aus, daß die dem Magistratsantrage entgegenstehende Meinung thunlichst begründet und somit deren Discussion ermöglicht werde. Auf die Ausführungen der »Morgenzeitung«, die der Eisenbahngesellschaft bekanntlich ziemlich nahe stehe, legt Redner in diesem Falle keinen Werth; daß sich ihnen Herr Lucius anschließt, überrascht ihn um so mehr, als selbiger vor zwei Jahren ohne Bedenken eine Petition des Bürgervereins vertreten hat, welche mit dem vorliegenden Gutachten des Magistrats wesentlich übereinstimmte. Einen sachlichen Grund für diese Sinnesänderung bekennet Herr Reuter nicht ausfinden zu können, da das Project einer Bahn von hier nach Gifhorn, zumal ehe feststeht, wie demnächst die Verbindung zwischen Magdeburg und Wilhelmshaven wird herzustellen sein, völlig aussichtslos und somit in keiner Weise dazu angethan scheint, den Verzicht auf einen Anspruch zu rechtfertigen, welcher unzweifelhaft viel günstigere Aussichten bietet, verträglich gesichert ist, und wie für den Redner selbst, so noch für viele andere Landtagsabgeordnete eine der Hauptbedingungen war, unter denen sie dem Eisenbahnverkaufe zugestimmt haben.

Herr Lucius verwahrt sich gegen die angedeutete Voraussetzung, als liege seinem Widerspruche gegen den Magistratsantrag irgend welches persönliche Motiv zu Grunde. Vergleichen so unverhohlen, wie Herr Reuter es gethan, dem Verfasser jener Artikel der »Morgenzeitung« zuzuschreiben, hält Redner mindestens für eine Unvorsichtigkeit, da es bei dieser Wendung der Polemik ein Leichtes sein dürfte, ähnliche Unterstellungen von gleicher Wahrscheinlichkeit auf Kosten Herrn Reuters vorzubringen. Die angezogene Petition des Bürgervereins faßte eine Bahn über Gifhorn auf Uelzen, eine directe Verbindung also mit Hamburg ins Auge, und auf diese legt Herr Lucius übereinstimmend mit Herrn Steinau noch heute den größten Werth. Eine Bahn von Deßisfelde nach Hildesheim dagegen wird anerkannter Maßen eine Bedeutung für Braunschweig erst dann gewinnen, wenn sie auf Dortmund verlängert ist. Wie wenig Aussicht aber hierauf ist, erhellt schon aus der Thatsache, daß die betreffende Gesellschaft im Hinblick auf die entgegenstehenden Schwierigkeiten vorgezogen hat, ihre für die Ausführung dieses Projectes bestellte Caution im Betrage von 600,000 Rthlr. verfallen zu lassen. Eine eingehendere Motivirung seiner Ansicht glaubt Herr Lucius unter den obwaltenden Umständen ablehnen zu müssen.

Herr Reuter. Die Schwierigkeiten dieser Bahnanlage sind nicht unsere Sache. Thatsache aber ist, daß die Vorarbeiten dazu gemacht sind, der Bau selbst nur noch durch die herrschende Geldkrisis hintangehalten wird, und das Project sich in allen officiellen Eisenbahnkarten als gesichert aufgeführt findet, wogegen von der Linie Gifhorn-Uelzen noch nicht das mindeste verlautet und deren Ausführung in der That auch höchst unwahrscheinlich ist. Denn der große Verkehr mit den Seestädten würde von ihr durch andere schon vorhandene oder doch gesicherte Bahnen über Lehrte und Magde-

burg abgelenkt werden, da unsere anschließende Südbahn in Harzburg ihren Endpunkt findet und eine Verlängerung derselben quere durch den Harz bei den Schwierigkeiten der Anlage und des Betriebes niemals concurrenzfähig werden könnte. Sonach käme nur noch zur Frage, ob etwa das Landesinteresse eine Bahn zwischen Gifhorn und Uelzen hervorrufen werde; auch dies aber muß mehr als zweifelhaft erscheinen, zumal die pecuniären Schwierigkeiten bei dieser Anlage natürlich genau dieselben sein würden wie bei jeder andern. Höchst zweifelhaft daher auch, ob es der Eisenbahngesellschaft mit der Strecke von hier nach Gifhorn wirklich Ernst ist; die Art und Weise, wie selbige diesen Vorschlag erst in allerlester Stunde aufgestellt hat, macht durchaus den Eindruck, als komme es ihr lediglich darauf an, durch neue Verhandlungen Zeit zu gewinnen, die für die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gefetzte Frist ins Ungewisse zu verlängern. Ist dem gegenüber das einzige Richtige, streng auf dem durch die bestehenden Verträge gegebenen Standpunkte zu beharren und den Erfolg abzuwarten, so kommt noch hinzu, daß für Braunschweig neue Anknüpfungen nach Osten und Westen unzweifelhaft vorwiegendes Bedürfnis sind, seine Verbindung mit Hamburg auch jetzt schon nicht ganz ungünstig ist, da der Umweg über Lehrte auf die Güterfracht vertragsmäßig nicht in Anrechnung gebracht wird. Daß die Erwägungen, nach denen sich Herr Reuter entscheidet. Eine Aussicht auf irgend welche persönlichen Vortheile wirkt dabei in keiner Weise mit: Land namentlich besitz Redner in der bei Anlage eines Nordbahnhofes in Betracht kommenden Gegend nicht eine Rütche, wie überhaupt denn zur Agitation für die Bahn nach Debsfelde nicht etwa eine Speculation von Grundbesitzern sondern lediglich die Wahrnehmung den Anstoß gegeben hat, daß in den nördlichen Theilen unserer Stadt Handel und Wandel stetig abnimmt.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist darauf hin, daß von all den mit Preußen vereinbarten neuen Bahnen nur diejenige noch nicht zur Ausführung gelangt ist, welche für uns die wichtigste: die Bahn nach Hildesheim. Die Eisenbahngesellschaft hat die Concession dafür erworben, von dem was weiter geschehen soll, ist nicht einmal die Rede. Bisher also sieht Braunschweig noch keinen der Vortheile eingetroffen, die jener Staatsvertrag ihm sichern sollte. Dringt man nun auf Erfüllung, so heißt es: die Linie ist nicht zweckmäßig; wonach denn die Unterhandlung wieder von vorn anfangen kann. Die Wahrheit ist, daß die Gesellschaft zu neuen Bahnanlagen überhaupt wenig Neigung hat: läge die Bahn nach Gifhorn wirklich in ihrer Absicht, so hätte sie diesen Plan schon vor drei Jahren zur Sprache bringen können. Diesen Widerwillen gilt es zu überwinden; dazu aber giebt es eben kein anderes Mittel, als sich streng an die bestehenden Verträge zu halten.

Herr Pini berichtigt die Meinung, als sei für die Bahnanlage nach Hildesheim noch nichts geschehen: dieselbe ist vielmehr sehr energisch in Angriff genommen und wird energig gefördert.

Herr Graf Borch-Brissberg, durch den Fortgang der Discussion zu einer Darlegung seines Standpunctes gedrängt, bevormortet nochmals, daß er auf eine erschöpfende Widerlegung des vorliegenden Gutachtens verzichten muß, obgleich darin vielfach gegen seinen Bericht polemisiert wird, weswegen denn auch rücksichtsvoller gewesen wäre, wenn die Commission ihm ihre Ausführungen vorher zur Einsichtnahme mitgetheilt hätte. Ein Grundirrtum freilich muß sofort ins Auge fallen. Alles — so lautet die Meinung — kommt darauf an, daß die große Verkehrsstraße zwischen

dem Osten und dem Westen wieder über Braunschweig gezogen werde. Wie dafür aber durch die Linie Hildesheim-Debissfelde Rath werden soll, ist unverständlich; denn vor den anderen, welche sie in schwachem Bogen umgeht, würde diese Linie nicht nur nichts voraushaben, sondern überdies als eingleisige Bahn und bei den Krümmungen und Steigungen mit denen sie zu kämpfen hätte, entschieden viel weniger transportkräftig sein. Die Commission selbst gesteht zu, daß ihre Erwartungen die Fortführung dieser Linie über Hameln nach Dortmund voraussetzen. Nun ist richtig, daß dazu in der Zeit als Eisenbahnproject aller Art auftauchten, allerlei Vorarbeiten gemacht sind. Allein die Urheberin des Projects, die deutsche Eisenbahn-Baugesellschaft, selbst ein Kind der Periode wildester Gründungen, hält sich nur noch durch das Berliner Stadtbahnproject über Wasser; ihre Actien stehen 25%, die Linie Hameln-Dortmund hat sie überall ausgebaut, aber keinen Abnehmer gefunden. Und wie sollte auch, bei dem Darniederliegen alles Geschäftslebens, jetzt eine Bahn zu Stande kommen, welche ein Anlagekapital von 24 Millionen erforderte und mit den schwersten Concurrenzen zu kämpfen hätte. In irgend absehbarer Zeit ist daran sicherlich nicht zu denken. Stellt sich sonach aber als eitel die Hoffnung heraus, mittels der Linie Hildesheim-Debissfelde für Braunschweig einen Antheil am großen Verkehr wiederzugewinnen, so bleibt dieser Bahn nur eine locale Bedeutung. Aber welche? Sie kürzt den Weg von hier nach Berlin ab. Und welches ist der Verkehr zwischen Braunschweig und Berlin? Nach den Ermittlungen der Eisenbahngesellschaft werden hier im Durchschnitt täglich acht Fahrkarten nach Berlin ausgegeben; der Gesamt-ertrag dieses Verkehrs betrug im Jahre 1873 noch nicht 7000 Rthlr. Hiernach läßt sich abmessen, welche Einnahme aus dem Localverkehr für die Strecke Hildesheim-Debissfelde entfallen würde. Daß bei so bewandten Umständen die Eisenbahngesellschaft nicht eben große Neigung zu dieser Anlage verspürt, wird man natürlich finden. Allerdings aber, sie ist dazu durch Verträge verpflichtet, und in dieser Erkenntniß hat sie die Concession erworben und neuerdings Verhandlungen über die Richtung der neuen Bahn eröffnet. Daß sie bestimmt eine Bahn auf Gifhorn in Vorschlag gebracht hätte, ist ein Irrthum. Was sie vorgetragen hat, ist vielmehr nur eine Meinungsäußerung dahin, daß die Linie Hildesheim-Gifhorn für den Localverkehr von größerer Bedeutung sein würde als die Linie Hildesheim-Debissfelde; auch könnte ja von einer Verhandlung darüber jetzt, so kurz vor Ablauf der vertragmäßigen Frist, in der That nicht mehr die Rede sein. Handelt es sich in diesem Augenblick also lediglich um Feststellung der Linie, so liegt doch auch diesem Betracht die Sache anders als von der Commission vorausgesetzt wird. In keinem der abgeschlossenen Verträge ist die Rede von einer Linie Debissfelde-Braunschweig-Hildesheim, sondern nur von einer Verbindung zwischen Braunschweig und Hildesheim einerseits und der Verbindung des Braunschweigischen Eisenbahnnetzes mit der Berlin-Lehrter Bahn anderseits. Die Bahn nach Hildesheim ist concessionirt und nach manchen Verhandlungen in Betreff ihrer Richtung im vollen Bau begriffen; vertragmäßig muß sie zu Ende nächsten Jahres fertig gestellt sein. Dies alles aber hindert die Commission nicht zu sagen: die Bahn muß anders gelegt werden. Und mit gleicher Hintansetzung wohlberechtigter Erwägungen formulirt sie ihre Ansprüche hinsichtlich der Bahn nach Debissfelde. Sie fordert die gradeeste Linie und diese geht nicht über Schandelah; wegen des Unterschiedes also von etwa einer halben Meile will man eine Anlage von zwei Meilen Länge als nicht vorhanden betrachten, obwohl vertragmäßig ausbedungen ist,

daß die Richtung dieser Bahn unter thunlichster Rücksichtnahme auf die Interessen der Eisenbahngesellschaft bestimmt werden soll. Man spricht ferner unverhohlen aus: wenn auch die Gesellschaft um Concession nachgesucht hat, bauen wird sie nicht. Allein ihr dergestalt ohne weiteres eine mala fides zuzuschreiben, liegt doch kein Anlaß vor. Verzögerungen allerdings sind nicht wegzuleugnen, aber sie liegen in der Natur der seit Abschluß des bezüglichen Vertrages von Grund aus umgewandelten Verhältnisse, denen man billige Berücksichtigung um so weniger versagen sollte, als andernfalls die Eisenbahngesellschaft sich demnächst leicht an der Grenze ihres Vermögens angelangt finden könnte. Was aber auch in dieser Angelegenheit gethan, gesprochen und geschrieben sein mag, das Natürlichste und Zweckmäßigste wird immer doch sein, daß die Eisenbahngesellschaft jenen Bau unternimmt. Man betont deren privaten Charakter und gefällt sich in der Behauptung, ihr Interesse habe die städtischen Behörden nicht zu kümmern. Ein Standpunct, der bis zu gewissem Grade seine Berechtigung haben mag. Vergesse man andrerseits doch aber nicht, daß mit dem Interesse der Eisenbahngesellschaft die finanzielle Wohlfahrt des Landes augenblicklich noch sehr enge verknüpft ist, daß mit den Annuitäten der Gesellschaft unsere Landesschulden getilgt werden. Will man der Gesellschaft unter den bekannten Schwierigkeiten ihrer gegenwärtigen Lage neue unerschwingliche Opfer zumuthen, so möchte demnächst wohl die Frage entstehen, ob jene Abträge auch ferner ihren geregelten Fortgang haben können. Ohne Zweifel wird die Gesellschaft, sobald die Verhältnisse es ihr irgend gestatten, ihrer Verpflichtung auch wegen der Bahn nach Debisfelde gerecht werden. Sie rücksichtslos zu drängen aber würde nach dem Angeführten kaum sachdienlich sein, und deswegen vermag Herr Graf Görz-Wrisberg den Schlusssantrag der Commission zur Annahme nicht zu empfehlen.

Herr Oberbürgermeister Caspari legt auf die Linie Hameln-Dortmund den mindern Werth, da seiner Ansicht nach unsere Stadt den verlorenen Antheil am großen Verkehr doch schwerlich zurückgewinnen wird, in erster Linie also der Augenmerk auf den zum Schaden des hiesigen Handelsstandes mehr und mehr nach Hannover und Magdeburg hinüberziehenden kleinen Verkehr mit der Gegend um Debisfelde, Worsfelde und Gifhorn zu richten ist. Ist dieser für den Bahnbetrieb von keinem erheblichem Belang — für uns handelt es sich dabei um nichts Geringeres, als dem Zurückgehen der Erwerbsverhältnisse von etwa einem Drittel der hiesigen Einwohner zu steuern. Hierzu geben die Verträge ein geeignetes Mittel an die Hand; nur natürlich daher, daß man auf Erfüllung dieser Verträge auch bringt. Und zwar auf unverzügliche Erfüllung. Denn ob die Abhilfe alsbald oder in zehn Jahren zu Stande kommt, ist keinesweges gleichgültig, da deren Erfolg natürlich in dem Maße ungewisser werden müßte, je mehr jenem weichenden Verkehr Zeit gelassen würde sich an seine neuen Wege zu gewöhnen. Eben im Hinblick auf jenen Hauptzweck legt der Herr Oberbürgermeister großen Werth dann auch darauf, daß die neue Bahn in directester Linie geführt werde, wie solche bei Abschluß der Verträge unzweifelhaft vorgeschwebt hat: würde der Umweg über Schandelah jedenfalls doch die Leichtigkeit und Schnelligkeit des Verkehrs beeinträchtigen und danach für Braunschweig alles ziemlich beim Alten bleiben. Die schwierige Lage der Eisenbahngesellschaft unterschätzt er keinesweges, und er bedauert sie, weil ihre Folgen auf alle Verhältnisse drückend einwirken. Die berechtigten Interessen der Stadt aber, Interessen zumal von solcher Wichtigkeit, dürfen darum nicht preisgegeben werden. Auch würde ein Ausfall am Ertrage der neuen

Bahn die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft nur nominell treffen, da das Anlagekapital in Wirklichkeit ja von der Bergisch-Märkischen und der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft wird aufgebracht werden; vollends diesen aber auf Kosten der Stadt ein besonderes Mitgefühl zu bethätigen, können die städtischen Behörden sich nicht berufen finden. Gesezt dann, der Fall träte ein, welchen Herr Graf Görz-Wrisberg drohen sieht: die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft könnte nicht bestehen, die Bahnen fielen an das Land zurück, so würde dieses allerdings auch den Nachtheil unrentabler Bahnanlagen auf sich nehmen müssen; immerhin aber würde es dabei im Ganzen kein übles Geschäft machen. Doch so liegt die Sache gar nicht, mit gutem Grunde vielmehr steht zu hoffen, daß die Gesellschaft ebenso wie die übrige Ungunst der augenblicklichen Verhältnisse auch die Opfer verwinden wird, welche die neue Bahn ihr auferlegt. Würde nun für deren Bau eine bestimmte nahe Frist in Aussicht genommen, so könnte man damit auf Seiten der Stadt zunächst wohl zufrieden sein. Nachdem aber volle fünf Jahr absolut nichts in dieser Richtung geschehen und nunmehr, zwei Monat vor dem äußersten Termine, ein ganz neues Project auf die Bahn gebracht ist, liegt die Besorgniß nahe, das Interesse der Stadt werde dem der Eisenbahngesellschaft auch fernerhin nachgesezt werden; und dies ist es vor allem was den scharfen Ton des vorliegenden Berichtes erklärt und rechtfertigt.

Herr Reuter erinnert, daß sein ursprünglicher Antrag auf keine einzelne Bahn von bestimmter Richtung sondern vielmehr dahin ging, daß möglichst viele Bahnen auf Braunschweig hereingeleitet würden. Dem Commissionsgutachten hat er sich angeschlossen, weil weitergehende Forderungen zur Zeit offenbar völlig aussichtslos wären; ließe sich außer der Verbindung mit Debitsfelde auch die mit Gifhorn erreichen, so würde er dafür ebenfalls warm eintreten. Daß die Linie Hameln-Löhne trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten zu Stande kommen wird, steht außer Zweifel; auch andernfalls aber wäre die Bahn von Hildesheim nach Debitsfelde für unsere Stadt von großem Werth, da sie von beiden Seiten einen lebhaften Verkehr, mit Ortschaften zum Theil von mehr als 4000 Einwohnern hereinziehen würde. Nun wird freilich gesagt: die angezogenen Verträge lauten nicht auf eine Bahn von Hildesheim nach Debitsfelde, vereinbart ist nur eine Bahn von hier auf Hildesheim und eine Verbindung Braunschweigs mit der Berlin-Lehrter Bahn. Allein daß über jede dieser Strecken besonders pactirt ist, kann doch nicht hindern, die möglich zweckdienlichste Verbindung zwischen ihnen herzustellen, und dahin eben geht das Streben der Commission. Früher allerdings hielt man es für reine Geldverschwendung, zu Gunsten der gradesten Linie auch nur eine Meile Bahn unbenuzt zu lassen. Vorstellungen gegen diesen Calcul pflegte der verstorbene Generaldirector von Arnberg mit der Betrachung zu beantworten, welcher Segen es sei, daß jede Stadt des Herzogthums an einer Eisenbahn liege; die Möglichkeit, das inländische Bahnnetz dereinst durch ausländische Concurrenzbahnen beiseit gedrängt zu sehen, socht ihn nicht an. Redner will hieraus keinen Vorwurf gegen den Todten herleiten, zumal es jener Zeit in der That unverhältnißmäßig schwer hielt, für neue Eisenbahnanlagen die erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Daß aber das Verfahren ein unrichtiges war, hat der Ausgang gezeigt. In der ganzen Welt ist es Brauch, daß Bahnlinien ihren Ausgang von Städten, nicht aber von Dörfern nehmen. So war denn anfänglich auch große Klage, als sich so nahe unserer Stadt ein neuer Knotenpunct in Lehrte bildete; hernach hat man die Sache leichter genommen, weil Braunschweig durch glückliche Constella-

tionen zeitweilig doch eine überaus günstige Lage im Eisenbahnverkehr gewann. Diese aber ist jetzt dahin, und wenn trotzdem hier der Verkehr in den letzten Jahren zugenommen, so erklärt sich das lediglich aus dem Anwachsen der Stadt: ihn durch geeignete Verbindungen nach außen zu beleben, ist nichts geschehen, und die jetzigen Pläne der Eisenbahngesellschaft versprechen ihm auch keine Förderung. — Daß mit dem Interesse der Eisenbahngesellschaft das Landesinteresse eng verbunden ist, läßt sich nicht bestreiten: hätte das Land die Eisenbahnen am 1. Januar d. J. wieder übernehmen müssen, so würde der Verlust 26,240,000 Rthlr. betragen haben. Ein Ausweg solcher Eventualität gegenüber wäre die Sequestration; der Fall jedoch, daß schließlich doch wieder das Land eintreten müßte, bliebe auch dabei immer ins Auge zu fassen. Dann aber wäre jedenfalls doch eine ganz andere Sachlage geschaffen als die jetzige. Denn was der Anlage der gewünschten Verbindungsbahnen entgegenwirkt, ist nicht sowohl das Interesse der Braunschweigischen Eisenbahnen als das der hinter diesen stehenden fremden Gesellschaften, welche die Concurrenz der neuen Strecke für ihre Bahnen fürchten. Dieses Interesse aber würde von dem Augenblick an nicht mehr maßgebend sein, da die Verwaltung unserer Bahnen wieder der Landesregierung anheimfielen. Wenn nach dem allen die städtischen Behörden sich unentwegt auf den Standpunkt der bestehenden Verträge stellen, so ist dieser Standpunkt für sie eben der einzig correcte.

Herr Graf Görz-Wrisberg findet in den letzten Auslassungen des Herrn Oberbürgermeisters einen Widerspruch mit den Motiven des Commissionsberichtes. Während letzterer nämlich das Hauptgewicht auf den großen Verkehr legt, will der Herr Oberbürgermeister von diesem völlig absehen und kehrt er statt dessen nur die locale Bedeutung der gewünschten Bahnstrecke hervor. Dies aber stimmt durchaus mit dem zusammen, was Redner bereits dargelegt hatte; jene frühere Motivirung also wird hinfällig und vor Augen liegt dann auch, daß unserer Stadt mit einer Bahn nach Gifhorn oder nach Fallersleben besser gedient wäre als mit der nach Debisdelle. — Wenn Herr Reuter darauf hinweist, daß gegen diese weniger das Interesse der Braunschweigischen Bahnen als das der Potsdam-Magdeburger ins Gewicht fällt, so ist das an sich richtig. Andererseits aber liegt auf der Hand, daß es für die hiesige Gesellschaft nicht gleichgültig sein kann, ob sie ihre Güter auf der vorhandenen Strecke über Helmstedt befördert, oder ob sie dazu in derselben Richtung mit großem Aufwande erst noch eine zweite Linie herstellen muß. — In Betreff der Anträge scheint der Herr Oberbürgermeister an seinem Theil nicht ganz abgeneigt, sich gewisse Einschränkungen gefallen zu lassen. Noch richtiger aber wäre es, wenn überhaupt keine Anträge gestellt würden, welche den Verhältnissen so wenig entsprechen wie die der Commission.

Gleichwohl werden diese hierauf in namentlicher Abstimmung mit großer Majorität angenommen.

Dafür stimmen

die Herren Bewig, Bosse, Bracke, Ding, Faillard, Flagge, Heymann, Krampe, Meyer, Mühe, Munte, Red, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Steinau;

dagegen

die Herren Graf Görz-Wrisberg, Kloss, Lucius, Pini.

II. Da der zweite Gegenstand der Tagesordnung der gemeinsamen Beschlusse-
nahme des Magistrates und der Stadtverordneten unterliegt, treten beide Körper-
schaften zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, deren Vorsitz Herr Oberbürger-
meister Caspari übernimmt.

Das Gesetz vom 2. April v. J. das Feuerhilfswesen betreffend, erheischt eine
Abänderung des bezüglichlichen hiesigen Statuts vom 15. Februar 1865 und der dem-
selben beigelegten Feuerwehrrordnung. Der Entwurf des neuen Statuts und der er-
forderlichen Reglements ist von Herzoglicher Polizeidirection in Gemeinschaft mit dem
Branddirector Reuter aufgestellt und von den verschiedenen Abtheilungen der Feuer-
wehr gutgeheißen. Auch der Magistrat findet nichts Erhebliches gegen denselben ein-
zuwenden und empfiehlt ihn daher zur Genehmigung.

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, schließt sich diesem
Antrage unter Vorbehalt einiger leichten Aenderungen an.

Nachdem

auf eine Anfrage Herrn Bosses
Herr Reuter die Stellung der freiwilligen Feuerwehr des Männerturnvereins
und der Turnerschaft des Handwerkervereins des nähern dargelegt hat,
beschließt die Versammlung, über das vorliegende Statut en bloc abzustimmen,
und wird selbiges in der durch die Commission festgestellten Form genehmigt.

III. In dem diesjährigen Stadtkassenetat sind zu Behuf des Feuerlöschwesens
21760 Mark unter dem Vorbehalt angesetzt, daß für jede neue Ausgabe der Art die
Genehmigung der Stadtverordneten eingeholt werde. Demgemäß beantragt nunmehr
der Magistrat in einem Schreiben vom 26. v. M., für Besoldung und Uniformirung
der Wachtmannschaften in dem provisorischen Steigerhause, für Bespannung der Spritze
dieses Corps, für Heizung dreier Wachtlocale, und für Besoldung der Thurmwache
auf das laufende Jahr 2660 Mark, und zur Herrichtung einer Wächterstube in der
Kuppel des südlichen Thurmes der Andreaskirche 4050 Mark definitiv zu verwilligen,
was seitens der Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, unbe-
dingt befürwortet wird.

Herr Solmiz hält die Thurmwache nicht für so nöthig, daß Aufwendungen
dafür von solchem Belauf gerechtfertigt erscheinen könnten.

Von Herrn Pini wird die Frage angeregt, ob diese Wache nicht mit zwei statt
der in Aussicht genommenen vier Personen genügend besetzt sein würde.

Herr Krampe schlägt mit Berufung auf ähnliche Einrichtungen in verschiedenen
anderen Städten vor, einen verheiratheten Wächter anzustellen, welcher dann mit
Hilfe seiner Familie den Wachdienst leicht mit aller wünschenswerthen Sorgfalt ver-
sehen könnte.

Während Herr Bracke schon aus Menschlichkeitsrücksichten für unzulässig hält,
einen Mann sammt Frau und Kindern dauernd auf eine Thurmstube zu bannen,

bemerkt Herr Reuter, daß dazu auch der Kirchenvorstand von St. Andrea schwer-
lich seine Zustimmung geben dürfte, und daß von solcher Einrichtung überdies
nach den anderwärts gesammelten Erfahrungen keinesweges die günstigen Erfolge zu
erwarten ständen, welche Herr Krampe ihr zuschreibt. Den Thurmwachtdienst in
seinen Einzelheiten beschreibend, legt Herr Reuter dar, wie dessen Aufgaben nur
mit dem in Aussicht genommenen Personal wirksam gelöst werden können.

Nachdem Herr v. Seckendorff nochmals anheimgegeben hat, den Antrag, wie solcher von den Sachverständigen vorbereitet ist, ohne weiteres anzunehmen, werden die geforderten Verwilligungen seitens der Versammlung ausgesprochen.

IV. In Anbetracht, daß durch die seit Ostern d. J. in der höhern Töchter Schule eingetretene Vermehrung der Klassenräume auch die Arbeiten der Schulwärtlerin Brunke nicht unerheblich zugenommen haben, beantragt der Magistrat in einem Schreiben vom 14. v. M., derselben durch eine Zulage von 90 Mark jährlich die Unterhaltung einer Dienstmagd zu ermöglichen.

Namens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorff befürwortet, wird dieser Antrag von der Versammlung ohne weiteres genehmigt.

V. Nachdem in Gemäßheit des Gesetzes vom 15. Mai 1871, mehr hiesige Feldmarken neu vermessen, und inzwischen auch die Maße- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 sowie das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 in Kraft getreten sind, erscheint es nothwendig, die Bestimmungen über Ausschreibung und Erhebung der von den Feldmarkgenossen zu leistenden Beiträge zu Behuf der Communal- und Interessentenwege sammt den Bestimmungen über die den Grundbesitzern bei Wahlen und anderen gemeinsamen Beschlüssen zustehende Stimmenzahl mit den neuen Gesetzen in Einklang zu bringen.

In § 2 des mit einem Magistratschreiben vom 18. v. M. mitgetheilten neuen Entwurfes wird demnach als Flächeneinheit für die Erhebung der Wegegeldbeiträge statt des Morgens der Hectar gesetzt, und dem Verhältniß dieser beiden Maße ungefähr entsprechend das Beitragslimplum von $2\frac{1}{2}$ \mathfrak{g} auf eine Mark Reichswährung erhöht. Da nach den bisherigen Bestimmungen kleinere Besitzcomplexe, je nachdem sie weniger oder mehr als einen halben Morgen umfaßten, als halber oder als ganzer Morgen berechnet wurden, so mußte in Zukunft als Simplum von Flächen

bis 12,5 Ar (= 60 □ Ruthen) . . . 12 $\frac{1}{2}$ \mathfrak{A}

von 12,6 » bis 25 Ar (61 R. — 1 Mg. 25 »

von 35 » bis 37,5 » (1 Mg. — 1 $\frac{1}{2}$ Mg.) 37 $\frac{1}{2}$ »

u. f. w.

erhoben werden. Diese Berechnung aber paßt nicht in das Decimalsystem und ist überdies schon auch wegen der Pfennigbrüche unausführbar. Im Einverständniß mit den Vorstehenden und Rechnungsführern der Feldmarksinteressentchaften schlägt daher der Magistrat vor, je für $\frac{1}{10}$ Hectar die entsprechende Quote des Beitragslimplums zu erheben, also für Grundstücke

bis zu 10 Ar incl. . . 10 \mathfrak{A}

von 10,1 — 20 Ar » . . 20 »

von 20,1 — 30 » » . . 30 »

u. f. w.

Die nach dieser Scala zu entrichtenden Beiträge sind in einigen Fällen etwas höher als die bisherigen, in anderen dagegen etwas niedriger. Immer aber ist diese Differenz zu unbedeutend, um gegen die Uebersichtlichkeit und Bequemlichkeit der neuen Scala ins Gewicht zu fallen.

Im thunlichsten Anschluß an die bisherigen Bestimmungen ist dann auch die Besitzstandsscala für die Stimmenzahl der einzelnen Feldmarksinteressenten in neuen Maßen dergestalt festgestellt, daß inskünftige

statt	5 Morgen	1 Hectar	= c.	4 Morgen
»	10	» 3	» = »	12 »
»	20	» 5	» = »	20 »
»	50	» 12	» = »	48 »
»	100	» 24	» = »	96 »

für eine bis zehn Stimmen angenommen werden.

Die Statutencommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, empfiehlt den Entwurf mit einer einzigen Modification zur Annahme. Da offenbar nämlich die Rechnung einfacher und überdies dann auch die Wegeunterhaltungslast gleichmäßiger vertheilt wäre, wenn die Beiträge durchgehends mit einem Pfennig von jedem Ar erhoben würden, so empfiehlt die Commission, diesen Satz als Simplum festzustellen. Auf den Fall jedoch, daß der Magistrat hiergegen irgend sachliche Bedenken hätte, erklärt sie sich bereit, diesen Antrag zurückzuziehen.

Nachdem § 1 ohne Anstand genehmigt ist,

entpinnt sich bei § 2 eine längere Debatte über den Aenderungsvorschlag der Commission,

indem Herr Stadtrath Rittmeyer geltend macht, daß die angenommene Scala von den Vorstehenden der Verwaltungsdeputationen selbst ausgegangen und insofern jedenfalls jener anderen Norm vorzuziehen ist, als sie die einzelnen Beiträge rasch und bequem zu ermitteln dient — ein Vorzug, welcher namentlich mit Rücksicht auf die Rechnungsführer ins Gewicht fällt, indem man füglich Bedenken tragen muß, deren Ehrenamt durch einen allzu complicirten Mechanismus zu erschweren.

Dieser Erwägung schließt sich Herr Solmiz an,

wogegen Herr Steinau in den angedeuteten Unbequemlichkeiten der Rechnungsführung keinen genügenden Grund erkennt, auf ein Schema zu verzichten, welche offenbar eine gerechtere Umlage der Wegegelder ermöglichen würde.

Die Versammlung entscheidet sich ebenfalls in diesem Sinne.

Auf Antrag des Herrn Graf Görz-Brissberg wird hierauf noch der Zusatz beschlossen:

»Ueberschießende, einen vollen Ar nicht erreichende Flächen, werden nicht berechnet.«

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung dann §§ 3–5 des Entwurfes, worauf die Sitzung geschlossen wird.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 177. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 8.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. Juni 1875.

Öffentlich:

Beantwortung der von Herrn Krampe am 29. April gestellten Anfragen.
Verwilligung zur Canalisirung der Triebe auf dem Bruche.
Desgleichen zur Verbreiterung der Luisenstraße.
Desgleichen zur Pflasterung und Canalisirung der Straße hinter dem Bahnhofe.
Desgleichen zur Remunerirung von Industrieherrinnen.
Desgleichen zu Behuf des Volkskindergartens.
Beschlusfassung über die neue Organisation der städtischen Schulbehörden.

Vertraulich.

Verwilligung einer Reiseunterstützung.
Verhandlung über die Reclamation der Eisenbahngesellschaft gegen deren Veranlagung zur
Communalsteuer.

Entschuldigt die Herren Bock, Kloss, Peters, Schöttler, Steinau. Am
Magistratsrathlichen Herr Oberbürgermeister Caspary und die Herren Stadträthe Bammel,
Carstens, Haake, Rittmeyer.

Den Vorsitz führt Herr Lucius.

Zur Genehmigung stehen die Protocolle vom 15. und 22. April. Letzteres wird
schriftlich von Herrn Steinau dahin berichtet, daß er an der S. 67 wiedergegebenen
Stelle nicht »das Alexandrathotel« erwähnt oder im Sinne gehabt hat, sondern ein
anderes sehr feuerfestes Versicherungsgebäude, welches in London vor einiger Zeit in
Flammen aufgegangen ist. Im Uebrigen werden beide Protocolle gutgeheißen.

Der Tagesordnung gemäß

I. verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Directors der höhern Töch-
terschule, welches der Magistrat als Antwort auf die von Herrn Krampe in der
Sitzung vom 29. April erhobenen Fragen eingesandt hat.

Es geht daraus hervor, daß zu Ostern d. J. in der sechsten Klasse der höhern
Töchterschule wegen Raummangels überhaupt keine neue Schülerin Aufnahme gefunden

hat, in allen übrigen Klassen dagegen die eingegangenen Anmeldungen sämmtlich haben berücksichtigt werden können, keinesfalls also von einer Zurücksetzung der Kinder steuerpflichtiger Eltern gegen auswärtige oder Officierstöchter die Rede sein kann. Ferner wird der Nachweis geführt, daß letztere beiden Kategorien unter der Gesamtzahl von 438 Schülerinnen nicht stärker als mit bzm. 23 und 8, in der sechsten aber zufällig gar nicht vertreten sind. Schließlich weist das Schreiben darauf hin, daß in diesem Jahre durch Einrichtung dreier Parallelklassen die Möglichkeit gegeben war, etwa doppelt soviel Schülerinnen zuzulassen als abgingen, wogegen künftig Zu- und Abgang sich werden die Waage halten und sonach voraussichtlich noch mehr Anmeldungen als bisher unberücksichtigt bleiben müssen, falls inzwischen nicht durch Einrichtung von Parallelklassen für alle Stufen der bestehenden Schule und durch Anlage einer neuen Schule Rath geschafft wird.

Wie hierauf

II. namens der Statutencommission Herr Heymann berichtet, haben die Anwohner des obern Theils der Triebe zwischen den an der Leopolds- und der Wallstraße belegenen Grundstücken sich bereit erklärt, dieselbe auf ihre Kosten canalisiren zu lassen, falls dazu ein Beitrag seitens der Stadt verwilligt wird. Die Gemeinnützigkeit dieser Maßnahme, welche namentlich aus Rücksichten der öffentlichen Gesundheitspflege dringend wünschenswerth erscheint, steht außer Frage. Eine weitere Veranlassung, auf den Wunsch der Interessenten einzugehen, ergiebt sich daraus, daß der herzurichtende Canal wie bisher die Triebe das Gassenwasser von dem größten Theile der Wallstraße abführen wird. Haben unlängst die Anlieger des untern Theils der Triebe dessen Canalisirung lediglich aus eigenen Mitteln bestritten, und könnten sonach ihre Nachbarn durch Gewährung eines Zuschusses unbillig bevorzugt erscheinen, so ist andrerseits zu erwägen, daß in jenem frühern Falle durch die Canalisation ein verhältnißmäßig breites und werthvolles Terrain gewonnen und den Interessenten überwiesen wurde, während eine entsprechende Entschädigung dieser Art dermalen nicht in Aussicht steht. Unter diesen Umständen beantragt der Magistrat, von den zu 1800 Mark veranschlagten Kosten ein Drittel mit höchstens 600 Mark auf die Stadtkasse zu übernehmen, unter der Bedingung jedoch, daß die Anlieger sich durch Eintrag in das Hypothekenbuch verpflichten, den fraglichen Canal nicht zu überbauen, wohl aber auf ihre Kosten zu unterhalten und zu reinigen. Die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Herr Bewig befürchtet, der in Rede stehende Canal werde möglicher Weise nicht derart projectirt sein, daß er künftig ohne weiteres in ein allgemeines Canalsystem eingefügt werden könnte.

Nachdem indessen Herr Meuter mitgetheilt hat, daß in Bezug auf diese Strecke die nöthigen Aufnahmen bereits stattgefunden haben, das Niveau dieses Canales auch durch die Canäle an der Zummelsplatz- und der Bruchthorsbrücke mit Sicherheit gegeben ist,

wird die geforderte Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

Weiter

III. berichtet namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brisberg, daß laut eines Magistratschreibens vom 15. April der Gärtner Küster sich verpflichtet

hat, gegen eine aus der städtischen Begebaukasse zu zahlende Entschädigung von 2100 Mark von seinem Grundstück an der Ecke der Goslarschen und der Luisenstraße die zur planmäßigen Erweiterung der letztern erforderlichen 6,81 Quadratruthen an die Stadt abzutreten und ein vorspringendes Stallgebäude unverzüglich wegzubrechen. Ferner ist der Magistrat wegen Ankaufs einer 5,36 Quadratruthen haltenden Fläche zu dem Preise von 638 Mk. 10 Pf. mit dem Bauunternehmer Greve in Unterhandlung getreten, welcher unentgeltlich zugleich ein Stück an der Ecke der Frankfurter und der Luisenstraße eingeräumt hat, wonach denn weitere Erwerbungen zu Behuf dieser Straße nicht erforderlich sind. Ein Gutachten des Stadtbauamtes bezeichnet beide Erwerbungen mit Rücksicht auf den Stadterweiterungsplan als dringend wünschenswerth; die Preise erscheinen den Verhältnissen durchaus angemessen. Diesen Erwägungen kann auch die Commission nur beipflichten; in Uebereinstimmung mit dem Magistrat giebt sie daher anheim, die erwähnten vorläufigen Contracte zu genehmigen, was seitens der Versammlung ohne weiteres geschieht.

IV. Die Verhandlungen, welche unter Zuziehung des Stadtbauraths und des städtischen Begebaumeisters zwischen dem Magistrat und der zu diesem Zwecke am 17. December v. J. eingesetzten Specialcommission gepflogen sind, haben alle Theile in der Ansicht zusammengeführt, daß zu gründlicher Instandsetzung der Straße hinter dem Bahnhofe die ganze Strecke vom Wilhelmthore bis zur Fabrikstraße canalisirt und gepflastert oder neu chauffirt, an ihrer Westseite aber ein mit Belpfder Platten belegter und mit granitnen Bordsteinen eingefasster Fußweg hergestellt werden muß.

Der Kostenanschlag ergibt

- | | | |
|--------------------------|--|------------|
| 1. für die Canalisirung, | falls dabei nur das Bedürfniß der Straße selbst ins Auge gefaßt wird | 39300 Mark |
| | falls der Canal demnächst auch die Abflüsse der westlicheren Grundstücke bis zur Frankfurter Straße aufnehmen soll | 51900 » |
| 2. für die Fahrbahn, | falls sie gepflastert wird | 79500 » |
| | falls mit stärkerer Packlage und Ueberschüttung neu chauffirt | 47100 » |
| 3. für den Fußweg | | 29400 » |

Auf Grundlage des Gutachtens der Techniker haben Magistrat und Commission sich in beiden Alternativen für das kostspieligere Project entschieden, weil andernfalls die Entwässerung des bezeichneten Terrains überhaupt unmöglich sein würde, und nur so auch die nöthige Dauerbarkeit des fortwährend mit den schwersten Lasten befahrenen Weges zu erreichen steht.

Unter der Bedingung, daß zunächst binnen Jahresfrist die Canalisirung der ganzen Straße und sodann innerhalb dreier Jahre Fahrbahn und Fußweg zur Ausführung gelangen, haben die westlichen Anwohner der Straße — mit Ausnahme der Eigenthümer des Walzwerks — sich bereit erklärt, von den Kosten eines Canals in kleinem Umfange ein Viertel mit 9825 Mark, die 29400 Mark für den Fußweg aber ganz zu übernehmen. Da die Anlage eines weitem Canales vorläufig nur im öffentlichen Interesse liegt, so erscheint es billig, zunächst und vorbehaltlich der Rückforderung, wenn über kurz oder lang von den Eigenthümern der bezeichneten Grundstücke Abzüge in diesen Canal angelegt werden, auch die Mehrkosten dafür auf die Stadtkasse

zu übernehmen. Mehr als ein Viertel der übrigen Kosten aber kann von den Anwohnern der Westseite nicht beansprucht werden, weil die eine Hälfte derselben von der Stadt, das letzte Viertel von der Eisenbahngesellschaft zu tragen ist, falls nicht auch für diese die Stadt eintreten muß, was noch zu ermitteln bleibt.

In einem Schreiben vom 24. April giebt der Magistrat anheim, die Ausführung des Projectes in der von den Sachverständigen empfohlenen Weise sowie nach Maßgabe des Wunsches der Anlieger zu genehmigen und die erforderlichen Mittel, einschließlich zunächst des eventuell von der Eisenbahngesellschaft wieder einzufordernden Viertels der Canalisationskosten, zu verwilligen. Die Statutencommission, für welche Herr Graf Görz-Brissberg berichtet, kann in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Straße für den öffentlichen Verkehr und bei den vielen Klagen, zu welchen deren gegenwärtige Beschaffenheit Anlaß giebt, den Magistratsantrag nur zur Genehmigung empfehlen.

Im Uebrigen ebenfalls einverstanden, hält Herr Munte für unzweckmäßig nur die Vertheilung der Arbeiten auf den Zeitraum von vier Jahren, weil der Fahrverkehr grade hier am wenigsten eine öftere Störung vertragen würde. Redner möchte daher die Ausführungsfrist auf zwei Jahre angesetzt sehen. Falls etwa die Geldmittel in ihrem vollen Betrage anders sobald nicht sollten flüssig zu machen sein, würde er einer Anleihe für diesen Zweck kein Bedenken entgegensetzen.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht geltend, daß die anwohnenden Fabrikanten sich einer ununterbrochenen Sperrung der Straße für die ganze Dauer des projectirten Werks nicht unterwerfen zu können glauben, und daß zudem auch binnen so kurzer Zeit das nöthige Material schwerlich zu beschaffen sein dürfte. Andererseits aber kann der Herr Oberbürgermeister möglichste Beschleunigung der Arbeiten zuzusehen,

worauf die Versammlung im Sinne der vorliegenden Anträge beschließt.

Nachdem alsdann

V. auf Bericht des Herrn v. Seckendorff als Referenten der Finanzcommission verschiedene in einem Magistratschreiben vom 21. v. M. angeforderte Remunerationen für vermehrten Industrieunterricht in den mittleren und unteren Bürgerschulen verwilligt sind,

trägt

VI. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff weiter vor, was der Magistrat unterm 27. v. M. in Betreff einer für den hiesigen Volkskindergarten von dessen Vorstände nachgesuchten Beihilfe an die Versammlung hat gelangen lassen.

Da der Volkskindergarten, wenn auch in beschränkterem Umfange, eine ähnliche segensreiche Wirksamkeit entfaltet wie die Kleinkinderbewahranstalt, und dieser schon seit einer Reihe von Jahren 300 Rthlr. jährlich aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde gewährt werden, so ist der Magistrat nicht abgeneigt, dem Gesuche zu willfahren, giebt indessen anheim, den Zuschuß in vorliegendem Falle auf 50 Rthlr. jährlich zu beschränken, weil einerseits die Mittel gedachter Kasse zur Zeit ein Mehreres nicht zulassen, andererseits aber die Bedürfnisse des Volkskindergartens an sich nicht so groß sind wie die der Kleinkinderbewahranstalt und zum Theil auch durch die von jedem aufgenommenen Kinde mit 6 Sgr. wöchentlich erhobenen Beiträge gedeckt werden. Die Commission stimmt diesen Erwägungen im ganzen bei, hält jedoch den

obwaltenden Umständen nach eine Unterstützung von 50 Rthlr. für allzu karglich bemessen, und empfiehlt demnach, wenigstens 100 Rthlr. zu verwilligen.

Mit aufrichtiger Freude begrüßt Herr Mühe das Wohlwollen, welches dergestalt Magistrat und Commission einer mehr und mehr in den Vordergrund tretenden Frage entgegenbringen. Ueberall in der That und täglich unabweislicher macht sich das Bedürfnis nach derartigen Anstalten geltend, in Oesterreich ist dafür bereits von Staats wegen Sorge getragen, und hiesigen Orts wird die Mitwirkung der städtischen Behörden voraussichtlich schon in allernächster Zeit für noch zwei derselben in Anspruch zu nehmen sein. Sofern übrigens der Volkskindergarten nicht bloß ärmeren Familien zu statten kommt, würde Redner geneigt sein, ihm selbst einen gewissen Vorzug vor der Kleinkinderbewahranstalt zuzuerkennen, und falls ein höherer Beitrag in diesem Augenblicke nicht thunlich ist, wenigstens doch für den Commissionsantrag zu stimmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari will es im Grunde gleichgültig scheinen, ob 50 oder 100 Rthlr. verwilligt werden. In keiner Weise hängt davon das Bestehen des Kindergartens ab: sollte sich ein Deficit herausstellen, so könnten — anders als bei der Kleinkinderbewahranstalt, bei welcher diese Einnahme bekanntlich ganz fehlt — die Beiträge der Pfleglinge erhöht werden, und auf den schlimmsten Fall haben sich die Unternehmer verpflichtet, für das Nothwendige einzutreten. Andererseits freilich könnte es an sich auch den städtischen Behörden auf 50 Rthlr. mehr oder weniger nicht ankommen. Allein zunächst kommt principiell in Betracht, daß wiederum im Gegensatz zur Kleinkinderbewahranstalt, welche durchaus unter Aufsicht des Magistrats steht, der Volkskindergarten sich jeder Einwirkung der städtischen Behörden entzieht. Entscheidend aber war für den Magistrat das jetzige Unvermögen der bewußten Kasse. Allerdings verfügt selbige zur Zeit auch noch über gewisse Capitalien; auf diese aber wird schon bei dem Project einer öffentlichen Wasch- und Badeanstalt gerechnet, und nur auf diese kann gerechnet werden, falls sich die Stadt dabei überhaupt theilnehmen soll. Wenn vollends dann, wie soeben Herr Mühe ankündigt, noch weitere Anforderungen zu Gunsten des Kindergartenwesens in naher Aussicht stehen, so muß daraus ein Grund mehr entnommen werden, beim Antrage des Magistrates stehen zu bleiben.

Herr v. Seckendorff constatirt, daß die Commission an eine Verwendung vom Capital der Kasse nicht gedacht hat, vielmehr der Meinung gewesen ist, die empfohlene Erhöhung des Zuschusses werde eben aus den Zinsen dieses Capitals zu bestreiten sein, falls dazu der Ertrag der Hundsteuer selbst die Mittel nicht mehr gewähren sollte.

Herr Oberbürgermeister Caspari wendet ein, daß über jene Zinsen natürlich nur solange verfügt werden kann, als das Capital nicht angegebener Massen verwandt ist. Da nun die laufende Einnahme der Kasse von Jahr zu Jahr unsicher ist, so würde füglich nur für dies eine Mal Beschluß zu fassen sein, während der Magistrat eine dauernde Verwilligung beantragt hat, was dem Wunsche der Petenten muthmaßlich besser entsprechen dürfte. Auch würde alsdann mit Recht wohl gefordert werden können, daß der Volkskindergarten dem Magistrate ebenfalls unterstellt werde.

Nachdem hiernach die Herren Mühe und Solmiz sich für einen dauernden, wenn auch kleinern Zuschuß entschieden haben,

welcher, wie Herr Oberbürgermeister Caspari hinzusetzt, alljährlich mit dem Etat zu verwilligen wäre,

wird von der Versammlung der Commissionsantrag abgelehnt, der des Magistrates genehmigt.

VII. Nachdem in der Sitzung am 18. März die Anstellung eines besondern Directors für die höhere Töchter Schule und das Lehrerinnenseminar beschlossen ist, stehen nunmehr die damals zurückgestellten übrigen Vorschläge des Magistrats in Betreff einer Neuordnung des städtischen Schulwesens zur Berathung. Wie diese in- zwischen den einzelnen Mitgliedern der Versammlung gedruckt mitgetheilt sind, lauten sie folgendermaßen:

1. Alle mittleren und unteren städtischen Bürgerschulen hieselbst sollen unter der Oberaufsicht und Leitung des Schul- und Seminar-Directors stehen, während jede derselben unmittelbar einem Inspector unterstellt wird, dessen Stellung zu der Schule und dem Director durch eine bestimmte Instruction geordnet werden soll.
2. Der Schul- und Seminar-Director Friedrichs soll von allen eigenen Lehrstunden befreit bleiben, mit Ausnahme von 2 wöchentlichen Lehrstunden, welche derselbe den Seminaristen I. und II. Klasse gemeinschaftlich in der methodischen Behandlung der einzelnen Unterrichtsfächer zu ertheilen hat.
3. Der Inspector des Waisenhauses hat neben der Aufsicht über die Seminaristen I. Klasse, welche er bisher schon geführt hat, auch die denselben bisher gemeinschaftlich mit den Seminaristen II. Klasse von dem Director Friedrichs ertheilten Unterrichtsstunden sowie die Special-Aufsicht über die gesammte Präparanden-Anstalt und die in derselben bisher von dem Director Friedrichs gegebenen Unterrichtsstunden zu übernehmen und erhält dafür jährlich 600 Mark von der Stadt.
4. Der Inspector der Garnisonschule übernimmt neben der ihm bereits obliegenden Specialaufsicht über die Seminaristen II. Klasse die denselben bisher vom Director Friedrichs ertheilten Unterrichtsstunden gegen die gleiche Remuneration.
5. Beide Inspectoren stehen, ebenso wie die der Waisenhaus- und der Garnisonschule, bis auf Weiteres unter dem städtischen Schul- und Seminar-Director und haben die wegen der Seminare und der Präparanden-Anstalt erforderlichen Anträge an den Seminar-Director gelangen zu lassen, welcher darüber mit den höheren Behörden communicirt.

Bei der voraussichtlich stetigen Erweiterung der Bürgerschulanstalten soll übrigens darauf Bedacht genommen werden, demnächst einen eigenen Seminar-Director anzustellen, welcher das Seminar erster und zweiter Klasse, die Präparanden-Anstalt und zugleich die Oberaufsicht über die Waisenhaus- und Garnisonschule zu übernehmen hat.

Die Schulcommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, ist mit diesen Vorschlägen einverstanden, kann ein Bedenken jedoch nicht unterdrücken. Der Herr Referent verliest, was am 18. März laut Protocolls Herr Red in Betreff der hiesigen Lehrerbildungsanstalten ausgeführt hat. Daß den aufgezeigten Uebelsständen durch Einrichtungen wie deren die Vorlage in Aussicht nimmt, wirksam könnte abgeholfen werden, scheint einigermaßen zweifelhaft. Die Commission glebt daher anheim, bei Genehmigung der vorliegenden Anträge und insbesondere der Remunerationen für den Unterricht in den Lehrerseminaren und der Präparandenanstalt die Erwartung auszusprechen, daß gedachte Einrichtungen nur als vorübergehend und provisorisch anzusehen seien und der Magistrat baldmöglichst auf Anstellung eines besondern Seminar-Directors oder vorläufig doch eines besondern Seminarlehrers hinwirken, eventuell auch in Erwägung ziehen werde, ob nicht die Vereinigung der hiesigen Lehrerbildungs-

anstellen mit denen in Wolfenbüttel zu einem gemeinschaftlichen Landesseminare sich als zweckmäßig herausstellen möchte.

Herr Oberbürgermeister Caspari findet sich von diesem Votum insofern befriedigt, als es auf Verwilligung der nöthigen Geldmittel hinausläuft. Den angehängten Vorbehalten und Forderungen vermag er kein großes Gewicht beizumessen. Denn da die Anstellung eines Seminardirectors nicht Sache des städtischen Schulvorstandes sondern der Landesregierung ist, so kann dazu der Magistrat nichts thun, als daß er etwa nochmals bei Herzöglichem Staatsministerium um Beschleunigung dieser Maßnahme bittet. Die gewünschten Zusicherungen sind schon früher erfolgt; ob aber und wann sie in Erfüllung gehen werden, entzieht sich der Beurtheilung des Magistrates. Ob es weiter dann zweckmäßig wäre, die hiesigen Lehrerbildungsanstalten in einem allgemeinen Landesseminare aufgehen zu lassen, dürfte schwer zu entscheiden sein. Gewiß ist nur, daß eine solche Anstalt nach Wolfenbüttel kommen würde, wo darauf in bekannter Weise das ganze Schulwesen basiert ist. Dann aber müßten hier die Garnison- und die Waisenhauschule auf die Stadtkasse übernommen werden, was in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage immerhin nicht unbedenklich. Denn wenn man sagt: wo es sich um Verbesserung des Schulwesens handelt, kommt es auf die Kosten nicht an, so läuft dabei doch wohl einige Selbsttäuschung unter: gesetzt, es stellte sich über kurz oder lang die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Communalsteuer heraus, so würde jedenfalls doch, wie zweckmäßig immer die städtischen Mittel angewandt wären, der Beifall des Publicums sehr fraglich sein.

Herr Reck. In erster Linie wünscht auch die Commission zu erhalten was wir haben. Zugleich aber hält sie für geboten, daß dies Vorhandene in zweckentsprechenden Stand gesetzt werde, und in dieser Absicht hat sie vorerst zur Erwägung gestellt, ob sich der notorischen Unzulänglichkeit der städtischen Lehrerbildungsanstalten nicht mit den Mitteln der Stadt aufhelfen ließe. Nur für den Fall, daß dies unmöglich sein sollte, würde sie für angezeigt halten, die Aufhebung der Anstalten ins Auge zu fassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erhebt Einsprache gegen die Beleuchtung, in welche der Gegenstand durch die Darstellungen Herrn Reck's gerückt wird. Wer die Verhältnisse sonst nicht kannte, müßte daraus nothwendig den Eindruck empfangen, als würden hier nur Lehrer von durchaus mangelhafter Leistungsfähigkeit herangebildet. Nun kann immerhin zugegeben werden, daß einzelne Individuen hier wie anderswo es nicht soweit bringen wie sie sollten; ebenso gewiß aber ist, daß unter denselben aus unserm Seminar hervorgegangenen Lehrern ganz außerordentlich tüchtige Leute sind, die es mit anderen in jeder Hinsicht aufnehmen, wie denn, Beispiels halber, einer von ihnen an das Gymnasium berufen ist und dort zur höchsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten wirkt. Man wird einwenden, das sei eben die Elite der Strebsamen. Allein wer nichts aus sich machen will und seine Kraft nicht gehörig einsetzt, dem ist auch auf der allerbesten Anstalt nicht zu helfen. Und abgesehen von jenen rühmlichsten Erfolgen: daß die weit überwiegende Mehrzahl der hiesigen Lehrer wenigstens durchaus brauchbar ist, steht ebenfalls außer Frage.

Auch Herr Mühe, welcher Herrn Reck in manchen Punkten beipflichten muß, setzt dessen Gesamtmurtheile über die Wirksamkeit des hiesigen Seminars das Zeugniß einer anerkannten Autorität, des vormaligen Seminardirectors Hirsche, entgegen, nach welchem die Lehrer unserer Stadt einen Vergleich mit ihren Berufsgenossen anderer Orten nicht zu scheuen brauchen. Allerdings aber kann Redner andererseits sich nicht

verhehlen, daß unser Seminarwesen an mancherlei Gebrechen krankt, welche dringend Besserung erheischen. Was zu dem Ende in der gegenwärtigen Vorlage geplant wird: die Erleichterung des Schuldirectors Friedrichs und die Anstellung von zwei Lehrern, welche auch sonst noch in Anspruch genommen sind, scheint ihm ein Stückwerk, von welchem man sich keinen nennenswerthen Erfolg versprechen darf; eine gründliche Umgestaltung des Seminars aber würde nur mit ganz unverhältnißmäßigen Opfern zu erreichen sein. Unter diesen Umständen hat Herr Mühe sich dem Commissionsantrage nur sehr getheilten Herzens anschließen können. Für das Beste hielt er in der That, wie dies seiner Zeit auch die Meinung des Seminardirectors Hirsche war, die hiesigen Lehrerbildungsanstalten nach Wolfenbüttel zu verlegen, wo das Landesseminar unter der Leitung des Directors Matthias auf dem besten Wege ist, sich zu einer Musteranstalt herauszubilden. Falls aber eine so radicale Maßregel für jetzt unthunlich erscheint, empfiehlt Redner, wenigstens sofort einen besondern Seminarlehrer anzustellen, damit wenigstens der schädlichen Verzettlung des Unterrichts abgeholfen und eine regelmäßige Ueberwachung der Böglinge ermöglicht werde. Erst an dritter Stelle vermag er sich im Sinne der Commission zu entscheiden.

Herr Red vermahnt sich gegen den Vorwurf der Uebertreibung, indem er bis jetzt noch nichts vorgebracht findet was seine Auffassung widerlegen könnte. Denn daß die hier gebildeten Lehrer sämmtlich unfähig wären, hat er überall nicht behauptet, und wenn von ihnen zum Theil sogar Hervorragendes geleistet wird, so ist das nicht der Trefflichkeit der Präparandenanstalt und des Seminars zu danken, sondern einer glücklichen Begabung oder dem energischen Fleiße Einzelner, nicht zu verwechseln die sonstigen Bildungsmittel, welche unsere Stadt z. B. durch das Collegium Carolinum bietet. Solche Erfahrungen sind auch unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen nicht ausgeschlossen, aber sie sind Ausnahmen, welche die Regel nicht aufheben, daß die Leistungen der großen Masse aller Schüler von dem abhängen was ihnen ohne besonderes Zuthun ihrerseits im Wege des für sie bestimmten Unterrichts entgegengebracht wird. Und das läßt, wie Redner genügend glaubt nachgewiesen zu haben, in diesem Falle eben Manches zu wünschen übrig.

Herr Bracke ist einigermaßen von der Wendung überrascht, welche die Discussion genommen hat: man redet her und hin über die Personen der Lehrer, während der Commissionsbericht doch lediglich von der Beschaffenheit der Lehrerbildungsanstalten ausging. Daß letztere einer Verbesserung dringend bedürfen, kann nach dem was soeben auch Herr Mühe angeführt hat, keinem Zweifel mehr unterliegen. Wenn nun als Mittel dazu u. a. eine Verschmelzung dieser Anstalten mit dem Landesseminare in Anregung gebracht wird, so setzt dem der Herr Oberbürgermeister die Erwägung entgegen, daß wir dadurch eine Anzahl wohlfeiler Lehrkräfte einbüßen würden. Das aber wäre sicherlich doch kein Grund, auf jene Maßregel, falls sie sonst als nothwendig oder nützlich anerkannt würde, zu verzichten. Denn für die gebiegene Ausbildung der Volkslehrer, welche in jedem Gemeinwesen gleichsam das tägliche Brot ist, müssen die erforderlichen Mittel unter allen Umständen beschafft werden, nöthigenfalls durch Einschränkung an anderen Enden. Redner erinnert daran, daß seinen Einwendungen gegen diese und jene Luxusausgabe seitens des Herrn Oberbürgermeisters wohl mit dem Worte begegnet ist: das Eine thun und das Andre nicht lassen. Möge dieser Grundsatz denn auch jetzt zur Geltung kommen, wo es sich um eine Sache handelt, der an Wichtigkeit kaum eine andre zur Seite gestellt werden kann.

Herr Overbürgermeister Caspari nimmt für den Magistrat das Zeugniß in Anspruch, gegen Ausgaben für Bildungszwecke und insbesondere für Hebung des Schulwesens noch nie eine ängstliche Sparsamkeit hervorgekehrt zu haben. Hätte also in vorliegendem Falle die Commission so wie nachträglich Herr Mühe mit Bestimmtheit die Anstellung eines Seminarlehrers beantragt, so würde darauf der Magistrat sofort ohne das mindeste Bedenken eingehen. Gegenüber einem Vorschlage jedoch, welcher eine vollständige Umwälzung der bestehenden Einrichtungen bezweckt, eine Umwälzung zumal, deren Nothwendigkeit und deren Nutzen noch keinesweges erwiesen sind, dürfte eine Erwägung des Kostenpunctes sehr wohl am Platze sein. Ihn als ausschlaggebend anzusehen liegt dem Magistrate fern; was hauptsächlich Bedenken erregt, ist vielmehr, wie schon angedeutet, die durchaus unzulängliche Begründung des Commissionsantrages. So wäre unter anderen doch erst die Frage zu entscheiden, ob Wolfenbüttel wirklich der geeignetste Ort für das Landesseminar ist. Welche Vortheile den angehenden Lehrern unter Umständen das Collegium Carolinum bietet, hat schon Herr Reck hervorgehoben; nimmt man hinzu, wieviel Braunschweig in dem Theater, in Museen und anderen Sammlungen an Bildungsmitteln voraus hat, so drängt sich fast unabweislich die Ansicht auf, daß jene Anstalt am besten hier würde aufgehoben sein. Was sich nach dieser und ähnlichen Erwägungen als das Zweckdienlichste herausstellt, wird der Magistrat ohne Rücksicht auf die Kosten nach Möglichkeit befördern; doch scheint die Vortheile aber, wie sie mit den bestehenden Einrichtungen verbunden sind, für ein ungenügend vorbereiteteres Experiment daran zu setzen, dazu glaubt er im wohlverstandenen Interesse der Stadt die Hand nicht bieten zu können.

Herr Schwarzenberg weist darauf hin, daß einmal laut des Commissionsantrages die fragliche Maßregel zunächst nur in Erwägung zu ziehen wäre, und daß dabei ferner nur das Seminar in Betracht kommt, mit der Präparandenanstalt also wenigstens ein Theil der billigen Lehrkräfte dem städtischen Schulwesen erhalten bliebe.

Herr Mühe constatirt, daß er die Ausführungen Herrn Reck's im ganzen als richtig anerkannt und nur gewisse zu weit gehende Consequenzen abgewehrt hat, welche sie hie und da allerdings nahe legen. Wenn z. B. angeführt wird, daß ein Lehrer ohne alle Kenntniß der Lautirmethode gleichwohl genöthigt worden sei im Lesen zu unterrichten — ein Fall, welchen Redner als kaum glaublich bezeichnet, wenn schon er natürlich nicht in der Lage, denselben gradezu in Abrede zu stellen — so werden Fernerstehende immer mehr oder weniger geneigt sein, solche einzelne Thatsache zu generalisiren; und dagegen die hiesigen Lehrer in Schutz zu nehmen, wird man nicht für überflüssig halten können.

Herr Reuter rath, die Anregung in Betreff einer Verlegung des Seminars unter allen Umständen zu vermeiden, zumal mit dem wesentlichen Puncte des Commissionsantrages, die Anstellung eines besondern Seminarlehrers, der Magistrat sich durch den Herrn Overbürgermeister bereits einverstanden erklärt hat.

Noch andere Ausstellungen erhebt gegen den Commissionsantrag Herr Graf Görz-Brissberg. Die Commission giebt zunächst anheim, die vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Einrichtungen nur als »provisorische« zu genehmigen. Aber daß etwas für alle Zeit Dauerbares gar nicht geschaffen werden soll, daß die neue Einrichtung, sobald sie sich als unzweckmäßig herausstellt, abgeändert werden wird, ist selbstver-

ständig; und wenn man dies gleichwohl in Form eines ausdrücklichen Vorbehalts ausspricht, so wird nothwendig die Meinung herausgefordert, als halte man dies Neue von vornherein für mehr oder weniger verfehlt. Wenn weiter dann die Commission sich für die Anstellung eines Seminardirectors oder eines besondern Seminarlehrers ausspricht, so ist das überflüssig, da der Magistrat selbst schon entsprechende Zusicherungen gemacht hat. Endlich die Verlegung der Lehrerbildungsanstalten, welche »eventuell« in Erwägung gezogen werden soll. Unklar ist zunächst, welche Eventualität der Commission dabei vorschwebt. Aber davon abgesehen, würde ein solcher Beschluß auch in hohem Grade unzweckmäßig sein. Denn unfehlbar müßte das Publicum daraus die Meinung schöpfen, als wollten die Stadtverordneten sich zu Gunsten jener Maßregel aussprechen, und das wäre doch, wie die Sache einstweilen liegt, ein völlig unberechtigtes Präjudiz. Nach dem allen kann Herr Graf Görz-Wrisberg nur rathen, einfach die Vorschläge des Magistrates zu genehmigen.

Herr Schwarzenberg. Als provisorische sind die vorgeschlagenen Einrichtungen ausdrücklich auch von Herzoglichem Staatsministerium und vom Consistorium bezeichnet, und eben im Hinblick hierauf hat die Commission zugleich gewisse andere Maßregeln geglaubt zur Erwägung vorstellen zu dürfen. Die Annahme, als habe der Magistrat selbst schon die Anstellung eines Seminarlehrers ins Auge gefaßt, beruht auf einem Irrthum.

Herr Overbürgermeister Caspari vermag nicht einzusehen, wiefern der von Commissions wegen empfohlene Beschluß die Angelegenheit irgend fördern könnte. Die Anstellung eines Seminardirectors hat der Magistrat höhern Orts bereits in Anregung gebracht, Herzogliches Staatsministerium auch im ganzen zustimmend geantwortet, indem es die Frage in Erwägung zu ziehen versprochen und die Aushilfe mittels der beiden Inspectoren als provisorische anerkannt hat — eine Aushilfe übrigens, bei welcher die Stadt völlig kostenfrei ausgeht, da die dazu erforderlichen 400 Rthlr. durch den nach wie vor aus Staatsmitteln gewährten Zuschuß zum Gehalte des Schuldirectors erspart werden. Jenes Anliegen nochmals zum Gegenstande eines Berichtes an die Landesregierung zu machen, würde demnach ganz müßig sein. Was der Commissionsantrag aber Neues enthält, die Anrede wegen Verlegung der Lehrerbildungsanstalten, kann trotz allem was zu Gunsten dieses Passus vorgebracht ist, nicht opportun erscheinen. Der Herr Overbürgermeister erinnert daran, wie die Präparandenanstalt hierher verlegt ist, weil die von Wolfenbüttel geschickten Lehrer den hier zu stellenden Anforderungen erfahrungsmäßig meist nicht entsprachen, auf desfallige Reclamationen aber mit dem Eingeständniß geantwortet wurde, daß bessere Kräfte dort nicht zur Verfügung ständen. Seitdem hat es unseren Schulen an tüchtigen Lehrern nie gefehlt, und eine verhältnißmäßig große Zahl derselben sind aus einheimischen Kreisen hervorgegangen. Daß dazu aber grade die hier am Orte selbst gebotene Gelegenheit zur Ausbildung wesentlich mitgewirkt hat, kann Niemandem, der die Verhältnisse kennt, entgangen sein. Denn mancher von jenen Männern würde sicherlich einen anderen Beruf haben ergreifen müssen, wenn die Subsistenz während der Vorbereitungszeit ihm nicht durch die unmittelbare Nähe des elterlichen Hauses erleichtert worden wäre.

Herr Red. Wenn wirklich schon, wie der Herr Overbürgermeister es ansieht, mit gewünschtem Erfolge wegen der Anstellung eines Seminardirectors verhandelt ist, so hat damit ein Theil des Commissionsantrages seine Erledigung gefunden. Nach

dem angezogenen Ministerialrescripte schien diese Maßregel allerdings nur auf eine noch ungewisse Zukunft in Aussicht gestellt; unter solchen Umständen aber durfte deren nochmalige Empfehlung umso mehr für angezeigt gelten, als tüchtige Seminardirectoren bekanntlich erst gesucht sein wollen, hierauf also im Interesse der Sache gar nicht früh genug kann Bedacht genommen werden. Abgesehen davon aber dürfte ein nicht zu unterschätzender Vorzug des Commissionsantrages darin bestehen, daß er ein Mittel an die Hand giebt, den größten Uebelständen der bestehenden Einrichtungen unverzüglich abzuhefen. Denn wenigstens die unzulängliche Beaufsichtigung und die mangelhafte Leitung der Seminaristen sowie die Verzettlung ihrer Unterrichtsstunden, wird ein Ende haben, wenn neben den ab- und zugehenden Fachlehrern ein ständiger, ausschließlich dem Seminar sich widmender Lehrer angestellt wird.

Herr Bracke begreift nicht, weswegen den Commissionsanträgen ein so hartnäckiger Widerspruch entgegengesetzt wird. In der Hauptsache herrscht beiderseits völlige Uebereinstimmung, die Anträge des Magistrats werden von der Commission zur Genehmigung empfohlen. Daß daneben die neuen Einrichtungen als provisorische bezeichnet werden, wie sie als solche schon auch seitens des Herzoglichen Staatsministeriums anerkannt sind, hält Redner nicht nur für völlig unbedenklich, sondern selbst für geboten: könnte es andernfalls doch den Schein gewinnen, als sehe die Versammlung sich mit diesen Einrichtungen bereits am Ziele angelangt. Ebenso wird es trotz aller bisherigen Zusicherungen des Ministeriums nicht vom Uebel sein, bei dieser Gelegenheit nochmals auf die Nothwendigkeit der Anstellung eines Seminardirectors hinzuweisen, indem dies die Entwicklung der Angelegenheit immerhin doch einigermaßen beschleunigen und jedenfalls dazu beitragen dürfte, daß dieselbe nicht in Vergeßlichkeit geräth. Wenn endlich auf den Fall, daß sich diese Aussicht nicht erfüllen sollte — denn dies ist ja wohl die Herrn Grafen Görz-Wrisberg dunkel gebliebene Eventualität — die Vereinigung unserer Lehrerbildungsanstalten mit einem Landesseminare zur Erwägung gestellt wird, so kann dies grade nach dem was der Herr Oberbürgermeister als Gegengrund geltend macht, nur gerechtfertigt erscheinen; denn je schwieriger jene Erwägung sich darstellt, desto zeitiger muß man auf alle Fälle derselben näher zu treten wünschen. So stellt sich einer unbefangenen Betrachtung die Sachlage dar, und wenn gleichwohl der Commissionsantrag mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit bekämpft wird, so muß die Vermuthung gestattet sein, eine Initiative der Versammlung werde in dieser Sache nicht gern gesehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari verweist auf die näher liegende und richtigere Erklärung, daß der Magistrat, grade weil er auf die Aussprüche der Versammlung immer hohen Werth legt, sich da wo er deren Ansichten nach bester Ueberzeugung nicht theilen kann, nur um so stärker gedrungen fühlen muß, seine Bedenken von vornherein mit möglichstem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Herr Reuter glaubt annehmen zu dürfen, die Commission selbst würde weder die vorgeschlagenen neuen Einrichtungen als provisorische bezeichnet noch auch die Aufhebung der hiesigen Lehrerbildungsanstalten in Betracht gezogen haben, wenn ihr bekannt gewesen wäre, daß die Anstellung eines besondern Seminardirectors bereits im Werke ist. Sene beiden Hauptanstöße zu beseitigen, giebt Redner folgende Fassung des Commissionsantrages anheim:

Die Versammlung wolle die Vorschläge des Magistrats in Betreff der neuen Organisation des städtischen Schulwesens genehmigen und die

Remuneration der beiden Inspectoren verwilligen, zugleich aber den Magistrat ersuchen, daß er auf baldmöglichste Anstellung eines Seminar-directors oder vorläufig eines besondern Seminarlehrers hinwirke.

Die Commission adoptirt den dergestalt modificirten Antrag, welchem sodann auch die Versammlung zustimmt.

Schließlich

VIII. trägt namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brisberg vor:

Am 27. August v. J. wurde der Magistrat durch Beschluß der Versammlung ersucht, nach Begräumung der angekauften drei vormals Markworthschen Gärten mit der Weichbildsgemeinde Altewik wegen Ueberlassung ihrer Eigenthumsrechte an den übrigen Theilen des Marktplazes bei St. Leonhard in Verhandlung zu treten. Nach Beschaffenheit der Sachlage hat der Magistrat sich veranlaßt gefunden, die unentgeltliche Abtretung dieser Rechte in Vorschlag zu bringen; diesen Antrag aber glaubt die altwiker Verwaltungsdeputation bei ihren Mandanten nur unter der Bedingung befürworten zu können, daß seitens der Stadt gewisse Verpflichtungen übernommen werden, welche erforderlich scheinen, um den Marktplatz seiner Bestimmung dauernd zu sichern und besser als bisher dafür auszustatten. Ihre desfallsigen Forderungen, welche in einem gedruckt vorliegenden Berichte vom 30. Januar d. J. eingehend dargelegt werden, gehen dahin, daß

1. die Aufhebung des an dem Plage haftenden Weiderechts der Domäne St. Leonhard erwirkt,
2. der Platz auf Kosten der Stadt regelrecht planirt und unterhalten, mit einem aus der städtischen Wasserleitung zu speisenden Fassinbrunnen versehen und ringsum mit einer doppelten Baumreihe bepflanzt,
3. durch eine in näher bezeichneter Weise vorzunehmende Regulirung, bei welcher u. a. im Wege des Austausches ein 91,5 □ Ruthen haltendes Stück vom Domkirchhofe zu erwerben wäre, eine arrondirte Marktpläche von 17 Morgen 27,8 □ Ruthen hergestellt,
4. die St. Leonhardsstraße, die Kleine Bertramstraße und der von der Campestraße am Schillischen Denkmal vorüber nach dem neuen Bahnhof führende Verbindungsweg aus städtischen Mitteln chaussirt und im Stande erhalten,
5. auf den Fall einer Veräußerung oder Parzellirung des Platzes oder einzelner Theile desselben den Besitzern der im Theilungsrecess von 1844 ausgeführten Weichbildsreihenhäuser das Grundeigenthum an dem jetzt der Stadt zu überlassenden Areal vorbehalten und diese Eigenthumsbeschränkung in das Grundbuch der Stadt eingetragen werde.

In diese Forderungen hat hinwider der Magistrat nicht willigen können. Einerseits nämlich war zu erwägen, daß die Weichbildsgemeinde Altewik zu keiner Zeit alleinige und unbeschränkte Eigenthümerin des St. Leonhardsplatzes gewesen ist, ihr im günstigsten Falle vielmehr nur eine in Gemeinschaft mit anderen Berechtigten auszuübende Weidgerechtsame kann zugestanden haben — ein Verhältniß, welches sich durch den Theilungsrecess vom 8. September 1800 in keiner Weise zu ihren Gunsten verändert hat, da in § 4 dieses Recesses der fragliche Platz von den Interessenten insgemein ausdrücklich als öffentlicher Platz anerkannt und aller Theilung oder anderweiter Verfügung entzogen wird. Wenn hinterher von dieser Bestim-

mung in Ansehung der ursprünglich zum St. Leonhardsplaz gehörigen, später an den Particulier Markworth verkauften Gärten abgewichen ist, so beschränkt sich diese durch die Recesse von 1839 und 1853 anerkannte Ausnahme doch eben lediglich auf die bezeichneten Gärten, wogegen in Betreff aller übrigen Theile des Plazes keinerlei Veränderung stattgefunden hat. Ebenso wenig kann ein Privatrecht der Weichbildsgemeinde aus der von ihrer Verwaltungsdeputation nach Maßgabe des Statuts vom 20. November 1857 ausgeübten Uebervachung hergeleitet werden, welche ebensowohl auf einer Verpflichtung als auf einer Berechtigung beruht und sich als öffentliche (polizeirechtliche) Befugniß kennzeichnet. Ist hiernach aber die altwiker Gemeinde überhaupt nicht in der Lage, der Stadtgemeinde Privatrechte zu übertragen, die dieser irgend welchen materiellen Nutzen gewähren könnten, so scheinen andererseits auch die dafür geforderten Gegenleistungen theils überhaupt nicht, theils nur mit unverhältnißmäßigem Kostenaufwande ausführbar. Unausführbar insbesondere, soweit es sich um die Erwerbung von Friedhofsterrain handelt, da zur Beseitigung der darauf befindlichen Grabstellen die Zustimmung der Interessenten voraussichtlich niemals zu erlangen sein dürfte. Hinsichtlich der übrigen Forderungen stellt der Magistrat nicht in Abrede, daß die eine oder andere immerhin auch im städtischen Interesse liegen dürfte und im Laufe der Zeit vielleicht befriedigt werden könnte; zu einer bindenden Zusage inbessen findet der Magistrat sich zu Zeit um so weniger veranlaßt, als der Stadt grade jetzt für unerläßliche Schul- und Straßenbauten, für die Anlage eines Schlachthauses und andere Erfordernisse sehr namhafte Ausgaben bevorstehen.

Unterm 12. März hat sich nunmehr die altwiker Verwaltungsdeputation an die Versammlung mit dem Ersuchen gewandt, die Angelegenheit auch ihrerseits zu prüfen und diejenigen Punkte der dem Magistrat gemachten Proposition zu bezeichnen, welche im öffentlichen Interesse mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage der Stadt einer Abwandlung etwa bedürfen. Daß der Weichbildsgemeinde wirklich ein wohlbegründetes Eigenthumsrecht am St. Leonhardsplaz zustehe, sucht die Verwaltungsdeputation mit Berufung auf den bezüglichlichen Archivalbericht, auf die eigenen Erklärungen des Magistrates in der Sitzung vom 30. Juli v. J. und auf die seit 38 Jahren bei jedem Rechnungsabschluß wiederholte Aufführung dieses Grundbesitzes im corpus bonorum der Gemeinde als zweifellos hinzustellen. Auf den Fall, daß die Versammlung gleichwohl den Anschauungen des Magistrates beitreten sollte, wird eine Anregung der Fragen in Aussicht gestellt, wem die Unterhaltung des Plazes obliegt, mit welchem Recht im Stadterweiterungsplan verfügt werden konnte, daß von dem Marktareal eine vier Morgen haltende Fläche abgetrennt und zu Bauplätzen ausgegeben werde, und ob eventuell nicht angezeigt wäre, wegen Abtretung des Plazes an die Domäne zu St. Leonhard mit Herzoglicher Kammer in Verhandlung zu treten.

Die Commission hält die Erwägungen, welche den Magistrat zur Verwerfung der fraglichen Vorschläge bestimmt haben, für durchaus zutreffend. Modificationen, welche dieselben annehmbarer zu machen geeignet wären, vermag sie nicht anzugeben. Zunächst empfiehlt sie daher, daß die Versammlung sich mit der Entscheidung des Magistrates einverstanden erkläre und weitere Verhandlungen mit der altwiker Verwaltungsdeputation ihrerseits ablehne. Zugleich aber giebt die Commission anheim, den Wunsch auszusprechen, die Weichbildsgemeinde möchte sich bereit finden lassen, ihr für sie selbst auf alle Fälle ziemlich werthloses und unter Umständen möglicher Weise selbst lästiges Recht am St. Leonhardsplaz bedingungslos an die Stadt abzutreten,

worauf dann seitens der städtischen Behörden in angemessener Form allerdings die Zusicherung ertheilt werden könnte, daß eine Verkleinerung des Platzes nicht werde vorgenommen werden.

Herr Munte rath dringend, vor Genehmigung eines derartigen Zugeständnisses erst den Stadterweiterungsplan zu Rathe zu ziehen und sorgfältig zu erwägen, ob nicht in Zukunft doch einmal eine theilweise Bebauung des Platzes geboten sein könnte.

Herr Solmiz dieses Bedenken theilend, beantragt, eine etwaige Zusicherung dahin einzuschränken, daß nie ein Theil des jetzigen Marktareals veräußert werden solle.

Herr Stadtrath Rittmeyer glaubt kaum, daß sich der Magistrat auf irgendwelche derartige Zusage einlassen wird. Er empfiehlt daher, jede weitere Verhandlung einfach abzulehnen und der Weichbildsgemeinde zu vertrauensvollem Entgegenkommen zu rathen. Redner erinnert daran, wie unter ähnlichen Verhältnissen die Feldmarktsinteressenten im Hagen kein Bedenken getragen, ihre Rechte am Kl. Exercierplatz bedingungslos abzutreten, in dem Vertrauen, daß die Stadtgemeinde als solche am besten im Stande sei, die öffentlichen Interessen an diesem Platz zu wahren. Gleiches Vertrauen darf in diesem Falle um so eher erwartet werden, als die Stadt ihr Interesse an der Erhaltung und der den künftigen Verhältnissen entsprechenden Instandsetzung des St. Leonhardsplatzes schon durch Ankauf und Beseitigung der denselben beengenden Markworthschen Gärten bethätigt hat.

Nachdem Herr Bracke die Absicht der Commission berichtend dahin ausgesprochen hat, daß nicht etwa eine bindende Zusage ertheilt, sondern nur die Unwahrscheinlichkeit einer künftigen Verkleinerung des Platzes angedeutet werden soll, verzichtet Herr Solmiz auf eine Modification des Commissionsantrages, worauf dieser von der Versammlung genehmigt,

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

Vertraulich wird die für eine Lehrerin beantragte Reiseunterstützung verwilligt und über die Veranlagung der Eisenbahngesellschaft und des Walzwerks verhandelt.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 207. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 9.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Juli 1875.

Öffentlich:

Einrichtung von Wochenmärkten auf dem Egidienmarkte.

Bestellung eines Standesamtes für hiesige Stadt.

Proceß wegen der von den Erben eines hiesigen Einwohners verweigerten Abgabe zur Armen- und Begeßerungskasse.

Bau einer vierten mittlern Bürgerschule im Pflegehausgarten.

Prolongirung eines Pachtcontracts über städtische Garten- und Feldbländerei.

Antrag Herrn Krampes in Betreff der ferneren Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke.

Vertraulich in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Bewig, Bock, Flagge, Kunzen, Mühe, Munte, Reck, Steinacker. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Haake, Ramdohr, Rittmeyer.

Das Protocoll vom 29. April wird genehmigt.

In einer Eingabe vom 4. d. M. trägt Herr Particulier Domeyer mit der Bitte um baldige Entscheidung die Erbietungen vor, welche er wegen Erwerbung des an der Kasernenstraße zwischen seinem Gartengrundstück und dem neuen Eingange der Husarenstraße belegenen Areales dem Magistrate neuerdings hat zugehen lassen. Die Versammlung beschließt, dieses Schreiben dem Magistrate zur Kenntnißnahme zu übersenden und die bezügliche Vorlage abzuwarten.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet auf Grund eines Magistratschreibens vom 3. v. M. namens der Statutencommission Herr Graf Görk-Brissberg Folgendes.

Die Wochenmarktsordnung vom 25. August 1852 wies dem Egidienmarkte je für den Mittwoch und Sonnabend Märkte zu. Diese wurden indeß nur schwach be-

sucht und haben deshalb nicht lange bestanden, so daß von ihnen in der Wochenmarktsordnung vom 27. Januar 1865 ganz konnte abgesehen werden. Nachdem nun aber durch Bebauung des Stadtgebiets vor den Thoren die Einwohnerzahl des August- und des benachbarten Steinthordistricts erheblich zugenommen hat, ist beim Magistrate ein mit zahlreichen Unterschriften versehenes Gesuch um Herstellung jener Wochenmärkte eingegangen, die, wie man hofft, unter so veränderten Verhältnissen eine günstigere Entwicklung nehmen und zu einer Neubelebung des grade in diesen Stadttheilen seit längerer Zeit sehr darniederliegenden Verkehrs beitragen werden. Für die Eröffnung derselben ist eventuell der Beginn der diesjährigen Sommermesse in Aussicht genommen. Herzogliche Polizeidirection, der dies Gesuch in Gemäßheit der Bestimmung in § 9 der Reichs-Gewerbeordnung mitgetheilt ist, stellt dasselbe zunächst zur Beurtheilung der städtischen Behörden; der Magistrat seinerseits erkennt es als deren Aufgabe und Pflicht, zu dem Versuche einer derartigen Aufhilfe der Interessen so vieler Mitbürger die Hand zu bieten und giebt demnach auch der Versammlung anheim, sich mit vorliegendem Antrage einverstanden zu erklären. Ebendahin geht das Votum der Commission.

Herr Reuter kann zu dieser Frage heut eine andre Stellung nehmen als vor acht Jahren. Damals hat er auf Verlangen der Anwohner der Wenden- und der Fallersleberstraße sich dagegen ausgesprochen, weil die neuen Wochenmärkte für die Tage angelegt waren, an denen solche auf dem Hagenmarkte stattfinden. Da dieser Anstoß dormalen vermieden ist, fällt für ihn jeder Grund zum Widerspruch weg.

Im Interesse der Einwohner des Wilhelmi- und des Hohenthordistrictes möchte Herr v. Seckendorff zur Erwägung vorstellen, ob zu einiger Ausgleichung der den altstädter Wochenmärkten durch die bei St. Egidien erwachsenden Concurrenz künftig nicht auch während der Messzeit Wochenmärkte für die Altstadt auf dem Martinkirchhofe beibehalten werden könnten.

Herr Faillard, welcher dies für dringend geboten hält, um eine verhältnismäßige Entwerthung der Häuser auf dem Kohl- und dem Altstadtmarkte abzuwenden, tritt dem von dem Herrn Vorredner angedeuteten Wunsche mit dem entsprechenden Antrage bei.

In Erwägung, daß nach der Reichs-Gewerbeordnung jede Frage dieser Art zunächst dem Magistrate und Herzoglicher Polizeidirection zu unterbreiten ist, in vorliegendem Falle also die Versammlung füglich Bedenken tragen muß, sich ihrerseits sofort schlüssig zu machen, giebt Herr Graf Sörh-Brisingheim, den Antrag Herrn Faillards für heute abzulehnen, falls dieser ihn nicht etwa als selbständigen Antrag behandelt sehen will.

Nachdem für diese Modalität sich auch Herr Stadtrath Rittmeyer ausgesprochen hat,

erklärt Herr Faillard sich damit einverstanden, worauf sein Antrag, unterstützt von den Herren Meyer, v. Seckendorff und Solmiz, der Statutencommission überwiesen wird.

Herr v. Seckendorff bringt in Erinnerung, daß das fragliche Anliegen schon früher von Herzoglicher Polizeidirection als wohlberechtigt anerkannt und deren Einwilligung nur durch den Widerspruch der Einwohner des Augustthordistricts rückgängig gemacht ist. Wenn letztere demnächst durch eigene Wochenmärkte zufriedengestellt sind,

wird, wie Redner erwartet, Herzogliche Polizeidirection keinen Anstand nehmen, sich ohne weiteres zu Gunsten der altstädter Interessenten zu entscheiden.

In Betreff der Wochenmärkte bei St. Egidien beschließt die Versammlung die Anfrage des Magistrates zustimmend zu beantworten.

II. Um die zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Februar d. J. erforderlichen Maßregeln zeitig vorbereiten zu können, hat der Magistrat laut Schreibens vom 6. d. M. in Erwägung gezogen,

1. ob für hiesige Stadtgemeinde ein oder mehrere Standesämter einzurichten sind?
2. ob besondere Standesbeamte angestellt werden sollen?
3. ob ein geeignetes Geschäftslocal von dem anzustellenden Standesbeamten selbst beschafft oder seitens der Stadt und insbesondere im Stadthause eingeräumt werden soll?

Die Stadt Berlin, welche ca. eine Million Einwohner zählt, ist in dreizehn Standesamtsbezirke eingetheilt, auf deren jeden demnach 76923 Seelen entfallen. Magdeburg mit 84452 Einwohnern hat nur ein Standesamt, welches eingezogener Erkundigung nach die vorkommenden Eintragungen ohne Schwierigkeit erledigt. In Hannover, dessen Einwohnerzahl gegenwärtig auf 120,000 geschätzt wird, besteht ebenfalls nur ein Standesamt; doch werden nach Ansicht des dortigen Magistrats in nicht zu ferner Zeit mehrere Standesämter erforderlich sein. Da voriges Jahr in Magdeburg etwa 7500, in Hannover etwa 7700, in hiesiger Stadt 5214 Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen zu beurkunden waren, ist der Magistrat überzeugt, daß hier vor der Hand ebenfalls ein einziges Standesamt genügen wird.

Die Geschäfte des Standesbeamten sind nach § 4 des bezeichneten Gesetzes da wo ein Standesamtsbezirk nicht über den Bezirk der Gemeinde hinausgreift, von dem Vorsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher) wahrzunehmen, sofern dafür nicht ein besonderer Beamter durch die vorgesetzte Verwaltungsbehörde bestellt ist; doch können mit Genehmigung derselben — hier des Herzoglichen Staatsministeriums — diese Geschäfte auch einem andern Gemeindebeamten widerruflich übertragen oder besondere Standesbeamte von den Gemeindebehörden — hier dem Magistrat und den Stadtverordneten — angestellt werden. In Erwägung nun, daß jeder der hiesigen Orts für die nächsten Jahre voraussichtlich je 5–6000 Eintragungen eine sorgfältige Prüfung des Sachverhalts vorausgehen muß, auch von jeder derselben an demselben Tage eine von dem Standesbeamten zu beglaubigende Abschrift in ein Nebenregister einzutragen und ein beglaubigter Auszug auszufertigen ist, wird offenbar weder der Vorsühende noch sonst ein Mitglied des hiesigen Magistrats neben ihren übrigen, ohnehin schon zahlreichen Geschäften auch noch diese zeitraubenden Arbeiten übernehmen können, und erscheint hier daher die Anstellung eines besondern Standesbeamten nebst Stellvertreter unbedingt nothwendig.

An Räumlichkeiten wird das hier zu errichtende Standesamt ein Vorzimmer für das abzufertigende Publicum, ein Geschäftszimmer, ein Registraturzimmer und ein Zimmer für den Secretär, den Schreiber und das sonstige Hilfspersonal erfordern. Diese Räumlichkeiten, falls nicht etwa der Standesbeamte ein geeignetes eigenes Haus besitzt, dürften miethweise an passender Stelle im Mittelpunkte der Stadt nicht immer leicht zu beschaffen, ein öfterer Wechsel des Locals dabei unvermeidlich sein und überdies die Aufbewahrung der wichtigen Standesamtsregister in einem Privat-

haufe nicht die wünschenswerthe Sicherheit bieten. Diesen Schwierigkeiten und Uebelständen zu entgehen, hält der Magistrat die Einrichtung des Standesamtsbüreaus im Stadthause selbst für angemessen. Allerdings werden dazu die bisher an den Kammerdirector v. Böhneyfen vermiethteten Räume verwandt werden müssen und somit der Stadt künftig eine jährliche Miethseinnahme von 450 Rthlr. entgehen. Dieser Verlust aber scheint dem Magistrat gegenüber den angebotenen Vortheilen um so weniger ins Gewicht zu fallen, als andernfalls für die erforderlichen Localitäten ein nicht unerheblicher Miethypreis würde gezahlt werden müssen.

Nach dem allen giebt Magistrat der Versammlung anheim, sich mit den bezeichneten Maßnahmen einverstanden zu erklären und zu genehmigen, daß dem Kammerdirector von Böhneyfen der bestehende Miethscontract auf Ostern k. Jahres gekündigt werde, indem er für die interimistische Unterbringung des Standesamtes während der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. April Sorge zu tragen verheißt und weitere Anträge wegen Besoldung des Standesbeamten sowie dessen Stellvertreters und des Hilfspersonals in Aussicht stellt.

Die Statutencommission, für welche Herr Lucius Bericht erstattet, kann sich den Erwägungen des Magistrates lediglich anschließen und empfiehlt demnach die vorliegenden Anträge zur Genehmigung.

In gleichem Sinne beschließt auch die Versammlung, nachdem

Herr Steinau, welcher in Anbetracht der bei einem Behelf wie er jetzt für die ersten drei Monate eintreten muß, ganz unausbleiblichen Uebelstände bedauert, daß man nicht schon bei der letzten Erneuerung des Böhneyfenschen Miethscontracts auf rechtzeitige Erledigung der bewußten Räume Bedacht genommen hat,

von Herrn Stadtrath Rittmeyer dahin verständigt ist, daß Herzogliches Staatsministerium den Magistrat von der bevorstehenden Einführung der Standesämter erst später und nicht etwa auf eine Anfrage sondern ex officio in Kenntniß gesetzt hat, übrigens aber auch die Räumung zum 1. Januar schwerlich zu erlangen gewesen wäre.

Wie ferner

III. namens der Statutencommission Herr Heymann vorträgt, hat laut eines Magistratschreibens vom 13. v. M. der am 3. August v. Jahres verstorbene Kaufmann G. H. Bollmann in seinem Testamente zwar die Jubiläumstiftung, die Kleinkinderbewahranstalt, das Blindeninstitut und die Bildungsanstalt für weibliche Diensthöten mit Legaten bedacht, dagegen aber in Ansehung der der Armen- und der Wegebetterungskasse gebührenden Abgabe keine Verfügung getroffen. Von Herzoglichem Stadtgericht ist diese Abgabe, da der Bollmannsche Nachlaß auf 69,762 Rthlr. 26 $\frac{1}{2}$ 9 $\frac{1}{2}$ declarirt ist, auf 116 Rthlr. 11 $\frac{1}{2}$ festgesetzt. In der Meinung, daß der Erblasser seiner Verpflichtung gegen die Armenkasse durch Aussetzung jener Legate mehr als genügend nachgekommen sei, hat der Universalerbe, Rentier Ernst Bollmann zu Norddorf in Holstein, die Zahlung dieses vollen Betrages verweigert und nur die Hälfte mit 58 Rthlr. 6 $\frac{1}{2}$ an die Wegebaukasse zu entrichten sich bereit erklärt. Da nun die erwähnten milden Stiftungen mit der hiesigen Armenanstalt keinesweges identisch sind, auch nicht die Unterstützung von Bedürftigen hiesiger Stadt allein bezwecken, so kann der Magistrat die Auffassung des v. Bollmann als richtig nicht anerkennen, und ersucht er daher die Versammlung, ihn zur Wahrung des Rechtes der Armen-

anstalt im Proceßwege zu ermächtigen, dessen Ausgang nach Maßgabe mehrfacher früherer Entscheidungen der Gerichte nicht zweifelhaft erscheint.

In gleicher Weise wird die rechtliche Sachlage seitens der Commission beurtheilt, wonach denn auch die Versammlung sich zustimmend ausspricht.

IV. Mit einem Magistratschreiben vom 11. v. M. ist der Versammlung der Bauplan einer fünften mittleren Bürgerschule zugegangen. Zum Bauplätze ist der südwestliche Theil des Pflegehausgrundstückes bestimmt, für den Umfang und die innere Einrichtung im allgemeinen die neue Schule an der Campestraße zum Muster genommen. Einige von Magistrat und Schulvorstand empfohlene Aenderungen des vorliegenden Planes laufen darauf hinaus, daß

1. um den Turnplatz zu vergrößern und die zu 8650 Mk. veranschlagten Kosten der straßenseitigen Einfriedigungen zu ersparen, das Hauptgebäude nördlich dicht an die Pflegehausstraße, westlich dicht an die Goslarische Straße gestellt,
2. um für beide Abtheilungen der Schule einen Zugang zur Turnhalle zu schaffen, letztere an die Ostseite des Grundstückes in die Mitte zwischen beide Spielplätze verlegt,
3. bis geprüft ist, ob und an welcher Stelle die abzubrechenden beiden Nebengebäude des Armenhauses wieder aufzubauen sind, von diesem Punkte des Planes ganz abgesehen und demnach die Summe von 4800 Mk. von den Baukosten abgesetzt

werde. Indem der Magistrat den also modificirten Plan zur Genehmigung vorstellt, giebt er unter Vorbehalt genauerer Pläne und Anschläge anheim, die vorläufig veranschlagte Summe von 241050 Mk. aus der Stadtkasse zur Verfügung zu stellen und davon zu Behuf der Vorarbeiten und der Anschaffung von Materialien zunächst 30000 Mk. anzuweisen, den Beschluß darüber aber, ob und wie das Pflegehaus für den Bauplatz entschädigt werden soll, bis dahin auszusetzen, daß über die künftige Bestimmung des jetzigen Pflegehauses und seiner Zubehörungen Entscheidung getroffen ist.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, schließt sich im ganzen diesen Vorschlägen an, empfiehlt indeß den Magistrat um Prüfung der Frage zu ersuchen, ob nicht bei Aufstellung des Schulhauses eine Verbreiterung der Pflegehausstraße auf 15½ M. ermöglicht werden könnte.

Gegen diesen Antrag wendet Herr Stadtrath Bammel ein, daß der Straße in dem vorliegenden Plan ohnehin schon 15—16' zugelegt sind, eine noch größere Erweiterung aber nach Ansicht der Pflegehausdeputation nicht nur überflüssig wäre, sondern — da sie natürlich nicht auf die Länge des Schulgrundstückes beschränkt bleiben könnte, falls projectirter Massen über kurz oder lang dieser südwestliche Arm der Pflegehausstraße im Durchbruch zur Promenade fortgeführt würde — bei dem Werthe des dortigen Arealis auch unverhältnißmäßig kostspielig werden müßte.

Herrn v. Seckendorff erscheint letztere Consequenz nicht unbedingt nothwendig, jedenfalls aber eine Straßenbreite von 3 Ruthen an dieser Stelle unzureichend.

Dem pflichtet Herr Schöttler um so entschieden bei, als die Ausgänge der Schule unmittelbar auf die Straße führen, was bei solcher Enge derselben namentlich deswegen nicht ohne Gefahr sein würde, weil an den Eingängen der benachbarten Fabriken eine starke Verkehrshäufung unvermeidlich ist.

Herr Stadtrath Bammel zieht die Erheblichkeit dieser Rücksicht einigermaßen in Zweifel, da wenigstens die Bartels'sche Eichorienfabrik ihren Eingang nicht von der Pflegehausstraße sondern von der Goslarschen Straße hat.

Daß das Schulgebäude bis an die Straße vorgerückt werde, findet Herr Krampe insofern bedenklich, als straßenwärts grade die Klassenzimmer liegen sollen, und sonach der Unterricht den Störungen des Straßengeräusches aus unmittelbarer Nähe preisgegeben sein wird.

Herr Pini zweifelt, daß dieser Uebelstand merklich abgeschwächt würde, wenn das Schulhaus von der Straße durch einige Fuß Zwischenraum getrennt wäre. Bessere Wirkung in dieser Hinsicht hofft er eben von einer gehörigen Erweiterung der Straße.

Diese Erwartung theilt auch Herr Schöttler, welcher der Einwendung Herrn Krampe's übrigens volles Recht zugesteht, wenn schon er in Anbetracht der Himmelsgegend nicht zu einer Verlegung der Klassen an die Hofseite rathen könnte.

Einer Verbreiterung bedarf nach Ansicht Herrn Reuters die Goslarsche Straße nicht weniger als die Pflegehausstraße. Um die Möglichkeit einer solchen offen zu halten beantragt er,

daß das Schulgebäude an der Westseite nicht unmittelbar an die Straße gesetzt sondern von dieser 6' fern gehalten werde.

Herr v. Seckendorff erhebt hiergegen das Bedenken, daß bei solcher Verschiebung des Grundplans die beiden Spielplätze entweder in ungleicher Größe oder jeder um 3' schmaler müßten hergestellt werden;

weswegen denn auch Herr Schwarzenberg anheim giebt, diesen Antrag vorerst dem Magistrat zur Erwägung zu verstellen.

Nachdem jedoch Herr Stadtrath Bammel darauf hingewiesen hat, daß die Spielplätze durch Hinusrückung des Schulgebäudes nach Norden nicht unerheblich an Tiefe gewinnen, einen Ausfall an ihrer Breite also sehr wohl vertragen werden,

wird der Antrag der Commission sammt dem von Herrn Reuter beantragten Zusatz genehmigt.

Wie ferner

V. der Magistrat in einem Schreiben vom 24. v. M. vorträgt, sind theils zu Michaelis v. J. theils auf Petri d. J. die sieben Pachtcontracte abgelaufen, die das Waisenhaus wegen einzelner Theile seiner ca. 13 Morgen Garten- und Feldländerei abgeschlossen hatte und in welche seit deren Ankauf die Stadt eingetreten war. Nachdem davon inzwischen verschiedene Parzellen in der Gesamtgröße von ca. 1 Morgen 85 □ Ruthen theils zur Regulirung und Verbreiterung der Husarenstraße abgetrennt, theils außer Gebrauch gesetzt sind, hat der Magistrat diese einzeln ausgeführten Contracte unter entsprechender Ermäßigung der bisherigen Pachtpreise und mit dem Vorbehalte verlängert, daß dieselben, falls die fraglichen Ländereien während der Pachtzeit verkauft oder zu städtischen Zwecken benutzt werden sollten, erlöschen, und dem Pächter alsdann außer der im Boden befindlichen und nach der Taxe eines Gartens geschwornen zu vergütenden Seil und Gäre keine Entschädigung gezahlt werde.

Dem Antrage des Magistrats entsprechend, erklärt auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, die Versammlung sich damit einverstanden.

Hierauf

VI. berichtet namens der Statutencommission Herr Heymann über den am 29. April von Herrn Krampe eingebrachten Antrag:

In Anbetracht der von Herrn Reuter in voriger Sitzung zugestandenen Thatsache, daß das städtische Wasserwerk lediglich als ein Provisorium oder Interimificum angesehen werden kann,

in Anbetracht ferner, daß laut der heutigen Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters dem Magistrate von der projectirten Harz-Wasserleitung überall nichts bekannt ist,

in Anbetracht endlich, daß hiernach die am 22. April von Herrn Reuter in Aussicht gestellte Abhilfe der Beschwerden über die unzulänglichen Leistungen des Werkes offenbar noch in weitem Felde liegt,

wolle die Versammlung beschließen,

daß dem Directorium des städtischen Wasserwerkes aufgegeben werde, von jeder Erweiterung des Röhrennetzes abzusehen, auch neue Anträge auf Abgabe von Wasser solange zurückzuweisen, bis die, wie Herr Reuter selbst zugestanden hat, vielfach mangelhafte Versorgung der gegenwärtigen Consumenten beseitigt und ein Leistungsüberschuß des Werkes nachgewiesen sein wird.

Von vornherein haben sich der Commission starke Zweifel aufgedrängt, ob eine derartige Maßregel, welche zahlreiche Mitbürger auf unbestimmte Zeit vom Mitgenuß einer der werthvollsten Wohlfahrts Einrichtungen ausschließen würde, unter irgend welchen Verhältnissen für zulässig erachtet werden könnte. Sodann aber hat die Commission aus den von Herrn Reuter ertheilten Aufklärungen auch die Ueberzeugung geschöpft, daß der Herr Antragsteller insofern von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen ist, als die vorhandenen Uebelstände nicht so sehr durch die unzulängliche Leistungsfähigkeit des Wasserwerks wie durch die vielfach zu rügenden, oft gradezu maßlos verschwenderischen Mißbräuche der Consumenten verschuldet werden und sonach gegründete Aussicht ist, die gewünschte Besserung mit anderen Mitteln erzielen zu können. Wegen einer genauern Darlegung des Sachverhalts auf Herrn Reuter verweisend, giebt namens der Commission der Herr Referent anheim, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Herr Krampe, zur Eröffnung der Discussion aufgefordert, verzichtet darauf in Erwartung der verheißenen Auseinandersetzung Herrn Reuters.

Herr Schöttler hat den vorliegenden Antrag von Anfang an gleichfalls keinesweges für unbedenklich gehalten. Wenn er trotzdem sich daran betheiligt hat, so ist dies nur geschehen, um eine Erörterung herbeizuführen, wie sie theils in Rücksicht auf jene befremdliche Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, theils aber und hauptsächlich durch die bekannte Gewohnheit des Publicums geboten schien, für alles was man anders wünschen möchte, schlechthin die Behörden verantwortlich zu machen, unbekümmert darum, wie weit etwa die Betheiligten selbst an den empfundenen Uebelständen mitschuldig sind. In gegenwärtigem Falle ist die Sachlage, wie Redner sie ansieht, diese. An sich würde die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks allenfalls für die doppelte Zahl der jetzigen Consumenten ausreichen. Auch kann über unzulängliche Wasserlieferung mit Fug nur in einzelnen Theilen der Stadt geklagt werden, und selbst dort würde

man weniger davon empfinden, wenn jeder Consument sich diejenigen Einschränkungen auferlegte, welche nach Recht und Billigkeit gefordert werden können. Lassen aber ihre sonstigen Ursachen sich nicht sofort beseitigen, so ist das den nämlichen Verhältnissen zuzuschreiben, welche noch mehrere andere, ebenfalls als nothwendig anerkannte Verbesserungen, die Anlage z. B. eines Hochreservoirs und eines zweiten Filters, hintanhaltend: in erster Linie nämlich dem Kostenpunkte und weiter dann den durch das Project einer Harzwasserleitung eröffneten Aussichten. Bis diese Frage so oder so zur Entscheidung gebracht ist, wird man sich mit dem Vorhandenen so gut wie möglich müssen einzurichten suchen. Die Verwaltung des Wasserwerks wird inzwischen wie bisher das Ihrige thun, um partiellen Mängeln bestens abzuweichen, darf dagegen aber billiger Weise auch erwarten, daß man ihre Lage richtig würdigt und nicht bei jedem Anlaß mit Tadel und Klagen gegen sie einstimmt. In Betreff des vorliegenden Antrags pflichtet Herr Schöttler demnach dem Commissionsvotum bei, indem er mit Nachdruck hervorhebt, wie hart und ungerecht die entgegengesetzte Entscheidung namentlich Diejenigen treffen würde, welche neuerdings noch im Verlaß auf die Wasserleitung zu Neubauten geschritten sind und meist auch ohne jeden Schaden für die älteren Theilhaber aus derselben noch versorgt werden können.

Herr Reuter hält gleichfalls für wünschenswerth, daß alle wirklichen oder eingebildeten Mängel öffentlicher Einrichtungen öffentlich auch zur Besprechung gelangen. Nicht minder wünschenswerth aber erscheint ihm die Vorsicht, bei jedem Anlaß der Art zu allererst den wahren Sachverhalt zu ermitteln. Mit Bedauern sieht er diese Vorsicht durch Herrn Krampe außer Acht gelassen. Denn nur aus einer augenfällig mangelhaften Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse können die Anklagen geflossen sein, welche dieser laut Protocolls bei Motivirung seines Antrags vorgebracht hat — Anklagen, von deren Charakterisirung Redner absieht, um nicht seinerseits zu starken Ausdrücken versucht zu werden. Manches mag auch nicht ganz so böse gemeint sein, wie es nach dem Wortlaut des Protocolls sich ausnimmt; keinesfalls aber hätte es der mit allerlei Lob ausgestatteten Verwahrung in Betreff seiner Person bedurft, da alle jene Vorwürfe, wenn sie begründet wären, ganz offenbar nur das bestehende Reglement und nicht Diejenigen treffen würden, welche dasselbe zu handhaben berufen sind. Als ein Mißverständnis muß Herr Reuter es bezeichnen, wenn man für die Behauptung von dem »höchst zweifelhaften Werthe« des Wasserwerks seine eigenen Zugeständnisse glaubt anführen zu können: immer, und so auch leßthin bei der bezüglichen Verhandlung am 15. April, hat er vielmehr ausdrücklich betont, daß die gerügten Mängel von lediglich localer Bedeutung sind, ihre Abhilfe in Aussicht steht. Wenn aber als Kriterium für die Zulassung neuer Consumenten des Wasserwerks der Nachweis eines Leistungsüberschusses gefordert wird, so dürfte mit Recht wohl auf den öffentlichen Luxusverbrauch namentlich durch den Hagenmarktsbrunnen verwiesen und zur Erwägung anheimgegeben werden, ob nicht für die Lage, an denen sich etwa ein wirklicher Wassermangel fühlbar machen sollte, dieser Brunnen, der mehr Wasser als 100 Familien verbraucht, außer Thätigkeit zu setzen wäre.

Allerdings ist das hiesige Werk, und dies hat Herr Reuter niemals in Abrede gestellt, abgesehen von den allgemeinen Mängeln, welche nothwendig mit je der Flußwasserversorgung verknüpft sind, auch noch mit einigen andern behaftet; aber von diesen hat Herr Krampe dem Protocoll zufolge nicht gesprochen. Wie bekannt, stellte sich das für das Werk ausgeworfene Anlagekapital als unzureichend heraus; eine Zeit

lang schien es sogar nöthig, die Deckung der Deficits durch ein besonderes Statut zu sichern, welches nachmals freilich, dank der unerwartet günstigen Betriebsentwicklung nicht zur Ausführung gelangt ist: Verhältnisse, über welche Näheres in dem Berichte des Magistrats vom Mai 1866 und im Protocoll der Versammlung vom 26. Juli 1866 nachzulesen ist. Von vornherein aber ergab sich aus diesen Umständen der Zwang thunlichster Einschränkung. So verzichtete man auf ein zweites Filter, obschon Jedermann sich sagen mußte, daß ein einziges Filter nicht ausreicht, um stets Wasser von wünschenswerther Klarheit zu liefern. Denn bei trüber Zuflut genügt oft eine Viertelstunde, das Filter gründlich zu verschlammten, und wenn hier auch Einrichtungen getroffen sind, um die Bahnhofreservoirs zu Hilfe zu nehmen, so kommt es doch vor, daß die Oker tagelang abgelassen ist und inzwischen der gesammte Wasservorrath sich erschöpft; tritt dann, wie unlängst, plötzlich Hochwasser ein, so ist schlechthin kein anderer Ausweg, als das Wasser so wie es zufließt in die Röhren der Stadt zu befördern. Freilich würde in solcher Zeit auch mit sechs oder acht Filtern wenig auszurichten sein, und dieser in höherem oder geringerem Grade bei allen Flußwasserleitungen wiederkehrende Uebelstand ist einer der Gründe, die selbige aller Orten mehr und mehr in Mißcredit bringen. Jene finanziellen Rücksichten geboten ferner, den Umfang des Leitungsnetzes und die Weite der Haupttröhren nach dem derzeit gesicherten Bedarf zu bemessen. Redner erinnert, wie er selbst mit den Einzeichnungslisten umhergegangen ist und Consumenten geworden hat — nicht überall mit dem gewünschten Erfolge: vor dem Augustthore z. B. gelang es nur mit allergrößter Anstrengung ein 4" Rohr bis nach Holsts Garten auf der einen, der Fabrik von Graß und Markworth auf der andern Seite zu sichern. Daß eine solche Beschränkung der Anlage sich bald als Fehler herausstellen werde, hat Redner vorausgesagt, und der Erfolg hat ihm Recht gegeben: wenn jetzt, nach so erheblicher Zunahme der Umbauten außerhalb der Stadt hie und da zu Zeiten eine Leitung daselbst versagt, so ist dies lediglich der ungenügenden Weite der dort liegenden Röhren und nicht etwa der Unzulänglichkeit des maschinellen Theils des Werkes zuzuschreiben, welcher bereits vor zwei Jahren bedeutend verstärkt wurde und mit Leichtigkeit das Doppelte des höchsten Bedarfs von heute liefern könnte. Noch verhängnißvoller als diese Unvollkommenheiten kann unter Umständen der Mangel eines Hochreservoirs werden, sofern er die Gefahr herbeiführt, eines Tages durch irgend welchen Bruch an den Maschinen die ganze Thätigkeit des Werkes in Frage gestellt zu sehen — eine Gefahr, angesichts deren der Oberbaurath Hobrecht den Ausspruch gethan hat, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen nicht wagen würde, die verantwortliche Leitung des hiesigen Wasserwerks über sich zu nehmen. Schon 1868 hat Herr Reuter selbst denn auch auf Anlegung eines Hochreservoirs angetragen; nach reiflicher Erwägung aller Möglichkeiten liegt seit ungefähr drei Jahren ein bestimmtes Erweiterungsproject vor, ein Project allerdings, dessen Ausführung $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark erfordern würde. Ein sehr wesentlicher Mangel in der Anlage ist endlich der, daß bei jeder Erweiterung der Haupttröhren eine mehrtägige Betriebseinstellung unvermeidlich wird: von wie traurigen Folgen dies sein müßte, wenn während solcher Pause etwa ein großes Feuer auskäme, liegt auf der Hand.

Das die Schwierigkeiten, mit denen die Verwaltung den Wasserwerks zu kämpfen hat. Erwägt man nun, daß selbiges trotzdem seinen wesentlichen Aufgaben bisher durchaus genügt hat, und daß insbesondere während eines zehnjährigen Betriebes auch

nicht an einem einzigen Tage eine merkbare Betriebsstörung bei ihm eingetreten ist, so wird man sich, wie Herr Reuter hofft, der Anerkennung nicht entziehen wollen, daß alles geleistet ist was billiger Weise verlangt werden kann. Im Einzelnen will Redner auf die bei Gelegenheit des vorliegenden Antrags erhobenen Klagen nicht eingehen; einige derselben aber geben sich auf den ersten Blick als unhaltbar zu erkennen. Als »ein Besitz von höchst zweifelhaftem Werthe« kann füglich doch nicht ein Werk bezeichnet werden, welches, wenn auch immerhin an wenigen Stellen das Wasser momentan möge gefehlt haben, an tausend andern Stellen stets ununterbrochen auf das segensreichste gewirkt hat und bei dessen Verkaufe, einem thatsächlich erfolgten Angebote nach, 150,000 Rthlr. zu verdienen wären. Der Voranschlag von 15000 Mk. für neue Privatanlagen ist nach den Ergebnissen des Vorjahrs zu bemessen; bei diesen aber hat auch der Gewinn von auswärtigen Anlagen mitgewirkt, welchen andere Wasserwerksvorstände in ihren eigenen Säcken fließen lassen, während derselbe hier der Stadt zu Gute kommt. Was ferner Herr Krampe tadelnd gegen gewisse Bestimmungen der Lieferungscontracte vorgebracht hat, erledigt sich von vornherein durch die Erwägung, daß das Regulativ seitens dieser Versammlung selbst entworfen und angenommen ist. Der als »ominös« bezeichnete § 7, welcher bisher übrigens erst ein einziges Mal zur Anwendung gekommen, ist ganz unentbehrlich. In England, in Amerika, in Hamburg giebt es überhaupt nur intermittirende Wasserversorgung: zu einer bestimmten Stunde muß jeder Consument seinen ganzen Tagesbedarf entnehmen, zu anderer Zeit bleibt die Leitung geschlossen. Hier und im übrigen Deutschland hat man geglaubt von dieser Beschränkung absehen zu können und liefert man jedem Abnehmer in jedem von ihm gewählten Augenblicke das gewünschte Wasser; dabei hat man aber in allen Städten den § 7 für nothwendig erachtet, weil man andernfalls angehalten werden könnte, Unmögliches zu leisten, auch hat man dabei auf eine allseitig vernünftige Benutzung des Wassers gerechnet; nach den bekannten Erfahrungen indeß scheint es fast, als habe man sich darin getäuscht. Jedem § 7 gegenüber steht § 3, laut dessen jeder Consument den Lieferungscontract beliebig kündigen kann, während die Verwaltung des Wasserwerks dazu erst dann befugt ist, wenn ein Abnehmer wiederholter Vergeudung oder Veruntreuung von Wasser überführt wird. Wie bekannt, haben die weite Verbreitung dieser Mißbräuche und die Schwierigkeit ihres Erweises neuerdings Anlaß gegeben, wenigstens die Strafbestimmungen in § 9 des Regulativs einigermaßen zu verschärfen. Und eben auf diese Mißbräuche ist denn auch das meiste von dem zurückzuführen, was irrthümlich einer mangelhaften Leistungsfähigkeit des Wasserwerks zugeschrieben wird. Laufen doch Klagen über unzulängliche Wasserlieferung mitunter auch aus solchen Stadttheilen ein, wo der Druck nachweislich von durchaus genügender Stärke ist: regelmäßig ergiebt in solchen Fällen die Untersuchung, daß die Klageführenden selbst den Ausfall durch ein ebenso zweck- wie reglementswidriges Verfahren verschuldet. In der Meinung nämlich, dadurch das Einfrieren der Leitung verhüten zu können, läßt man diese an Frosttagen vielfach schwach aber ununterbrochen durch Closets oder Gassensteine ausströmen, ohne zu bedenken, daß dabei schließlich die Zuleitungsröhren durch seine Niederschläge, welche das Wasser immer zurückläßt, verengt und schließlich verstopft werden müssen. Wie unverhältnißmäßig diese und ähnliche Gepflogenheiten hier den Verbrauch steigern, veranschaulicht eine Gegenüberstellung folgender Zahlenverhältnisse. Das Berliner Wasserwerk lieferte im letzten Jahre 16,077,190 Cu-

kubikmeter Wasser, das hiesige 2,175,336. Berlin hat mindestens 900,000 Einwohner, Braunschweig 65,000: dort also entfallen auf den Kopf etwa 49 Liter, hier 91. Bringt man aber dort und hier nicht die Gesamteinwohnerzahl sondern die Zahl der Consumenten in Anschlag, so stellt sich der Consum des Einzelnen in Berlin auf 89 Liter, hier auf 170 Liter. Im Jahre 1874 verbrauchten die Wasserconsumenten in Copenhagen täglich per Kopf 56 Liter Wasser

» Paris	»	»	»	62	»	»
» Wien	»	»	»	90	»	»
» Hamburg	»	»	»	123	»	»
» London	»	»	»	139	»	»

In demselben Jahre lieferten die Wasserwerke

in Cassel	mit 55,000 Einwohnern	902,000 Kubikmeter Wasser
» Düsseldorf	» 80,000	» 1,292,024 » »
» Leipzig	» 120,000	» 2,550,830 » »
» Breslau	» 220,000	» 3,919,786 » »

Nach dem allen wird man hier über färgliche Versorgung im Allgemeinen nicht wohl klagen können. Begründet allerdings waren die Beschwerden der Anwohner vor dem Augusthore; sobald dies aber festgestellt war, wurde auf Abhilfe Bedacht genommen, welche inzwischen denn auch mit einem Aufwande von 4000 Mk. ins Werk gesetzt ist. Anderswo schneidet man in solchen Fällen den theilhabenden industriellen Etablissements das Wasser ab, weil grade diese die stärksten Verbrauchs-schwankungen veranlassen, wie Redner dies durch Angaben über den Maximal- und Minimalverbrauch des Bahnhofes, der Zuckerraffinerie und des Braunschweiger Walzwerkes erläutert.

Schließlich das Project einer Harzwasserleitung anlangend, giebt Herr Reuter über den Gang und Stand dieser Angelegenheit folgenden Aufschluß. Schon seit zehn Jahren von ihm in Betracht gezogen, ist das Project öffentlich zuerst bei Gelegenheit des Eisenbahnverkaufs zur Sprache gebracht. In Folge dessen hat die Landesregierung sich contractmäßig das Recht vorbehalten, eventuell das Hauptleitungsrohr neben dem Bahnkörper entlang führen zu lassen. Weiter sind bekanntlich dann von der Landesregierung die Mittel zur Untersuchung der natürlichen Gegebenheiten verwilligt; die damit beauftragte Commission hat im Ganzen die Ueberzeugung von der Ausführbarkeit des Unternehmens gewonnen, und nur über die Nachhaltigkeit der aufgefundenen Wassermenge besteht noch eine Meinungsverschiedenheit, zu deren Beseitigung Ermittlungen über den Bestand in diesem Jahre anzustellen sind, sobald trockne Zeit eingetreten ist. Der betreffende Bericht ist so weit vorbereitet, daß er alsdann sofort kann erstattet werden, und ohne allen Zweifel wird ihn die Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt entgegennehmen. Im Uebrigen handelte es sich hierbei bis jetzt nicht um eine städtische sondern um eine Landesangelegenheit: aus Landesmitteln wurden die Kosten der Vorarbeiten bestritten, und nicht auf die Stadt Braunschweig allein, sondern auch auf Wolfenbüttel und 21 andere Ortschaften war bei dem Projecte Rücksicht zu nehmen, wodurch, da man mit vielen unbekannten Factoren zu rechnen hatte, die Schwierigkeiten sich natürlich steigerten. Für unsere Stadt allein wäre die Ausarbeitung eines Projectes mit weit geringeren technischen Schwierigkeiten verknüpft. Unter diesen Umständen konnte selbstverständlich der Magistrat keine officielle Kunde von dem Stande der Angelegenheit besitzen, und dieses hat wahrscheinlich der

Herr Oberbürgermeister in der Sitzung vom 29. April vorzugsweise andeuten wollen. Hinsichtlich der Ausführung des Projectes wird für die anderen in Berücksichtigung genommenen Ortschaften die Hauptschwierigkeit aus finanziellen Erwägungen entstehen, wie denn auch hier vor zehn Jahren Niemand mit einem Plane, welcher für die Stadt allein etwa 4 Millionen Mark Anlagecapital erfordert, mit Aussicht auf Erfolg hätte hervortreten können; jetzt, nachdem im Jahre 1874 bereits eine Einnahme von rund 115,000 M. für abgegebenes Wasser erzielt wurde und deren fernere Steigerung in sicherer Aussicht steht, läßt sich der Beweis erbringen, daß ein solches Anlagecapital — welches Regierung und Landtag in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes gewiß zu mäßigen Bedingungen vorzustrecken bereit sein dürften — ohne Inanspruchnahme der Stadtkasse wird verzinst und amortisirt werden können. Die Ausführung der Harzwasserleitung würde allerdings mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen, allein so lange kann man allen billigen Ansprüchen der jetzigen und künftigen Consumenten mit dem vorhandenen Werke noch genügen, zumal es nach wie vor an der möglichsten Sorgfalt nicht fehlen wird, um die vorhandenen Mängel desselben möglichst wenig fühlbar zu machen. Redner hält für sehr wünschenswerth, daß die Stadt Braunschweig, um ihrerseits jede Zeitversäumniß zu vermeiden, nach dieser Richtung hin bald zu dem Projecte Stellung nehme, und giebt daher anheim, seitens der Versammlung beim Magistrate eine Erwägung der angedeuteten Eventualität in Anregung zu bringen.

Herr Krampe bedauert, daß die Commission ihn nicht ebenso wie Herrn Reuter zu ihren Berathungen herangezogen hat. Der Verkündigung würde es vielleicht zu statten gekommen sein, wenn ihm vorgemant gewesen wäre, seine Meinung dort eingehender zu erläutern und zu begründen, und vielleicht hätte sich dann auch Herr Reuter der persönlichen Gereiztheit überhoben gesehen, in welcher er den vorliegenden Antrag soeben schlechthin auf Ignoranz zurückgeführt und eine noch härtere Beurtheilung verblümt angedeutet hat. Die Behauptung freilich hätte Redner aufrecht halten müssen und hält er noch jetzt aufrecht, daß Herrn Reuters eigne Auslassungen in der Sitzung am 15. April zu der Annahme berechtigten, das Wasserwerk in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit sei seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen, wie dies denn auch durch den wiederum von Herrn Reuter selbst mitgetheilten Ausspruch des Oberbauraths Hobrecht bestätigt zu werden scheint. Wenn inzwischen nun der lechthin ausgegebene Verwaltungsbericht die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks mit exacten Zahlenangaben in ein überaus günstiges Licht stellt, so sieht sich Redner zwar nicht in der Lage, gegen solche dem ersten Eindruck nach in der That erdrückende Beweise anzukämpfen, zumal ihm jener Bericht erst gestern Nachmittag zugestellt ist und somit keine Zeit war, die aufgeführten Zahlenreihen auf die ihnen beigelegte Bedeutung auch zu prüfen. Bei der hier angestellten Vergleichung des Berliner Wasserconsums mit dem hiesigen schien es ihm, als sei das nachgewiesene Quantum dort auf alle Einwohner, hier nur auf diejenigen vertheilt, welche effectiv an der Wasserleitung participiren. Aber wie dem auch sei: aus dem Kreise seiner eigenen Beobachtung liegen unanfechtbare Thatfachen vor, welche mit jenem frühern Zugeständniß Herrn Reuters nur zu sehr übereinstimmen. Denn Thatsache ist es, daß die Abnehmer vor dem Augustthore Monate lang zeitweilig nicht nur kein gutes sondern überhaupt kein Leitungswasser gehabt haben, Abnehmer zum Theil — Redner weist vornehmlich auf die Brauerei zum Feldschlößchen hin, hinsichtlich deren ihm genauere Mittheilungen zu Gebot stehen — denen dieser Mangel sehr bedeutende Geschäftsstörungen verur-

sacht hat. Und Thatsache ist ferner auch, daß ungeachtet aller Klage über diese Unzulänglichkeiten auf der nothleidenden Strecke noch in letzter Zeit mehrfach neue Ableitungen angelegt sind, darunter sogar solche zur Speisung von Fontänen. Im Hinblick auf die gründliche Abhilfe, welche durch das Project einer Harzwasserleitung in Aussicht gestellt schien, hätte dies allenfalls noch länger so hingehen mögen; allein von dem Augenblick an, da jene Aussicht durch die bewußte Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in ganz ungewisse Fernen hinausgerückt wurde, mußte sich gebieterisch das Bedürfnis geltend machen, dem Nothstande mit anderen Mitteln beizukommen. Nach dem allen kann Redner von dem was er laut Protocols am 29. April hier vorgetragen hat, kein Wort zurücknehmen, vielmehr trotzdem daß Herr Schöttler sich von dem Antrage lossagt, welchen er mit unterzeichnet hat, nur nochmals um dessen Annahme bitten.

Dem gegenüber legt Herr Heymann nochmals die Unmöglichkeit dar, auf Grund jener stellenweis vorgekommenen Uebelstände hinfort jede neue Privatzuleitung zu verweigern. Daß die Versammlung dem Antrage Herrn Reuters gemäß ein selbstständiges Vorgehen der Stadt in Betreff der Harzwasserleitung in Anregung bringe, glaubt Redner namens der Commission als unbedenklich bezeichnen zu können.

Für unbedenklich hält solchen Beschluß auch Herr Graf Börs-Wrisberg; rechten Erfolg indes verspricht er sich nicht davon. Denn officiell liegt die Angelegenheit den städtischen Behörden fern; eine sichere und genaue Kunde von dem Gutachten der Fachmänner steht ihnen nicht zu Gebote, und vollends ungewiß ist, ob und welche Vorschläge auf Grund dieses Gutachtens demnächst Herzogliches Staatsministerium bei der Landesversammlung einbringen wird. Bei solcher Unklarheit der Sachlage aber dürfte der Magistrat sich schwerlich in der Lage sehen, seinerseits mit bestimmten Anträgen hervorzutreten, und als das Richtigere erscheint jedenfalls, zunächst den Verlauf der betreffenden Verhandlungen in der Landesversammlung abzuwarten.

Dagegen erkennt Herr Schöttler grade in der Beschaffenheit der soeben gekennzeichneten Sachlage ein Moment mehr zu Gunsten des Reuterschen Zusatzantrages. Denn gesetzt, jenes Gutachten der Fachmänner ginge bis zum Zusammentritt der Landesversammlung nicht mehr ein, oder aber die Regierung fände keinen Anlaß zu einer Vorlage in dieser Sache: auf was und wie lange sollte man in diesem Falle noch warten? Redner hat sehr bedauert, daß seine Anfrage am 29. April von dem Herrn Oberbürgermeister, immerhin mit gutem Grunde, so kurz abgefertigt ist, weil nichts in der That einen trostlosen Eindruck hervorrufen konnte als das Geständnis, daß der Magistrat sich wegen einer von vielen Seiten so gespannt und sehnfüchtig verfolgten Angelegenheit immer noch in völliger Ungewißheit befindet. Angenehmer als diese Ungewißheit würde ohne Zweifel auch die ungünstigste Entscheidung sein, und eine Entscheidung herbeizuführen weist eben der Antrag Herrn Reuters den geeigneten Weg.

Selber ebenfalls nicht im Stande, die gewünschte weitere Auskunft zu erteilen, muß Herr Reuter diese Erwägung als vollberechtigt anerkennen. Im Einverständnis mit der Commission modificirt er seinen früheren Antrag dahin, daß der Magistrat ersucht werde, auf baldigste Entscheidung der Frage hinzuwirken, ob die Harzwasserleitung zur Ausführung gelangen solle oder nicht, even-

tuell aber, falls darauf nicht zu rechnen wäre, schleunigst auf Erweiterung des Wasserwerkes Bedacht zu nehmen.

Dem gegenüber was Herr Krampe von dem Wassermangel der Brauerei zum Feldschlösschen heranzieht, beruft sich Redner auf die Thatsache, daß in wiederholten Bekanntmachungen auf die Möglichkeit zeitweiliger Unterbrechungen der Lieferung hingewiesen und denjenigen Abnehmern, welche dadurch in Verlegenheit gesetzt werden können, die Anlage eigener Sammelbehälter empfohlen ist: wo man sich dergestalt vorgesehen hat, sind Klagen über unzureichende Versorgung bisher gar nicht oder ganz vereinzelt vorgekommen — bei der sehr entfernt und sehr hoch belegenen Streitberger Brauerei z. B. nur ein Mal. Den Zweifel, welchen Herr Krampe gegen die Angaben über den Wasserverbrauch hier und in Berlin erhoben, beseitigt Redner durch den Nachweis, daß der Einzelantheil hier wie dort unter Zugrundelegung der gesammten Einwohnerzahl berechnet ist. Hinsichtlich des Verwaltungsberichtes endlich bemerkt Herr Reuter, daß selbiger erst am 30. Juni fertig geworden, Herrn Krampe also nicht wohl früher zugehen konnte, übrigens aber auch nicht etwa aus Anlaß der obwaltenden Controverse, sondern diesmal wie jedes andre Jahr im regelmäßigen Geschäftsgange erstattet ist.

Auf die früheren Ausführungen Herrn Reuters zurückkommend, bekennt Herr Krampe, daß er den Begriff der Verschwendung auf ein Lebenselement wie das Wasser überall nicht anwendbar findet. Seiner Ueberzeugung nach ist es die eigentliche Aufgabe jeder Wasserleitung, dies Element in unbeschränkter Hülle und Fülle zu liefern, und daß diese Forderung keine Utopie ist, sieht er durch die Leistungen des New-Yorker Wasserwerks bewiesen. Gleiche Erwartungen hegt er von der projectirten Harzwasserleitung; so lange unser Wasserwerk aber ist was es jetzt ist, scheint die gerechte Rücksicht auf das Bedürfnis seiner gegenwärtigen Abnehmer die Ausschließung neuer Consumenten gebieterisch zu erheischen, und würde daher die Versammlung durch Verwerfung seines Antrags eine große Verantwortlichkeit auf sich laden.

Herr Steinau hält diesen Antrag in Anbetracht der für gewisse Theile des Leitungsgebietes hinreichend erwiesenen Nothstände für wohlberechtigt, gleichwohl aber für unannehmbar, weil die Zurückweisung neuer Theilhaber eine große Härte und eine offenbare Verletzung des bestehenden Regulativs wäre. Falls ein anderer Ausweg sich nicht ermitteln ließe, würde ihm vor allem eine Einschränkung des Luxusconsums geboten erscheinen, wie solchen als äußerste Eventualität schon Herr Reuter gezeigt hat.

Herr Boffe bekennt sich zu den Erwägungen der Commission, indem er die Erklärung abgibt, daß er den Krampeschen Antrag seiner Zeit in der nämlichen Absicht unterschrieben hat wie Herr Schöttler,

welcher seines theils nunmehr bereit wäre, jeden Antrag zu unterstützen, der auf die Einschränkung neuer Privatleitungen an den nothleidenden Theilen des Röhrennetzes hingingelte.

Herr Faillard, welcher die von der Brauerei zum Feldschlösschen mitgetheilten Thatsachen lediglich bestätigen kann, bringt demnach den Antrag ein, daß solche Beschränkung zunächst für die Leitungsstrecken vor dem Augustthore verfügt werde.

Damit wird die Discussion geschlossen.

Die Versammlung lehnt den Antrag Herrn Krampes ab, wogegen der Antrag Herrn Reuters in seiner letzten auch seitens der Commission gebilligten Fassung zur Annahme gelangt.

Der Antrag Herrn Faillards findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

Nachdem dergestalt die öffentliche Tagesordnung zum Schluß gebracht ist, wird vertraulich in

**gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats
und der Stadtverordneten**

über verschiedene Steuerreclamationen Entscheidung getroffen.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 227. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 10.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. August 1875.

Öffentlich:

Erklärung Herrn Kunzens zum Protocolle vom 13. Mai.

Eingabe der Außenwohner wegen Abfuhr des Hauskehrichts.

Interpellation Herrn Brackes, die verspätete Austheilung der Steuerzettel und die Erhebung von Executionsgebühren von den Restanten der ersten zwei Quartale dieses Jahres betreffend.

Desgleichen Herrn Steinaus wegen eines mit dem Protocolle N^o 7 vertheilten politischen Flugblattes.

Verwilligung für den Hanfsichen Geschichtsverein.

Genehmigung einer von den Schülerinnen der höhern Töchter Schule zu erhebenden Aufnahme- und Verpflegungsgebühr.

Beschluß über die Einrichtung neuer fünf Klassen der untern und mittlern Bürgerschule.

Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an der höhern Töchter Schule.

Pensionirung einer Lehrerin.

Entscheidung in Betreff einer Witwenpension.

Anstellung eines vierten städtischen Executors.

Verwilligung zu Behuf der Sedanfeier.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Rittmeyer. Entschuldigt die Herren Lucius, Schöttler und Solmiz. Ohne Entschuldigung abwesend Herr Bock.

Das im Druck vorliegende Protocoll vom 13. Mai giebt zunächst Herrn Kunzen Anlaß zu einer Berichtigung. Bei der damaligen Verhandlung einer Bahnanlage von Debitzfelde über Braunschweig nach Hildesheim hat Herr Reuter als Referent das Einverständniß der Commission mit dem vom Magistrate entworfenen Schreiben an Herzogliches Staatsministerium als ein in jeder Hinsicht ungetheiltes dargestellt und wörtlich hinzugefügt:

»Denn wenn Herr Kunzen auch, im Hinblick auf die bekannte Finanzlage der Eisenbahngesellschaft, an dem gewünschten Erfolge zweifelt, so hat dies ihn doch nicht abgehalten, die Sachlage wie der Magistrat sie auffaßt als durchaus begründet, die darauf gestützten Anträge als vollberechtigt anzuerkennen.«

Gegen diese Darstellung muß Herr Kunzen, welcher der Sitzung am 13. Mai beizuwohnen verhindert war, nachträglich Einspruch erheben. Daß die Herstellung der fraglichen Bahn für hiesige Stadt und namentlich für deren nordöstlichen Theil ein gewisses Interesse hat, verkennet er allerdings nicht; auch hat er nie Zweifel gehegt, daß jener Bericht des Magistrates in der Versammlung Beifall und Zustimmung finden würde. Andererseits aber, da er die Hoffnung nicht zu theilen vermag, als ob mittels dieser Linie ein nennenswerther Durchgangsverkehr heranzuziehen und die am Betriebe der jetzigen Bahnen beklagten Uebelstände zu beseitigen wären, scheinen ihm die Kosten gedachter Bahnanlage außer allem Verhältniß zu den Vortheilen zu stehen, welche der Stadt möglicher Weise daraus erwachsen könnten. Und aus diesen Erwägungen, glaubt er, wird weder die Eisenbahngesellschaft geneigt sein, diese Bahn zu bauen, noch auch, namentlich bei der jetzigen Lage des Geldmarktes, ein anderer Unternehmer sich finden lassen, noch endlich Herzogliche Landesregierung sich in der Lage sehen, die Eisenbahngesellschaft zu diesem Bau zu zwingen oder einer andern Gesellschaft die Concession dazu zu ertheilen. Von einer näheren Begründung dieser Ansichten glaubt Redner absehen zu können, da die Sache, soweit es sich um die Entscheidung der städtischen Behörden handelt, durch Absendung des bezüglichen Schreibens bereits erledigt ist.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß diese Erklärung das Protocoll als solches nicht berührt und demnach streng genommen bis nach dessen Feststellung hätte vorbehalten bleiben sollen. Wenn er selbige gleichwohl schon jetzt zugelassen hat, so ist dies in der Voraussicht geschehen, daß die Versammlung sie ebenso gern jetzt wie nachher entgegennehmen werde. Auf den Fall, daß etwa Herr Reuter sich zu einer Gegenbemerkung gedrungen fühle, giebt er anheim, auch dieser sofort Raum zu gönnen.

Herr Reuter kann versichern, daß er die Ansichten Herrn Kunzens in bestem Glauben so wiedergegeben hat wie er sie aufgefaßt. Wiesern diese seine Auffassung durch das was Herr Kunzen während der Commissionsverhandlungen zu vernehmen gegeben, nahe gelegt oder ausgeschlossen war, giebt er deren übrigen Theilnehmern zu beurtheilen anheim.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Nachdem von anderer Seite nachgewiesen, daß S. 96 Z. 17 v. u. statt »Hildesheim-Debisdelde« zu lesen ist »Braunschweig-Debisdelde«, und S. 98 Z. 2 v. o. statt »Magdeburg-Halberstädter« »Berlin-Potsdam-Magdeburger«, wird das Protocoll vom 13. Mai genehmigt.

In einer von zahlreichen Bewohnern der städtischen Außengebiete unterzeichneten Eingabe ergeht unterm 13. v. M. an die Versammlung das Ersuchen, wegen der Abfuhr des Kehrrechts aus den Häusern vor den Thoren baldigst eine den Wünschen der Interessenten günstige Entscheidung zu treffen.

Da diese Angelegenheit auf Grund eines frühern Gesuches vom Magistrate bereits in Erwägung gezogen ist, so überweist diesem der Herr Vorsitzende auch die gegenwärtige Petition zu thunlichster Berücksichtigung mit dem Anheimgeben, über den Stand der Sache vorläufig schon heute einige Auskunft zu ertheilen.

Wie hierauf Herr Stadtrath Rittmeyer berichtet, war durch Herzogliche Polidirection auf Antrag des Magistrats schon vor längerer Zeit ein Verzeichniß der in Betracht zu ziehenden Straßen aufgestellt, dabei aber augenscheinlich über die Grenze des Möglichen hinausgegriffen, sodaß neue Erhebungen angestellt werden mußten,

deren Abschlusse der Magistrat entgegensteht. Sodann hatte der Fuhrherr Brauwers sich zunächst außer Stande erklärt, irgend welche Preisforderung zu stellen, bevor er nicht durch Probefahren wenigstens annähernd den Umfang der Mehrleistung ermittelt, welche aus einer künftigen Erweiterung der Abfahrbezirke für ihn erwachsen würde. Nach mehrfach wiederholter Anfrage darf der Magistrat nunmehr erwarten, von dieser Seite bald Bestimmteres zu vernehmen, worauf er mit geeigneten Anträgen bei der Versammlung nicht länger säumen wird.

Ferner sind von Seiten der Herren Bracke und Steinau zwei Interpellationen eingegangen.

Die erste derselben lautet:

»Ist dem Magistrat bekannt, daß eine große Anzahl diesjähriger Steuerzettel erst im Laufe des Monats Juni in die Hände der Steuerzahler gelangt ist, gleichwohl aber schon im Juli für die Rückstände der ersten zwei Quartale Executionsgebühren erhoben sind, und billigt der Magistrat dieses Verfahren?

Wird der Magistrat Sorge tragen, daß gemäß den Bestimmungen in § 156 der rev. St.-D. künftig schon »im Monat December die für das nächste Jahr geschehene Veranlagung auf übliche Weise zur Kenntniß der Steuerpflichtigen gebracht werde?«

Nur unter dieser Voraussetzung läßt sich, wie Herr Bracke zur Begründung seiner Interpellation ausführt, die executivische Eintreibung der nach Ablauf jedes Quartals noch unbezahlten Steuerbeträge überhaupt rechtfertigen; als unbillige Härte stellt sie sich dar, wenn die Austheilung der Steuerzettel so spät erfolgt wie das letzte Mal, und vollends unverantwortlich ist, daß in diesem Falle Diejenigen, welche mit beiden Quartalbeträgen im Rückstande geblieben, mit der für den Wiederholungsfall vorgesehenen erhöhten Executionsgebühr belegt sind, da unter den obwaltenden Umständen die erste Rate rechtzeitig ja gar nicht abgetragen werden konnte. Der Einwand, daß jeder Steuerpflichtige seine Verbindlichkeit, wenn auch nicht gleich auf Heller und Pfennig genau, so doch im allgemeinen von vornherein kennt, sich also im Voraus darauf einrichten kann, erscheint Herrn Bracke nicht triftig; denn bei soweit hinausgerückter Zahlungsmöglichkeit entgeht den Steuerzahlern jedenfalls doch der Vortheil kleinerer — monatlicher oder vierteljährlicher — Ratenzahlungen, und dieser Vortheil ist für die große Zahl Derer welche nicht in der Lage sind, einen höher aufgelaufenen Betrag in verhältnißmäßig kurzer Zeit herbeizuschaffen, keinesweges gering anzuschlagen. Ein Zugeständniß an diese Betrachtungsweise entnimmt Herr Bracke daraus, daß der Magistrat selbst von strenger Durchführung der geltenden Vorschriften wenigstens insoweit abgesehen, als er die Zahlungsfrist vom 1. bis zum 16. Juli verlängert hat. Nur um so mehr aber glaubt Redner auf geeignete Berücksichtigung seiner Interpellation und insbesondere auf die Verfügung rechnen zu dürfen, daß der erwähnte Gebührenausschlag erlassen und soweit er bereits entrichtet ist zurückgezahlt werde.

Herr Stadtrath Carstens. Die Bemühungen des Magistrates, den angezogenen Bestimmungen der rev. St.-D. zu entsprechen, haben bis jetzt leider den gewünschten Erfolg nicht gehabt und werden voraussichtlich auch in Zukunft vergebens sein, da mit Aufstellung der Steuerlisten immer erst nach dem Wohnungswechsel um Michaelis,

also im October, begonnen werden kann, dann aber deren Anfertigung und weiter die Einschätzungen selbst und die Ausschreibung der Steuerzettel geraume Zeit in Anspruch nehmen. Wenn in diesem Jahre, wie allerdings zugegeben werden muß, die Vertheilung derselben ganz ungewöhnlich spät erfolgt ist, so fällt ein Theil der Schuld auf das damit beauftragte Polizeipersonal. Von Herzoglicher Polizeidirection benachrichtigt, daß am 15. Juni sämtliche Zettel ausgetragen waren, hat der Magistrat, unter Beobachtung der gesetzlichen Reclamationsfrist, die Erhebung der Executionsgebühren vom 16. Juli ab angeordnet; auch nach dieser Zeit aber sind damit die Reclamanten sowie alle Diejenigen verschont geblieben, welche glaubhaft nachweisen konnten, daß ihnen die Steuerzettel erst nach dem 15. Juni zugestellt waren. Denen, welche im gleichen Falle sind, die Gebühren aber doch etwa entrichtet haben, werden solche zurückgezahlt werden. Daß von Seiten des Magistrats auch fernerhin alles Mögliche geschehen wird, um den beregten Uebelstand abzuwenden, kann Herr Stadtrath Carstens bestens versichern; doch zweifelt er sehr, daß auch im günstigsten Falle eher als gegen Ende Januars mit Vertheilung der Steuerzettel wird vorgegangen werden können.

Die zweite Interpellation lautet:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß bei Vertheilung des Protocolls N. 7 ein anonymes Flugblatt, eine Novelle zum Preßgesetz betreffend, durch den Magistratsdiener vertheilt ist, und hat der Magistrat diese Colportage genehmigt?
2. Wie rechtfertigt in letzterem Fall der Magistrat die Verwendung städtischer Beamten zu politischen Agitationen?

Diese Anfragen begründend, bekennt Herr Steinau sich von vornherein zu der Annahme, daß der Magistratsdiener bei dieser Gelegenheit in der That nicht ohne Auftrag gehandelt habe. Ist dem aber so, dann hat seiner Ueberzeugung nach der Magistrat um so augenfälliger incorrect gehandelt, als die in jenem anonymen Nachwerk verfochtenen Vorschläge von einseitig reactionärer Tendenz und die Interessen zahlreicher Mitbürger zu schädigen geeignet sind. Redner versteht nicht, was den Magistrat zu solcher Huth bewogen haben kann und bittet dieserhalb um Aufschluß.

Herr Overbürgermeister Caspari entspricht diesem Verlangen durch folgende Mittheilung. Die erwähnten Druckschriften sind unter der Adresse »an Magistrat und Stadtverordnete« eingegangen. Mit ihrem Inhalte ist der Magistrat für sein Theil nicht einverstanden; da indeß weder etwas Strafbares darin zu entdecken noch auch ein schädlicher Einfluß auf die anderen Herren Adressaten davon zu besorgen war, so hat er sich der gewünschten Vertheilung um so weniger geglaubt entziehen zu dürfen, als ihm andernfalls mit Recht hätte der Vorwurf gemacht werden können, der Versammlung eigenmächtig vorenthalten zu haben, was für sie nach dem ausgesprochenen Willen der Absender bestimmt war. Unbedenklich mußte dann aber auch die gewählte Art und Weise dieser Vertheilung erscheinen. Denn ob damit unmittelbar vom Magistrat aus oder durch Vermittlung des Herrn Vorsitzenden verfahren wurde, kam sachlich auf eins heraus, und da gleichzeitig auch das erwähnte Protocoll umzutragen war, so empfahl sich als einfachster Weg der thatsächlich eingeschlagene.

Herr Steinau erklärt sich durch diese Auskunft zufriedengestellt mit dem Bemerken, daß der Herr Overbürgermeister sich füglich auf Mittheilung der Adresse bewußter Sendung hätte beschränken dürfen,

wogegen der Herr Overbürgermeister sich für alle Fälle das Recht wahrt, auf die

öffentlich an den Magistrat ergehenden Interpellationen grade so zu antworten wie es ihm dienlich erscheint.

Alsdann, der Tagesordnung gemäß,

I. verliest der Herr Vorsitzende ein Magistratschreiben vom 3. Juli, laut dessen der Vorstand des Hanfischen Geschichtsvereins um fernere Verwilligung der diesem durch Beschluß vom 19. October 1871 auf fünf Jahr gewährten Beihilfe von 50 Rthlr. jährlich mit Berufung darauf eingekommen ist, daß die Arbeiten des Vereins, wenn die vorgesteckten Ziele erreicht werden sollen, noch längere Zeit fortgesetzt werden müssen, dies aber ohne die Unterstützung der vormalig hanfischen Städte unmöglich wäre. Der Magistrat anerkennt sowohl diese Nothwendigkeit wie das Interesse, welches die fraglichen Arbeiten auch für die Stadt Braunschweig bieten, und giebt demnach der Versammlung anheim, sich einverstanden zu erklären, daß jener Zuschuß fernerweit auf drei Jahr gezahlt werde.

Eine commissarische Berathung über diesen Gegenstand hat der Herr Vorsitzende nicht für erforderlich gehalten, weil in den maßgebenden Thatsachen, wie solche bei der betreffenden frühern Verhandlung zur Sprache gekommen, inzwischen keinerlei Aenderung eingetreten ist, der Antrag also sich abermals und um so mehr zur Genehmigung empfiehlt, als nach einer in der vorliegenden Eingabe enthaltenen Mittheilung auf Kosten des Vereins demnächst auch eine wichtige Publication aus hiesigem Stadtarchiv erfolgen wird.

Die beantragte Verwilligung wird hiernach ohne Discussion von der Versammlung ausgesprochen.

Weiter

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr K u n k e n wie folgt.

Auf den hiesigen und anderen Landesgymnasien wie auf verschiedenen höheren Lehranstalten des Auslandes besteht die Einrichtung, daß jeder Schüler sowohl beim Eintritt als auch bei Versekung in eine höhere Klasse einen außerordentlichen Beitrag von 2 oder 3 Mark in eine Kasse zu zahlen hat, aus welcher ungewöhnliche Ausgaben und namentlich Anschaffungen zur Bibliothek oder zu Modell- und anderen Sammlungen bestritten werden. Da nun bei der höhern Töchterchule an allen Lehrmitteln noch großer Mangel ist, hat Director Sommer, um dafür nicht die Schulkasse zu stark in Anspruch nehmen zu müssen, den Vorschlag gemacht, jene Einrichtung auch hier zu treffen, was Magistrat und Schulvorstand in Anbetracht der übrigens verhältnißmäßig geringen Schulgeldsätze für unbedenklich halten. In einem Magistratschreiben vom 29. Juni wird jener Vorschlag daher auch der Versammlung zur Genehmigung empfohlen und beantragt, den fraglichen Beitrag, mit dessen Einforderung je nach den Umständen Michaelis dieses oder Ostern nächsten Jahres der Anfang gemacht werden könnte, auf 3 Mark festzustellen. Den Ertrag dieser Abgabe veranschlagt Director Sommer auf 1000 Mark jährlich. Da solche Summe für die bezeichneten Verwendungen nicht immer erforderlich sein wird, so erscheint dem Magistrat zweckmäßig, daß sie in den jährlichen Schuletats als Einnahme aufgeführt und ebenso dann auch alljährlich je nach Bedarf ein bestimmter Betrag zur Verausgabung angewiesen werde. Die Commission ist mit diesen Vorschlägen in jeder Hinsicht einverstanden.

In entgegengesetztem Sinne spricht sich Herr Schwarzenberg aus, indem er hervorhebt, daß die vorgeschlagene Maßregel indirect auf eine Erhöhung des Schulgeldes hinausläuft, welche um so weniger gerechtfertigt erscheint, da die höhere Töchterschule so schon theurer ist als die hiesigen Gymnasien. Für passender hält Redner demnach, die Mittel zu den bezeichneten Erfordernissen in der bisherigen Weise anderweitig zu beschaffen. Gleichzeitig monirt er, daß die Vorprüfung dieser Angelegenheit nicht der Schulcommission überwiesen oder diese dazu nicht wenigstens mit herangezogen ist.

wogegen der Herr Vorsitzende einwendet, daß die Vorlage in Anbetracht ihrer überwiegend finanziellen Bedeutung durchaus in den Bereich der Finanzcommission fiel, eine Mitwirkung der Schulcommission dann aber nicht von ihm hätte verfügt werden können, sondern nach § 5 der Ergänzungen zur Geschäftsordnung entweder durch die Versammlung zu beschließen oder durch eine Einladung der Finanzcommission selbst zu veranlassen gewesen wäre.

Herr Bracke würde der beantragten Maßregel eine Erhöhung des Schulgeldes vorziehen, weil es ihm persönlich wenigstens immer den Eindruck einer Strafe gemacht hat, wenn er seiner Zeit beim Aufrücken in eine höhere Klasse die bewußte Abgabe erlegen mußte.

Herr Oberbürgermeister Caspari bezweifelt, daß diese Empfindung von anderen Schülern getheilt werde. Jenen einen Thaler jährlich auf das Schulgeld zu schlagen würde ihm aus formellen Rücksichten nicht zweckmäßig erscheinen; eine bedeutendere Erhöhung desselben, wie sie bei anhaltender Steigerung aller Bedürfnisse in Zukunft immerhin vielleicht nothwendig sein kann, möchte er im Interesse vieler Eltern von minderer Wahlhabenheit, welche gleichwohl mit gewissem Rechte den höhern Unterricht für ihre Töchter beanspruchen können, so lange als möglich vermieden wissen, und augenblicklich wird dafür eben auf die vorgeschlagene Weise noch Rath sein. Wenn andrerseits das Schulgeld der hiesigen Gymnasien geringer normirt ist als das der höhern Töchterschule, so erklärt dies sich aus den Zuschüssen, die für erstere der reiche Klosterfond leistet; Thatsache ist aber auch, daß die höhern Töchterschulen an keinem andern Orte so billig sind wie grade hier.

Der Antrag des Magistrates wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

Wie ferner

III. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff berichtet, hat die Schülerzahl der mittleren und unteren Bürgerschulen seit Ostern 1870 um 1125, von Ostern 1874 bis Ostern 1875 um 314 zugenommen, und muß demzufolge abermals auf die Einrichtung je einer vierten Knaben- und Mädchenklasse in der vierten mittlern und je einer dritten in der vierten untern Bürgerschule Bedacht genommen werden. Für erstere zwei ist in dem vormals Kaulisch'schen Hause hintern den Brüdern Raum; letztere können in den ermietheten Localitäten des frühern Alexi-Pflegehauses untergebracht werden. Die Kosten des Mobiliars lassen sich noch nicht genau angeben; für Lehrmittel sind 210 Mk. erforderlich, welche der Magistrat in einem Schreiben vom 11. d. M. ebenso wie jene aus der Stadtkasse zu verwilligen beantragt. Behufs Anstellung der nöthigen drei Lehrer und zwei Lehrerinnen wünscht Magistrat die Schulbehörden ermächtigt zu sehen, solchen Kräften welche außerhalb hiesiger Stadt wenigstens acht Jahr im Dienst sind und sich bei den Probelectionen als be-

sonders qualificirt erweisen, nöthigenfalls einen Anfangsgehalt von 1600 Mk. zuzusichern.

Seitens der Commission mit Rücksicht auf das genügend erhellende Bedürfniß dringend befürwortet, werden diese Anträge insgesammt ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

IV. Der am 29. April bei Feststellung der Gehalts- und Dienstverhältnisse der hiesigen Gemeindefchullehrer abgegebenen Zusage gemäß hat der Magistrat den Director der höhern Töcherschule inzwischen zu Vorschlägen aufgefordert, wie die Stellung der Lehrer und Lehrerinnen dieser Anstalt in ähnlicher Weise durch ein Reglement normirt werden könnte. Dem stehen nun aber laut Berichts des Dr. Sommer mehrfache Bedenken entgegen. Einmal nämlich wird es an sich schon nicht leicht sein, eine angemessene Normalgehaltsscala für ein Lehrercollegium zu ermitteln, welches theils aus studirten theils aus seminaristisch vorgebildeten Mitgliedern zusammengesetzt ist, da in solchem Falle die Gehaltsätze nicht wohl lediglich nach Verhältniß der Dienstjahre sondern zugleich auch nach den Leistungen und der Verwendbarkeit jedes Einzelnen zu bemessen sind. Sodann, gegenüber der Nothwendigkeit, für die offenbar in einem Uebergangsstadium begriffene Anstalt demnächst eine Anzahl neuer bewährter Lehrkräfte zu gewinnen, erscheint es nicht zweckmäßig, der Direction grade jetzt durch eine gesetzliche Fixirung der Gehalte die Hand zu binden. Endlich kommt hinzu, daß die innere und äußere Organisation der deutschen höhern Töcherschulen überhaupt noch einer Consolidirung bedarf, welche voraussichtlich durch das bevorstehende preussische Unterrichtsgesetz zu einem gewissen Abschluß gelangen wird, weshalb es rathsam erscheint, dieses auch bei den hiesigen Einrichtungen zu berücksichtigen. Kann sonach aber Dr. Sommer eine allgemeine Regelung der betreffenden Gehaltsverhältnisse zur Zeit noch nicht empfehlen, so hält er andererseits doch eine Aufbesserung gewisser von ihm namhaft gemachter Lehrer und Lehrerinnen für dringend geboten. Der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande schließt sich diesen Erwägungen in allen Stücken an und ersucht demnach in einem Schreiben vom 11. d. M. die Versammlung, sich einerstanden zu erklären, daß

1. von der Aufstellung eines Reglements über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an der höhern Töcherschule bis auf weiteres abgesehen, dagegen

2. den Lehrern Henze, Erb und Hohnstein vom 1. Januar d. J. eine Zulage von je 600 Mk., den Lehrerinnen Frä. Bertha Selenska und Minna Haars vom 1. April d. J. ab eine solche von je 150 Mk. verwilligt werde.

Auf Grund eines gleichzeitig ergangenen, durch ärztliche Verfügung motivirten Antrages des Dr. Sommer giebt der Magistrat ferner anheim, zu genehmigen, daß

3. der Industrielehrerin Frä. Auguste Peters von Michaelis ab der nachmittags von ihr ertheilte Unterricht erlassen und zu ihrer Vertretung gegen angemessene Remuneration eine andere Lehrerin provisorisch angestellt werde.

Die Finanzcommission, für welche Herr Kunze berichtet, kann mit diesen Anträgen unter den obwaltenden Umständen sich nur einverstanden erklären.

Herr Schwarzenberg, obwohl die entgegenstehenden Schwierigkeiten nach Gebühr würdigend, vermag doch die Unmöglichkeit einer allgemeinen Regelung der be-

treffenden Verhältnisse nicht anzuerkennen und sähe daher eine weitere Verzögerung der Maßregel lieber vermieden.

Nachdem jedoch Herr Mühe die maßgebenden Rücksichten nochmals hervorgehoben hat,

beschließt die Versammlung den vorliegenden Anträgen gemäß.

Wie weiter dann

V. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff vorträgt, ist die Industriellehrerin Frä. Luise Sandfuchs durch einen im vorigen Winter erlittenen Schenkelbruch dienstunfähig geworden und demnach um Versetzung in den Ruhestand eingekommen. Obwohl sie wie alle Industriellehrerinnen gesetzlich nicht pensionsberechtigt ist, hat der Magistrat unterm 11. d. M. doch beantragt, daß ihr nach Analogie ähnlicher Fälle und in Anerkennung ihrer langjährigen lobenswerthen Dienste ein Ruhegehalt von 50 Rthlr. jährlich bewilligt werde, was auch seitens der Commission dringend befürwortet wird.

Herr Mühe kann die Auffassung nicht theilen, als sei diese mehr als dreißig Jahr in musterhafter Weise thätig gewesene Lehrerin nur mit Remuneration angestellt; er möchte daher annehmen, daß sie auf die volle Pensionsquote ihrer Befoldung Anspruch hat, und demgemäß die Versammlung bitten, die beantragte Verwilligung auf 80 Rthlr zu erhöhen.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt für solchen Beschluß die Einwilligung des Magistrates in Aussicht stellen zu können, führt indessen an, daß Fr. Sandfuchs auch Theilhaberin der Stiftung zum Thomäthofe ist.

Dem Einwande Herrn Mühes, daß ihre Einnahme von dieser Seite sich auf den wöchentlichen Betrag von 22 Sgr. beschränkt,

begegnet Herr Oberbürgermeister Caspari mit der Berichtigung, daß außer diesen Geldbezügen auch verschiedene nicht ganz unerhebliche Naturaliemomente in Anschlag zu bringen sind, will hierauf jedoch keinen Widerspruch gegen den Vorschlag Herrn Mühes gründen, sondern nur eine der Erwägungen bezeichnen, aus denen der ursprüngliche Antrag des Magistrates hervorgegangen ist. Doch giebt er anheim, die beantragten 80 Rthlr. nicht als Pension sondern als Unterstützung zu verwilligen.

Demgemäß beschließt dann auch die Versammlung.

Mündlich stellt hierauf Herr Oberbürgermeister Caspari zur Beschlussnahme der Versammlung einen Zweifelsfall, zu dessen Entscheidung der Magistrat allein sich nicht befugt erachtet.

Am 19. Januar d. J. ist ein Gemeindefchullehrer verstorben, welchem nach Maßgabe des neuen Reglements vom 1. Januar d. J. ab eine Gehaltserhöhung von 133 Rthlr. jährlich zu Theil geworden war. Nach den geltenden Bestimmungen würde die erste Monatsrate dieses Betrages zur Beamten-Witwen- und Waisencasse einzubehalten sein; es entsteht dann aber die Frage, ob der Witwe die ihr zustehenden beiden sogenannten Gnadenmonate nach dem frühern oder nach dem erhöhten Gehaltsfaze ausbezahlt werden sollen. Der Magistrat hat sich an seinem Theil für letztere Auffassung ausgesprochen, und eben dahin neigte bei einer vorläufigen Besprechung auch die Ansicht der Finanzcommission.

Dem stimmt Herr Graf Görz-Wrisberg mit dem Bemerkten bei, daß nach

Analogie ähnlicher Fälle ein Widerspruch von Seiten des Herzoglichen Finanzcollegii ebenfalls nicht zu erwarten sein dürfte;
worauf in gleichem Sinne sich auch die Versammlung entscheidet.

VI. In einem Schreiben v. 13. d. M. trägt der Magistrat vor, daß der Marktmeister und städtische Executor Schlanstedt unter Berufung auf seine geschwächte Gesundheit gebeten hat, ihn der Service- und Steuereinziehung im Steintordistrict zu entheben. Da der Stadtkämmerer nicht nur dieses Gesuch dringend befürwortet, sondern zugleich auch eine Entlastung der beiden anderen Executoren für sehr wünschenswerth erklärt, so giebt der Magistrat anheim, daß vom 1. October an oder doch sobald als möglich ein vierter städtischer Executor mit einem Anfangsgehalt von 900 Mark angestellt werde,

womit auf den Bericht des Herrn v. Seckendorff als Referenten der Finanzcommission die Versammlung sich ohne weiteres einverstanden erklärt.

Wie schließlich

VII. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff vorträgt, hat laut Magistratschreibens vom 23. d. M. der Vorstand des Bürgervereins um Verwilligung von 600 Mark zu den im übrigen durch freiwillige Beiträge gedeckten Kosten der diesjährigen Sedanfeier gebeten. In Uebereinstimmung mit dem Magistrate giebt die Finanzcommission anheim, diesem Gesuche zu entsprechen.

Dem tritt Herr Steinau zunächst mit Berufung auf die finanzielle Nothlage der Stadt entgegen, die, wie der Magistrat selbst bei Ablehnung der ersten Eingabe des Bürgervereins in dem durch das Tageblatt bekannt gewordenen Schreiben geltend gemacht hat, eine Erhöhung der Communalsteuer ziemlich sicher in Aussicht stellt. Unter solchen Umständen die städtischen Mittel für Feste anzustrengen, hält Redner nicht für erlaubt, am allerwenigsten, wenn es sich wie in diesem Falle lediglich um ein Parteifest handelt. Denn ein Volksfest, wofür man sie ausgeben möchte, ist die Sedanfeier nicht: das Volk in seiner Gesamtheit hat keine Veranlassung zu Freudenfesten, so lange die Einheit des deutschen Reiches jedes wahrhaft volksthümlichen Inhaltes entbehrt, das Vereins- und Versammlungsrecht täglich in Frage gestellt, jede Kritik der öffentlichen Zustände mit Verfolgung bedroht ist, die Presse, schon genug geknebelt durch ein eisernes Pressgesetz, obenein noch in unerhörter Weise gemäßiget wird, Soldaten thatsächlich zu Tode strapazirt werden, der Reichstag seines Budgetverwilligungsrechtes sich auf sieben Jahr zu Gunsten des stehenden Militäretats entäußert hat, die Nation dem Drucke der Militärlasten und unerschwinglicher Steuern fast erliegt. Erst wenn die Volksrechte sicher gestellt sind, wird man Volksfeste feiern können. Will inzwischen eine Partei Feste veranstalten, so mag sie auch deren Kosten aufbringen, nicht aber den Stadtsäckel dafür in Anspruch nehmen.

Herr Bracke bekennt sich durch das erwähnte Eingeständniß des Magistrats einigermassen in Erstaunen gesetzt: wurde doch, als gegen Ende vorigen Jahres die Aufbesserung der Beamtengehälter in Frage stand, nachdrücklich bestritten, daß es schlecht um die Finanzen der Stadt bestellt wäre. Wenn jetzt im Gegentheil laut scheinbar an den Bürgerverein gerichteten Magistratschreibens gegen eine verhältnißmäßig so unerhebliche Anforderung ein Nothstand der Stadt hervorgekehrt wird, so muß dieser mittlerweile in der That recht fühlbar geworden sein, und nur um so mehr darf es

dann Wunder nehmen, daß der Magistrat diese Verwilligung schließlich doch hat empfehlen können. Ganz abgesehen aber von dieser Erwägung, schon aus prinzipiellen Gründen, sieht Redner sich zum Widerspruch genöthigt. Wenn aus den Mitteln der Stadtkasse, Mitteln also, zu denen alle Confectionen ohne Unterschied beisteuern, Aufwendungen für die evangelischen Schulen und Kirchen gemacht werden, so fühlen sich Katholiken und Juden dadurch nicht beschwert, weil sie wissen, daß diese Mittel gelegentlich auch ihnen für ihre Cultus- und Unterrichtszwecke zu Gebote stehen. Ein solcher Ausgleich aber ist nicht denkbar, wenn, wie in dem vorliegenden Falle, eine herrschende Partei die Stadtkasse für ihre Tendenzfeste in Anspruch nimmt: hier liegt vielmehr die Sache handgreiflich so, daß die derzeitige Mehrheit eine nach Tausenden zählende Minderheit für Interessen heranzieht, an denen sie keinen Theil haben — ein Verfahren, welches sich ebenso deutlich als Vergewaltigung kennzeichnet, wie gewisse andere durch die Sedanfeier veranlaßte Vorfälle. Redner erinnert daran, daß im vergangenen Jahre ein Schüler des Realgymnasiums mit Carcerstrafe belegt wurde, weil er von dem Festzuge fern geblieben war, daß drei andere Schüler, welche durch Mittheilung beim Redacteur des »Volksfreundes« eine öffentliche Besprechung dieses Vorfalles veranlaßt hatten, von der Schule verwiesen wurden. Einerlei, ob jener erste Schüler sich der betreffenden Anordnung des Lehrercollegiums aus eigener Ueberzeugung oder nach dem Willen seiner Eltern entzogen hatte: da die Sedanfeier in keiner Weise als Schulangelegenheit aufzufassen ist, kann Herr Bracke in der verhängten Strafe nicht etwa eine Forderung der Schuldisciplin sondern nur einen Gewissenszwang erkennen, und ebenso sieht er in der übertriebenen Härte des Vorgehens gegen die anderen drei Schüler ein Zeichen mehr des intoleranten Geistes, welcher die Sedanfeier überhaupt kennzeichnet. Redner geht hierauf zu einer Kritik der Betrachtungsweise über, welche in dem Tage von Sedan Anlaß zu einem Freudenfeste findet. Jede Feststimmung scheint ihm schon im Hinblick auf das tausendfältige Unglück ausgeschlossen, welches der nach Besiegung des Kaisers Napoleon und seiner Armeen begonnene Krieg gegen das französische Volk auch über Deutschland hereingeführt hat; höchst fragwürdig alles das was man als Gewinn dieses Krieges rühmt. Gegen das deutsche Reich verhält sich derselbe Mann, welcher dessen Stiftung zuerst angeregt hat, König Ludwig von Bayern, jetzt kühl und ablehnend; die vielbesungene deutsche Einheit hat es nicht zu schaffen vermocht, denn die Brüder in Oesterreich sind davon ausgeschlossen; wohl aber hat die Annexion von Elsaß und Lothringen all die unheilvollen Folgen für den Frieden und die Freiheit gehabt, welche in der Volksversammlung am 1. September 1870 vorausgesagt wurden: permanente Kriegsrüstungen, unabsehbare Steigerung der Militärlasten, Bedrückung und Verfolgung Derer, die sich in der Presse oder sonstwie mit den jetzigen Machthabern in Widerspruch zu setzen wagen. Denen endlich, welche durch das Reich die Nationallehre gewahrt glauben, hält Herr Bracke das Wort Ludwigs Börnes entgegen: »Es ist ein Unglück aber keine Schande, von einem fremden Volke besiegt zu werden; aber es ist eine Schande in seinem Vaterland ein Sclave zu sein.« Mag man dieser Auffassung halber ihn und seine Gefinnungsgegnossen schlechte Patrioten, Vaterlandslose schelten: daß er das Vaterland liebt, ist Redner sich gleichwohl bewußt. Freilich aber setzt er sein Vaterland nicht über Alles, vergift er nicht, daß die verschiedenen Nationen ebenso wie die einzelnen Bürger und Gemeinden derselben Nation durch das allgemeine Sittengesetz verknüpft sind, und vermag er daher nicht Feste zur Verherrlichung eines Krieges zu

feiern, der das Sittengesetz mit brutaler Gewalt durchbricht: feiernswerther würde ihm der Spruch des Genfer Schiedsgerichtes erscheinen, durch welchen ein Krieg zwischen zwei großen Nationen verhindert ist. Jene andre Art des Patriotismus, welcher die eigene Nation zu anderen in feindlichen Gegensatz stellt, hält er für nicht weniger verwerflich, wie den engherzigen Particularismus, der die Glieder eines Volkes unter sich entzweit. Entnimmt aber jener falsche Patriotismus seine Rechtfertigung u. a. aus dem bekannten Jurus, welchen Friedrich v. Schiller im Wilhelm Tell an seine Zeitgenossen ergehen ließ: »An's Vaterland, an's theure schließ dich an« ic. — so übersieht er, daß derselbe Dichter an andrer Stelle den Patriotismus in diejenigen Schranken gewiesen hat, welche auch Redner anerkannt wissen will. Redner trägt diesen in einem Briefe an den Vater des Dichters Körner vom J. 1788 enthaltenen Ausspruch in extenso vor; derselbe geht dahin, daß das vaterländische Interesse von absoluter Wichtigkeit nur für unreife Nationen sei, einen philosophischen Geist hingegen nicht weiter zu erwärmen vermöge, als es zugleich Bedingung für den Fortschritt der Menschheit ist. — Trotz alledem zweifelt Herr Bracke nicht, daß die geforderten Gelder hier auch diesmal werden verwilligt werden. Wenn er gleichwohl seine Stimme dagegen erhoben hat, so ist dies nur geschehen, um vor Denen welche außerhalb der Versammlung seine Worte vernehmen, Zeugniß abzulegen, daß dieser Beschluß sich ihm und seiner Partei als durchaus nichtig darstellt.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt auf jede Beleuchtung der von dem Vorredner entwickelten Anschauungen verzichten zu dürfen, da er ebenso fest überzeugt ist, daß Herr Bracke dafür keinen der Anwesenden gewonnen hat, wie daß es auch der Beredsamkeit eines Demosthenes nicht gelingen würde, Herrn Bracke eines andern zu belehren. Zwei einzelne Punkte aber bedürfen einer thatsächlichen Berichtigung. Herr Bracke hat zwischen dem vorliegenden Antrage und der vorausgegangenen Ablehnung der Anträge des Bürgervereins einen Widerspruch finden wollen, welcher in der That nicht vorhanden ist. Denn jene Anträge des Bürgervereins mutheten dem Magistrat zu, die ganze Sedanfeier in die Hand zu nehmen, und dazu hat der Magistrat sich aus verschiedenen Gründen nicht verstehen können; wenn dabei aber u. a. auch die nicht grade günstige Finanzlage der Stadt in Betracht kam, so ist anderseits doch der bisher übliche Zuschuß von 200 Rthlr. auf den Fall, daß der Bürgerverein für das Uebrige eintreten würde, von vornherein ausdrücklich in Aussicht gestellt. Hinsichtlich der herbeigezogenen Schulvorfälle sodann ist Herrn Bracke dasselbe widerfahren, wie f. B. mit dem Invaliden Müller: er ist falsch berichtet. Daß nämlich der bewußte Schüler nicht zur Sedanfeier erschienen, war eingestandener Maßen eine Versäumniß wie andere, welche nach jeder Schulordnung strafbar sind; mit einer politischen oder sittlichen Ueberzeugung dieses Schülers oder seiner Eltern hatte sie nichts zu thun, wonach denn die von Herrn Bracke erhobene Klage über Gewissenszwang in sich zusammenfällt. Und ebenso haben die drei relegirten Schüler anerkannt, daß sie mit Ueberlegung und nach complotmäßiger Verabredung den Redacteur des »Volksfreundes« von jener Strafverhängung in Kenntniß gesetzt und zu seinen Auslassungen darüber bewogen haben. Daß es aber mit der nöthigen Disciplin sich nicht verträgt, wenn Schulangelegenheiten dergestalt durch Schüler aus Oppositionsgeist öffentlich zur Sprache gebracht werden, wird jeder Unbefangene zugeben müssen, und mit vollem Recht sind daher die drei Schuldigen durch Beschluß des Schulvorstandes und mit Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums von der Schule verwiesen.

Herr Steinacker kann diese Darlegung des Thatbestandes lediglich bestätigen und würde sie selbst gegeben haben, wenn ihm der Herr Oberbürgermeister darin nicht zuvorgekommen wäre.

Herr Bracke stellt dem die Erklärung entgegen, daß Herr Kosöky, welchen er genügend kenne, um für seine Wahrheitsliebe einzustehen, ihm versichert hat, daß er jene Angelegenheit zwar nach den Mittheilungen der drei Primaner, sonst aber völlig aus eigenem Antriebe an die Oeffentlichkeit gezogen. Für dasjenige was vorhergegangen, könne er natürlich keine Gewähr übernehmen.

Zur Hauptfrage zurückkehrend

spricht Herr Ding sich gegen die Verwilligung des angeforderten Beitrages aus, weil er einerseits sich allerdings der Erwägung nicht entziehen kann, daß die Kosten eines Festes von Denen zu tragen sind die dasselbe veranstalteten, andrerseits aber keinen Zweifel hegt, daß die diesjährige Sedanfeier auch ohne Zuschüsse seitens der Stadt gesichert ist.

Herr Boffe hingegen bekennt sich zu der Meinung, daß dieses Fest von den städtischen Behörden nicht nur mit einem Geldbeitrage unterstützt, sondern ganz selbstständig veranstaltet werden sollte.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist,

wird in mündlicher Abstimmung der Antrag des Magistrates genehmigt.

Dafür stimmen die Herren Bewig, Boffe, Flagge, Graf Görz-Wrisberg, Heymann, Jasper, Kloss, Krampe, Kunken, Meyer, Mühe, Munte, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Steinacker;

dagegen die Herren Bracke, Ding, Faillard und Steinau;

worauf die Sitzung geschlossen wird.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 249. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 11.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. September 1875.

Öffentlich:

Wahl zur Gewerbesteuer-Einschätzungskommission.

Verwilligung zu Behuf von Bauten in der höhern Töcherschule.

Desgl. zur Vermehrung und Umlegung der Wasserhähne in der südlichen untern Bürger-
schule.

Desgl. einer Gehaltsverhöhung für zwei Beamte des Wasserwerks und der Gasanstalt.

Rechnungsabschluß der Gasanstalt.

Desgl. des Wasserwerkes.

Ermächtigung des Magistrates zur Anstellung, bzw. Aufnahme verschiedener Prozesse.

Feststellung der Entschädigungen für Quartier- und Vorspannleistungen.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Kloss und Krampe. Am Magistratstische Herr Ober-
bürgermeister Caspari mit den Herren Stadträthen Ramdohr und Rittmeyer.

Nach Genehmigung der Protocolle vom 3. Juni und 8. Juli

wird, der Tagesordnung gemäß,

I. die Wahl von vier Deputirten der Versammlung zu der Commission für Ge-
werbesteuerereinschätzungen vorgenommen. Dieselbe fällt wie im vorigen Jahre abermals
auf die Herren Flaggge, Jasper, Kloss und Solmiz.

Sodann.

II. gelangen verschiedene unterm 24. v. M. ergangene Anträge des Magistrates
in Betreff nothwendiger Bauten in der höhern Töcherschule zur Berathung. Nach
dem Berichte des Stadtbauraths nämlich ist unter Zustimmung des Directors Sommer
zwar die Einrichtung von Schulclassen in der Wohnung der Schulwärterin sowie die
Anlage eines Wasserbassins auf dem Hofe als unpraktisch aufgegeben; dagegen wird
befürwortet, 1. auf der Hausflur ein Windfang herzustellen, 2. die Corridore zweiten
und dritten Stockwerks wiederum mit Wasserleitung und Waschbecken zu versehen,

3 in den beiden Lehrerzimmern, dem Zeichensaale, dem Seminarzimmer und der zweiten Parallelfasse Regulirröfen aufzustellen und 4. die Turnhalle womöglich noch in diesem Jahre in der projectirten Weise zu restauriren. Der Magistrat sowie auch die Finanz- und die Schulcommission, für welche Herr von Seckendorff berichtet, schließen sich diesen Vorschlägen an und geben anheim, die erforderlichen Geldmittel mit resp. 450, 350, 400 und 2600 Mark aus der Stadtkasse zu verwilligen, was seitens der Versammlung ohne Discussion geschieht.

nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung gemacht hat, daß von Restaurirung der Turnhalle der vorgerückten Jahreszeit wegen für jetzt noch Abstand genommen werden muß.

Wie ferner

III. namens der Finanz- und der Schulcommission Herr Steinau vorträgt, hat laut eines Magistratschreibens vom 17. d. M., der Schulinspector Mühe beantragt, daß in der untern Bürgerschule auf der Leopoldsstraße ein häufig einfrierender Wasserhahn verlegt und noch ein zweiter daselbst neu vorgerichtet werde, eine Anforderung, welche der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Directorium des Wasserwerks als nothwendig anerkennt und demnach mit dem Anheingeben zur Genehmigung empfiehlt, die zu 270 Mark veranschlagten Kosten aus der Stadtkasse zu verwilligen.

In Anbetracht, daß zu gesundheitsmäßiger Ausstattung der Schulen unter anderm und in erster Linie deren möglichst reichliche Versorgung mit gutem Wasser erforderlich ist, wird seitens beider Commissionen nicht nur die beantragte Verwilligung befürwortet, sondern zum weitem auch beantragt, dem Magistrate die Vermehrung der Wasserhähne in gedachter Schule auf mindestens vier anheimzugeben.

Diesem entsprechend beschließt denn auch die Versammlung, indem sie die von Herrn Reuter auf etwa 50 Mark veranschlagten Mehrkosten ebenfalls verwilligt.

Weiter

IV. berichtet für die Finanzcommission Herr v. Seckendorff, daß laut eines Magistratschreibens vom 22. d. M. die Direction der Gas- und Wasserwerke ihren frühern Antrag, die Gehalte der Buchhalter und Kassierer Gebr. H. und D. Piepenbründ auf 800 Rthlr. p. a. zu erhöhen, dringlichst wiederholt hat. Bis zu Anfang des J. 1874 bezogen dieselben je 600 Rthlr.; die ihnen damals gewährte Zulage hatte der Magistrat auf 100 Rthlr. geglaubt einschränken zu müssen, weil mehr auch den anderen städtischen Beamten auf ein Mal nicht gewährt zu werden pflegt. Dieser Anstand erscheint durch die inzwischen eingetretene allgemeine Gehaltsaufbesserung gehoben, und wird der Versammlung jener Antrag nunmehr auch seitens des Magistrates zur Genehmigung empfohlen.

Die Commission erklärt sich damit ebenfalls einverstanden, giebt jedoch anheim, beide Zulagen nicht schon, wie beantragt ist, vom 1. October dieses, sondern erst vom 1. Januar nächsten Jahres ab zu verwilligen.

Mit Berufung auf den Umstand, daß diejenigen Zulagen, welche das Directorium der Gasanstalt und des Wasserwerks reglementmäßig aus eigener Competenz verwilligen kann, sämtlich ihren Anfang am 1. October nehmen, bittet Herr Reuter auch in diesem Punkte nach Maßgabe des vorliegenden Antrages zu beschließen.

Die Versammlung indessen entscheidet sich im Sinne der Commission.

Es folgt

V. durch Herrn v. Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die mit einem Magistratschreiben vom 22. d. M. eingegangene Rechnungsablage des Wasserwerks für das Jahr 1874.

Gegenüber dem Voranschlage in der Einnahme ein Mehr von 5839 Rthlr. 15 $\frac{1}{2}$ 3 A., in der Ausgabe eine Ueberschreitung um 21 9 Rthlr. 15 $\frac{1}{2}$ 4 A. ausweisend, ergibt der Abschluß einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes von 9301 Rthlr. 1 $\frac{1}{2}$ 7 A. und bei Anrechnung der Vorräthe und Ausstände sowie der noch zu leistenden Zahlungen einen Reingewinn von 17,111 Rthlr. 20 $\frac{1}{2}$ 11 A. Da jene Abweichungen vom Voranschlage durch die hinzugefügten Erläuterungen hinlänglich motivirt sind, auch die letzterwähnten Ansätze der kaufmännischen Ordnung durchaus entsprechen, so giebt in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsausschusse der Magistrat anheim, dem Directorium, vorausgesetzt daß der Abschluß in seinen einzelnen Posten mit den Büchern übereinstimmt, Decharge zu ertheilen.

Als ebenso gerechtfertigt wird zur Genehmigung der Vorschlag empfohlen, von dem angegebenen Reingewinn

1500 Rthlr. zur Amortisation zu verwenden,

5126 Rthlr. 20 $\frac{1}{2}$ 8 A. zinsfrei auf die Kosten der neuen Pumpen und der Erweiterung des Röhrennetzes anzurechnen,

7000 Rthlr., welche zur Anschaffung neuer Pumpen vorgeliehen waren, an die Stadtkasse zurückzuzahlen,

3485 Rthlr. 3 A. dem Betriebsfond zu überweisen.

Wenn dagegen seitens der Direction des Wasserwerks beantragt wird, das Aversum von jährlich 17,000 Mark, mit welchem aus der Stadtkasse das zu öffentlichen Zwecken gelieferte Wasser vergütet wird, auf 20,000 M. zu erhöhen, so muß der Magistrat im Einverständniß mit der Verwaltungsdeputation dieses abzulehnen empfehlen, da einestheils das Wasserwerk noch Ueberschüsse liefert, also keiner Unterstützung bedarf, während die Stadtkasse grade jetzt auch sonst stark in Anspruch genommen ist, andern theils aber immerhin doch zweifelhaft erscheint, wie groß jener öffentlich Consum und inwieweit er unumgänglich nothwendig ist oder nicht.

Herr Reuter erklärt sich einverstanden, daß dem fraglichen Antrage für jetzt keine Folge gegeben werde. Als dessen Hauptzweck bezeichnet er, zu betonen, daß jetzt, nachdem der Wasserverbrauch für öffentliche Zwecke gegen früher sich ganz erheblich gesteigert hat, füglich auch die Vergütung dafür soviel höher könnte bemessen werden, und dies von Zeit zu Zeit wenigstens zur Sprache zu bringen, hält er deswegen für geboten, weil solche Erhöhung, wenn auch zur Zeit das Bedürfniß noch nicht vorliegt, immerhin doch über kurz oder lang dürfte in Erwägung zu ziehen sein.

Die Versammlung beschließt in allen Stücken den Anträgen des Magistrates gemäß.

Weiter

VI. berichtet namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff über die Rechnungsablage der Gasanstalt für das Betriebsjahr 1873/74, welche der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 12. d. M. zugegangen ist.

Während in dem Voranschlage eine Jahresproduction von 1,400,000 Cubikmeter

Gas und ein Ueberschuß von 17,562 Rthlr. angenommen war, ist thatsächlich bei einer Production von 1,48309 Cubikmeter ein Reingewinn von 15,845 Rthlr. 20 $\frac{1}{2}$ 6 $\frac{1}{2}$ erzielt. Magistrat und Verwaltungsdeputation finden dieses Betriebsergebniss in dem vorliegenden Geschäftsbericht wiederum genügend aufgeklärt und beantragen demnach, der Direction unter dem üblichen Vorbehalt Decharge zu ertheilen und von gedachtem Ueberschusse

2600 Rthlr. zur Ausloosung von 26 Obligation zu verwenden,

13245 Rthlr. 20 $\frac{1}{2}$ 6 $\frac{1}{2}$ aber für den Bau des neuen Gaswerks zur Verfügung zu stellen.

Von den zur Umänderung der Gasmesser auf Metermaß verwilligten 5500 Rthlr. sind 2706 Rthlr. 11 $\frac{1}{2}$ 8 $\frac{1}{2}$ disponibel geblieben. Der Vorschlag des Directoriums, hiervon

1. diejenigen 685 Rthlr. 25 $\frac{1}{2}$ 10 $\frac{1}{2}$ zu decken, um welche der Voranschlag zur Erweiterung des alten Werkes überschritten ist, sowie

2. 2020 Rthlr. 15 $\frac{1}{2}$ 10 $\frac{1}{2}$ auf die bei Erweiterung der Röhren gleichfalls nöthig gewordenen Ueberschreitungen abzurechnen,

wird vom Magistrate ebenmäßig zur Genehmigung empfohlen, da es sich in diesen Fällen nicht sowohl um neue Verwilligungen als um einen Ausgleich der verschiedenen Capitale des Hauptbuchs handelt.

Schließlich bemerkt der Magistrat, daß eine Schlußrechnung über die Kosten der Erweiterungen des Röhrennetzes erst nach Beendigung dieser Anlagen erfolgen kann.

Unter Verweisung auf die S. 6 und 7 des vorliegenden Geschäftsberichtes enthaltenen Mittheilungen fügt berichtend Herr Reuter hinzu, daß in dem erwähnten Falle keine Ueberschreitung sondern ein Mehrbedarf vorliegt, welcher entstanden ist, indem gewisse Erweiterungen genehmigt, nicht aber zugleich auch die erforderlichen Mittel verwilligt wurden,

worauf die Versammlung sich mit den Anträgen des Magistrates einverstanden erklärt.

Nachdem hierauf die Versammlung

VII. u. VIII. in Gemäßheit der ergangenen Anträge und in Uebereinstimmung mit der Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, den Magistrat ermächtigt hat, gegen den Arbeiter H. Evers und den Schachtmeister F. Pfeifer auf Ersatz der für den Sohn des ersteren und die Tochter des letztern verauslagten Heilungskosten eine gerichtliche Klage anzustrengen,

trägt

IX. namens der Statutencommission Herr Lucius vor:

Im Februar d. J. brach unter den Husarenpferden, welche auf Grund eines vom Magistrate abgeschlossenen Contractes in den Ställen zur »Stadt Wolfenbüttel« untergebracht sind, die Rosskrankheit aus, und wurden in Folge dessen die wirklich erkrankten Thiere getödtet und einige andere entfernt, neun aber als verdächtig sechs Monate lang daselbst thierärztlich überwacht. Diese letzteren in den angebotenen Stall des Gastwirths Ehlers im Hufiltern zu verlegen, hielt das Commando des Husarenregiments wegen der damit verbundenen Gefahr weiterer Verbreitung der Krankheit für unzulässig, womit nach eingeholtem thierärztlichen Gutachten auch Herzogliche Polizeidirection sich einverstanden erklärte. Gestützt auf § 3 des erwähnten Contractes,

laut dessen er die Aufnahme rothranter Pferde zu verweigern befugt ist, und indem er angiebt, daß seiner Ausspannwirtschaft durch Einstellung jener neun Pferde ein Schaden von 15 Mark pro Tag erwachsen ist, hat nun der Gastgeber zur »Stadt Wolfenbüttel« eine Entschädigungsklage gegen den Magistrat angestrengt, welche dieser jedoch für unbegründet hält, weil einmal die angezogene contractliche Bestimmung dem Kläger nicht das Recht zuspricht, die Entfernung roth verdächtigter Pferde zu verlangen, welche in dem gemietheten Stalle sich einmal befinden, sodann, weil deren Entfernung nicht nur dem Gemeinwohl widersprochen hätte, sondern nach jener Entscheidung der Polizeidirection auch thatsächlich unausführbar war, und endlich weil die geforderte Entschädigung auf alle Fälle viel zu hoch gegriffen erscheint. Auf Anregung des Magistrates hat das Regimentscommando dem Kläger für jeden der in Betracht kommenden sechs Monate eine Vergütung von 10 Rthlr. angeboten, diesem Vergleich aber das Kriegsministerium die Genehmigung versagt. Unter diesen Umständen und insbesondere zur Wahrung der diesseitigen Regressansprüche gegen den Militärsciscus hält der Magistrat für geboten, sich auf den erhobenen Proceß einzulassen, und ersucht er demnach die Versammlung, ihn dazu sowie zur Abcitation des Militärsciscus und event. zur Regressklage gegen diesen zu ermächtigen, womit nach Maßgabe des Thatbestandes auch die Statutencommission sich nur einverstanden erklären kann.

Vor Eröffnung der Discussion

wird von dem Herrn Vorsitzenden constatirt, daß Herr Heymann, welcher als Anwalt des Klägers bei der vorliegenden Frage persönlich interessirt ist, die Versammlung verlassen hat.

Herr Steinau anerkennt, daß den Magistrat in diesem Falle keine Schuld trifft. Da indessen der Gastwirth unzweifelhaft geschädigt ist, hält Redner für billig, daß, falls eine Erhöhung der von Berlin aus angebotenen Entschädigung nicht zu erwirken wäre, der Kläger aber durch einen mäßigen Zuschuß seitens der Stadt zufriedengestellt werden könnte, dies Opfer nicht gescheut werde.

Herr Schwarzenberg sieht nicht, wie überhaupt in diesem Falle der Entschädigungsanspruch gegen den Magistrat gerichtet werden kann, welcher alles was in seiner Macht stand gethan hat, um den Kläger vor Schaden zu bewahren.

Herr Stadtrath Rittmeyer versichert, daß der Wunsch nach einem billigen Ausgleich vom Magistrat durchaus getheilt wird, hält dazu aber nach den vorausgegangenen fruchtlosen Verhandlungen die Umstände nicht mehr angethan und bittet demnach dringend, die Proceßführung zu genehmigen, indem dabei event. ja auch in Gemäßheit der Auffassung Herrn Schwarzenbergs die Regressklage gegen das Kriegsministerium vorgesehen sei.

Nachdem Herr Lucius dem Magistrat anheimgegeben hat, den zu bestellenden Anwalt zunächst noch mit einem Güteversuche zu beauftragen, wird der vorliegende Antrag von der Versammlung genehmigt.

Schließlich

X. trägt namens der Finanzcommission Herr Kunken vor:

Da nach § 18 des Statuts vom 21. August 1869, die Ordnung der Cinquar-tierungslast in hiesiger Stadt betreffend, die für Verpflegung und Vorspannleistung aus der Quartierkasse zu gewährende Vergütung durch die Stadtverordnetenversamm-

lung alljährlich festgestellt werden soll, so giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 29. v. M. anheim, die nach den bisherigen Beschlüssen für Quartierleistung ohne Verpflegung

im Sommer mit 2 \mathfrak{H} }
im Winter mit 3 \mathfrak{H} } pro Tag und Mann

normirten und als angemessen bewährten Sätze auch fernerhin unverändert beizubehalten.

Eine anderweitige Normirung dagegen scheint rücksichtlich der Verpflegung und Vorspanntschädigungen geboten. Bisher wurden

für Verpflegung 6 \mathfrak{H} pro Tag und Mann,
bei Vorspannleistung

für das Pferd	. 7 \mathfrak{H}	6 \mathfrak{A}	}	pro Meile
» den Wagen	. 2 \mathfrak{H}	6 \mathfrak{H}		
» den Führer	. 5 \mathfrak{H}	— \mathfrak{H}		
» ein Reitpferd	. 10 \mathfrak{H}	— \mathfrak{H}		

gezahlt. Inzwischen aber sind durch das Reichsgesetz vom 13. Februar d. J. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden folgende Bestimmungen getroffen.

1. Die aus Militärfonds an die Gemeinden zu gewährende Vergütung für Naturalverpflegung beträgt für Mann und Tag

- a. für die volle Tageskost mit Brot 80 \mathfrak{A} , ohne Brot 65 \mathfrak{A}
- b. » » Mittagkost » » 40 \mathfrak{H} , » » 35 \mathfrak{H}
- c. » » Abendkost » » 25 \mathfrak{H} , » » 20 \mathfrak{H}
- d. » » Morgenkost » » 15 \mathfrak{H} , » » 10 \mathfrak{H}

Wenn der Preis des Winterroggens nach dem Durchschnitt der November-Marktpreise in Berlin, München, Königsberg und Mannheim für 1000 Kilogramm über 110 Mark beträgt, so wird im folgenden Jahre für je 10 Mark des Mehrbetrages die Vergütung der vollen Tageskost mit Brot um 5 \mathfrak{A} event. bis zum Satze von einer Mark erhöht und tritt eine entsprechende Erhöhung für die übrigen Sätze ein. Die hiernach zur Anwendung kommenden Sätze werden vor Schluß des Jahres durch den Reichsanzeiger öffentlich bekannt gemacht. Bei außergewöhnlicher Höhe der Lebensmittelpreise kann der Bundesrath die Vergütungssätze für die volle Tageskost mit Brot zeitweilig für das ganze Bundesgebiet oder für einzelne Theile desselben sowohl innerhalb der Grenze von 80 \mathfrak{A} bis zu einer Mark als auch über eine Mark hinaus erhöhen.

2. Die Vergütung für Vorspann erfolgt tageweise nach den vom Bundesrath von Zeit zu Zeit für jeden Bezirk eines Lieferungsverbandes endgültig festzustellenden Vergütungssätzen, welche nach den dort üblichen Fuhrpreisen zu normiren sind. Auch für die Fahrt vom Wohnorte nach dem Stellungsorte und zurück wird Vergütung nach gleichen Grundsätzen gewährt, wenn die Entfernung mehr als $7\frac{1}{2}$ Kilometer (eine Meile) beträgt, und wird in diesem Falle die Wegestrecke bis zu 15 Km. einem halben Tage gleichgesetzt. Werden die Fuhrwerke einen halben Tag oder darunter in Anspruch genommen, so ist ein halber Tag zu berechnen.

Da nun die der Stadtgemeinde nach diesen Bestimmungen geleistete Vergütung einerseits ausreichend erscheint und insbesondere für die Verpflegung schon in minimo höher ist als die bislang aus der Einquartierungskasse gezahlte, auch für Vorspann

zur Zeit für zweispännige Wagen 12 Mk., für einspännige 8 Mk. pro Tag beträgt, andererseits aber es nicht zu rechtfertigen wäre, wenn den Quartiergebern und Vorspannpflichtigen aus der Einquartierungskasse weniger gezahlt würde als den Gemeinden selbst das Reichsgesetz zubilligt, so giebt der Magistrat anheim zu beschließen, daß bis auf weiteres und so lange das gedachte Reichsgesetz in Kraft bleibt, für Verpflegung und Vorspannleistung die nämlichen Veräutungsätze aus der Einquartierungskasse gezahlt werden, welche der Stadtgemeinde aus Militärfonds zufließen.

Nach Genehmigung dieses Vorschlages würde von der jährlichen Feststellung der Vergütungsätze für Vorspann und Verpflegung einstweilen Abstand zu nehmen sein. Da nun aber auch die Sätze für Quartierleistung ohne Verpflegung bereits seit einer Reihe von Jahren die nämlichen geblieben sind und zu einer Aenderung derselben, wie schon bemerkt, kein Grund vorliegt, so wird seitens des Magistrates ferner beantragt,

daß § 18 des Einquartierungsstatutes auch hinsichtlich dieser Sätze bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werde

Beide Anträge werden auf Empfehlung der Statutencommission von der Versammlung ohne Debatte genehmigt,
und damit die öffentliche Sitzung geschlossen,

worauf in vertraulicher Berathung die aus dem Wilhelmi- und Hohenthors-districte eingegangenen Steuerreclamationen zur Erledigung kommen.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 258. Stücke des 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 12.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. October 1875.

Öffentlich:
Beschlussfassung über den Ankauf der Neustadtmühle.
Vertraulich:
Steuerreclamationen.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Haake, Ramdohr, Rittmeyer. Entschuldigt die Herren Flagge, Lucius, Schwarzenberg, v. Seckendorff.

Zur öffentlichen Berathung liegt nur ein Magistratsantrag vom 1. d. M. auf Erwerbung der Neustadtmühle vor, über welchen namens der Finanzcommission Herr Graf Sörk-Wrisberg Bericht erstattet.

Nachdem Herzogliche Landesregierung den Verkauf der Neustadtmühle seit längerer Zeit vorbereitet hatte, und in dieser Absicht gegen Ende v. J. auch die Aufhebung der Neustädter Wasserkunst herbeigeführt worden war, fand am 5. August d. J. ein öffentlicher Termin statt, in welchem für gedachte Mühle mit der Wasserkraft 203,000 Mark, ohne diese 91,000 Mark geboten wurden. Bald nachher setzte Herzogliche Kammer den Magistrat auf seine Anfrage in Kenntniß, daß diese Gebote nachträglich auf bzw. 211,500 und 105,000 Mark erhöht seien, der Zuschlag für letztern Preis jedoch wenig Wahrscheinlichkeit habe, und sonach der Verkauf muthmaßlich mit Einschluß der Wasserkraft oder gar nicht zu Stande kommen werde. Erstere Eventualität glaubte der Magistrat augenblicklich zwar nicht fürchten zu müssen; auch die andere aber konnte er im Interesse der Stadt nicht für wünschenswerth halten, und als bester Ausweg erschien ihm unter diesen Umständen die Erwerbung der Neustadtmühle auf Rechnung der Stadt, weil dadurch namentlich eine solche Regelung der Wasserverhältnisse ermöglicht würde, welche den berechtigten Klagen über die gesundheitswidrige Beschaffenheit der Okerkanäle wirklich abzuhelpen geeignet. Dieser

Ausweg konnte indessen nur unter der Voraussetzung ins Auge gefaßt werden, daß es gelingen dürfte, mit Herzoglicher Landesregierung einen angemessenen und jedenfalls geringern Kaufpreis zu vereinbaren, als er durch das Meistgebot vom 5. August in Aussicht gestellt war. Zunächst stellte daher der Magistrat am 6. September bei Herzoglichem Staatsministerium den Antrag, der Stadt die Mühle mit der Wasserkraft auf Grund der bekannt gegebenen übrigen Bedingungen für die Summe von 150,000 Mark zu überlassen. Laut Rescripts vom 29. v. M. ist Herzogliches Staatsministerium im Einverständniß mit dem Ausschusse der Landesversammlung nun zwar nicht abgeneigt, der Stadt als Käuferin den Vorzug zu geben; den offerirten Kaufpreis aber erklärt dasselbe gegenüber dem durchschnittlichen Reinertrage des Etablissements während der letzten fünf Jahre für ungenügend. Indem es zugleich die Aufhebung von § 4 des vorliegenden Kaufcontracts ausbedingt, welcher dem Käufer auf den Fall einer Verminderung der der Mühle bis jetzt zugeführten Wassermasse, sei es durch Reinigung und Spülung der Märcanäle oder durch eine allgemeine Regulirung der Wasserverhältnisse, Anspruch auf Entschädigung gewährt, geht die Forderung Herzoglichen Staatsministeriums auf den Betrag von 180,000 Mark.

Ist hiernach keine Aussicht, das Geschäft ganz nach Wunsch abschließen zu können, so glaubt der Magistrat dazu doch auch auf dergestalt veränderter Grundlage rathen zu müssen. Der Wegfall jenes § 4 scheint bedeutungslos, da die Stadt in dem vorgesehenen Falle, welcher immer nur in ihrem eigenen Interesse eintreten würde, auf Entschädigung unmöglich Anspruch erheben könnte. Die Preisforderung anlangend, so ist in Betracht zu ziehen, daß nach Ausweis der Acten die Neustadtmühle im Jahre 1874 allerdings einen Reingewinn von 18,555 Mark, also eine mehr als 10% Verzinsung der geforderten Kaufsumme geliefert hat. Wenngleich nun aller Wahrscheinlichkeit nach bei Uebernahme des Betriebes mancherlei Anlagekosten nicht zu umgehen sein werden, so steht andererseits aus verschiedenen Gründen auch eine Vermehrung der Erträge in Aussicht, wonach denn kaum zu bezweifeln ist, daß die Zinsen und eine reichliche Amortisation ohne Opfer seitens der Stadt werden aufzubringen sein. Unter diesen Umständen beantragt der Magistrat, daß die Versammlung

1. den Ankauf der Neustadtmühle mit Wasserkraft für den Preis von 180,000 Mark und zu den am 5. August d. J. bekannt gegebenen Bedingungen, mit Ausschluß jedoch von § 4 derselben, genehmige und
2. den Magistrat ermächtige, auf dieser Grundlage und eventuell, sofern dadurch keine wesentliche Aenderung herbeigeführt würde, unter Modification und Vervollständigung einzelner Puncte dieser Grundlage den Kaufcontract mit Herzoglicher Baudirection zu vereinbaren.

Einer Erklärung Herzoglichen Staatsministeriums zufolge könnten der Stadt die Kaufgelder gegen Verzinsung mit $4\frac{1}{2}\%$ und Amortisation mit 1% und dem Betrage der durch diese Abzahlungen von Jahr zu Jahr ersparten Zinsen aus der Leihhauskasse vorgestreckt werden. Nach reiflicher Erwägung indessen hält der Magistrat für rathsam, die erforderlichen Mittel aus den Beständen des hiesigen Kreiscommunalfonds zu entnehmen und diesem bei 1% Amortisation mit $4\frac{1}{2}\%$ zu verzinzen. Demnach ergeht an die Versammlung ferner der Antrag:

3. zu beschließen, daß hierzu die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums nachgesucht werde, sowie
4. die Entscheidung der Frage, welche Werthpapiere des gedachten Fonds zu

dem Ende veräußert werden sollen, dem Magistrate in Gemeinschaft mit der Finanzcommission anheimzustellen, für den Fall aber, daß solcher Verkauf zur Zeit aus dem einen oder andern Grunde unausführbar oder unzweckmäßig erschiene, das Darlehnsanerbieten Herzoglichen Staatsministeriums zu acceptiren.

In Betreff jener ersten Hauptfrage tritt die Commission den Erwägungen des Magistrates durchgängig bei. Bisher schon läßt die Spülung der Ofrcanäle viel zu wünschen übrig, obwohl Herzogliche Landesregierung aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten die vorhandene Wasserkraft zu Behuf der Neustadtmühle immer nur, wie allerdings anerkannt werden muß, mit möglichster Einschränkung in Anspruch genommen hat. Ist nun schon zweifelhaft, ob hierin nicht über kurz oder lang auch bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse eine Aenderung zum Schlimmern eintreten könnte, so würde diese Gefahr vollends bedenklich in den Vordergrund treten, die Möglichkeit der wünschenswerthen durchgreifenden Besserung in unabsehbare Ferne rücken, sobald die Mühle mit jenem in § 4 des Kaufcontractes zugestandenem Entschädigungsanspruche in den Besitz eines Privatunternehmers überginge. Läßt sich dem dann aber nicht anders begeben als in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise, so kann auch von der gestellten Preisforderung kein Grund zu abfälliger Entscheidung hergenommen werden. Allerdings wäre zu wünschen gewesen, daß Herzogliches Staatsministerium das vorläufige Angebot des Magistrates genehmigt hätte; andererseits aber muß zugegeben werden, daß für die Landesregierung das Interesse der Stadt allein nicht maßgebend sein konnte, und daß die Summe von 150,000 Mark dem Werthe der Mühle nach dem durchschnittlichen Reingewinn der letzten fünf Jahre, welcher sich zu 6185 Rthlr. herausstellt, nicht entsprechen würde. Zu genaueren Ermittlungen über die künftige Rentabilität des Betriebes war freilich keine Zeit, da Herzogliches Staatsministerium auf rasche Entschließung dringt; auch so jedoch glaubt die Commission angesichts der entwickelten Sachlage den Kauf unbedenklich empfehlen zu können. Hinsichtlich der Abtragung des Kaufgeldes kann die Commission den vorgeschlagenen Modalitäten ebenfalls nur zustimmen. Abweichend dagegen von dem Vorschlage des Magistrates beantragt sie, die jährlichen Amortisationen auf $\frac{1}{2}\%$ und die ersparten Zinsen festzustellen, da hierbei die gegenwärtige Zahlungslast in wünschenswerther Weise erleichtert und die Tilgung der Schuld in dem nicht übertrieben langen Zeitraume von 53 Jahren gesichert sein würde.

Zur Discussion gelangt zunächst der Antrag auf Erwerbung der Mühle zu dem Preise von 180,000 Mark.

Nachdem die von Herrn Krampe erbetene Auskunft über Umfang, Beschaffenheit und Werth des von dem Käufer mit zu übernehmenden Inventars

von Herrn Graf Görg-Brissberg dahin ertheilt ist, daß unter diesen Begriff nicht etwa die vorhandenen maschinellen Einrichtungen, sondern nur die kleineren Utensilien fallen, welche neben der Kaufsumme keinesfalls einen erheblichen Werth darstellen und überdies nach Taxat zur Anrechnung kommen werden,

entwickelt Herr Schöttler, wie seiner Ueberzeugung nach ein einziger Umstand genügen würde, um den beantragten Kauf als dringende Nothwendigkeit zu erweisen. Falls nämlich zweifellos ist, daß der mehrerwähnte Entschädigungsanspruch eventuell auch gegen die Stadt geltend zu machen wäre, so würde beim Uebergange der Neu-

stadtmühle in Privatbesitz nur noch die Wahl bleiben, auf jede irgend erhebliche Spülung der Dfcanäle zu verzichten oder einen ganz exorbitanten Preis dafür zu zahlen. Denn eine Wasserkraft wie die hier in Frage stehende, ist eine kostbare Sache; nach Maßgabe mehrerer ähnlichen Fälle, deren er sich entsinnt, nimmt Redner keinen Anstand zu behaupten, daß ihr Werth den jetzt für das Ganze geforderten Kaufpreis leicht übersteigen dürfte.

Herr Reuter hält den Abschluß des vorgeschlagenen Handels an sich ebenfalls für sehr wünschenswerth, trägt gleichwohl aber große Bedenken, dem Antrage wie er gegenwärtig gestellt ist, ohne weiteres zuzustimmen. Allerdings — und diesen Vortheil gering anzuschlagen wäre Redner der Letzte — die Verwirklichung eines umfassenden Canalisirungsprojectes würde mit dieser Erwerbung soviel näher gerückt sein; immerhin jedoch stände man alsdann vor einer neuen Frage, welche finanziell von ungleich größerem Belang wäre als die hier vorliegende. Daß mit dem Besitz der Neustadtmühle allein und unmittelbar die Möglichkeit gewonnen sei, allen Klagen über mangelhafte Spülung der Dfcanäle abzuhelfen, diese Hoffnung erscheint ihm trügerisch. Denn ohne die Wasserkraft ist die Leistungsfähigkeit dieses Mühlwerks bekanntlich nur gering: entweder also würden die städtischen Behörden sich auf bedeutende Zuschüsse für Verzinsung und Amortisation der Kaufsumme gefaßt machen, oder die Wasserkraft ebenfalls zu Hülfe nehmen, dann aber ebenso wie die bisherige Administration allen Mißmuth wegen der dadurch veranlaßten Uebelstände über sich ergehen lassen müssen. Nach dem allen glaubt Herr Reuter zu nochmaliger und gründlicher Erwägung verstellen zu müssen, ob der geforderte Preis dem wirklichen Werthe des Kaufobjectes auch angemessen. Zwar sind Gebäude und Inventar insgesammt mit circa 250,000 Mark gegen Feuergefähr versichert, doch bezweifelt Redner, daß der Mahlbetrieb auf die Dauer eine dem entsprechenden Rente abwerfen wird. Durch Erhöhung der Mahllöhne mag es während der letzten fünf Jahre gelungen sein, den angegebenen Durchschnittsertrag zu erzielen; viel niedriger aber, auf etwas über 1000 Rthlr. stellt sich dieser, wenn man einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren in Betracht zieht. Sehr wesentlich scheint ihm ferner, daß bei Ueberlassung der Mühle an die Stadt jener § 4 des Contractes außer Kraft treten soll: kein Privatmann würde unter dieser Bedingung das Gebot abgegeben haben, welches in dem Termine am 5. August erzielt wurde. Daß aber der fragliche Entschädigungsanspruch sich jemals gegen die Stadt kehren könnte, hält Redner für ganz undenkbar, und ebensowenig kann er glauben, daß Herzogliche Landesregierung so rücksichtslos gegen die Stadt verfahren würde, die Mühle mit der Wasserkraft unter solchen Umständen in die Hand eines Dritten zu geben. Wird die Mühle von der Stadt nicht gekauft, so bleibt es entweder beim Alten — und es muß anerkannt werden, daß in den letzten Jahren beim Spülen der Canäle erheblich freigebiger als früher mit dem Wasser verfahren ist — oder die Mühle gelangt, und zwar ohne Wasserkraft, in Privathand, welche letztere Eventualität für die Stadt offenbar am vortheilhaftesten wäre. Inzwischen hegt Herr Reuter einige Hoffnung, Herzogliches Staatsministerium werde durch weitere Verhandlungen doch noch zu der gewünschten Abminderung seiner Preisforderung zu bewegen sein. Daß es schwerer halten dürfte, dazu auch die Einwilligung des Ausschusses der Landesversammlung zu erlangen, verkennt er nicht; immerhin jedoch hält er einen Versuch in dieser Richtung für dringend geboten, zumal bei Uebernahme des Betriebes eine Reihe sehr kostspieliger technischer Anlagen unvermeidlich erscheint.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß eine bestimmte Angabe über die Rentabilität der Neustadtmühle nur für das Jahr 1874 vorliegt, hinsichtlich des Durchschnittsertrages dagegen aus den Acten allerdings hervorgeht, daß dieser während der letzten fünf Jahre jedenfalls mehr als 5400 Rthlr. betragen hat.

Herr Overbürgermeister Caspari giebt dringend anheim, falls die Mühle überhaupt gekauft werden soll, ohne weiteres auch die gestellte Preisforderung zu genehmigen. Nachdem es schon nicht leicht gewesen, den Ausschuß der Landesversammlung für die vorliegende Proposition zu gewinnen, ist sehr unwahrscheinlich, daß dieser noch weniger annehmbaren Vorschlägen zustimmen würde oder Herzogliches Staatsministerium geneigt sein sollte, solche zu befürworten. Demnach könnten weitere Verhandlungen den Abschluß nur verzögern; da vollends aber bei der Landesversammlung selbst bekanntlich nur auf sehr geringe Neigung zu rechnen ist, die Stadt Braunschweig besonders zu begünstigen, so erscheint in hohem Grade wünschenswerth, noch vor deren nächster Zusammenkunft zum Ziele zu gelangen. Dem Magistrat zwar könnte es schon recht sein, wenn sich der Handel zerschläge, da für diesen die Verwaltung der Mühle nur die Last einer neuen Verantwortlichkeit mit sich bringen wird; dem Gemeininteresse der Stadt aber würde solcher Ausgang durchaus nicht entsprechen.

Herr Bracke erklärt, sich der Abstimmung in dieser Angelegenheit enthalten zu wollen, da den obwaltenden Verhältnissen nach man ihn mit einem Sonderinteresse daran betheiligt glauben könnte. Auch in die Debatte wollte er ursprünglich nicht eingreifen, obgleich er ähnlichen Verdächtigungen, wie sie früher bei gleichem Anlaß in der Presse gegen ihn erhoben wurden, diesmal nicht glaubt ausgesetzt zu sein. Eins aber fühlt er sich gedrungen auszusprechen: daß es ihn freuen würde, wenn für die unleidlichen Zustände der Okergräben demnächst die Stadt aufkommen müßte, weil dann jedenfalls geschehen würde, was längst hätte geschehen sollen und was, richtig angegriffen, selbst ohne Kosten für die Stadt wird durchgesetzt werden können.

Herr Schöttler stimmt Herrn Reuter darin bei, daß das Dampfwerk der Neustadtmühle zu schwach, nur auf vier Mahlgänge berechnet, auch unzweckmäßig gebaut ist und sonach nur als Nothbehelf dienen kann; wonach bisher denn die Rentabilität des Etablissements allerdings auffällig gering war, und um ihr gründlich aufzuhelfen, alsbald bedeutende Aufwendungen für maschinelle Neuanlagen gemacht werden müßten. Dies aber erscheint für die Stadt hinwiderum nicht gerathen, weil selbige doch keine solche Rente erzielen würde wie ein Privatbesitzer, zumal sie sich unmöglich auf ein Handelsmühlengeschäft einlassen könnte, die Lohnmüllerei aber von Jahr zu Jahr weniger einträglich wird und sonach ohne Schaden nur mittels einer billigen Wasserkraft getrieben werden könnte. Aber grade die Wasserkraft soll unter allen Umständen von der Mühle abgelöst werden, da auf andere Weise eine Besserung der bekannten Unerträglichkeiten in der That nicht erzielt werden kann. Unter diesen Umständen wird die Stadt in der Lage sein, die Mühle alsbald wieder veräußern zu müssen; dies aber wird auch ohne Opfer angehen, da für einen Privatunternehmer 180,000 Mk. auch mit Aufschlag der Kosten für die erforderlichen neuen Dampfmaschinen immerhin noch kein übertriebener Preis ist. Wie aber auch weiterhin das Geschäft ablaufen mag, kaufen muß die Stadt unter jeder Bedingung, und deswegen theilt Herr Schöttler

den Wunsch, daß kein Zwischenfall mehr herausgefordert werde, welcher den Abschluß des Kaufes überhaupt in Frage zu stellen geeignet ist.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Solmick unbedingt an.

Herr Steinau ist ebenfalls überzeugt, daß sich eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Mahlwerks nur durch bedeutende Aufwendungen wird ermöglichen lassen. Da aber in gleichem Verhältniß auch die Rentabilität steigen wird, hält er dies für kein Moment, welches den Kaufpreis drücken könnte, den er mit 180,000 Mk. nicht eben zu hoch bemessen findet. Hinsichtlich des Wegfalls von § 4 des Contractes kann er nur der Meinung des Herrn Referenten beipflichten, daß, wenn der Mühle künftig im Interesse der Stadt Abbruch an ihrer Wasserkraft geschieht, die Stadt als Versichererin eine Entschädigung dafürfüglich nicht beanspruchen kann.

Herr Reuter giebt zu, daß allerdings, wie Herr Schöttler die demnächstige Sachlage ansieht, die Bedenken wegfallen, welche sich ergaben, indem er, Redner, von der Voraussetzung ausging, die Stadt werde den Mühlenbetrieb auf eigene Rechnung fortsetzen. Weitere Verhandlungen über den Kaufpreis hat er übrigens nicht sowohl eigentlich beantragen als vielmehr nur zur Erwägung anheimgeben wollen. Wenn Herr Bracke dann die Verantwortung für den Zustand der Okergräben auf die Stadt möchte übertragen sehen, so vermißt dabei Herr Reuter jede Andeutung über die Mittel und Wege, wie städtischer Seits die gewünschte Abhilfe herbeigeführt werden könnte. Die Schwierigkeit liegt seines Erachtens eben darin, daß man nicht warten darf, bis die Canäle verunreinigt sind, sondern der Verunreinigung jedes Jahr schon vom Mai an durch ausgiebige Spülungen vorbeugen muß, wodurch natürlich aber die Wasserkraft stärker in Anspruch genommen wird als im Interesse der Mühle zulässig ist. Dieser Nothigung würde nur durch Anlage zweier Canäle zu entgehen sein, mittels welcher alle Schmutzwässer vom Wilhelmthore westlich um die Stadt bis unterhalb des Petritheores, vom Augustthore östlich um die Stadt bis unterhalb des Wendewehrs abgeführt werden könnten — eine Anlage freilich, welche sich ohne sehr bedeutende Aufwendungen aus der Stadtkasse schwerlich durchführen ließe. Gegenüber endlich der auch von Herrn Schöttler zugestandenen Auslegung des § 4 beharrt Redner bei der Ansicht, daß ein Entschädigungsanspruch wohl gegen jene industriellen Etablissements geltend zu machen wäre, welche durch Verunreinigung der Okergräben deren vermehrte Spülung nöthig machen und damit eine Abnahme der Wasserkraft verursachen, gegen die Stadt aber um so weniger, als die fraglichen Maßnahmen nicht von den städtischen Behörden, sondern immer nur seitens Herzoglicher Polizeidirection angeordnet werden.

Herr Bracke ergänzt seine Meinungsäußerung dahin, daß eben die Fabriken anzuhalten sind, den beregten Uebelständen auf ihre Kosten abzuhelpen, sei es mit dem von Herrn Reuter angedeuteten Mittel oder durch einen Verbindungsanal zwischen dem Umflutgraben oberhalb des Petritheores und dem Flußbette oberhalb der Neustadtmühle, sodas ihre Abwässer fort und fort gleich durch das Mühlengerinne beseitigt würden. Ist für die Beschaffenheit der Okergräben erst, wie Redner wünschte, die Stadt verantwortlich, so wird man nicht säumen, auf derartige Maßnahmen ernstlich hinzuwirken, und daß man damit durchbringen wird, leidet keinen Zweifel: werden andernwärts doch in gleichen Fällen noch viel weitergehende Verpflichtungen auferlegt und erfüllt. Ganz abgesehen hiervon aber, und zugegeben auch, daß man lediglich auf regelmäßige Spülungen angewiesen bliebe, mit denen, wie Redner ebenfalls aner-

kannt, alljährlich nicht früh genug begonnen werden kann: immer würde während der größern Hälfte des Jahres Wasser genug sowohl für diese als auch zum Mühlenbetriebe vorhanden sein, ja zu Zeiten mehr als zu viel. Worauf es allein ankommt, das ist eine sachgemäße und wohlgeordnete Verwendung des vorhandenen Wassers, und daß diese eintritt, wird durch den Ankauf der Neustadtmühle eben in die Hand der städtischen Behörden gelegt sein. Eine Wiederveräußerung derselben, wie solche Herr Schöttler ins Auge faßte, kann Herr Bracke in seinen Calcul nicht aufnehmen, da er als Befürworter der Socialdemokratie den Verkauf von öffentlichem Eigenthum überhaupt niemals billigt, und was derart in unserm Lande vorgefallen ist vollends nicht dazu angethan findet, ihn von dieser Ueberzeugung zurückzubringen.

Herr Oberbürgermeister Caspari betont nochmals, daß der Magistrat den Besitz der Neustadtmühle nicht anstrebt, um ein Finanzgeschäft zu machen, sondern nur um eventuell für die Regulirung der Merganäle freie Hand zu erlangen. Die Frage, was zu diesem Zwecke demnächst geschehen muß, erscheint in diesem Augenblicke noch nicht spruchreif. Auch darüber, ob die Mühle auf Rechnung der Stadt administriert oder etwa durch Verpachtung oder Weiterverkauf verwerthet werden soll, hat der Magistrat begreiflicher Weise noch keine Erwägungen angestellt. Vorläufig also handelt es sich nur um den Ankauf der Mühle. Sind dabei aber, wie gesagt, in erster Linie allerdings gesundheitspolizeiliche Rücksichten maßgebend, so hindert dies andererseits doch nicht, nebenher auch den Finanzpunct ins Auge zu fassen. Daß auf die Benutzung der Wasserkraft für den Mahlbetrieb von vornherein gänzlich verzichtet werde, hält der Herr Oberbürgermeister nicht für geboten: gesetzt auch, selbige würde sechs Monat hindurch für Spülungen in Anspruch genommen, so bliebe sie doch während der übrigen Hälfte des Jahres zur Verfügung der Mühle. Bei dieser Sachlage und nach Maßgabe der bisherigen Erträge kann der geforderte Kaufpreis nicht zu hoch erscheinen; sind aber darüber hinaus noch weitere Aufwendungen für neue Anlagen erforderlich, so wird durch diese, wie schon von andrer Seite erwähnt ist, unzweifelhaft in gleichem Verhältniß auch die Rentabilität des Werkes zunehmen.

Herr Schöttler anerkennt, daß ein Beschluß über die künftige Verwendung der Wasserkraft und der Mühle selbst zur Zeit noch nicht möglich ist: wenn er erstere gleichwohl bei Veranschlagung der Betriebsaussichten von vornherein außer Rechnung gestellt hat, so ist dies in Anbetracht der möglichst früh und energisch vorzunehmenden Spülungen geschehen, von deren Nothwendigkeit er allerdings ebensosehr wie die Herren Bracke und Reuter überzeugt ist. Die Auslegung von § 4 des Contractes anlangend, glaubt er, daß es in That ein Unterschied sein würde, ob die Mühle im Besitze des Staates oder irgend eines Privatunternehmers ist: jener hat der Stadt hinsichtlich der Spülungen Rücksichten erwiesen, welche andernfalls höchst wahrscheinlich wegfallen dürften. Würde dann die Stadt zur Entschädigung für die Abnahme der Wasserkraft angehalten, so könnten diese keinesfalls gering ausfallen; und vor Processen über Streitfälle, bei denen es sich um die Rechtsverhältnisse der Merggräben handelt, hat Reibner aus eigener Erfahrung allen Respekt. Daß an dem höchst gesundheitswidrigen Zustande wenigstens des westlichen Ausflutgrabens die Fabrikauflüsse den größten Theil der Schuld tragen, giebt er zu, auch findet er es bei der heutigen Tages vorherrschenden Neigung, die Industrie zum allgemeinen Prügeljungen zu machen, begreiflich, wenn man in dem vorliegenden Falle grade gegen diese Etablissements die allerstrafften Saiten aufzuziehen bereit ist. Ob dies aber der Billigkeit und dem wohlverstandenen

Gemeininteresse entspricht, scheint ihm sehr zweifelhaft. Für den Verkauf von Staats- und Gemeindeeigenthum wird Redner sich immer nur in solchen Fällen entscheiden, wo ein Besitz dieser Art mit Gefahren für das Land oder die Stadt verknüpft ist. So aber lag die Sache in der That, so oft er in diesem Sinne mitwirkte, und darum ist er froh, daß er dies gethan hat und würde er nöthigenfalls noch dreimal ebenso handeln.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nachdem Herr Graf Götz-Wrisberg als Referent die eingewandten Bedenken nochmals vom Standpuncte der Commission beleuchtet, und insbesondere noch darauf hingewiesen hat, daß der projectirte Kauf an sich von keiner Seite als nicht wünschenswerth bezeichnet worden, auf eine Abminderung des Kaufpreises aber nach den letzten sehr bestimmt lautenden Eröffnungen Herzoglichen Staatsministeriums keinerlei Aussicht ist, werden die ersten zwei Anträge des Magistrates von der Versammlung genehmigt.

Von den weiter vorliegenden Fragen

giebt zu einer Discussion nur die Anlaß, mit welchen Jahresbeträgen die Kaufgelder amortisirt werden sollen.

Für die vom Magistrate empfohlene Amortisation mit 1 % spricht sich Herr Reuter aus, weil einerseits die Erwerbung der Neustadtmühle berührter Maßen außer dem Kaufpreise selbst noch manche andere Aufwendung nöthig machen wird, andererseits aber die solide Beschaffenheit der Gebäude eine mehrhundertjährige Dauer des Werkes in Aussicht stellt, und daher eine kürzere Amortisationsfrist nicht geboten erscheint.

Dagegen legt Herr Steinau die Gründe dar, welche er schon bei den Commissionsverhandlungen für Amortisation mit 1 % und den ersparten Zinsen geltend gemacht hat. Da es nämlich wünschenswerth erscheint, daß der Kreiscommunalfond möglichst bald wieder zu seinem vollen Bestande hergestellt, und auf die Nachkommen, soweit es das Bedürfniß der Gegenwart irgend zuläßt, Rücksicht genommen werde, könnte die langsamere Tilgung sich nur empfehlen, falls es sich um eine Anlage handelte, welche keine Erträge in Aussicht stellt, nicht aber in dem gegenwärtigen Falle, wo eine genügende Rente des Anlagekapitals für gesichert gelten darf, die Abträge also nicht auf der Stadtkasse lasten werden.

Herr Solmitz hält eine Rente ebenfalls für gesichert, zweifelt jedoch, ob dieselbe sich so einträglich herausstellen werde wie Herr Steinau annimmt, und erklärt sich demzufolge für den commissionsseitig beantragten Mittelweg der Amortisation mit $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen.

Gegenüber den von Herrn Reuter vertretenen Gesichtspuncten giebt Herr v. Seckendorff zu erwägen, daß die Mühle, welche 1849 gebaut ist, wenn jetzt schon nicht ohne große Aenderungen rentabel, voraussichtlich nach den zur Amortisation mit 1 % erforderlichen hundert Jahren noch viel geringere Erträge liefern werde, wonach denn wenigstens doch der von der Commission empfohlene Modus unerläßlich scheint.

Herr Bracke geht von der Annahme aus, daß außer dem Kaufpreise etwa 20,000 Rthlr. für neue Einrichtungen werden aufzubringen sein. Wenn nun auch die bisherigen Erträge der Mühle zur Verzinsung und Amortisirung von 80,000 Rthlr. ausreichend erscheinen, so ist doch grade ein Mühlenetablissement noch mehr als andere

industrielle Unternehmungen manchen ungünstigen Eventualitäten ausgesetzt, vor denen man gut thun wird das Anlagecapital je eher je lieber wieder in Sicherheit zu bringen.

Gegen die von Herrn v. Seckendorff angestellte Erwägung bemerkt Herr Reuter, daß die Aufwendungen, welche bei Uebernahme der Neustadtmühle erforderlich sein werden, nicht durch Abnutzung der Gebäude sondern durch die von vornherein fehlerhafte Anlage veranlaßt sind. Die anderen Herren, welche höhere Amortisationsquoten als die vom Magistrat in Vorschlag gebrachte empfehlen, nehmen sämmtlich als gewiß an, daß das Mühlengeschäft allezeit angemessene Erträge liefern werde. Wer aber kann dafür die Gewähr übernehmen? die Erfahrungen der sechsziger Jahre sprechen jedenfalls dagegen. Sollte jene Erwartung dennoch eintreffen, so würde natürlich nichts entgegenstehen, die Amortisation zu beschleunigen und eventuell selbst die gesamten Ueberschüsse darauf zu verwenden. Einstweilen jedoch wird man auf alle Fälle sicherer gehen, wenn man sich auf den niedrigeren Ansaß beschränkt.

Herr Schöttler kann der Meinung nicht zustimmen, als werde das Mühlwerk mit 60,000 Mk. vollkommen den heutigen Anforderungen gemäß henzustellen sein, glaubt vielmehr, daß dazu mindestens 150,000 Mk. erforderlich sind. Gleichwohl hält er den Antrag der Finanzcommission für zweckentsprechender als den des Magistrates. Denn allerdings schließt letzterer die Möglichkeit nicht aus, die Amortisationsquote demnächst zu erhöhen. Da diese Wendung aber bei der allgemeinen Finanzlage der Stadt keinesfalls doch sehr wahrscheinlich ist, näher immer die Versuchung liegen wird, es bei den einmal festgesetzten geringeren Abträgen bewenden zu lassen, so dürfte in der That wohl richtiger sein, sich von Anfang an die weitergehende Verpflichtung bindend aufzuerlegen.

Herr Stadtrath Rittmeyer giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat kein großes Gewicht darauf legt, welcher von den vorliegenden Anträgen zum Beschluß erhoben wird, da es sich in keinem Falle um einen unauflösllichen Vertrag mit einer dritten Partei handelt, immer also je nach den erzielten Betriebsergebnissen die Amortisationsbeträge erhöht oder herabgesetzt werden können. Immerhin aber wird dem Magistrat der Mittelsatz, welchen die Commission empfiehlt, wünschenswerther erscheinen als eine noch höhere Amortisationsquote.

Herr Steinau ist ebenso wie Herr Schöttler überzeugt, daß die Kosten der erforderlichen Neuanlagen auf mindestens 50,000 Rthlr. zu veranschlagen sind. Da nun aller Wahrscheinlichkeit nach auch diese Summe aus dem Kreiscommunalfond entnommen werden muß, hält er vollends eine möglichste Beschleunigung der Amortisation für dringend geboten, und muß er demnach bei seinem Antrage beharren, dieselbe zu 1% nebst den ersparten Zinsen festzusetzen.

Herr Bracke glaubt die dabei vorausgesetzte Rentabilität für durchaus gesichert ansehen zu dürfen, da die Neustadtmühle 10% des Anlagecapitals bei Mahllöhnen abgeworfen hat, welche niedriger waren als die jetzigen, die angeführten geringeren Erträge aber in eine Zeit fallen, wo jene nur halb so hoch standen.

Wie Herr v. Seckendorff mittheilt, ist dem gegenüber für das Commissionsvotum ausschlaggebend die Erwägung gewesen, daß es bei Herzöglichem Staatsministerium keinen günstigen Eindruck machen könnte, wenn in diesem Falle, wo es sich um Herstellung des Communalfonds handelt, eine soviel raschere Amortisation beliebt würde als für die zu Behuf der Schulbauten beim Leihhause angeliehenen Capitalien.

Herr Runken weist darauf hin, daß der Kreiscommunalfond keinesweges grade

in Gestalt von Baarmitteln zu erhalten ist, sein Bestand daher durch Anlagen wie die in Frage stehende wesentlich nicht alterirt wird, und folglich überhaupt nicht sowohl eine Amortisation derselben, als vielmehr nur die Bildung eines Reservefond für den Betrieb des Mühlengeschäfts ins Auge gefaßt zu werden brauchte. Anders natürlich würde die Sache liegen, wenn aus dem Kreisfond die Mittel zu Schulbauten und anderen Anlagen, welche keine baaren Erträge verheißten, entnommen werden sollten.

Herr Schöttler hebt als fernerer Unterschied dieser beiden Eventualitäten hervor, daß Schulen voraussichtlich auch nach hundert Jahren noch ihrem Zwecke dienen können, und demnach zu den durch Schulbauten erwachsenden Lasten unbedenklich auch die nachkommenden Geschlechter herangezogen werden dürfen, während es sehr zweifelhaft erscheint, ob Mühlen in ihrer gegenwärtigen Form alsdann noch nöthig und brauchbar sein werden.

Herr v. Seckendorff verwahrt sich gegen die Auffassung, als hätte die von ihm angedeutete Parallele die Schulbauten schlechthin als Analogon des Ankaufs der Neustadtmühle hinstellen sollen.

Nachdem Herr Schöttler diese Auffassung feinestheils in Abrede gestellt hat, wird die Discussion geschlossen, und der dritte Antrag des Magistrates mit der von Herrn Steinau vorgeschlagenen Abänderung — Amortisirung mit 1 % und den ersparten Zinsen — genehmigt.

Ohne Debatte gelangt endlich der vierte Magistratsantrag zur Annahme,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Berathung werden die aus dem Wilhelms- und dem Hohethor-district eingegangenen Steuerreclamationen erledigt.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 281. Stücke d. 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 13.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. November 1875.

Öffentlich:

Beschlußfassung in Betreff der Schlachtehausanlage.
Wahl eines vierten Executors.
Genehmigung des Kreiscommunalfonds-Stats für 1876.
Verwilligung zu Behuf einer Pflasterung bei der Schule am Sandwege.
Desgl. für den Schulbau an der Campestraße.
Ermächtigung des Magistrats zur Aufnahme eines Processes.
Verkauf städtischen Areals an der Hufarenstraße.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Bracke, Flagge, Lucius, Schöttler, Steinau.
Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Caspari mit den Herren Stadträthen
Bammel, Carstens, Haake, Ramdohr.

Nachdem die im Druck vorliegenden Protocolle vom 26. August und 30. Septbr.
genehmigt sind,

wird auf Wunsch des Magistrates den zur Tagesordnung angeordneten Gegen-
ständen

I. ein Antrag vorangestellt, welcher nachträglich mittels Schreibens vom 31. v. M.
eingegangen ist.

Laut Rescripts vom 20. Mai ist von Herzoglichem Staatsministerium für unbe-
denklich und zweckgemäß erachtet, der Landesversammlung demnächst einen Gesekent-
wurf wegen Einrichtung von Schlachtehäusern vorzulegen. Zugleich hat dasselbe den

Magistrat zur Einsendung eines solchen thunlichst im Anschluß an das Preussische Gesetz vom 18. März 1868 gehaltenen Entwurfes aufgefodert. Dieser Aufforderung ist der Magistrat inzwischen nachgekommen, und den ihm gewordenen sicheren Nachrichten zufolge wird schon beim nächsten Landtage ein entsprechendes Gesetz zur Vorlage gelangen, auf dessen Annahme er mit Zuversicht glaubt rechnen zu können. Da nun durch die bevorstehende Aufhebung der Schlachteaccise eine Ueberwachung der Trichinenschau wie sie jetzt stattfindet, unmöglich werden und somit die Gefahr erheblicher Schädigung des hiesigen Fleischergewerbes, namentlich im auswärtigen Verkehr, bedenklich nahe rücken wird, die Vorbereitung einer Schlachtehausanlage aber immerhin doch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte, so ersucht Magistrat die Versammlung,

die zur Beförderung dieser Angelegenheit erwählte Commission zu ermächtigen und anzuweisen, daß sie in Verbindung mit einem Deputirten des Magistrates einen zur Anlegung des Schlachtehauses geeigneten Platz ermittle sowie auch Statuten für die künftige Benugung dieses Etablissements entwerfe und den städtischen Behörden zur Beschlußfassung unterbreite.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage, indem sie eine etwa nöthige Ergänzung der am 20. März 1873 bestellten Commission vorbehält.

Ein ebenfalls nachträglich eingegangenes Magistratschreiben, den Verkauf von Areal an der Hufarenstraße betreffend, wird an den Schluß der Tagesordnung gestellt,

in welche eintretend, die Versammlung nunmehr

II. zur Wahl eines vierten städtischen Executors schreitet. Von den drei in einem Magistratschreiben vom 24. v. Mts. in Vorschlag gebrachten Bewerbern erlangt die Mehrheit der Stimmen der bisherige Buchbindermeister Hoffmann, dessen Anstellung dann beantragter Maßen mit einem Jahresgehälte von 900 Mark nebst den gewöhnlichen Gebühren und gegen eine Caution von 1500 Mark, eventuell auch unter Vorbehalt einer Probezeit von drei bis sechs Monaten, genehmigt wird.

Es folgt

III. durch Herrn Jasper erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den mit einem Magistratschreiben vom 30. v. M. eingegangenen Etat des Kreiscommunalfonds auf das Jahr 1876.

Da der Beschluß vom 7. v. M., nach welchem ein Theil des Kreiscommunalfonds zur Berichtigung der Kaufgelder für die Neustadtmühle benützt werden soll, die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums noch nicht erlangt hat, für unumstößlich also einstweilen nicht gelten kann, unentschieden auch noch die Frage ist, welche

Papiere verkauft werden sollen, so ist die Einnahme dergestalt berechnet, als ob die Gelder in der bisherigen Weise belegt und benutzt würden. Zu einem Bedenken giebt dies Verfahren deswegen keinen Anlaß, weil der ganze Zinsbetrag nach Abzug einiger fixirten Posten der Stadtkasse überwiesen ist. Die einzelnen Posten der Ausgabe sind genau so festgestellt wie früher. Eine Aenderung hierin erscheint durch nichts geboten, und giebt die Commission daher anheim, den vorliegenden Etat zu genehmigen,

was seitens der Versammlung ohne weiteres geschieht.

Ferner

• IV. berichtet namens der Finanz- und der Schulcommission Herr v. Seckendorff:

Von dem Schulinspector Müller ist beantragt, daß sowohl von der Wallpromenade als auch von der Friesenstraße her ein gepflasterter Fußweg nach dem Schulgebäude am Sandwege hergestellt werde, da der Platz vor dieser bei nassem Wetter unpassirbar ist. Der Magistrat hat sich von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugt, findet aber das in erster Linie vom Stadtbaumeister empfohlene und zu 2623 Mark veranschlagte Gabbropflaster zu kostspielig und wünscht daher ermächtigt zu werden, unter den weiterhin veranschlagten Herstellungsweisen entweder eine Basaltpflasterung oder eine Macadamisirung bei Einfassung mit Bordsteinen von Basalt zur Ausführung zu bringen, von denen erstere 2107, letztere 1001 Mk. kosten würde. Die Commissionen entscheiden sich ihrerseits für die Basaltpflasterung, möchten aber den Magistrat ersucht sehen, zu ermitteln, ob nicht auch die Macadamisirung in angegebener Weise dem Zwecke genügen dürfte.

Demgemäß beschließt dann auch die Versammlung.

V. Nachdem der Bau des neuen Schulhauses an der Campestraße soweit gefördert ist, wie es auf Grund des am 8. März d. J. genehmigten generellen Planes geschehen konnte, hat der Magistrat mit einem Schreiben vom 13. October der Versammlung die in Folge der langwierigen Krankheit des Stadtbauraths bis dahin im Rückstand gebliebenen speciellen Pläne und Kostenanschläge mit dem Antrage zugehen lassen, den Weiterbau nach Maßgabe derselben zu genehmigen und die veranschlagten Kosten im Betrage von 185,000 Mark aus der Stadtkasse zu verwilligen.

Beide Anträge, namens der Finanz- und der Schulcommission durch Herrn v. Seckendorff befürwortet, werden von der Versammlung ohne Weiteres genehmigt.

Weiter

VI. trägt in einem Schreiben vom 22. v. M. der Magistrat vor:

Der Färbermeister Rabe, Eigenthümer des in der Stecherstraße an der Pferbelegenen Hauses Mass. 1343, hat gegen die Stadtgemeinde bei hiesigem Kreis-

gerichtet Klage erhoben, indem er, ausgehend von der Behauptung, daß durch die an dem Okergraben zwischen Hagenscharren und Stecherstraße vorgenommenen Veränderungen Nachtheile für sein Grundstück herbeigeführt seien, und unter Bezugnahme auf das in Gemäßheit der §§ 16 ff. des Flußgesetzes vom 19. December 1851 stattgehabte Verfahren und auf eine Entscheidung Herzoglichen Stadtgerichts vom 27. Juli 1875 verlangt, daß

1. ihm das zwischen dem verengten Graben und seinem Grundstück entstandene Terrain als Eigenthum zugesprochen,
2. sein Recht auf Licht für sein Grundstück, wie ersteres zur Zeit vorhanden ist, sowie
3. sein Recht auf Benutzung des Wassers in der bisherigen Weise anerkannt und gewährleistet, und endlich
4. sein Recht auf Einrichtung von Schutzwehren gegen Eindringlinge, und zwar auf Kosten der Stadtgemeinde, anerkennt,

eventuell aber wegen dieser vier Ansprüche Entschädigung gewährt werde.

Abgesehen von der Frage, ob dieselben an sich begründet sind, ist Magistrat der Ansicht, daß dieser Frage die Einrede der fehlenden Passivlegitimation entgegensteht.

Zwar gehören die bei Veränderungen an öffentlichen Flüssen den betheiligten Privatpersonen zu leistenden Entschädigungen nach § 24 des Flußgesetzes zu den Unternehmungskosten, welche nach § 25 desselben von den betreffenden Gemeinden zu tragen sind. Gleichzeitig aber schreibt § 24 vor, daß deren Vertreter zu Behuf der gerichtlichen und außergerichtlichen Verhandlungen Syndiken zu ernennen haben, denen zu ihrer Legitimation von der Kreisdirection ein Attest über die auf sie gefallene Wahl und den Umfang ihrer Befugnisse ertheilt wird, und daß bis zu erfolgter Wahl dritte Betheiligte ihre etwaigen gerichtlichen Anträge zunächst gegen die Kreisdirection zu richten haben, welche sodann ungesäumt für eine interimistische Vertretung sorgen soll.

Demgemäß und da die Wahl von Syndiken für hiesige Stadt bislang nicht stattgefunden hat, war die vorliegende Klage gegen Herzogliche Kreisdirection hieselbst anzustellen.

Uein hiervon auch abgesehen, würde nicht die Stadtgemeinde sondern Herzogliche Landesregierung die richtige Verklagte sein, sofern die nach dem Flußgesetze den Gemeinden obliegende Verpflichtung, die Kosten für Unterhaltung und Veränderung der öffentlichen Flüsse aufzubringen, nach dem zwischen Herzoglicher Landesregierung und der Stadt Braunschweig über verschiedene Güter und Gerechtsame am 1. August 1858 abgeschlossenen Verträge in Ansehung der Oker und der damit in Verbindung stehenden Gräben und Canäle im Stadtbezirke auf Herzogliche Landesregierung übergegangen, an diesem Vertragsverhältniß auch durch die neueren Verhandlungen mit Herzoglicher Baudirection nichts geändert ist, Verhandlungen, welche ursprünglich allerdings auf

Abtretung der Ostseite des verschütteten Okerbettes gerichtet waren, hinterher aber auf Einräumung der Befugniß zur Anlage eines Fußweges auf diesem bezeichneten Terrain beschränkt geblieben und noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Wenn der Magistrat nach dem allen auch nicht zweifelt, daß die fragliche Klage wird zurückgewiesen werden müssen, so hält er für alle Fälle doch gerathen, Herzoglicher Landesregierung, welche der Stadtgemeinde regresspflichtig erscheint, litem zu denuntziren, und wird hierzu wie zur Aufnahme der erhobenen Klage die Einwilligung der Versammlung nach gesucht.

Die Statutencommission, für welche, bei Behinderung des bestellten Referenten, der Herr Vorsitzende berichtet, empfiehlt die Anträge des Magistrates zur Genehmigung, da nach den angezogenen Gesetzesbestimmungen die Passiv-Legitimation des Magistrates in der That nicht begründet erscheine, überdies aber nach der vorläufigen Entscheidung des Herzogl. Stadtgerichts die vom Kläger erhobenen Ansprüche sämmtlich materiell nicht begründet seien, und wenn dies auch in der einen oder andern Richtung zweifelhaft sein sollte, doch keinesfalls sämmtliche Ansprüche des Klägers in ihrem ganzen Umfange als begründet anerkannt werden könnten, mithin ein processuales Verfahren darüber nicht zu vermeiden sein werde.

In gleichem Sinne entscheidet sich die Versammlung.

Wie schließlich

VII. der Magistrat in einem Schreiben vom 30. v. M. vorträgt, hat der Particulier Domeyer sich auf den Ankauf des nördlich von der Husarenstraße belegenen städtischen Garten- und Vegeterrains zu dem Preise von 2400 Rthlr., wie dieser durch Beschluß der Versammlung vom 8. März d. J. festgesetzt war, nicht einlassen wollen, dagegen aber Rechtsansprüche auf Beibehaltung des bisherigen Interessenweges an der Südseite seines Grundstückes, event. auf Entschädigung im Proceßwege geltend zu machen gedroht. Auf dem zum öffentlich meistbietenden Verkauf des fraglichen Areals anberaumten Termine wurde daher zunächst nur das Gartenterrain feilgestellt, dem Maurer Frühling indeß, welcher für die betreffenden 33 Ruthen das höchste Gebot mit 8120 Mark abgegeben, die Verpflichtung auferlegt, eventuell auch das vom Verkauf einstweilen ausgeschlossene Vegeterrain nach Verhältniß für den nämlichen Preis zu übernehmen. Inzwischen jedoch ist nach mehrfachen Verhandlungen ein notarieller Contract abgeschlossen, inhalts dessen der Magistrat den dem Domeyerschen Grundstück angrenzenden, 8,56 Ruthen haltenden Theil des ehemaligen Interessentenweges für 600 Mark dem Particulier Domeyer, jene 33 Ruthen Gartenland aber für 8620 Mark und den Rest des Vegeterrains, 2,84 Ruthen, für 725 Mark 43 Pf. dem Gärtner Frühling überlassen hat. Nun ist zwar der erstgenannte Preisansatz unverhältnißmäßig gering. In Anbetracht aber, daß einerseits durch diese Vereinbarung ein langwieriger und in seinem Resultate zweifelhafter Pro-

ceß vermieden wird, andererseits aber für den dem Gärtner Frühling verkauften Antheil ein um so höherer Preis erzielt ist und der Gesamterlös den seitens der Versammlung limitirten Betrag von 7200 Mark noch um 746 Mark 43 Pf. übersteigt, glaubt der Magistrat das Kaufgeschäft als ein durchaus günstiges zur Genehmigung empfehlen zu können.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, schließt sich dieser Meinung an,
worauf die Versammlung sich ebenfalls einverstanden erklärt.

Nachdem damit die öffentliche Sitzung geschlossen ist, werden vertraulich einige Steuererlasse verwilligt und weiter die aus dem August- und dem Steinhorbezirk eingegangenen Steuerreclamationen erledigt.

1875.

(Fortsetzung der Beilage zum 285. Stücke der 1875
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o. 14.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. ^{De} November 1875.

Öffentlich:

Interpellation Herrn Brackes wegen der für den vereitelten Wahltermin am 8. October d. J. zugebilligten Entschädigungen.

Beschlußfassung über den Etat des Standesamtes.

Beschlußfassung, ein neues Statut über das öffentliche Fuhrwesen betr.

Genehmigung des Ankaufs zweier Bilder für die städtischen Sammlungen.

Beschluß in Betreff der Erhebung von Executionsgebühren für Steuerrückstände.

Interpellation Herrn Krampe, die Vertheilung der Steuerzettel betreffend.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Böwig, Ding, Flagge, Heymann, Meyer, Schöttler und Steinau. Am Magistratsische Herr Oberbürgermeister Caspari mit den Herren Stadträthen Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

Bei Behinderung sowohl des Protocollführers als auch seines Stellvertreters übernimmt die Protocollführung mit Zustimmung der Versammlung Herr Schwarzenberg.

Das Protocoll vom 7. October d. J. wird genehmigt. Gegen das vom 4. November monirt Herr von Seckendorff, daß ad IV die Finanz- und Schulcommission eine Ermittlung des Stadtmagistrats darüber beantragt haben, ob nicht auch die »Asphaltirung« (nicht aber die Macadamisirung) des daselbst in Frage stehenden Fußweges genügen dürfte; und wird mit dieser Berichtigung das Protocoll gleichfalls genehmigt.

Zunächst macht der Herr Vorsitzende die Versammlung mit folgender Interpellation Herrn Brackes vom 6. d. Mts. bekannt:

- 1) Wie rechtfertigt der Stadtmagistrat die Zubilligung einer Entschädigung von je 10 Mk. an die bei dem vereitelten Wahltermine vom 8. October anwesend gewesenen Gewerbetreibenden?
- 2) Wie rechtfertigt es der Stadtmagistrat, daß auch diejenigen Firmen, welche

erklärt haben, daß sie an der Wahl nicht Theil nehmen würden, als unentschuldigt Ausgebliebene für die als Entschädigung liquidirten Beträge mit haftbar gemacht sind?

Die Motivirung und Beantwortung dieser Interpellation wird bis zum Schlusse der Tagesordnung vorbehalten.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Lucius namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 21. v. Mts. laut dessen der Magistrat in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 5. Februar und des Beschlusses der Versammlung vom 8. Juli d. J. als Standesbeamten für hiesige Stadt den pensionirten Kriegszahlmeister, Hauptmann a. D. Pricelius und als dessen Stellvertreter den Stadtrevisor Müller bestellt hat, und diese Wahlen von Herzoglichem Staatsministerium genehmigt sind. Zugleich theilt der Magistrat mit, daß er dem Standesbeamten zunächst nur eine Remuneration von jährlich 900 Mark zuzusichern beabsichtigt, sich aber vorbehält, demselben am Jahreschluß eine je nach dem Umfange der Geschäfte zu bemessende Extraremuneration bis zu 900 Mark zu bewilligen, womit Herr Hauptmann Pricelius sich einverstanden erklärt hat. Ebenso soll der Revisor Müller jedes Jahres nach Verhältniß der wirklich geleisteten Dienste remunerirt werden. Mit dem Ersuchen, für dies Mal von der üblichen Präsentation dreier Candidaten Abstand nehmen zu wollen, bringt der Magistrat als Büreaudienier den Armenboten Amelung in Vorschlag. Einschließlich der Remunerationen und Gehalte für diese Beamten und für zwei Schreiber werden die Kosten des Standesamtes für das Jahr 1876 auf 5650 Mark veranschlagt, welchen Etat Magistrat und Commission ebenso wie die Anstellung des bezeichneten Büreaudieniers zu genehmigen beantragen.

Herr Bracke fragt an, ob das Standesamt Einnahmen habe, was vom Herrn Overbürgermeister Caspari dahin beantwortet wird, daß nur für Bescheinigungen aus dem Standesregister geringe Vergütungen entrichtet werden.

Nachdem der von Herrn Krampe gestellte Antrag auf Erhöhung der Remuneration des Standesbeamten nach den von Herrn Overbürgermeister Caspari gegebenen Erläuterung zurückgenommen ist, erklärt die Versammlung sich mit den Vorschlägen des Magistrates einverstanden.

Hierauf

II. referirt Herr Graf Görz-Wrisberg auf Grund eines Magistratschreibens vom 16. v. Mts. namens der Statutencommission über das Statut das öffentliche Fuhrwesen betreffend.

Vor Vorlesung des Statuts jedoch beantragt Herr Lucius reglementarisch, daß dasselbe vor der Berathung durch den Druck oder in sonstiger Weise vervielfältigt den Stadtverordneten mitgetheilt, und demgemäß von der Tagesordnung abgesetzt werde, und wird dieser Antrag, nach einigen unterstützenden Bemerkungen des Herrn Bracke angenommen.

Wie ferner

III. ein Magistratschreiben vom 21. v. Mts. mittheilt, haben die Conservatoren der hiesigen städtischen Sammlungen in Wolfenbüttel zwei gut gemalte und wohlher-

haltene Porträts von Mitgliedern der braunschweigischen Patriciersfamilie v. Broke aufgefunden, welche von dem aus einer Münsterschen Künstlerfamilie stammenden, 1518 geborenen und 1583 als hiesiger Bürger verstorbenen Maler Ludger tom Ring herrühren. Der jegige Eigenthümer ist bereit, dieselben für den Preis von 250 Thlr., zahlbar in fünf Jahresraten von je 50 Thlr., der Stadt zu überlassen, und wird dieser durch die Conservatoren beantragte Ankauf seitens des Magistrates um so lieber befürwortet, als die Kunstwerke hiesiger Stadt in doppeltem Betracht angehören und von genanntem Künstler überhaupt nur wenig Bilder erhalten sind.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, tritt diesen Erwägungen bei und empfiehlt demnach ebenfalls die Genehmigung dieses Antrags.

Nachdem

die Herren Lucius, Bracke und Bock, namentlich mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel der Stadt gegen,

die Herren Schwarzenberg, Graf Görz-Brissberg und Steinacker mit Rücksicht darauf, daß die Bilder ein speciell braunschweigisches Interesse haben und Bilder älterer Maler aus der Stadt Braunschweig selten sind, für den Antrag sich ausgesprochen haben,

auch Herr Oberbürgermeister Caspari denselben wiederholt mit dem Bemerken befürwortet hat, daß er im Interesse des städtischen Museums bereit sei, für seine Lebenszeit die Hälfte der jährlichen Rate von 50 Thlr. aus seinen Mitteln beizusteuern,

macht der Herr Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Annahme von Geschenken für das städtische Museum Sache des Stadtmagistrats sei, und wird der Antrag der Finanzcommission durch Stimmenmehrheit angenommen.

Hierauf

IV. referirt Herr Graf Görz-Brissberg namens der Statutencommission über ein Schreiben vom 3. v. Mts., in welchem der Magistrat unter Berufung auf die bei Ausführung der betreffenden Bestimmung des Reglements vom 14. October v. J. über die executivische Einziehung der Communalsteuer fühlbar gewordenen Unzuträglichkeiten darauf anträgt, daß für die am Schlusse jedes Quartals noch nicht eingezahlten Steuerbeträge erst vom 10. des nächstfolgenden Monats an die festgesetzte Executionsgebühr erhoben werde.

Seitens der Commission zur Annahme empfohlen, wird dieser Antrag von der Versammlung angenommen,

nachdem Herr Kramppe den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Steuerzettel früher als bisher und spätestens im Monat Januar den Steuerpflichtigen zugestellt, resp. per Post, was Redner für zweckmäßiger hält, zugesandt werden möchten.

Schließlich

V. referirt der Herr Vorsitzende über einen Antrag des Stadtmagistrats auf Anstellung zweier Proceffe wegen Rückforderung geleisteter Armenunterstützungen. Referent empfiehlt die Genehmigung,

welche, nachdem Herr Bracke dagegen, Herr Kunken dafür sich ausgesprochen hat, von der Versammlung ertheilt wird.

Nachdem damit die Tagesordnung erledigt ist, bringt Herr Krampe folgende Interpellation ein:

»Wird der Magistrat in bevorstehendem Jahre die Steuerzettel rechtzeitig zur Vertheilung zu bringen Mittel und Wege zu finden wissen?«
worauf

Herr Bracke seine bereits mitgetheilte Interpellation wegen Zubilligung von Entschädigungen an die bei dem vereitelten Wahltermin am 8. October d. J. anwesend gewesenen Gewerbetreibenden motivirt.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß nach dem Gesetz vom 21. Novbr. 1858 die Leitung der Wahl sowie die Feststellung der fraglichen Entschädigungen lediglich dem Wahlvorsteher, nicht aber dem Stadtmagistrat zustehe, und daß er daher nicht in der Lage sei, namens des Stadtmagistrats die Interpellation zu beantworten.

Die Interpellation des Herrn Krampe beantwortet Herr Oberbürgermeister Caspari dahin, daß der Stadtmagistrat bemüht sein werde, wenn irgend thunlich die Zustellung der Steuerzettel an die Steuerpflichtigen bereits im Januar jeden Jahres zu bewerkstelligen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich erledigt die Versammlung eine Anzahl von Steuerreclamationen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. December 1875.

Öffentlich:

Wahl zweier Commissionen zur Auswahl und Abschätzung der bei Mobilmachungen zu stellenden Pferde.

Feststellung des Stadthaushalts-Stats auf das Jahr 1876.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Öffentlich:

Beschlußfassung in Betreff der eingegangenen Reclamationen gegen Erhöhung der Beiträge zu den Wegebaukosten.

Vertraulich:

Erledigung von Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herrn Kloss und Steinacker. Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Haake, Rittmeyer.

Nach Genehmigung des Protocolls vom 9. December geht die Versammlung an die Geschäfte der Tagesordnung.

I. In Gemäßheit von §§ 14 und 25 des mit der landesherrlichen Verordnung vom 12. October d. J. erlassenen Reglements sind seitens der Stadtverordneten zur Auswahl und Abschätzung der in hiesigem Musterungsbezirke bei Mobilmachungen zu stellenden Pferde zwei Commissionen von je drei Mitgliedern und ebensoviel Personen als Stellvertreter zu ernennen. Einer Aufforderung des Magistrats vom 4. d. Mts. entsprechend, schreitet die Versammlung nunmehr zur Wahl, aus welcher als Musterungscommission die Herren Rittmeister a. D. W. Ernst, Landstallmeister C. v. Walbeck und Buchhändler H. Bieweg, als deren Stellvertreter die Herren Inspector H. Dürre, Oberamtmann W. Engelbrecht und Amtmann A. Pott, als Taxatoren die Herren Major a. D. R. v. Bosse, Rittmeister a. D. W. Rosenthal und Oberst a. D. Chr. v. Strombeck, als deren Stellvertreter die Herren Oberamtmann F. Faber, Oberamtmann F. Rabe und Particulier L. Kössing hervorgehen.

Hierauf

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff über die mit einem Magistratsschreiben vom 22. v. Mts. eingegangenen Etats für den Stadthaushalt im Jahre 1876.

Von den Specialetats werden die für das Armenwesen und für die Gemeindeschulen ohne Anstand genehmigt.

Gegen den Etat der höhern Töcherschule, welcher das Bedürfnis eines Zuschusses von 10810 Mk. 70 Pf. herausstellt,

hält Herr Kunzen sich verpflichtet ein Bedenken zur Sprache zu bringen, vermöge dessen er bei den Berathungen der Commission dem Majoritätsantrage nicht unbedingt hat zustimmen können. Nach den vorliegenden Ansätzen erfordert das städtische Schulwesen im nächsten Jahre die bedenklich hohe Summe von mehr als 200000 Mk.: circa 3 Mk. auf jeden Kopf der hiesigen Einwohner und beinahe die Hälfte des gesammten Communalsteuerbetrages. Redner will die Zuschüsse zu Behuf der übrigen Gemeindeschulen nicht bemängeln, da solche hier allerdings ganz unzweifelhaft dem Gemeinwohl zu gut kommen, hinsichtlich der höhern Töcherschule aber scheint die Sache doch einigermaßen anders zu liegen. Wie schon der Name andeutet, ist diese Anstalt vorzugsweise für die Töchter wohlhabender Eltern bestimmt; von diesen aber darf mit Recht gefordert werden, daß sie ebenso wie für die leibliche Verpflegung ihrer Kinder auch für deren geistige Ausbildung mit eigenen Mitteln aufkommen, nicht aber einen Theil der daher erwachsenden Kosten auf die Gesamtheit abwälzen, und dies um so eher, als die in Betracht kommenden Kreise ein Schulgeld von höchstens 30 Thlr. jetzt ohne Frage leichter tragen werden als vormalz, unter ungünstigeren Einkommensverhältnissen, den Satz von 40 Thlr., bis zu welchem das Schulgeld der damaligen Pott'schen Mädchenschule anstieg. Schon hiernach werden die städtischen Behörden sich zu der beantragten Verwilligung schwerlich berechtigt halten können; hinzu kommt aber noch die Frage, ob es für zweckmäßig gelten darf, den Besuch der höhern Töcherschule durch geringes Schulgeld unverhältnißmäßig zu erleichtern. Diesen Erwägungen zufolge stellt Herr Kunzen den Antrag,

den geforderten Zuschuß für dies Mal zwar zu genehmigen, zugleich aber den Magistrat zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß die Differenz in Einnahme und Ausgabe der höhern Töcherschule demnächst durch eine angemessene Erhöhung des Schulgeldes ausgeglichen werde.

Herr Steinau verwahrt sich gegen die Auffassung, als stehe er in dieser Angelegenheit auf Seiten der Commissionsmajorität. Wenn er gegen deren Entscheidung nicht auch feinstheils schon bei den Vorberathungen Einspruch erhoben, so war dies nur, weil sich nach wiederholten Erfahrungen voraussehen ließ, daß derselbe gegenüber den vorherrschenden Ansichten doch wirkungslos bleiben mußte. Nichtsdestoweniger beharrt Redner nach wie vor auf dem Standpunkte, jede Art Klassenschule zu verwerfen, als Erforderniß einer gesunden Pädagogik sowohl wie einer Alle gleichmäßig bedenkenden Gerechtigkeit eine gemeinsame Volksschule für alle Unterrichtsstufen anzusehen. So lange aber die gegenwärtige Einrichtung einmal besteht, wird man sich der Forderung wenigstens nicht entziehen können, daß eine bevorzugte Schule von ihren Interessenten allein unterhalten werde, wonach denn auch Herrn Steinau die Annahme des Kunzen'schen Antrags dringend wünschenswerth erscheint.

Gegen die principielle Anschauung Herrn Steinaus macht Herr v. Seckendorff die Thatsache geltend, daß ein gemeinschaftlicher Unterricht von Kindern verschiedener Bildungskreise sich nothwendig denjenigen anpassen müßte, deren Fortschritte durch häusliche Verhältnisse weniger begünstigt sind, wodurch dann die Entwicklung aller in diesem Betracht besser situirten unfehlbar erheblich gehemmt wäre. Die vorliegende Frage anlangend weist Nebner darauf hin, daß die höhere Töchterschule vorwiegend den Kindern von Staats- und Gemeindebeamten zu statten kommt, welche von jedem Thaler ihres Einkommens zu den Communalsteuern beitragen müssen, in dieser Hinsicht also gegen die Gewerbetreibenden erheblich benachtheiligt sind und es sonach doppelt als Unbilligkeit empfinden würden, wenn die Gemeinde grade ihnen gegenüber jede Verpflichtung zur Beisteuer für eine angemessene Auszubildung ihrer Töchter ablehnen wollte. Endlich führt Herr v. Seckendorff an, daß der angeforderte Zuschuß für die höhere Töchterschule sich in sehr mäßigen Grenzen hält, indem er nur 28% von deren Gesamtkosten beträgt, während die übrigen Gemeindeschulen 77% erfordern.

Herr Bracke würde bei der Notorietät seiner Ansichten sich an dieser Discussion nicht theilnehmen haben, wenn ihn dazu nicht verschiedene Irrthümer des Herrn Voredners herausforderten. Unrichtig sei einmal was Herr v. Seckendorff für die Nothwendigkeit besonderer Schulen für die Kinder der sogenannten besseren Stände geltend zu machen suche. Denn wenn in den Bürgerschulen nicht soviel zu lernen sei wie z. B. in der höhern Töchterschule, so liege das sicherlich nicht sowohl an den Schwierigkeiten, welche den Kindern ärmerer Eltern aus ihren häuslichen Verhältnissen erwachsen — diese würde der Lerntrieb vieler, ja der meisten, unzweifelhaft überwinden — als vielmehr daran, daß die niederen Schulen von vornherein auf ein geringeres Bildungsmaß zugeschnitten und ihre Klassen meist weitaus überfüllt sind. Hiervon aber ganz abgesehen — jedenfalls verlange die Gerechtigkeit, daß auch dem ärmsten Kinde die Möglichkeit geboten werde, die höchste Bildung zu erwerben, wie dies der Fall sein würde, wenn alle Kinder ohne Unterschied eine gemeinsame Schule besuchten, auf deren höheren Stufen den begabten aller wissenschaftliche und Fachunterricht zugänglich wäre. Auch den von gewissen Ungleichmäßigkeiten der Besteuerung hergenommenen Grund hält Herr Bracke für nicht stichhaltig: werde dabei der Beamte, wie allerdings wohl nicht zu leugnen, schärfer angesehen als andere Gemeindengenossen, so sei es eben Sache der städtischen Behörden, dahin zu wirken, daß die übrigen Berufsstände in gleichem Maße herangezogen werden. Und ebensowenig kann Herr Bracke die von Herrn v. Seckendorff aufgestellte Rechnung für zutreffend gelten lassen, da neben dem Verhältniß der Zuschüsse zu den Gesamtkosten der höhern Töchterschule auf der einen, der Bürgerschulen auf der andern Seite füglich doch auch die Schülerzahl in Betracht zu ziehen wäre, auf welche diese Zuschüsse sich dort und hier vertheilen.

Gegen Herrn Kunzens Antrag spricht sich Herr Schwarzenberg mit Berufung auf frühere Beschlüsse der Versammlung aus, durch welche das Bedürfnis einer höhern Schulanstalt für Töchter anerkannt ist und zwar aus den nämlichen Erwägungen, welche für die Gründung der neuen städtischen Realschule den Ausschlag gegeben haben. Werde hiernach die Versammlung auch die Verwilligung der Mittel zu Behuf dieser Anstalt nicht wohl ablehnen können, so sei nun auch die Höhe der angeforderten Summe keinesfalls der Art, daß sie irgend welches Bedenken erregen müßte.

Herr Reuter ist hierin mit Herrn Schwarzenberg einverstanden. Den fraglichen Zuschuß in das rechte Licht zu stellen, scheint ihm auch das von Herrn Bracke vorgeschlagene Rechenexempel nicht geeignet: als entscheidender Quotient wird nicht der von dem Zuschusse je auf den einzelnen Schüler entfallende Betrag anzusehen sein, sondern die Verhältniszahl, welche sich ergibt, wenn man die Zuschußsumme mit der Summe des ausgebrachten Schulgeldes vergleicht. Bei den Gemeindeschulen nun gehen an Schulgeld 46900 Mk. ein und bleiben danach aus der Stadtkasse 159088 Mk., fast der viertehalbache Betrag des Schulgeldes zu decken. Von den Schülerinnen der höheren Töchterschule werden insgesammt 26500 Mk. aufgebracht; rechnet man von den 10810 Mk. Zuschuß die zu Behuf des Lehrerinnen-seminars erforderlichen 2500 Mk. ab, was gerechtfertigt erscheint, da diese Anstalt mit der höhern Töchterschule nur in einem äußerlichen Zusammenhange steht, so bleibt ein Deficit von 8310 Mk. oder etwa einem Drittel des Schulgeldes. In Anbetracht dieses Ergebnisses ist Redner überzeugt, kein Unbefangener werde eine unbillige Begünstigung der höhern Töchterschule behaupten und eine Erhöhung des Schulgeldes angezeigt finden können. Was solcher Maßregel aber vollends zu widerrathen scheint, ist die Rücksicht auf eine große Zahl von Familien, namentlich des Beamtenstandes, deren Töchter schon vermöge ihrer Verhältnisse auf eine höhere Ausbildung angewiesen sind, um demnächst als Lehrerinnen und Erzieherinnen selbständig ihren Unterhalt zu gewinnen.

Herr Casper glaubt gehört zu haben, daß an entscheidender Stelle die Absicht bereits besteht, in der von Herrn Kunken angeregten Weise zu verfahren, und daß gegründete Aussicht ist, so das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe der höhern Töchterschule innerhalb der nächsten zwei Jahre herzustellen.

Herr Oberbürgermeister Caspari berichtet diese Mittheilung dahin, daß der gleichen vielleicht als Idee des Directors Sommer hie und da mag zur Sprache gekommen sein, Magistrat und Schulvorstand aber bis jetzt daran gänzlich untheilhaftig sind und der Magistrat insbesondere den Zuschuß für die höhere Töchterschule als eine Ungerechtigkeit gegen die bei dieser nicht unmittelbar interessirten Steuerzahler in keiner Weise ansehen kann. Redner erinnert daran, daß die Versammlung selbst, als bei den Verhandlungen wegen Einrichtung einer städtischen Realschule zur Frage kam, ob deren Schulgeld nicht ähnlich wie das der höhern Töchterschule zu normiren sei, die Entscheidung getroffen hat, es bei den für die Gymnasien angenommenen ermäßigten Sätzen zu belassen, was auch für diese Schule die Nothwendigkeit eines sicherlich nicht unbedeutenden Zuschusses zur Folge haben wird. Ist aber bei diesem Beschlusse die Rücksicht auf das Bedürfniß gewisser Bevölkerungsklassen und der Grundsaß maßgebend gewesen, die Schulgelber der höheren Bildungsanstalten nicht so zu stellen, daß sie allen nicht grade reichen Leuten drückend werden müssen, so wird man hier- von die Interessenten der höhern Töchterschule billiger Weise nicht ganz ausschließen dürfen. Daß diese unter den bisherigen Verhältnissen keinesweges vor Anderen bevorzugt sind, ergibt schon eine Vergleichung der Schulgelsätze an den verschiedenen städtischen Schulen: bei der höhern Töchterschule steigen dieselben bis zu 30 Rthlr., bei der städtischen Realschule demnächst auf 20, in den mittleren Bürgerschulen auf 8, in den unteren auf 2 Rthlr. jährlich. Diese seine Ansichten nun aus Anlaß des Kunken'schen Antrages weitläufiger zu entwickeln, könnte an sich zwar dem Magistrate schon recht sein; in Anbetracht aber der bisher obwaltenden und den Verhältnissen

entsprechenden Ansichten giebt der Herr Oberbürgermeister anheim, davon abzusehen. Ob sich demnächst vielleicht eine Aenderung als nothwendig herausstellen wird, kann er nicht sagen; bisher aber ist solche nicht ins Auge gefaßt.

Herr Bracke findet, daß Herr Oberbürgermeister Caspari wie vorhin schon Herr Reuter bei allem was sie zur Rechtfertigung der bestehenden Schuleinrichtungen anführen, doch eine schreiende Ungerechtigkeit übersehen, die nämlich, daß vermöge dieser Einrichtungen der künftige Bildungsstand eines Kindes von vornherein nicht durch seine Begabung und seinen Fleiß, sondern durch die Vermögensverhältnisse seiner Eltern bestimmt ist. Gar manches ärmere Kind habe sogar wie andere die Neigung und die Fähigkeiten, sich zur Lehrerin oder Gouvernante heranzubilden, welches jetzt von diesem Berufe durch die baare Unmöglichkeit ausgeschlossen sei, die den Kreisen der Armuth gesetzten Schranken zu durchbrechen.

Herr Oberbürgermeister Caspari widerspricht dem nachdrücklichst. Daß es sich auch nicht annähernd so verhalte, wie Herr Bracke es darstellen möchte, beweisen schon die alljährlich wiederkehrenden zahlreichen Fälle, daß in den Oberklassen der höhern Töchterschule Kinder Zulaß suchen und finden, welche durch die mittleren Bürgerschulen gegangen sind.

Herr Mühe findet keinen Anlaß, sich bei dieser Gelegenheit auf eine Erörterung der allgemeinen Fragen einzulassen, welche Herr Bracke berührt hat. Eins aber kann und muß er ebenfalls auf Grund seiner langjährigen Erfahrung mit aller Entschiedenheit als unrichtig zurückweisen: so kastenmäßig wie es Herrn Bracke vorschwebt, schließen die verschiedenen Gemeindeschulen unserer Stadt sich gegen einander nicht ab; jedes Jahr werden Anträge auf Veretzung begabter Kinder aus den unteren in die mittleren Bürgerschulen und aus diesen in die höheren Schulen gestellt und genehmigt, und so oft es gewünscht wird, zeigen die Behörden sich in derartigen Fällen geneigt, den Antragstellern je den Umständen nach mit Erlaß des ganzen oder halben Schulgeldes entgegen zu kommen. Irrthümlich sei auch die Annahme, als lasse sich die Leistung der verschiedenen Schulen lediglich nach der Höhe des geforderten Schulgeldes bemessen. Jenen Grundsatz aber, welchen Herr Kunken nur zu Gunsten der übrigen Gemeindeschulen gelten lasse, daß der Gesamtheit zu statten kommt was für die Zwecke der Jugendbildung aufgewandt wird, möchte Redner auch für die höhere Töchterschule in Anspruch nehmen, und demgemäß vermag er dem Wunsche nach einer Erhöhung des Schulgeldes seinerseits sich nicht anzuschließen.

Herr Lucius sieht die Discussion durch Herrn Bracke einigermaßen von ihrem eigentlichen Gegenstande abgelenkt. Wenn Herr Bracke die Forderung stellt, für Reich und Arm solle die gleiche Bildung zugänglich sein, wovon die Consequenz allerdings die Einführung unentgeltlichen Unterrichts sei, so erkennt auch Redner dies Princip durchaus an; auf die nothwendige Einschränkung desselben, daß nämlich der gemeinfame unentgeltliche Unterricht naturgemäß nur bis zu einer bestimmten Stufe wird durchzuführen sein, habe Herr Bracke selber bereits angedeutet. Gegenwärtig aber handle es sich um etwas Andres, nämlich um die Frage, ob das Deficit einer höhern Schule von Gemeinde wegen oder durch die theilhaftigen Familienväter gedeckt werden solle. Redner, welcher sich dieser Frage gegenüber zu den Anschauungen Herrn Kunken's bekennt, würde es sehr beklagen, wenn die Versammlung dem gewiß sehr bescheidenen Antrage auf Prüfung dieser Angelegenheit ihre Unterstützung versagen wollte.

Herr K u n g e n präcificirt seine Absicht dahin, daß er ohne zu den angeregten social-politischen Problemen irgendwie Stellung zu nehmen, lediglich seiner Verpflichtung als Stadtverordneter gemäß auf möglichste Verminderung der städtischen Ausgaben hinzunwirken wünsche.

Den Bemerkungen Herrn M ü h e s gegenüber hält Herr B r a c k e die Behauptung aufrecht, daß jedenfalls, wenn auch keine eigentliche Kasten, so doch tiefgehende Klassenunterschiede bestehen, deren Ueberwindung den Einzelnen nur in seltenen Ausnahmefällen gelingt. Nur als Ausnahmen kann Redner denn auch die von Herrn M ü h e und dem Herrn Oberbürgermeister angeführten Erfahrungen gelten lassen, Ausnahmen, welche durch die bestehenden Einrichtungen nicht erleichtert, sondern erschwert werden. Als irrthümlich bezeichnet er die Auffassung Herrn L u c i u s', wonach er, Redner, freie Schule nur bis zu einer gewissen Stufe fordere: was er anstrebe sei vielmehr, daß jedem Fähigen die unbefchränkte Möglichkeit gewährt werde, die höchste Bildung zu erwerben, und dazu sei eben die Freiheit alles Unterrichts erforderlich.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt,

worauf Herr S t e i n a u als Resultat einer von ihm vorgenommenen Berechnung noch anführt, daß für jeden Schüler der Bürgerschulen durchschnittlich 32 Mk. 65 Pf., für jede Schülerin der höhern Töchter Schule dagegen 26 Mk. 70 Pf. aus der Stadtkasse müssen zugeschossen werden. Zieht man hieneben noch die ungleich höheren Schulgeldsätze in Betracht, welche für letztere mit zur Verwendung kommen, so erhellte jedenfalls doch das Eine, wieviel höhere Bildungsansprüche für die Töchter der vorzugten Stände erhoben werden und ihre Berücksichtigung finden.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist,

wird mit dem Antrage des Magistrats und der Commission auch der Zusatzantrag Herrn Kungens von der Versammlung genehmigt.

Ohne Discussion werden alsdann der Etat des Lehrerinnenseminars, der Wegebauetat, der Etat der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde und schließlich der Stadtkassenetat genehmigt.

Lehterer schließt bei einer Einnahme von 340420 Mk. 32 Pf. und einer Ausgabe von 790420 Mk. 32 Pf. mit einem Deficit von 450000 Mk. ab, zu dessen Deckung durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszuschreibende Communalsteuer der Magistrat ermächtigt wird.

Der Herr Vorsitzende schließt die Verhandlungen mit einem Rückblicke auf die diesjährige Geschäftsthätigkeit der Versammlung. Es haben 15 öffentliche und 10 vertrauliche Sitzungen stattgefunden; zur Erledigung kamen 75 Vorlagen des Magistrats, 6 von Mitgliedern der Versammlung selbständig eingebrachte Anträge und ebensoviel Interpellationen. Der Herr Vorsitzende glaubt hiernach die Mitwirkung der Versammlung an den communalen Geschäften als eine nicht unbefriedigende bezeichnen, zugleich aber im Sinne aller Anwesenden die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß ihnen auch im nächsten Jahre die Gelegenheit zu gleich reger Betheiligung namentlich bei solchen Maßregeln möge geboten werden, welche eine gedeihliche Erweiterung der Stadt und die Reubelebung ihres industriellen Verkehrs zu fördern geeignet sind. Indem er schließlich noch seinen Dank für das freundliche Entgegenkommen ausspricht, durch welches sämtliche Mitglieder der Versammlung ihm die

Führung des Vorsizes erleichtert haben, wünscht er denselben ein fröhliches neues Jahr.

In der hierauf zusammentretenden
gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrates und der
Stadtverordneten

übernimmt den Vorsitz Herr Overbürgermeister Caspari.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der gemeinschaftlichen Sitzung vom 8. Juli d. J.

erstattet Herr Stadtrath Rittmeyer Bericht über die von verschiedenen Gewerbetreibenden des Stadtgebiets vor den Thoren erhobenen Reclamationen gegen erhöhte Veranlagung zu den Wegebaukosten.

Die Unterhaltung der Fahrbahnen auf den städtischen Communalwegen hat für die laufende Ruthe im Jahre 1871 durchschnittlich 2 Mk. 74 Pf., im letzten Jahre aber in Folge sowohl der steigenden Frequenz schwer beladener Wagen als auch der höheren Material- und Lohnpreise 4 Mk. 60 A., also c. 70% mehr gekostet. Da die Abnutzung der fraglichen Wege hauptsächlich durch die industriellen Etablissements vor den Thoren verursacht wird, so hat Magistrat sich veranlaßt gesehen, deren Beiträge zu den Wegebaukosten auf Grund von § 9 des Wegestatuts vom 20. November 1851 und eines Gutachtens des städtischen Wegebaubeamten je nach der Größe und dem Umfange der betreffenden Etablissements und ihres muthmaßlichen Antheils bei Benutzung der Wege namhaft zu erhöhen. Wenn dabei Sätze angenommen sind, welche die früheren um das Doppelte und mehr übersteigen, so ist außer der erwähnten Vermehrung der Unterhaltungskosten noch die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Beiträge bisher unverhältnißmäßig gering waren, und daß an anderen Orten des Landes noch weit höhere gefordert und gezahlt werden, wie denn z. B. die Actienzuckerfabrik bei Sandersheim mit einer Steuer von 1000 Mk. zu den Wegebaukosten herangezogen wird, und im Kreise Wolfenbüttel der höchste derartige Beitrag 1800 Mk. beträgt. Gegen die neue Veranlagung hat nun eine Anzahl der davon Betroffenen Reclamation erhoben, über welche nach § 9 des angezogenen Statuts von Magistrat und Stadtverordneten gemeinschaftlich zu entscheiden ist. Nach eingehender, unter Zuziehung des städtischen Wegebaubeamten und der Vorisenden hiesiger Feldmarksinteressentenschaften vorgenommenen Prüfung glaubt der Magistrat bei der Veranlagung stehen bleiben zu müssen und giebt er daher seinerseits anheim, die Reclamationen als unbegründete zurückzuweisen.

Die Discussion eröffnend

spricht Herr Munte die Ueberzeugung aus, daß wie er selber so auch die meisten übrigen Reclamanten ihren Widerspruch nicht sowohl gegen die Erhöhung der Steuer an sich als gegen die Ungleichmäßigkeiten der Veranlagung richten. Als solche führt er an, daß viele den obwaltenden Verhältnissen nach ebenfalls heranzuziehende Etablissements übersehen und ganz frei bis jetzt die auswärtigen Bauunternehmer und Pflanzanten ausgegangen sind, deren Geschäftsbetrieb häufige Transporte schwerer Lasten auf den städtischen Communalwegen mit sich bringt. Ausstellungen, zu deren Prüfung, wie Redner anerkennt, die Versammlung augenblicklich nicht im Stande sein wird, weswegen er beantragt, daß eine Beschlussfassung über die vorliegenden Reclamationen ausgesetzt und zunächst eine Commission mit anderweitiger Veranlagung der fraglichen Steuer beauftragt werde.

Ein nicht ganz richtiges Verhältniß scheint Herrn Krampe auch zwischen der Einschätzung einzelner gleichartiger Etablissements, z. B. der beiden Brauereien von Bendt und Wolters vor dem Augustthore zu bestehen. Da nämlich Wolters hier nur mit einem Keller, Bendt dagegen mit seinem ganzen Geschäftsbetriebe theilhaftig ist, so sollte nach Auffassung des Redners nicht ersterer sondern der letztere mit dem höhern Beitrage belegt sein, während in Wirklichkeit grade das Umgekehrte stattfindet.

Herr Schöttler hält dies in Anbetracht des Umfanges beider Geschäfte in der That für das Richtige;

auch glaubt Herr v. Seckendorff auf Grund seiner Beobachtungen die für die hiesigen Brauereien angenommenen Sätze insgesamt als äußerst mäßige bezeichnen zu dürfen, auf deren Erhöhung er für jetzt zwar nicht antragen will, deren Abminderung er aber seinerseits jedenfalls ablehnen würde. Abgesehen hiervon schließt Redner sich dem Antrage Herrn Munters an.

Ebenso unterstützen diesen Antrag

Herr Flagge, obwohl er gleichfalls die vorliegenden Einschätzungen überhaupt eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen findet;

Herr Schöttler, welcher zugleich auch die Frage anregen möchte, ob nicht eine wesentliche Ersparniß an den Wegebaukosten — nach den in Preußen vorliegenden Erfahrungen schlägt er dieselbe auf mindestens 15% an — durch eine gesetzliche Bestimmung zu erzielen wäre, welche für gewisse Lasten entsprechend größere Radbreiten vorschriebe;

Herr Schwarzenberg, indem er anerkennt, daß die Versammlung ohne weiteres überall nicht in der Lage sein wird, die von den einzelnen Etablissements verursachte Abnutzung der Communalwege mit einiger Sicherheit zu beurtheilen. Gegenüber dem von Herrn Schöttler vorgeschlagenen Auswege erinnert Redner daran, wie solche Vorschrift in hiesigem Lande der Art bereits bestanden hat, daß bestimmte Radbreiten den Wagen vom Chausseegelde befreien, unlängst aber wieder aufgehoben ist, weil die Fuhrherren meist vorzogen die Chausseegelder zu erlegen.

Während die Herren Solmiz und Heymann mit Berufung auf § 9 des maßgebenden Statuts, laut dessen die besonderen Beiträge zu den Wegebaukosten bei erhobener Beschwerde durch die vereinigte Versammlung des Magistrates und der Stadtverordneten endgültig festzustellen sind, sich für die Zurückweisung der vorliegenden Reclamationen aussprechen,

gibt Herr Stadtrath Rittmeyer der Erklärung ab, daß nach Ansicht des Magistrates der Bestellung der vorgeschlagenen Einschätzungskommission nichts entgegensteht. Eine Heranziehung auswärtiger Bauunternehmer und Lieferanten freilich hält er für unzulässig, da hiesige Einwohner zu den Kosten fremder Communalwege, welche sie etwa in gleicher Weise benutzen, ebenfalls nicht beizutragen haben.

Der Munters'sche Antrag wird hierauf von der Versammlung genehmigt,

welche vertraulich alsdann noch eine Anzahl Reclamationen gegen Communalsteuerveranlagungen erledigt,

worauf die Sitzung geschlossen wird.